

Die Weltmächte vor der Deutschen Frage 1946—1947

(Schluß)

Die französischen Pläne

Die Stellungnahme Frankreichs zu den deutschen Problemen ist im Verlauf der letzten Monate besonders deutlicher zutage getreten. Der französische Schritt in der Saarfrage, die verschiedenen französischen Memoranden an den Außenminister und die Erklärungen des französischen Außenamtes zeigen Frankreichs Pläne und Frankreichs Absicht, diese Pläne zu verfolgen.

Frankreichs erstes Bestreben in seiner Politik gegenüber Deutschland ist das Verlangen nach Sicherheit. Dieses Bestreben kommt auch deutlich durch das am 4. März 1947 in Dünkirchen abgeschlossene britisch-französische Bündnis zum Ausdruck. Neben der Forderung nach Sicherheit ist die französische Forderung auf Kohle aus dem Ruhrgebiet ein kennzeichnendes Merkmal der französischen Haltung gegenüber Deutschland.

I. Amtliche Stellungnahmen

Der anlässlich der New Yorker Außenministerkonferenz der Vereinigten Staaten weilende stellvertretende französische Außenminister *Couve de Murville* erklärte am 23. November 1946 in einer Rede vor der Handelskammer in New York zum Thema Deutschland:

„Die wirtschaftliche Einheit ist gut und schön, aber worauf ist die Einheit anzuwenden? Wo sind die Grenzen Deutschlands? Wie wird Deutschland in der Zukunft politisch aufgebaut sein? Kann man lediglich eine Organisation wiederherstellen, die bereits vorhanden bestand nämlich die deutschen Ministerien, so bleibt Deutschland, was es vorher war. Aus diesem Grund hat Frankreich von Anfang an darauf bestanden, daß die deutsche Frage schnell wie möglich behandelt werden soll.“

Hervé Alphand, der Stellvertreter *Couve de Murville* als Chef der Wirtschaftsabteilung des französischen Außenministeriums, begründete die französische Forderung auf Internationalisierung des Ruhrgebiets. Frankreich brauche die Kohleneinfuhr von monatlich eineinhalb Millionen Tonnen. Aus diesem Grund habe man in Bezug auf das Ruhrgebiet eine Haltung eingenommen, die vielfach als negativ betrachtet worden sei. Wenn Frankreich die Internationalisierung des Ruhrgebietes fordere, so lasse es sich nicht nur von strategischen Gründen leiten, sondern in erster Linie von dem Prinzip, die deutsche Industrie auf eine bestimmte Kapazität zu beschränken.

* Mitte Dezember 1946 beschloß die französische Regierung, eine Zollgrenze zwischen dem Saargebiet und der Elbe einzurichten. Die französische Nachrichtenagentur *Agence France Presse* schrieb dazu, daß es sich bei den französischen Maßnahmen lediglich darum handle, zu gewährleisten, daß die den Saargrubenarbeitern zusätzlich gewährten Rationen auch tatsächlich diesen Menschen zugute kämen und nicht aus dem Saargebiet verbracht würden. Die Errichtung der Zollgrenze um das Saargebiet einschließlich einiger früher nicht zum Saargebiet gehöriger Gebiete wurde am 18. Dezember 1946 durch den französischen Oberkommandierenden in Deutschland, General *Koenig*, verfügt. Das Europa-Archiv wird auf dieses Problem in einem gesonderten Beitrag zurückkommen.

* In der *New York Times* vom 12. Januar 1947 erschien ein Bericht über ein Interview zwischen dem früheren französischen Ministerpräsidenten und Außenminister *Bidault* und dem Korrespondenten *C. L. Sulzberger*:

„Über die Fragen der deutschen Reparationen und Frankreichs Ansprüche äußerte sich *M. Bidault* sehr zurückhaltend, da das ganze Problem äußerst verwickelt sei. ... Bei der Besprechung des deutschen Problems wies *M. Bidault* darauf hin, daß Frankreich schon auf der Außenministerkonferenz in London im September 1945 und bei allen späteren Gelegenheiten auf eine baldige Klärung gedrängt habe. Er fügte hinzu:

„Keine der anderen drei Großmächte hat bis jetzt ihren wirklichen Standpunkt zur Deutschlandfrage oder ihre Hauptforderungen für die Friedensregelungen bekanntgemacht. Wir wundern uns natürlich, warum.

Es scheint uns, daß unsere Partner sich in abwartender Stellung verhalten. Es liegen noch keine Anzeichen dafür vor, daß sie eine fertige Formel haben. Natürlich kann Frankreich nicht annehmen, daß die anderen Großmächte einseitige Konzessionen von ihm erwarten.

Mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien wurde über die Saarfrage eine grundsätzliche Einigung erzielt. Es handelt sich um ein Verwaltungsabkommen über wirtschaftliche Fragen. Dennoch hat die Sowjet-Union keine entscheidende Äußerung über ihre Stellungnahme abgegeben.“

Über die französischen Forderungen bezüglich des Saargebiets sagte *M. Bidault*:

„Das Saargebiet muß der Wirtschaftskontrolle Frankreichs unterstellt werden. Das würde keineswegs eine Konzession seitens der anderen drei Mächte bedeuten. Wir fordern keine territoriale Annexion. Wir sind uns darüber klar, daß die 800 000 Saarländer Deutsche sind, aber das Saargebiet selbst muß wirtschaftlich an Frankreich angeschlossen werden.

Das Saargebiet müßte einen eigenen Status erhalten. Frankreich will es nicht annektieren. Aber es sollte Deutschland genommen und der wirtschaftlichen und finanziellen Struktur Frankreichs angegliedert werden. Das Saargebiet sollte im Rahmen des französischen Wirtschaftssystems und einer französischen Zollunion unabhängig sein.“

Anschließend sprach *Bidault* über das Problem des Ruhrgebiets: „Großbritannien hat die Bergwerke des Ruhrgebiets schon nationalisiert. Nach Ansicht Frankreichs sollten diese Bergwerke bekanntlich nicht nur zum Vorteil der Deutschen ausgenutzt werden. Frankreich meint, es wäre möglich, die Bergwerke der Ruhr für eine viel größere Gemeinschaft, nämlich ganz Europa, zu nationalisieren.

Die ganze Frage ist sehr verwickelt und wird durch einseitige Maßnahmen bestimmt nicht vereinfacht.

Selbst die Amerikaner glauben, daß wir Franzosen uns zu viel Sorgen über Deutschland machen. Sie glauben vielleicht, daß die Atombombe sie von solchen Sorgen befreit. Sie sind nicht unmittelbare Nachbarn der Deutschen. Sie machen den Vorschlag zu einem 25jährigen Vertrag zur Überwachung der Entmilitarisierung Deutschlands.

Ich kann den amerikanischen Standpunkt verstehen. Aber die Deutschen sind ein starkes und gefährliches Volk. Frankreich muß Sicherheit haben vor zukünftigen Aggressionen. Das ist keine fixe Idee seitens Frankreichs, sondern reine Vernunft.

Die Deutschen sind zahlreich, fähig, fleißig, diszipliniert, gute Techniker und Soldaten, und sie sind gefährlich.“

M. Bidault erklärte, daß Frankreich für sich keinen Gewinn in Deutschland suche, und fuhr fort: „Wir glauben nicht, daß ein neu erstarktes Deutschland irgend jemand zum Guten gereichen könnte außer Deutschland selbst. Es wäre unklug, wenn man glauben wollte, daß ein wiedererstarktes Deutschland, falls ein solches geschaffen würde, jemals irgendeine andere Ideologie oder Gegenideologie unterstützen würde als eine deutsche.“

Der französische Wunsch nach Abtrennung des Rheinlands ist nach *Bidaults* Worten hauptsächlich von Sicherheitsgründen diktiert. Frankreich will das Rheinland südlich von Köln militärisch überwachen, während diese Aufgabe am Mittel- und Niederrhein

den Belgiern, den Holländern und, wenn sie es wünschen, den Engländern zufallen soll.

Im allgemeinen empfiehlt Frankreich nach Bidaults Darstellung eine Föderation Deutschlands.

„Wir sind gegen ein Deutsches Reich, dessen Gefahren wir kennengelernt haben. Aber die wirklichen Ansichten der drei anderen Mächte über die Zukunft Deutschlands sind uns noch nicht bekannt“, sagte Bidault und fügte hinzu:

„Während meiner Regierungszeit arbeiteten wir einen Vorschlag darüber aus, wie Deutschland unserer Ansicht nach dezentralisiert werden könnte. Die Dezentralisierung ist jedoch im Augenblick schwer durchzuführen, da man sich noch nicht über die künftigen Grenzen Deutschlands geeinigt hat.“

Es war einer der größten Fehler, daß Frankreich zum erstenmal in der Geschichte bei den ersten Verhandlungen über eine Regelung für Deutschland, nämlich in Jalta, nicht zugegen war.“

*

Am 17. Januar 1947 veröffentlichte die französische Regierung zwei Memoranden zu der Frage der zukünftigen Gestaltung Deutschlands. Die Memoranden, die nach Berichten der französischen Nachrichtenagentur *Agence France Presse* auf Weisung des französischen Außenministers Bidault entstanden, wurden von einer Kommission abgefaßt, die unter Leitung von Marcel Berthelot stand und sich aus Mitgliedern der verschiedensten Ministerien zusammensetzte. Wie die AFP weiter berichtete, wurden diese Dokumente von dem Führer der Sozialisten, Léon Blum, während seiner kurzen Amtszeit als Ministerpräsident und Außenminister gebilligt. Die beiden Memoranden wurden am 24. Januar 1947 der Londoner Konferenz der Stellvertretenden Außenminister überreicht und gegen Ende des Monats durch die französischen Botschafter in den Vereinigten Staaten, in der Sowjet-Union und in Großbritannien den Regierungen dieser Mächte überreicht.

Memorandum über den vorläufigen Aufbau Deutschlands

Wenn es, um Deutschland die wirtschaftliche Einheit zuzusichern, der Frankreich seine grundsätzliche Zustimmung erteilt hat, darauf ankommt, eine gewisse Anzahl zentraler Stellen zu errichten, die geeignet sind, die deutschen Tätigkeitsbereiche zusammenzufassen, und wenn es normal ist, eine Beteiligung deutscher Staatsangehöriger an der Verwaltung dieser Stellen vorzusehen, so sind jedoch folgende Punkte für die Einführung eines solchen Systems wesentlich:

daß es die Aufstellung eines zukünftigen Statuts für Deutschland vorbereitet, welches nach Ansicht der französischen Regierung eine Aufgabenteilung zwischen Deutschland und den einzelnen Staaten umfassen muß, aus denen es sich zusammensetzt, und

daß es im übrigen die Verwaltung jener Zentralstellen, bei denen eine Aufgabe der genauen Kontrolle verfrüht wäre, einer alliierten Leitung vorbehält.

Diese Auffassung führt zunächst zu einer Unterscheidung der Tätigkeitsbereiche in solche, die der Zuständigkeit der verschiedenen Staaten unterstehen, und solche, die von der zentralen Instanz ausgeübt werden sollen.

I. Tätigkeitsbereiche der verschiedenen Staaten

a) Den Einzelstaaten wird die volle Verantwortung auf folgenden Gebieten übertragen, für die keine deutsche zentrale Organisation vorzusehen wäre: Unterrichtswesen aller Stufen, Kultus und schöne Künste, Justiz aller Instanzen, innere Verwaltung, Einstellung, Beförderung und Besoldung der Beamten, Hygiene und öffentliches Gesundheitswesen.

b) Jeder Staat muß seine Finanzen verwalten; sein Finanzministerium besitzt alle normalen Kompetenzen eines solchen Ministeriums, ausgenommen die Zollverwaltung, die einer Zentralstelle übertragen wird. Er stellt sein Budget auf, erläßt die Besteuerungsvorschriften und Steuertarife im Rahmen der von einer Zentralstelle festgelegten Bestimmungen und führt die Währungskontrolle durch.

In jedem Staat wird eine Zentralbank mit der Emission der Banknoten, der Überwachung des Geldmarktes und der Festsetzung des Diskontsatzes innerhalb der vom Zentralausschuß der Banken festzulegenden Grenzen betraut. In gewissen, von diesem Ausschuß zu bestimmenden Fällen können die Staaten Kredite ihrer Zentralbank in Anspruch nehmen.

c) Jeder Staat muß seine Nationalwirtschaft verwalten können und namentlich seinen Bedarf und seine Hilfsmittel bestimmen, damit danach das Programm der Verteilung, Rationierung und des Handelsaustausches nach außen auf der zentralen

Verwaltungsstufe aufgestellt werden kann, und muß dieses Programm, soweit es ihn betrifft, durchführen.

d) Jeder Staat muß die üblicherweise den Wirtschaftsministerien obliegenden Aufgabebereiche wahrnehmen, die er nach seinen Gutdünken aufgliedern kann: Industrieproduktion, öffentliche Arbeiten und Transportwesen, Land- und Forstwirtschaft, Ernährung, Postwesen, Telegraphen- und Fernsprechwesen, Arbeit und Wiederaufbau.

Jedoch erfordert die Tätigkeit gewisser Zweige eine Zusammenfassung auf der zentralen Verwaltungsstufe; diese Zusammenfassung erfolgt durch die weiter unten beschriebenen Stellen.

Auf allen vorstehend nicht erwähnten Gebieten behalten die Staaten den Teil der Zuständigkeit, der nicht ausdrücklich der Zentralstellen übertragen wird oder der alliierten Kontrollbehörden vorbehalten bleibt.

e) Es erscheint möglich, schon jetzt deutschen Verwaltungsbeamten der Länder (Ministern, Staatssekretären) die Ausführung der dem Zuständigkeitsbereich der Staaten angehörenden Aufgaben zu übertragen, die Weisungen der koordinierenden Zentralstellen hätten unmittelbar an sie zu ergehen. Selbstverständlich würden diese Verwaltungsbeamten weiterhin der allgemeinen Autorität des Zonenbefehlshabers unterstehen; außerdem würde jeder Zweig der Landesverwaltung durch einen alliierten Beobachter kontrolliert werden, der ein Einspruchsrecht gegen solche Beschlüsse besäße, die in Widerspruch zu den von den Besatzungsmächten für Gesamtdeutschland vorgesehenen Bestimmungen stehen oder gegen die vom Zonenbefehlshaber erlassenen Vorschriften verstoßen würden.

II. Zusammenfassung auf der zentralen Verwaltungsstufe

Es ist erforderlich, daß eine gewisse Zusammenfassung verschiedener Grades auf der zentralen Verwaltungsstufe erfolgt, was die allgemeine Wirtschaft und insbesondere die Verteilung, den Außenhandel, die Finanzen, die Ernährung, das Postwesen und das Transportwesen betrifft.

Es ist angebracht, eine Unterscheidung zwischen den Tätigkeitsbereichen zu machen, die für den Augenblick unter alliierter Leitung bleiben sollen und denjenigen, die bereits jetzt den Deutschen anvertraut werden könnten, da die Struktur der Zentralstellen in beiden Fällen eine verschiedenartige zu sein hätte.

A. Die erste Kategorie umfaßt:

allgemeine Wirtschaft und Finanzen

a) Allgemeine Wirtschaft:

Darunter sind die allgemeinen Wirtschaftsfragen zu verstehen, die Gesamtdeutschland betreffen, die Verteilung der Rohstoffe und lebenswichtigen Güter nach großen Industrie-Kategorien auf die einzelnen Staaten, die Regelung der Preise und Löhne und die Aufstellung des Außenhandelsprogramms für Deutschland.

Die allgemeine Wirtschaft würde von einem *Direktionskomitee* bestehend aus je einem Vertreter der vier Besatzungsmächte, geleitet werden.

Diesem Komitee würde ein *Konsultativkomitee*, bestehend aus den Ministern, die in den verschiedenen Staaten die Volkswirtschaft leiten, beigegeben.

Es würde über *durchführende Büros* verfügen, die sich aus deutschen Beamten zusammensetzen, aber unter der Leitung eines alliierten Beamten mit einem oder mehreren Stellvertretern stehen würden. Zu diesem Zwecke wären vorzusehen:

- ein Büro für Verteilung,
- ein Büro für Preise und Löhne,
- ein Büro für Außenhandel.

b) Finanzen:

Da Deutschland eine einheitliche Währung besitzt und gewisse Lasten allen Staaten gemeinsam sind, ist das Bestehen einer Zentralstelle für die Finanzen unerläßlich. Diese Stelle wäre nach den gleichen Grundsätzen wie die Stelle für die allgemeine Wirtschaft zu verwalten.

Die *durchführenden Büros*, über die sie verfügen müßten, würden umfassen:

1. ein Büro für das Budget,
2. ein Büro für die Währungskontrolle und die Zahlungsbilanz,
3. ein Zollbüro,
4. ein Steuerbüro,
5. ein Büro für die öffentliche Schuld,
6. eine zentrale Verrechnungsstelle, die mit der Rechnungsführung über die zentralen Einnahmen und Ausgaben betraut würde,
7. ein Büro für die Verteilung der gemeinsamen Lasten auf Grund der Kriegshandlungen,
8. ein Büro für die Versicherungen,
9. ein Büro für die Finanz- und Währungsreform.

B. Die zweite Kategorie umfaßt:

Ernährung, Landwirtschaft, Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen und Transportwesen

Jede dieser Stellen würde von einem Rat verwaltet, der sich aus den zuständigen leitenden Beamten der verschiedenen Staaten zusammensetzt (im Prinzip aus den Ministern, die in den einzelnen Staaten an der Spitze der entsprechenden Ressorts stehen). Dieser Rat, dessen Vorsitz turnusmäßig von einem seiner Mitglieder wahrzunehmen wäre, würde Beschlüsse fassen, die dem Kontrollrat zur Genehmigung vorgelegt werden müßten. Ein alliierter Vertreter würde obligatorisch den Arbeiten des Rates beizuhelfen.

Jeder Rat würde über ein ständiges Sekretariat, bestehend aus deutschen Beamten, verfügen, die zu den verschiedenen Staaten entsandt würden (*détachés auprès des différents Etats*).

Diese Räte hätten eine koordinierende Tätigkeit auszuüben; ihre Aufgaben bilden den Gegenstand einer detaillierten Studie, die ständig überreicht werden wird.

Beispielsweise würde der Transportrat damit beauftragt:

a) die einschlägigen Vorschriften, die in den einzelnen Staaten das Transportwesen in Kraft sind, aufeinander abzustimmen; b) die Transportpläne auszuarbeiten, die die Staaten gemeinsam gehen;

c) in Streitfällen zwischen den Staaten, die das Transportwesen betreffen, als Schlichtungsorgan zu wirken;

d) als Vermittlungsinstanz zwischen den Regierungen der Staaten und den Bundesbehörden bei Verhandlungen zum Abschluß internationalen Verträgen über das Transportwesen und bei der Durchführung zu dienen.

Es würde ihm ein Bundeskomitee der Eisenbahnen, bestehend aus den Vertretern der Eisenbahnnetze, beigegeben, dessen Aufgabe es wäre:

a) die Fahrpläne für mehrere Netze aufeinander abzustimmen und zu genehmigen;

b) alle geeigneten Maßnahmen zu prüfen und vorzuschlagen, zur Anpassung der Tarife, an denen ein allgemeines Interesse besteht, dienlich sein können;

c) die Übereinkommen über Materialaustausch zwischen den verschiedenen Netzen praktisch durchzuführen.

Es muß mit Klarheit feststehen, daß die allgemeine Politik gegenüber Deutschland weiterhin vom Kontrollrat festgelegt bleibt.

Indoch werden die verschiedenen Zentralverwaltungen ihre Weisungen unmittelbar an die mit ihrer Durchführung betrauten Stellen der einzelnen Staaten erteilen, jeder Zonenbefehlshaber würde über informiert werden, könnte aber ihre Anwendung nicht bieten, es sei denn, er würde den Kontrollrat anrufen, falls der Ansicht wäre, die zentralen Richtlinien stünden im Widerspruch zu den allgemeinen Richtlinien des Kontrollrates.

Memorandum über den staatsrechtlichen Aufbau Deutschlands

In dem Memorandum, das die französische Delegation am 1. April 1946 dem Außenministerrat vorgelegt hat, wies sie darin, daß es ihrer Ansicht nach, bevor man an die Wiederherstellung einer deutschen Zentralregierung denke, von Wichtigkeit sei, damit zu beginnen, die Regierungen der verschiedenen deutschen Staaten widererstreben zu lassen und zu entwickeln. Auf Grundlage dieser Staaten sollte in der Zukunft die politische Struktur Deutschlands aufgebaut werden, um die Wiederherstellung eines deutschen Zentralstaates zu vermeiden, in dem die imperialistischen und imperialistischen Anschauungen der Vergangenheit sich auf Kosten der Weltruhe wieder durchsetzen könnten.

Bis zum gegenwärtigen Augenblick wurden in jeder Besatzungszone eine gewisse Anzahl deutscher Staaten geschaffen und Regierungen gebildet. In manchen dieser Staaten wurden demokratische Verfassungen ausgearbeitet, während sie in anderen Staaten noch zur Diskussion stehen.

Das Problem des gesamtpolitischen Aufbaus, der für Deutschland vorzusehen ist, stellt sich somit unter klarer umrissenen Bedingungen als zuvor.

Im gegenwärtigen Memorandum vorgeschlagene Aufbau folgt den Zweck, eine gewisse wirtschaftliche Zentralisierung, sich aus der geschichtlichen Entwicklung und den gegenwärtigen Erfordernissen Deutschlands ergibt, mit einer politischen Zentralisierung zu vereinbaren, die dem deutschen Volk ein größeres Gleichgewicht verleihen soll, als es ihm die Vergangenheit gegeben hat.

I. Territorialer Aufbau

Es ist wichtig, bei der Ausarbeitung der neuen politischen Geographie eines föderativen Deutschlands zwei Klippen zu vermeiden. Es wäre gefährlich, durch die Zusammenfassung kleiner und mitt-

lerer Staaten nach der Methode, die bei der Bildung des preussischen Einheitsstaates angewandt wurde, zu große Massen zu schaffen. Andererseits wäre nichts gewagter, als eine zu ausgesprochene Zerstückelung vorzunehmen, die das Bestehen von Staaten zur Folge hätte, die nicht imstande wären, eine wirkliche Eigenpersönlichkeit wiederzufinden oder zu bewahren.

Der vorzusehende territoriale Aufbau muß also in gewissem Maße der gegenwärtigen gebietsmäßigen Aufteilung wie gleichzeitig wesentlichen wirtschaftlichen Realitäten und geschichtlichen Überlieferungen Rechnung tragen.

II. Grundrechte der Verfassung

Die folgenden Grundrechte, die bei allen von den deutschen Staatsbehörden zu erlassenden verfassungsmäßigen oder gesetzgeberischen Bestimmungen zu beobachten wären und die von den universell anerkannten demokratischen Prinzipien ausgehen, müssen in die Friedensbedingungen aufgenommen werden.

a) Grundrechte und -pflichten

1. Gleichheit aller vor dem Gesetz und der Justiz. Gleichheit der politischen Rechte. Gleiches Recht auf Unterricht, gleicher Zugang zu allen Ämtern, Recht auf Arbeit und entsprechende Entlohnung.

2. Freiheit des Individuums, Handlungsfreiheit, Bewegungsfreiheit, Glaubens- und Meinungsfreiheit und das Recht, diese frei auszudrücken.

3. Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit unter Beachtung der Gesetzesvorschriften einer Demokratie, namentlich auf dem Gebiete des Gewerkschaftswesens.

4. Achtung vor der Würde der menschlichen Persönlichkeit, ihrem Leben, ihrer Entwicklung und ihrem Eigentum.

5. Achtung der Rechte der Minderheiten jeder Art unter der Voraussetzung, daß sie diese Rechte im Rahmen der Gesetze geltend machen.

6. Die oben aufgeführten Menschenrechte sind unveräußerlich, auch nicht durch Verzicht oder Einwilligung. Die Pflichten eines jeden gegen andere, gegen die Familie, die Gemeinschaft und die Menschheit bedingen Verantwortlichkeiten, denen sich niemand entziehen kann.

b) Demokratischer Aufbau des Staates

1. Alle Gewalt geht von der Souveränität des Volkes aus. Diese Souveränität ist unveräußerlich.

2. Träger der Gewalt sind die Staaten. Diese übertragen einen Teil der Gewalt an eine Bundesregierung. Der Föderativstaat besitzt keine gesetzgebende Gewalt über die Befugnisse hinaus, die ihm ausdrücklich zuerkannt werden.

3. Der Volkswille wird durch freiwillig gebildete Körperschaften repräsentiert, denen die Regierungen stets verantwortlich sind. Die Achtung vor den örtlichen und kommunalen Freiheiten als Grundlage jeder Demokratie muß durch diese Institutionen gewährleistet sein.

5. Die Regeln des Völkerrechts sind für die öffentlichen Behörden und für die Staatsbürger bindend.

III. Staatsangehörigkeit

Es muß der Grundsatz gelten, daß alle Deutschen die Staatsangehörigkeit eines der deutschen Staaten besitzen. Diese Staatsangehörigkeit verleiht ihnen ohne weiteres die Eigenschaft eines Angehörigen des Föderativstaates. In den Beziehungen zu fremden Staaten ist nur die Staatsangehörigkeit des Föderativstaates maßgebend.

Die Staaten besitzen das Gesetzgebungsrecht in Fragen der Staatsangehörigkeit gegenüber den Angehörigen der anderen deutschen Staaten.

Ein Bundesgesetz hat die allgemeinen Bedingungen zu regeln, unter denen Ausländer die Staatsangehörigkeit erwerben können. Ausgenommen den Fall des Erwerbes von Rechts wegen bleibt die Erwerbung der Staatsangehörigkeit durch Ausländer der Entscheidung des betreffenden deutschen Staates unterworfen. Der Oberste Gerichtshof hat darüber zu wachen, daß die Gesetzgebung der Staaten keine Fälle von Staatenlosigkeit oder doppelter Staatsangehörigkeit zur Folge hat.

IV. Staatsrechtlicher Aufbau der Staaten

Es ist unerlässlich, den Staaten alle Mittel zurückzugeben, damit sie frei ihr Eigenleben bekunden können, welches durch das nationalsozialistische Regime abgeschafft war.

Die Staaten haben volle Handlungsfreiheit, ihre Verfassungen aufzustellen, vorausgesetzt, daß sie die im Abschnitt II aufgeführten Grundrechte achten.

Es steht ihnen frei, ihrem obersten Beamten den Titel eines Staatsoberhauptes zu geben oder nicht. Ihre Wahl darf sich nur auf einen ihrer eigenen Staatsangehörigen erstrecken. Das gleiche Staatsoberhaupt kann nicht an der Spitze mehrerer Staaten stehen,

und diese können weder ihre parlamentarischen Einrichtungen noch ihre Verwaltungen verschmelzen.

In jedem Staat wird eine Volksvertretung vorgesehen, die im allgemeinen, direkten und geheimen Wahlverfahren ohne Unterschied des Geschlechts zu wählen ist. Der für eine Kammer obligatorische Wahlmodus schließt nicht die Möglichkeit aus, daß eine zweite Kammer durch irgendein anderes Verfahren gewählt wird.

Besonderer Wert wird auf die Achtung der Gemeinderechte, namentlich in folgenden Punkten, gelegt:

- Wahl der Bürgermeister durch den Gemeinderat;
- weitestgehende finanzielle Selbstverwaltung;
- Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, die grundsätzlich der Gemeindepolizei obliegt.

Aus dem gleichen Grunde sollen die Kreise und Bezirke wie die ihnen entsprechenden Volksvertretungen wiederhergestellt werden.

U. Staatsrechtlicher Aufbau des Föderativstaates

Die Staaten sind als Grundbestandteile des Bundes zu betrachten. Welchen Vorrang und welche Vorrechte die Staaten auch besitzen mögen, muß doch die Notwendigkeit von Bundesorganen anerkannt werden. Um diese jeder Beeinflussung durch einen bestimmten Staat zu entziehen, wird die Stadt, in der sie ihren Amtssitz haben, als Bundesbezirk konstituiert.

a) Das Staatsoberhaupt

Das Staatsoberhaupt trägt die Bezeichnung „Bundespräsident“. Dieser wird auf ein Jahr vom Staatenhaus aus den Mitgliedern dieses Hauses, dessen Charakter weiter unten festgelegt wird, gewählt. Er ist im Laufe derselben Legislaturperiode nicht wiederwählbar.

Nach Beratung ernannt er selbst die Bundesminister und steht dem Ministerrat vor. Er kann nicht selber Inhaber eines Ministerpostens sein. Unter Gegenzeichnung durch einen Minister verkündet er die Gesetze und fertigt die Verordnungen aus. Er ernannt im Ministerrat die hohen Bundesbeamten.

In den Fällen, die vor den Obersten Gerichtshof kommen, übt er das Begnadigungsrecht aus.

Er vertritt den Bund nach außen, empfängt und beglaubigt die Botschafter und schließt die internationalen Verträge ab.

b) Die Regierung

Die Regierung wird aus den Bundesministern gebildet, deren Kabinettsitzungen unter dem Vorsitz des Staatsoberhauptes stehen. Die Minister sind dem Parlament individuell verantwortlich.

c) Das Parlament

Das Parlament besteht aus einem Staatenhaus.

Das Staatenhaus wird aus den Vertretern der Staaten gebildet, wobei auf jeden Staat vier Vertreter entfallen, die von den Regierungen mit Zustimmung der Staatsparlamente ernannt werden.

Die Legislaturperiode dauert vier Jahre.

Im Laufe dieser Legislaturperiode kann jeder Staat seine Vertretung im Staatenhaus mit Zustimmung der Staatsparlamente ganz oder teilweise ernennen.

Die Beschlüsse des Staatenhauses kommen mit Stimmenmehrheit seiner Mitglieder im öffentlichen Abstimmungsverfahren zustande.

Er kann als Hoher Gerichtshof tagen und die Bundesminister in den Anklagezustand versetzen.

d) Oberstes Bundesgericht

Für die Justizverwaltung in Bundesangelegenheiten wird ein oberstes Bundesgericht gebildet. Das Bundesgericht setzt sich aus je einem Richter für jeden Staat, der von der Regierung dieses Staates ernannt wird und unabsetzbar ist, zusammen. Die Mitglieder des Staatenhauses können ihm nicht angehören.

Die Zuständigkeit des Bundesgerichtshofes erstreckt sich auf privatrechtliche und öffentlichrechtliche Streitsachen und auf Kompetenzkonflikte:

1. zwischen dem Bund und den verschiedenen Staaten;
2. zwischen dem Bund einerseits und juristischen oder natürlichen Personen andererseits, wenn die Streitsache einen Grad von Bedeutung erreicht, der durch die Bundesgesetzgebung festgelegt wird;
3. zwischen den Staaten.

Der Bundesgerichtshof hat in letzter Instanz über Rechtsstreitigkeiten zu entscheiden, die sich aus der Auslegung der Bundesgesetze ergeben.

VI. Aufteilung der Machtbefugnisse zwischen dem Bund und den Staaten

Die Verteilung der Kompetenzen zwischen dem Bund und den Staaten beherrscht das gesamte Verfassungsproblem. Das Studium der Modalitäten der Zusammenarbeit zwischen den beiden Gewalten geht von dem Grundsatz aus, daß der Föderativstaat und

die Einzelstaaten einander ergänzende und nicht entgegengesetzte Kräfte sind.

Der Grundsatz, der dieser Aufteilung zugrunde liegt und sich aus den vorstehend aufgeführten Grundprinzipien ergibt, der, daß die Staaten auf allen Gebieten den Teil der Kompetenzen behalten sollen, der nicht ausdrücklich dem Bund übertragen wird.

Auf wirtschaftlichem Gebiet ist es angebracht, den Staatsregierungen ausgedehnte Machtbefugnisse zu verleihen, gleichwohl aber der Tatsache Rechnung zu tragen, daß eine gewisse Koordination der deutschen Wirtschaft erforderlich ist.

In allen öffentlichen Diensten, die unter der Leitung des Bundes stehen, ist es wichtig, den bereits in Artikel 16 der Weimarer Verfassung niedergelegten Grundsatz wieder aufzugreifen, der zufolge die Angehörigen eines Staates nur durch ihr Heimatland angestellt werden können.

Anstellung, Beförderung und Besoldung müssen auf regionaler Basis erfolgen und in den verschiedenen Staaten in der gleichen Weise vorgenommen werden. Die Direktions- und Inspektionsposten des Bundes werden nach Auswahl unter den Beamten der Staaten besetzt. Diese können Beamte der unteren Rangstufen von einem Staat zum anderen und zum Bund entsenden.

a) Machtbefugnisse des Bundes

Ministerien oder Bundesräte werden für folgende Gebiete vorgesehen:

1. auswärtige Angelegenheiten (Ministerium); 2. Wirtschaft (Rat); 3. Finanzen (Ministerium); 4. Ernährung (Ministerium); 5. Transportwesen (Ministerium); 6. Postwesen (Ministerium); 7. Landwirtschaft (Rat).

1. Auswärtige Angelegenheiten

Die Bundesregierung nimmt im Namen der Staaten die Führung der auswärtigen Angelegenheiten des Bundes wahr. In dieser Eigenschaft führt sie Verhandlungen zum Abschluß von Handelsverträgen. Die Kompetenz des Außenministers des Bundes nimmt den Mitgliedstaaten des Bundes nicht das Recht, diplomatische Vertreter mit auswärtigen Mächten auszutauschen und selber internationale Angelegenheiten zu führen, die nur ihre eigenen Interessen berühren.

Es ist Sache des Bundes, internationale Verträge abzuschließen, die mit Zweidrittelmehrheit vom Staatenhaus ratifiziert werden müssen. In Angelegenheiten jedoch, die zur Zuständigkeit der Staaten gehören (wie zum Beispiel Grenzabkommen, örtlicher Warenaustausch [échanges locaux], technische und kulturelle Übereinkommen), steht diesen das Recht zu, mit auswärtigen Mächten über internationale Abkommen zu verhandeln und solche abzuschließen.

2. Wirtschaft

Ein Oberster Wirtschaftsrat, der sich aus den Wirtschaftsministern jedes Staates und Stellvertretern zusammensetzt, behandelt die allgemeinen Wirtschaftsfragen, die den ganzen Bund gemeinsam betreffen. Die Beratungen dieses Gremiums werden von einer Delegation der Behörde verfolgt, die mit der Kontrolle der Wirtschaftsklauseln des Friedensvertrages betraut wird.

Der Autorität des Rates unterstehen unmittelbar als ausführende Organe seiner Beschlüsse:

- a) ein Büro für die Verteilung der industriellen Rohstoffe und lebenswichtigen Produkte auf die einzelnen Staaten und Industriezweige. Diese Verteilung erfolgt auf Grund der Bedürfnisse jedes Staates und nach den Weisungen eines Rates, der sich aus den Ministern zusammensetzt, die in jedem Staat die entsprechenden Bedarfsliste aufzustellen haben. Die Aufstellung erfolgt unter Einwirkung der Industrie in große Kategorien, und jedem Staat bleibt es freigestellt, wie er innerhalb dieser Kategorien die Zuteilung an die verschiedenen Industriezweige vornehmen will;
- b) ein Büro für Preise und Löhne;
- c) ein Büro für den Außenhandel.

Diese Organe werden aus Beamten gebildet, die ihnen die Staaten zur Verfügung stellen.

Der Wirtschaftsrat übermittelt das Ergebnis seiner Beratungen den verschiedenen Ministerien, die folgende Ressorts verwalten: Finanzen, auswärtige Angelegenheiten (in Sachen des Außenhandels), Ernährung, Transportwesen, Postwesen.

Im Falle, daß die Ausführung der Ratsbeschlüsse ein Bundesgesetz erforderlich machen würde, wird dieses Gesetz dem Parlament durch den oder die für die betreffende Angelegenheit zuständigen Minister vorgelegt. Falls kein Ressort für die Vorlage des Ratsbeschlusses im Parlament zuständig sein sollte, wird vom Wirtschaftsamt ein Sachberaterstatter für diesen Fall aus seinen Mitgliedern bestimmt. In allen Fällen, in denen es sich um regelmäßige Beschlüsse des Rates handelt, müssen sie zu ihrer Durchführung in Texten niedergelegt werden, die von jedem Staat angenommen sind.

3. Finanzen

Das Finanzministerium ist zuständig für:

a) die Aufstellung des Bundeshaushaltes.

Die Einnahmen bestehen aus:

den Zöllen,
den Zuschüssen der Staaten, die jährlich vom gesetzgebenden Organ des Bundes festgelegt werden,
indirekten Steuern, die vom Bund vorgesehen werden, und namentlich aus der Umsatzsteuer (wobei der Gesamtbetrag dieser Steuerart einen gewissen Prozentsatz, zum Beispiel 30 Prozent, nicht übersteigen darf).

Die Ausgaben der Bundesregierung ergeben sich automatisch aus den ihr zukommenden Einnahmen.

In dem Falle, daß der Bund außerordentliche Ausgaben zu leisten hätte, können diese durch Bundesanleihen gedeckt werden. Emission einer Kontrolle durch gewisse deutsche Organe (gesetzliche Ermächtigung, Stellungnahme des Wirtschaftsrates, des Zentrallausschusses der Banken) unterworfen wird.

Die Abwicklung der Einnahmen und Ausgaben des Bundes erfolgt durch verschiedene Kassen der Staaten, während eine zentrale Verrechnungsstelle mit der Rechnungsführung betraut wird.

b) die Regelung der Währungskontrolle und Aufstellung der Zahlungsbilanz;

c) die Verwaltung der Zölle;

d) die Bestimmung der direkten Steuern, deren Erhebung durch die Staaten obligatorisch ist, und die Festsetzung des Mindesttarifs für jede dieser Steuern;

e) die Aufstellung der Liste der indirekten Steuern, die von den Staaten erhoben werden können.

Diese Liste wird an Hand der vom Obersten Wirtschaftsrat erteilten Richtlinien ausgearbeitet, der gleichfalls diejenigen indirekten Steuern bestimmt, deren Erhebung obligatorisch ist, sowie die dafür geltenden Mindestsätze.

f) die Emission und Verwaltung der Bundesanleihen;

g) die Erteilung der Ermächtigung und Garantie für die Anleihen der Einzelstaaten, deren Höhe die von der Gesetzgebung des Bundes festgelegte Grenze überschreitet;

h) die Sozialversicherung.
Dem Finanzminister steht ein Oberster Finanzrat zur Seite, der aus den Finanzministern der einzelnen Staaten gebildet wird. Dieser Rat hat Entscheidungsgewalt über die Verteilung der gemeinsamen Lasten aus den Kriegshandlungen und der Durchführung des Friedensvertrages auf die einzelnen Staaten.

Die auf die Währung und das Bankwesen bezüglichen Fragen unterstehen der Kompetenz des Zentrallausschusses der Banken der einzelnen Staaten. Es gilt eine einheitliche Währung für ganz Deutschland, die von der Zentralbank jedes Staates im Rahmen der Weisungen des Zentrallausschusses ausgegeben wird. Dieser Rat die Befugnis, die Höchstgrenze der Anleihen festzusetzen, die die Staaten bei ihren Zentralbanken aufnehmen können.

4. Ernährung

Dem Minister für die Ernährung steht ein Oberster Rat zur Seite, dem die für die Ernährung zuständigen Minister der Einzelstaaten angehören.

5. Transportwesen

Dem Transportminister werden der Oberste Transportrat und das Bundeskomitee für die Eisenbahnen beigegeben.

a) Der *Oberste Transportrat*, der sich aus Fachkräften der einzelnen Bundeskomitees zusammensetzt, die die Regierungen der verschiedenen Staaten repräsentieren, hat zur Aufgabe:

vorbehaltlich der Billigung durch die einzelnen Regierungen für ihr Staatsgebiet die einschlägigen Vorschriften, die in den einzelnen Staaten für das Transportwesen in Kraft sind, aufeinander abzustimmen;

die Transportpläne auszuarbeiten, die die Staaten gemeinsam angehen;

als Schlichtungsorgan in Streitfällen zwischen den Staaten, die das Transportwesen betreffen, zu fungieren;

als Vermittlungsinstanz zwischen den Regierungen der Staaten und den Bundesbehörden bei Verhandlungen zum Abschluß internationaler Verträge über das Transportwesen und bei ihrer Durchführung zu dienen.

b) Das *Bundeskomitee für die Eisenbahnen*, das sich aus den Vertretern der Regierungen der Einzelstaaten und eventuell den Vertretern der Eisenbahnnetze zu ihrer Unterstützung zusammensetzt, hat zur Aufgabe:

die Fahrpläne für mehrere Netze aufeinander abzustimmen und zu genehmigen;

alle geeigneten Maßnahmen zu prüfen und vorzuschlagen, die der Anpassung der Tarife, an denen ein gemeinsames Interesse besteht, dienlich sein können;

die Übereinkommen über Materialaustausch zwischen den verschiedenen Netzen praktisch durchzuführen.

6. Postwesen

Dem Postminister unterstehen die Bundespostdirektion und die Bundesdirektion für das Fernmeldewesen.

Er ist damit betraut,

a) den technischen Betrieb der Fernmeldenetze zu koordinieren;
b) die Post- und Telegraphengebühren zu vereinheitlichen und zu genehmigen;

c) alle sachdienlichen Regelungen in Bezug auf Post- und Geldverkehr (en matière d'article d'argent) auszuarbeiten;

d) die Tätigkeit einer Zentralen Kompensationskasse für den Postverkehr zwischen den Staaten und einer Zentralen Kompensationskasse für den Fernmeldeverkehr zwischen den Staaten zu gewährleisten;

e) als Schlichtungsinstanz für Streitangelegenheiten zwischen den Staaten zu fungieren.

7. Landwirtschaft

Ein Oberster Landwirtschaftsrat, dem die Landwirtschaftsminister aller Staaten angehören, faßt die für den Bereich des Bundes notwendigen Beschlüsse. Die Durchführung dieser Beschlüsse und die Vorlage der einschlägigen Gesetzestexte im Parlament gehören zum Geschäftsbereich des Ernährungsministers.

8. Arbeitseinsatz

Transferierungen von Arbeitskräften (*déplacements de main-d'oeuvre*) sind Gegenstand von Vereinbarungen zwischen den Staaten auf Grund von Empfehlungen des Wirtschaftsrates; ebenso werden die Fragen der Auswanderung vom Obersten Wirtschaftsrat und dem Außenminister mit Zustimmung von Konferenzen aus Vertretern der Staaten geregelt.

b) Machtbefugnisse der Staaten

1. Ausschließliche Kompetenz der Staaten

Die Staaten behalten die ausschließliche Kompetenz auf Gebieten wie:

Unterrichtswesen aller Stufen, Kultus und schöne Künste;

Zivil-, Handels- und Strafrechtspflege aller Instanzen, wobei die gleichen allgemeinen Grundsätze für den ganzen Bund anzuwenden sind;

innere Verwaltung und Sicherheitswesen (Polizei und Gendarmerie);

Hygiene und öffentliches Gesundheitswesen.

2. Teilweise Kompetenz der Staaten

Abgesehen von den oben erwähnten Machtbefugnissen des Bundes behalten die Staaten auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet eine allgemeine Kompetenz, namentlich:

a) *Volkswirtschaft*, insbesondere:

Bestimmung der Bedürfnisse und Hilfsmittel des einzelnen Staates im Hinblick auf die Aufstellung der Bundesprogramme für:

Verteilung und Rationierung, Einfuhr, Ausfuhr;

Aufstellung und Durchführung der Programme für Verteilung und Rationierung in den von der Bundesbehörde vorgesehenen Zuteilungsgrenzen;

die allgemeine Verteilung der Güter außer Rohstoffen und lebenswichtigen Produkten;

ein Außenhandelsbüro, das mit der Vorbereitung der Außenhandelsprogramme des Staates und gegebenenfalls der Grenzabkommen beauftragt wird;

die Erteilung von Lizenzen und Kontingenten an die ansuchenden Parteien (*aux parties prenantes*).

b) *Finanzen*

Der Finanzminister des Staates hat alle normalen Amtsbefugnisse eines Finanzministers, außer der Verwaltung der Zölle. Er stellt den Staatshaushaltsplan auf, erläßt die Besteuerungsverordnungen und Steuertarife im Rahmen der von den Bundesbehörden festgelegten Bestimmungen und führt die Währungskontrolle durch.

Zu den Ausgaben gehören außer den normalen Lasten des Staates der festgesetzte Zuschuß zum Bundeshaushalt und der vom Obersten Finanzrat bestimmte Anteil an den gemeinsamen Lasten auf Grund der Kriegshandlungen und der Durchführung des Friedensvertrages.

Die Staaten erhalten die Befugnis, Anleihen aufzulegen, um die außerordentlichen Ausgaben zu decken. Jedoch ist für das Überschreiten einer bestimmten Höchstgrenze, die von der gesetzgebenden Autorität des Bundes festgesetzt wird, die Ermächtigung des Bundesministers der Finanzen einzuholen.

In jedem Staat wird eine Zentralbank mit der Emission der Noten, der Überwachung des Geldmarktes, dem Kauf und Verkauf öffentlicher Schuldtitel, der Festsetzung des Diskontsatzes in-

nerhalb der vom Zentralen Bankenausschuß bestimmten Grenzen betraut. In gewissen Fällen, die dieser Ausschuss festsetzt, können die Staaten untereinander Anleihen ihrer Staatsbanken in Anspruch nehmen.

a) Postwesen

Der Autorität des Postministers untersteht das Post- und Fernmeldewesen des Staates, unbeschadet der Befugnisse des Bundesministers und ausgenommen den Rundfunk, Rundspruch (Télédiffusion) und die Elektronen-Versuchsstationen (Laboratoires électroniques).

Die Postverwaltung des Staates erhält finanzielle Autonomie und wird Eigentümerin ihres Materials und ihres Netzes.

d) Transportwesen

Ein Transportminister ist für Eisenbahnen, Binnenschifffahrt, Straßentransporte und eventuell Seehäfen und Küstenschifffahrt zuständig.

Eisenbahnen:

Jeder Staat soll über ein Eisenbahnnetz verfügen, das mit eigener Finanzhoheit ausgestattet wird, und soll Eigentümer seines Wagenparks sein, wobei ein zwischen dem Staat und der Verwaltung des Eisenbahnnetzes während der Übergangszeit abgeschlossener Vertrag vorbehalten bleibt.

Der Transportminister genehmigt die für das Staatsgebiet geltenden Tarife sowie die Arbeits- und Ausrüstungsprogramme.

Das eventuelle Defizit der Staatseisenbahnen wird vom öffentlichen Haushalt dieses Staates gedeckt.

Binnenschifffahrt, Straßentransporte, Seehäfen und Küstenschifffahrt:

Vorbehaltlich der dem Bundes-Transportminister und dem Obersten Transportrat zustehenden Befugnisse gehört jede die Binnenschifffahrt, die Straßentransporte und eventuell die Seehäfen und die Küstenschifffahrt betreffende Frage zur ausschließlichen Kompetenz des Staates.

e) Die wirtschaftlichen Befugnisse des Staates erstrecken sich auf: industrielle Erzeugung, Land- und Forstwirtschaft, Ernährung, Arbeit (hinsichtlich der Transferierung von Arbeitskräften siehe weiter oben Abschnitt a 8), Wiederaufbau, öffentliche Arbeiten.

*

Am 29. Januar 1947 wurde der Plan des französischen Außenministers Bidault für die Errichtung einer dezentralisierten Bundesregierung in Deutschland durch das Kabinett Ramadier einstimmig gebilligt.

Am gleichen Tage gab Außenminister Bidault vor dem 'Außenpolitischen Ausschuss der französischen Nationalversammlung eine Erklärung über die Denkschriften der französischen Regierung zur deutschen Frage ab. Bidault erklärte, er stimme mit den Ideen der Regierung Blum völlig überein. Frankreich habe seine Grundhaltung in der Ruhr- und Rheinlandfrage nicht geändert. Es bestehe darauf, daß die Kohlengruben und die Schwerindustrie des Ruhrgebietes unter direkte alliierte Kontrolle gestellt werden.

Der Pariser Korrespondent der in Berlin erscheinenden Zeitung *Telegraf* schrieb in diesem Zusammenhang:

„Die französische Regierung sieht die verschiedenen Memoranden*) als ein unteilbares Ganzes an. Auch wenn das Rheinland innerhalb eines deutschen Staatenbundes verbleiben sollte, wünscht Frankreich verwaltungstechnisch und politisch eine vollkommene Unabhängigkeit der beiden Länder von einer deutschen Zentralregierung. Auf diese Formel haben sich nunmehr alle französischen Parteien geeinigt.“

*

Am 1. Februar 1947 wurde das dritte Memorandum der französischen Regierung zur deutschen Frage den Stellvertretenden Außenministern in London überreicht:

Memorandum der französischen Regierung über die künftige Rechtsregelung für die Wirtschaft des Ruhrgebietes

(1. Februar 1947)

1. Das Ruhrbecken umfaßt: 90 Prozent der Kohle, 72 Prozent des Gußeisens, 74 Prozent des Stahls, 69 Prozent der Walzwerkzeugnisse, die unter Berücksichtigung der Gebietsabtrennungen im Osten und der Eingliederung des Saargebiets in die französische Wirtschaft noch auf deutschem Gebiet vorhanden sind.

Diese Feststellung genügt, um die Bedeutung zu ermessen, die dem Ruhrgebiet vom Gesichtspunkt des deutschen Kriegspotentials und damit der Sicherheit Europas und der Welt zukommt.

*) Nach französischen Pressemeldungen sind von französischer Seite insgesamt fünf Memoranden zur Deutschlandfrage verfaßt worden. Das vierte französische Memorandum soll sich mit den Reparationen und das fünfte mit der Frage der Besetzung Deutschlands befassen.

Daher ist es von der allergrößten Wichtigkeit, daß alle Maßnahmen ergriffen werden, um zu verhindern, daß die Hilfsquellen der Ruhr aufs neue als eine industrielle Basis des Angriffs genutzt werden können.

Eine einfache Lahmlegung des Ruhrgebietes ist jedoch natürlich unvorstellbar. Daher kommt es ebenfalls darauf an, daß Ausbeutung dieses Gebietes in Zukunft so organisiert wird, seine Hilfsquellen für das gemeinsame Wohl der friedliebenden Nationen Verwendung finden.

Im Hinblick auf dieses Ziel erachtet es die Französische Regierung für wesentlich, die Bergwerke und Industriebetriebe der Ruhr unter ein besonderes Regime zu stellen und eine internationale Kontrolle dieser Bergwerke und Industrien einzuführen.

Der Zweck dieser Regelung wäre:

a) die Produktion der Hüttenwerke, der Maschinenindustrie und der chemischen Industrien auf die von den Alliierten Maximal vereinbarte Ziffer zu beschränken.

b) im Rahmen des irgend Möglichen die Förderung der Kohlengruben des Ruhrgebietes zu entwickeln und die Verteilung ihrer Produktion gemäß den Bedürfnissen der europäischen Industrie zu gewährleisten.

2. Der im gegenwärtigen Memorandum dargelegte Plan bezieht sich auf ein am rechten Rheinufer gelegenes Gebiet, das durch eine Linie begrenzt wird, die zwischen Xanten und Wesel am Rhein ausgeht, nördlich Haltern verläuft, der Lippe bis Lippstadt folgt, Soest einschließt, die Möhnetalsperre umfaßt, nördlich an den Berg und südlich Altena verläuft und an der Grenze der Bezirke Köln und Düsseldorf wieder auf den Rhein stößt.

Diese Abgrenzung hat den Vorteil, in einem so eng wie möglich umrissenen Raum eine beträchtliche Ansammlung von Bergwerken und Industriebetrieben zu umfassen, deren Unterstellung unter ein Sonderregime notwendig erscheint, um die Sicherheit Europas zu gewährleisten.

3. Die Einführung einer einfachen alliierten Kontrolle über Kohlengruben und Hüttenwerke, die dann Eigentum ihrer früheren Besitzer bleiben und von ihnen weiterhin verwaltet würden, entspräche nicht den Besorgnissen, von denen die gegenwärtige Note ausgeht. Der dem Frieden zuwiderlaufende Gebrauch, mit diesem Eigentum und seiner Verwaltung gemacht wurde, droht die Annahme einer neuen Rechtsform, die es ermöglichen würde, diese Hilfsquellen für Zwecke auszubeuten, die von internationalem Nutzen sind. Nur eine direkte Verwaltung durch internationalisierte Organe würde die Durchführung der Bestimmungen des Friedensvertrages auf diesem Gebiet möglich machen.

4. Um für die Tätigkeit dieser Organe eine sowohl sichere und dauerhafte Rechtsgrundlage zu schaffen, würde das Eigentum der Gesamtheit der betreffenden Gruben und Industriebetriebe ungeteilt auf solche Nationen übergehen, die gemeinsam im Kampf gegen Deutschland gestanden haben, das heißt praktisch auf diejenigen Nationen, die berufen sein werden, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Es ist in der Tat normal, daß diese Nationen, die alle vom deutschen Angriff betroffen waren und alle in verschiedenem Ausmaß zu seiner Abwendung beigetragen haben, Pfand ein Vorzugsrecht (droit éminent) auf die Hilfsquellen halten, die den wesentlichen Bestandteil des deutschen Kriegspotentials darstellen.

Das in dieser Weise übertragene Eigentum würde einerseits das Besitz des ehemaligen Reiches und der öffentlichen Körperschaften (Preussischer Staat, Länder, Gemeinden und andere juristische Personen des deutschen öffentlichen Rechts) umfassen. Andererseits würde es Vermögenswerte gewisser Privatpersonen darstellen. Besondere Bestimmungen wären zum Schutz der bereits bestehenden alliierten Interessen zu treffen.

Die Verwaltung dieser Werte würde den besonders interessierten Mitgliedern der Vereinten Nationen übertragen.

Infolge der Höhe der aus der Wirtschaft des Ruhrgebiets zu erzielenden Gewinne erscheint es schwierig, die Verteilung auf die Nationen vorzunehmen, die die Eigentümer des Betriebsvermögens wären. Einstweilen ist es das Ziel der von der Französischen Regierung umrissenen Politik, die Sicherheit zu gewährleisten und zum Wiederaufbau Europas in seiner Gesamtheit beizutragen, und nicht, denjenigen Ländern, die an der Verwaltung teilnehmen, besondere Gewinne einzubringen. Die Reingewinne unter Abzug der für den Dienst der nachstehend unter Ziffer 6 erwähnten Schuldverschreibungen und der zugelassenen Neuinvestitionen erforderlichen Beträge würden demnach den Behörden des Gebietes gemäß den unter Ziffer 21, Absatz 9 festgelegten Modalitäten übergeben werden.

5. In der Bezeichnung der Verwaltung wäre eine Unterscheidung zu machen, je nachdem es sich um den Kohlenbergbau und die Hüttenindustrie einerseits oder um die Maschinen- oder chemische Industrie andererseits handeln würde.

Die für die unmittelbare Verwaltung vorzusehenden Stellen würden folgende Bezeichnung tragen: „Internationale Verwaltung der Ruhrkohlenruben“ beziehungsweise „Internationale Verwaltung der Hütten- und Stahlwerke des Ruhrgebietes“. Sie besäßen den Charakter einer öffentlichen internationalen Einrichtung und wären juristische Personen mit voller Rechtsfähigkeit. Sie würden die finanzieller Autonomie im Rahmen der allgemeinen Gesetze des Ruhrgebietes ausgestattet.

6. Für das Eigentum von Privatpersonen haben die zu treffenden Entscheidungen den Charakter einer Beschlagnahme von Waren, die in die Hände ihrer gegenwärtigen Besitzer eine Gefahr für die Sicherheit darstellen oder bei denen zu befürchten ist, daß sie nicht in der Weise verwendet werden könnten, die im höchsten Maße zum Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft beitragen würde. Die Eigentümer dieser Werte können in gewissen Grenzen und in dem Maße, wie es sich um Rechte handelt, die auf legalem Wege erworben wurden, eine Entschädigung in Form von Schuldverschreibungen erhalten. Das Eigentum von Kriegsverbrechern und von deutschen Staatsangehörigen, gegen die besondere Maßnahmen, sei es allgemeiner oder individueller Natur, ergriffen worden, wird entschädigungslos enteignet.

Es ist darauf hinzuweisen, daß die unmittelbare Verwaltung der Gesamtheit dieses Eigentums durch die oben erwähnten Verwaltungsstellen keinen beträchtlichen Aufwand an alliierter Personal erfordern würde. Der Kräftebedarf für die administrative und technische Leitung würde für den Kohlenbergbau 125 und für die Hüttenindustrie 100 Personen nicht übersteigen.

a) Kohlenruben

7. Die Internationale Verwaltung der Ruhrkohlenruben würde unter Einschaltung der nachstehend bezeichneten Organe die Verwaltung der Betriebe wahrnehmen, die die Ausbeutung der Kohlenvorkommen betreiben. Weiter würde sie durch eine besondere Stelle die Kontrolle über den Betrieb der den Gruben angeschlossenen Kokereien, über die Erzeugung der Nebenprodukte der Kohledestillation (Gas, Benzol, Teer) und über die Anlagen zur Destillation von Steinkohlenteer ausüben.

8. Die Internationale Verwaltung wäre ein leitendes Organ, das folgende Aufgaben zu erfüllen hätte:

die Gesamtleitung, die Kontrolle und Koordinierung des technischen Betriebes der Ruhrkohlenruben durchzuführen;
die Betriebswirtschaftspolitik (politique d'exploitation), die Investitionsprogramme und die Finanzpolitik auszuarbeiten;
das Programm für die Entwicklung der Produktion der mineralischen Brennstoffe und ihrer Derivate vorzubereiten;

die technische Forschung über die mit dem Grubenbetrieb zusammenhängenden Tätigkeitsbereiche zu fördern, zu leiten und zusammenzufassen und die Abbaumethoden zu lenken;

die Berufsausbildung und insbesondere das Lehrlingswesen zu fördern, zu leiten und zu koordinieren;

mit Hilfe besonderer Kontore als Zentralstellen für den Verkehr sowohl im Innern des Gebiets wie für den Export die Verteilung der Kohle gemäß den im Vertrag festgelegten Regeln vorzunehmen.

9. Der Verwaltungsrat für die Kohlenbergwerke des Ruhrgebietes würde sich aus Mitgliedern zusammensetzen, von denen für jedes Mitgliedsland zwei ernannt würden, sowie aus einem Vertreter (oder zwei) der Gebietsbehörden.

Der Verwaltungsrat würde einen Generaldirektor, der einem der oben erwähnten alliierten Länder angehören würde, ernennen und ihm mit den erforderlichen Vollmachten ausstatten.

Die Leiter der wichtigsten Abteilungen der Generaldirektion dürften auf keinen Fall deutsche Staatsangehörige sein.

Dem Generaldirektor würde ein Konsultativrat beigegeben, der aus einem Teil aus Angehörigen der alliierten Länder, die der Verwaltungsrat ernannt, und zum anderen Teil aus Mitgliedern bestehen würde, die das technische Personal und die Arbeiterorganisationen vertreten.

Der Direktor der Kontore, bei denen der Absatz zentralisiert wird, hätte einer der alliierten Nationen anzugehören und würde dem Generaldirektor unterstellt. Es würden ihm alliierte Stellenleiter beigegeben. Außerdem würden bei den großen Verschiebehöfen des Ruhrgebietes Inspektoren eingesetzt, die die Verteilung und den Verkauf der Kohle zu kontrollieren hätten.

10. Es würden etwa 12 Bezirke oder Gebietseinteilungen für die Kontrolle des Abbaus der Kohlenvorkommen gebildet.

Jeder Bezirk würde von einem Bezirksdirektor mit alliierter Staatsangehörigkeit geleitet, der für die Durchführung der ihm vom Generaldirektor der Internationalen Verwaltung erteilten Weisungen verantwortlich wäre. Es könnten ihm ein oder zwei Stellvertreter, die den gleichen Bedingungen hinsichtlich der Staatsangehörigkeit zu entsprechen hätten, sowie ein deutscher Direktor mit weitgehenden Befugnissen gegenüber den deutschen Direktoren der Bergwerke beigegeben werden.

Der Bezirksdirektor hätte darüber zu wachen, daß die Ausbeutung

der Kohlenruben und die Verarbeitung ihrer Produkte gegebenenfalls im Rahmen der von der Internationalen Verwaltung festgesetzten Programme betrieben und gefördert werden;

er hätte das finanzielle Gleichgewicht der Betriebe zu überwachen;

er würde die Bergwerksdirektoren seines Bezirks nach Billigung durch den Verwaltungsrat ernennen; es stünde ihm auch das Recht zu, sie wieder abzusetzen, falls sie von den erhaltenen Weisungen abweichen sollten;

er würde die ihm beigegebenen Kontrolleure leiten und anweisen. Hinsichtlich der Staatsangehörigkeit müßten diese den gleichen Bedingungen entsprechen wie der Bezirksdirektor. Sie wären befugt, jederzeit Kontrollen der Betriebe vorzunehmen.

11. Die Kohlenbergwerke in jedem Bezirk würden der Autorität deutscher Direktoren unterstellt, die vom Bezirksdirektor mit Zustimmung des Verwaltungsrats ernannt werden.

b) Hüttenindustrie

12. Die Internationale Verwaltung der Hütten- und Stahlwerke des Ruhrgebietes würde die Verwaltung des Eigentums, der Rechte und Interessen der Gesellschaften wahrnehmen, die die Erzeugung von Eisen, Stahl und von Halbzeugprodukten, die der Friedensvertrag bestimmt, betreiben. Die Verwaltung würde ihre Aufgabe mit Hilfe der weiter unten aufgeführten Stellen durchführen.

13. Die Internationale Verwaltung wäre ein leitendes Organ, das folgende Aufgaben zu erfüllen hätte:

die Gesamtleitung, die Kontrolle und Koordinierung des technischen Betriebes der Hütten- und Stahlwerke des Ruhrgebietes auszuüben;

die Betriebswirtschaftspolitik (politique d'exploitation), die Investitionsprogramme und die Finanzpolitik auszuarbeiten;

die Programme für die Erzeugung von Gußeisen, Stahl und Halbzeugprodukten im Rahmen der vorgesehenen Beschränkungen aufzustellen;

die technische Forschung über die mit den Hütten- und Stahlwerken zusammenhängenden Tätigkeitsbereiche zu leiten und zusammenzufassen und die Produktionsmethoden zu lenken;

die Berufsausbildung und insbesondere das Lehrlingswesen zu leiten und zusammenzufassen;

mit Hilfe eines Kontors als Zentralstelle für den Absatz gemäß den im Vertrag festgelegten Regeln die Verteilung des Gußeisens, Stahls und der Halbzeugprodukte vorzunehmen.

14. Der Verwaltungsrat würde aus ... Mitgliedern bestehen, von denen für jedes Mitgliedsland zwei ernannt würden, sowie aus einem Vertreter (oder zwei) der Behörden des Gebiets.

Der Verwaltungsrat würde einen Generaldirektor, der den alliierten Mitgliedsländern angehören müßte, ernennen und ihn mit den erforderlichen Vollmachten ausstatten.

Die Leiter der wichtigsten Abteilungen der Generaldirektion dürften auf keinen Fall deutsche Staatsangehörige sein.

Dem Generaldirektor würde ein Konsultativrat beigegeben, der zu einem Teil aus Angehörigen der alliierten Länder, die der Verwaltungsrat ernannt, und zum anderen Teil aus Mitgliedern bestehen würde, die das technische Personal und die Arbeiterorganisationen vertreten.

Das Kontor, bei dem der Absatz zentralisiert wird, würde einem Direktor unterstellt, der einer der alliierten Nationen anzugehören hätte und der seinerseits dem Generaldirektor der Internationalen Verwaltung unterstellt würde. Dem Direktor würden die Stellenleiter und Inspektoren, die den alliierten Nationen anzugehören hätten, beigegeben. Diese Inspektoren würden bei den wichtigen Verschiebehöfen des Ruhrgebietes eingesetzt.

15. Es würden Bezirke oder Gebietseinteilungen für die Kontrolle des Betriebes der Hütten- und Stahlwerke eingeführt.

Der Bezirk würde von einem Bezirksdirektor mit alliierter Staatsangehörigkeit geleitet, der für die Durchführung der ihm vom Generaldirektor der Internationalen Verwaltung erteilten Weisungen verantwortlich wäre. Es könnten ihm ein oder zwei Stellvertreter, die den gleichen Bedingungen hinsichtlich der Staatsangehörigkeit zu entsprechen hätten, sowie ein deutscher Direktor mit weitgehenden Befugnissen gegenüber den deutschen Direktoren der Hütten- und Stahlwerke beigegeben werden.

Der Bezirksdirektor:

hätte über das finanzielle Gleichgewicht der Unternehmen zu wachen;

würde nach Billigung durch den Verwaltungsrat die Betriebsdirektoren ernennen. Er wäre befugt, sie wieder abzusetzen, falls sie von den erhaltenen Weisungen abweichen sollten;

würde die ihm beigegebenen Kontrolleure leiten und anweisen. Diese müßten den gleichen Bedingungen hinsichtlich der Staatsangehörigkeit entsprechen wie die Bezirksdirektoren und wären befugt, jederzeit Kontrollen der Hüttenbetriebe und Stahlwerke vorzunehmen.

16. Die Hüttenbetriebe und Stahlwerke des Bezirks würden der Autorität deutscher Direktoren unterstellt, die vom Bezirksdirektor mit Zustimmung des Verwaltungsrates ernannt würden.

c) Unternehmen, die in Pflichtgewerkschaften zusammengeschlossen werden

17. Um die Sicherheit zu schaffen, die das Ziel der Französischen Regierung ist, müßten gegenüber denjenigen Unternehmen, deren Verwaltung keiner internationalen Stelle übertragen wird, gewisse Maßnahmen hinsichtlich der Berufsorganisation getroffen werden, die so weitgehend wären wie es die wirtschaftliche oder strategische Bedeutung der Tätigkeit dieser Unternehmen rechtfertigt.

18. Zu diesem Zweck müßten die im vorigen Absatz genannten Unternehmen obligatorischen Gewerkschaften angeschlossen werden.

19. Die Gewerkschaften hätten zur Aufgabe:

- a) für die Verteilung der Erzeugnisse zu sorgen;
- b) den zuständigen Stellen die Vorschläge für die Produktionsprogramme und den Ausbau der Unternehmen zuzuleiten;
- c) gegebenenfalls zu allgemeinen Fragen des Berufs (Löhne, soziale Fragen) Stellung zu nehmen;
- d) die technische Forschung zusammenzufassen.

Bei jeder Gewerkschaft wird ein alliierter Kommissar eingesetzt, der mit den nötigen Vollmachten für die Kontrolle der Tätigkeit der in dieser Gewerkschaft zusammengeschlossenen Unternehmen ausgestattet wird.

Dem alliierten Kommissar könnten je nach der Bedeutung der Gewerkschaft eine gewisse Anzahl von Stellvertretern beigegeben werden.

In denjenigen Unternehmen, die entweder vom Gesichtspunkt der Sicherheit oder vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt am wichtigsten sind, könnte ein technischer Delegierter eingesetzt und mit den erforderlichen Vollmachten zur Kontrolle der Tätigkeit dieser Unternehmen versehen werden.

20. Die Industrien, die zu Pflichtgewerkschaften zusammengeschlossen werden, sollten vor allem, aber nicht ausschließlich, umfassen:

- a) die Maschinenindustrie, b) die chemische Industrie.

21. Damit das so umrissene System die notwendigen Garantien der Dauerhaftigkeit und Wirksamkeit bietet, ist erforderlich:

a) daß das Statut für die Ruhrindustrie in den Friedensvertrag aufgenommen wird. Gleichzeitig ist aber auch wesentlich, daß dieses Statut durch eine Bestimmung dieses Friedensvertrages unter die besondere Kontrolle des Sicherheitsrates gestellt wird;

b) daß Vorkehrungen getroffen werden, damit die wirtschaftliche Aufgabe der internationalen Verwaltungsstellen mit genügender Handlungsfreiheit erfüllt werden kann. Es ist von Wichtigkeit, daß die Gebietsbehörde, die die Fähigkeit zum Erlaß von Gesetzen und Verwaltungsvorschriften auf solchen Gebieten besitzt, die die Leitung der internationalen Verwaltungsstellen wesentlich interessieren, wie Löhne, Sozialversicherung, Transporttarife, nicht den guten Gang der Unternehmungen stört.

In dieser Hinsicht wird die erforderliche Zusammenarbeit der Gebietsbehörde mit den Leitungen der beiden Verwaltungsstellen keinerlei Schwierigkeit bedeuten, wenn diese Behörde, wie es die Französische Regierung vorschlägt, selbst international ist.

Welchen politischen Status das Ruhrgebiet auch besitzen wird, so würden sich die internationalen Verwaltungsstellen einer einheimischen Verwaltung gegenübersehen, deren Autorität sich auf das gesamte Personal der Unternehmen erstreckt, deren Verwaltung sie innehaben.

Auf jeden Fall ist es somit unerlässlich, die Anwesenheit eines Kommissars im Ruhrgebiet vorzusehen, der von denjenigen Nationen ernannt wird, die an der Führung der internationalen Verwaltungsstellen beteiligt sind.

Dieser Kommissar müßte über jeden Gesetzgebungsakt oder jeden Erlaß einer Verwaltungsvorschrift mit Bezug auf die der Kontrolle unterworfenen Produktionszweige auf dem laufenden gehalten werden. Er wäre berechtigt, dem Verwaltungsrat für die Kohlengruben und Hochöfen beizuwohnen; jeder Gesetzgebungsakt oder jede Verwaltungsvorschrift, die diese Verwaltungsstellen auf bestimmten Gebieten wie dem der Arbeitskräfte, Sozialversicherung, Transporttarife berühren, müßten ihm zur vorherigen Genehmigung vorgelegt werden. Ferner würde die Zusammensetzung der in Abschnitt c) erwähnten Pflichtgewerkschaften seiner Billigung unterliegen. Diese würden ihm als Zwischenglied in seinen Beziehungen zu den verschiedenen nach Tätigkeitszweigen eingeteilten Unternehmungen dienen.

Der Kommissar würde ferner mit jedem aus der Anwendung sowohl der Bestimmungen des Friedensvertrages wie der im vorhergehenden erwähnten Gesetzes- und Verwaltungsvorschriften entstehenden Konflikt befaßt, der nicht durch direkte Verhandlungen zwischen der Gebietsbehörde und den Verwaltungsstellen beizulegen wäre. Desgleichen würde er mit etwaigen Arbeitskon-

flikten und im allgemeinen mit allen Vorkommnissen befaßt, dem im Vertrag festzulegenden Status der Ruhrindustrien widerlaufen.

Die Gewinne, die den internationalen Verwaltungsbehörden den Unternehmungen zufließen, würden auf ein Konto eingezahlt, das auf den Namen des Kommissars eröffnet und grundsätzlich sofort unter Abzug der für die Kosten der Kontrolle sowie die erwartenden Rückzahlungen und die Tilgung der Anleihen erforderlichen Beträge zugunsten der im Vertrag bezeichneten Gebietsbehörde freigegeben würde. Für den Fall jedoch, daß Verstehe festgelegt würden, hätte der Kommissar das Recht, Sanktionen zu ergreifen und die auf sein Konto eingezahlten Gewinne ganz oder teilweise gesperrt zu halten.

Der Kommissar wäre weiterhin befugt, in klar umrissenen Ausnahmefällen die alliierten Sicherheitskräfte zu Hilfe zu rufen, die im Ruhrgebiet oder in seiner Nähe stationiert wären.

Um schließlich zu vermeiden, daß mögliche Unstimmigkeiten zwischen den Behörden einerseits und der einheimischen Bevölkerung andererseits sich auf gerichtlichem Gebiet auswirken könnten, wäre es angebracht, daß das alliierte Personal der internationalen Verwaltungsstellen hinsichtlich der Rechtsprechung einen Sonderstatus erhielte und daß besondere Gerichte geschaffen werden, vor denen alle die Tätigkeit der Verwaltungsstellen betreffenden Angelegenheiten zur Verhandlung kämen.

22. Das System der Verwaltung und internationalen Kontrolle, das im Ruhrgebiet zu errichten ist, müßte durch die Überwachung der Bewegungen gewisser in diesem Gebiet erzeugter Waren, für den deutschen Gebrauch bestimmt sind, vervollständigt werden. Zu diesem Zweck müßte eine besondere Überwachung an den Grenzen des Ruhrgebietes eingeführt werden. Es wären keine Gebühren für die Warenbewegungen zu erheben, aber die alliierten Behörden hätten dadurch die Möglichkeit, sich zu versichern, daß die Ausfuhr aus dem Ruhrgebiet nach Deutschland nicht von ihnen festgesetzten Kontingente überschreitet.

Der Chef der Wirtschaftsabteilung im französischen Außenministerium, *Hervé Alphand*, gab am 3. Februar 1919 eine Erklärung zur Veröffentlichung des Memorandums über die künftige Gestaltung des Ruhrgebietes ab, in der er den ganzen Plan noch einmal zusammenfassend darstellte. Ergänzend fügte er hinzu:

„Die französische Regierung hat vorgeschlagen, daß die Holzkohle über das Ruhrgebiet international sein soll. Man kann jedoch ebenso für eine rein gebietsmäßig begrenzte Behörde eintreten, politisch von Deutschland getrennt ist und international kontrolliert wird.“

Die Vermutung, die französische Regierung habe ihre Forderung nach politischer Abtrennung des Ruhrgebietes aufgegeben, wurde durch die Erklärung Alphands widerlegt. Er darauf hinwies, daß der französische Standpunkt dieser Beziehung unverändert sei.

Die französische Stahlerzeugung sei wegen der Kohlenknappheit gegenwärtig weit von ihrer vollen Produktionshöhe entfernt. Es sei die Grundlage des französischen Planes, daß die Stahlindustrie in friedliebenden Ländern Europas aufgebaut werden solle und nicht in Deutschland zentralisiert werden dürfe.

Auf die Frage, ob dies nicht die deutschen Stahlausfuhr herabsetzen und damit Deutschland der Möglichkeit berauben würde, für sich selbst aufzukommen, was dem britischen Steuerzahler erhöhte Besatzungskosten verursachen würde, antwortete Alphand, daß im Gegenteil nach französischer Auffassung Deutschland mit einer entsprechenden geringeren Schwerindustrie die Veredelungsindustrien und die Erzeugung von Verbrauchsgütern wesentlich besser entwickeln könne.

Das französische Memorandum über die Ruhrfrage wurde von der französischen Presse dahingehend ausgelegt, daß die französische Regierung ihren Standpunkt zum deutschen Problem geändert habe. Das französische Außenministerium dementierte diese Auslegungen jedoch ausdrücklich. Daraufhin entwickelte sich in den Pariser Zeitungen eine Debatte um die Frage, ob das Dementi nicht die vermutete Abweichung von der Grundlinie gerade bestätige oder ob es sich um Trugschlüsse handle. Die ausländische Presse, insbesondere verschiedene Schweizer Blätter, blieben bei ihren Behauptungen, daß Frankreich seine ursprünglichen Pläne nunmehr fallengelassen habe.

ber Frankreichs Einstellung zur Internationalisierung
Siens berichtete der *Pressedienst der Polnischen Mil-*
mission beim Alliierten Kontrollrat in Berlin am 17.
uar 1947 wie folgt:

n Beantwortung einer Frage des Pariser Korrespondenten der
ischen Presseagentur hinsichtlich der Einstellung der franzö-
en Regierung zu gegenwärtig inszenierten Manövern bezüglich
'Internationalisierung' Schlesiens erklärte der Sachverständ-
des französischen Außenministeriums: „Schlesien befindet sich
olen Frankreich ist in keinerlei Weise an der Kontrolle der
strie eines verbündeten Staates interessiert.“

m 28. Februar 1947 gab Außenminister *Bidault* während
er Debatte über die französische Außenpolitik in der Na-
alversammlung den Inhalt einer Protestnote an die briti-
Regierung bekannt. In dieser Note wandte sich Frankreich
en die britischen Maßnahmen, wonach die Ruhrbergwerke
er deutsche Verwaltung gestellt werden sollen.

n diesem Zusammenhang berichtete die *Agence Euro-*
pae Presse, daß die französische Note durch eine Agen-
meldung hervorgerufen wurde, aus der Frankreich ge-
bt habe entnehmen zu können, Großbritannien beabsich-
die Ruhrindustrie einem deutschen Sequester zu unter-
en. In der AEP-Meldung hieß es weiter:

Diese Auffassung ist von der Downingstreet formell demen-
worden, wobei sich die britische Regierung ausdrücklich auf
am 22. Oktober 1946 gehaltene Rede *Bevins* beziehen konnte.
er dieser die Notwendigkeit betont hatte, die Regelung der
frage in den allgemeinen Plan der Abrüstung Deutschlands
ubeziehen Der britische Außenminister hatte dabei ausdrück-
darauf hingewiesen, daß selbst wenn die Geschäftsführung
Ruhrindustrie bis zu einem gewissen Grade Deutschen anver-
würde, die britischen Behörden die Kontrolle darüber be-
nen müßten. Im übrigen macht die letzte englische Note in
er Frage auf die juristischen Schwierigkeiten aufmerksam, die
aus der Tatsache ergeben, daß ein Teil der Ruhrindustrie
indischen Organisationen oder Staaten gehöre, so daß es unum-
lich sei, den Interessen der ausländischen Eigentümer Rech-
zu tragen.“

n weiteren Verlauf der außenpolitischen Debatte vom
Februar 1947 befaßte sich Außenminister *Bidault* im-
blick auf die Moskauer Konferenz ausführlich mit dem
ma Deutschland. Er wies darauf hin, daß bisher ledig-
die Verträge mit Deutschlands ehemaligen Vasallen-
ten von den Alliierten erledigt worden seien. Jetzt aber
dele es sich um Deutschland, diesen „schwarzen Stern“,
den sich die Vasallen bewegten.

Venn wir uns über Deutschland einig werden, dann wird alles
sein. Werden wir uns aber nicht einig, so möge Gott der
heit gnädig sein.“

Bidault betonte, daß sich die französische Politik gegen-
Deutschland seit September 1945, als die französische
ierung ein Memorandum über die politische Abtrennung
Ruhrgebiets von Deutschland veröffentlichte, nicht mehr
ändert habe. Die Hauptpunkte dieses Memorandums
en die wirtschaftliche Angliederung des Saargebiets an
Frankreich, eine internationale Kontrolle der Ruhr und des
inlands, die Schaffung eines föderalistischen Deutsch-
s und die Forderung nach gerechten Reparationen. (Vgl.
Europa-Archiv I/3—8).

n verschiedenen Kreisen wird behauptet, daß ein einheitliches
sland leichter zu kontrollieren sein würde, — sie sprechen
Bismarck, Wilhelm II. und Hitler. Ich sage, daß diese nicht
h den Föderalismus an die Macht kamen, sondern nur da-
h, daß sie ihn bekämpften. Es war der Wille zur Einheit, der
e Preußens, welcher sie zu Macht und Eroberung führte.“

icht Frankreich habe Deutschland aufteilen wollen, diese
cheidung sei in Potsdam getroffen worden, erklärte *Bi-*
t. Frankreich beabsichtige nicht, die deutschen Ostgren-
wie sie in Potsdam festgelegt worden seien, in Frage
tellen.

Frankreich sei im allgemeinen gegen eine Erhöhung der
schen Produktion zum Zweck einer Mehrleistung an Re-
tionen. Die deutschen Fabriken und Stahlwerke müßten
einem tiefen Produktionsstand gehalten werden. Eine
nahme könne vielleicht bei der Fabrikation von Fertig-
en gemacht werden. Zum Saarproblem sagte *Bidault*, daß

die Forderung auf wirtschaftliche Angliederung an Frank-
reich nicht die politische Abtrennung von Deutschland ein-
schließe und daß Frankreich nicht aus Menschen Franzosen
machen wolle, die nicht Franzosen zu sein wünschten.

Zur Kohlenfrage erklärte *Bidault*:

„In der ganzen Welt herrscht Kohlenknappheit, und an der
Ruhr gibt es Kohle. Es ist gerecht und billig, daß dieser Rohstoff
den Mächten zukommt, die die Opfer Deutschlands geworden
sind, die ihn benötigen, darunter Frankreich. Frankreich muß
darauf bestehen, aus dem Ruhrgebiet Kohle zu bekommen. Es ist
überflüssig, lothringisches Eisenerz nach der Ruhr zu senden, um
Deutschland mit Stahl zu versorgen.“

Außenminister *Bidault* forderte die Franzosen auf, gegen-
über den Deutschen keine Haßgefühle, aber auch kein Mit-
gefühl zu hegen. Man dürfe auch keine unverantwortliche
Nachsicht zeigen. *Bidault* betonte, daß auf der Moskauer
Konferenz die Regelung der deutschen Frage die Haupt-
aufgabe bilde. Wenn darüber eine Verständigung erzielt wer-
den könne, so sei eine Verständigung über alle anderen Fragen
für die Gegenwart und die Zukunft leicht zu erzielen.

II. Stimmen der öffentlichen Meinung zum Problem Deutschland

Ende August 1946 nahm der Leiter des Flüchtlingsamts
der Sozialistischen Partei Frankreichs und Bürgermeister
von Saint-Germain, Raymond *Uidal*, anlässlich einer Reise
durch Deutschland zu deutschen Problemen Stellung:

„Die Saarfrage ist eine internationale Frage; die Sozialistische
Partei Frankreichs ist gegen die Aufspaltung Deutschlands und
vertritt den Standpunkt, daß Rheinland, Ruhr und Westfalen
weiterhin innerhalb Deutschlands bleiben müssen.“

Mit seiner Partei sei er der Meinung, daß man Deutsch-
land seine Industrie belassen solle, diese jedoch unter ent-
sprechende Kontrolle stellen müsse. Als Sozialist vertrete er
die Ansicht, daß es nicht gut sei, das Saargebiet von
Deutschland zu trennen. Die französischen Sozialisten for-
derten eine Kontrolle der Saarminen und des Ruhrgebiets,
sie beabsichtigten aber keine wirtschaftliche Versklavung
des deutschen Volkes.

Die Frage des Saargebiets wurde nach der Errichtung der
Zollgrenze überall in der französischen und ausländischen
Presse erörtert. Das unabhängige Blatt *L'Ordre* schrieb am
24. Dezember 1946:

„Es ist eine Tatsache, daß die ungeheure Mehrheit der Saar-
bevölkerung sich an die glückliche Zeit erinnert, in der ihr Wirt-
schaftsleben mit demjenigen Frankreichs verbunden war; sie steht
unter dem Eindruck der Wirkungen und Folgen des Hitlerkrieges.
Sie sucht und wünscht unter dieser oder jener Form eine
Vereinigung mit Frankreich. Nur eine unbedeutende Minderheit
glaubt, ihr Schicksal an die Trümmer des Dritten Reiches ketten
zu müssen.“

Wir sind zu realistisch, um 800 000 Bewohnern des Gebietes die
französische Staatsbürgerschaft zuzuerkennen, obgleich man sich
für die Zukunft ein Sonderregime vorstellen kann, welches die
Möglichkeit böte, individuell und auf Wunsch die besten dieser
Elemente zu naturalisieren.

Es besteht also ein französisches Saarproblem. Frankreich hat
Interessen an der Saar, sie müssen verkündet und verteidigt wer-
den. Es ist also unerlässlich, daß ihre Bedeutung der französischen
Öffentlichkeit zum Bewußtsein kommt. Es gereicht dem liberalen
und demokratischen Geist der französischen Nation zur Ehre, den
Gedanken nicht einmal zu streifen, daß eine Volksbefragung ge-
fälscht sein könnte, aber es ist sicherlich weder geschickt noch
gerecht, es immer als vollendete Tatsache hinzustellen, daß 95
Prozent der Saarbevölkerung den Willen hatten, sich mit dem
Dritten Reich Adolf Hitlers zu verbinden. Die Volksabstimmung
des Jahres 1935 war nur eine Komödie

Man braucht nicht im geringsten zu befürchten, daß die Ver-
teidigung unserer Interessen uns in Widerspruch zu unseren Alli-
ierten bringt. Aber es ist nötig, daß Großbritannien, die Vereinig-
ten Staaten und die Sowjet-Union wissen, um was es sich handelt.
Man muß ihnen also die politischen, wirtschaftlichen und juristi-
schen Tatsachen aufrichtig klarlegen, so wie sie wirklich sind, und
wir sind gewiß, verstanden zu werden. Vor allem muß man ihnen
sagen und ihnen zeigen, daß der Volksentscheid von 1935 keinem
Beschuß im Sinne der Potsdamer Erklärung als Grundlage dienen
könne, weil dieser Volksentscheid eine Tat politischer Hitlerischer
Willkür und eine schmachliche Fälschung war.“

Der Präsident des *Mouvement Républicain Populaire*, Maurice Schuman, hielt in den Vereinigten Staaten vor dem *Cleveland Council on World Affairs* am 11. Januar 1947 eine Ansprache über die Ziele der französischen Deutschlandpolitik. Diese Rede fand nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch überall in Europa große Beachtung: Schuman führte aus:

„Was ist unser Ziel? Und was ist Ihr Ziel? Wir wollen verhindern, daß Europa wieder zum Schlachtfeld und Frankreich wieder zum Friedhof wird, auf dem Tausende Ihrer Söhne — wie ihre Väter und Großväter — Seite an Seite mit den Söhnen Frankreichs begraben liegen würden. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir ein Europa aufbauen und dann Deutschland in dieses Europa hineinbauen — wir sind die ersten, die für eine solche Entwicklung eintreten würden. Aber andererseits dürfen wir nicht versuchen, Europa um Deutschland herum aufzubauen. Denn dann würde es, wie uns die bittere Erfahrung gelehrt hat, kein Europa und damit keinen Frieden geben. Aufstellung und Befolgung dieser Reihenfolge im Verfahren hängen von den Vereinigten Staaten ab. Wenn Sie dabei bleiben und die Rolle spielen, die wir von Ihnen erwarten, wird eine europäische Gemeinschaft entstehen, in der auch Platz für eine deutsche Gemeinschaft ist. Wenn Sie sich dagegen physisch und moralisch zurückziehen, wird Großbritannien verpflichtet sein oder sich wenigstens für verpflichtet halten, Deutschland zu einem Bollwerk gegen die Sowjet-Union auszubauen, und die Sowjet-Union wird gezwungen sein oder sich wenigstens für gezwungen halten, Deutschland zum Bollwerk gegen Großbritannien auszubauen. In beiden Fällen wird Europa, anstatt zu einer Art Gemeinschaft zu werden, so gut wie ein Schlachtfeld sein.

Durch diesen allgemeinen Grundsatz werden zwei wesentliche Regeln festgelegt: einerseits würde es sinnlos sein, eine Wiederaufrichtung des zentralisierten Reiches eines Bismarck, Wilhelm II. und Hitler zu verhindern, wenn wir glaubten, uns dadurch der Verpflichtung entledigen zu können, Europa zu organisieren; aber andererseits müßten wir alle Hoffnung aufgeben, Europa organisieren zu können, wenn wir damit beginnen wollten, Deutschland in seiner alten Form wiedererstehen zu lassen.

Ich weiß genau, daß einige unserer Freunde in der englisch-sprechenden Welt meinen, wir lebten in der Vergangenheit, wenn wir Deutschland immer noch als eine wirkliche oder mögliche Gefahr ansehen. Aus zwei ganz bestimmten Gründen glaube ich, daß sie im Unrecht sind.

Der erste ist, daß Hitler seine Vorkehrungen für die Möglichkeit einer Niederlage getroffen hatte. Die Folterlager und Gaskammern, in denen Millionen von Männern und Frauen und Kindern in den Armen ihrer Mütter mit wissenschaftlichen Methoden ermordet wurden, sind nicht nur Ausdruck eines kollektiven Sadismus, sondern sie stellten auch eine Art Versicherung gegen die Katastrophe dar. In einem einzigen Lager, dem von Auschwitz-Birkenau, hat das Dritte Reich ebensoviele Menschen vernichtet, wie deutsche Soldaten auf allen Schlachtfeldern des Kriegs getötet wurden. Hitler tat alles, was in seiner Macht stand, damit in keinem Fall die bevölkerungsstatistische Bilanz oder vielmehr der unausgeglichene Stand der Bevölkerungsstatistik in Europa zu Ungunsten Deutschlands verändert würde.

Was bedeutet all dieses für einen Staatsmann, der kurz vor der Abreise nach Moskau steht, wo die Regelung der deutschen Frage vorbereitet werden soll? Ich meine es bedeutet eine Anzahl ganz bestimmter und fest umrissener Maßnahmen, die zu ergreifen wären.

Erstens: der Friedensvertrag muß die Wiedererrichtung eines stark zentralisierten Reichs unmöglich machen. Wenn in der Hauptstadt dieses zukünftigen Reichs ein von ganz Deutschland in allgemeiner Wahl gewählter Reichstag sitzen sollte, so gäbe es nichts, was diese souveräne Körperschaft daran hindern könnte, wieder einen Bismarckschen Staat zu schaffen. Wenn wir dagegen einen lebensfähigen Bundesstaat aus Deutschland machen wollen, müßten alle Mitgliedstaaten Wirtschaftseinheiten von ausreichender Stärke darstellen und eine eigene, den Eigenarten des Gebiets oder der Provinz angepaßte Verfassung haben, und dann müßte jedes Land eine Anzahl von Vertretern in den Bundesrat abordnen.

Diese aus den Provinzparlamenten gewählte Versammlung würde ihrerseits die Bundesregierung bestimmen, deren Befugnisse streng auf wirtschaftliche und diplomatische internationale Beziehungen begrenzt sein müßten. Es würde keinen Staatschef geben. Aber einer der Minister könnte in jährlichem Turnus jeweils die Funktionen des Präsidenten ausüben. Diesen Grundsätzen, die in den Friedensvertrag aufzunehmen wären, sollte die zukünftige Verfassung des Reichs entsprechen.

Zweitens: es genügt ein Blick auf die Landkarte des heutigen Europa und auf die verschiedenen darauf verzeichneten de-facto-Grenzen, um zu verstehen, daß im Friedensvertrag keine allge-

meine Festsetzung der Besetzungszeit enthalten sein sollte; allem nicht für das Rheinland. Wenn die besetzten Westgebiete bald oder nach einer jetzt festgelegten Zeitspanne geräumt werden, würde sich der Mangel an Gleichgewicht, unter dem Europa jetzt leidet, noch ungemein verschärfen, wie jedermann leicht verstehen kann. Nur in dem Maße, wie dieses Gleichgewicht zwischen West und Ost wiederhergestellt und das föderalistische und demokratische Deutschland wirklich fest gegründet ist, sollten die Besatzungsmächte — und nur sie allein — entscheiden, wann und wie sie ihre Truppen zurückziehen.

Aber es ist klar, daß ein föderalistisches Deutschland für oder später dem Untergang geweiht wäre, wenn Europa nicht Hinblick auf seine Struktur organisiert würde. Das bedeutet, die großen Schätze, die der deutsche Boden birgt, zum Vorteil der ganzen europäischen Gemeinschaft einschließlich Deutschlands ausgenutzt werden sollten, anstatt von Deutschland gegen die europäische Gemeinschaft ausgebeutet zu werden wie bisher. Wir wissen, daß Frankreich das einzige Land in Europa ist, das Bergwerke heute ebensoviel und mehr Kohle fördert als vor dem Krieg. Ich verrete in unserem Parlament einen Bezirk, in dem die meisten dieser Bergwerke liegen, und ich kann Sie versichern, daß unsere Bergleute ungeheure Leistungen vollbringen. Selbst vor dem Krieg, als wir nicht ein so furchtbar verwüstetes Land wiederaufzubauen hatten, mußten wir jährlich etwa 20 Millionen Tonnen Kohle einführen. Heute hätten wir ohne die amerikanischen Lieferungen trotz der heroischen Leistungen unserer Arbeiter nicht einmal genug Kohle, um unsere Fabriken in Betrieb zu halten. Unsere Privathäuser sind natürlich fast gänzlich ohne Heizung, so streng der Winter auch sein mag.

Ich brauche nicht zu erwähnen, daß wir sehr dankbar für amerikanischen Lieferungen sind. Aber ist es gerecht und vernünftig, daß Sie nun verpflichtet sein sollten, uns Kohle zu schicken, und daß das Leben Frankreichs von Monat zu Monat davon abhängig sein soll, was Sie uns schicken können, während das Ruhrgebiet vor unseren Toren liegt? Wenn ich diese Frage auf die moralische Ebene bringen wollte, hätte ich das Recht zu sagen: Wenn es schon sein muß, daß die Lebensinteressen eines Landes durch den Kohlenmangel leiden müssen, dann sollte Deutschland an erster Stelle leiden und dann erst Frankreich. Denn eine solche Reihenfolge wäre für Deutschland der konkretere Weg, zur Wiedergutmachung dessen beizutragen, was zerstört hat oder was durch seine Schuld zerstört wurde. Aber um auf der politischen Ebene zu bleiben — ich glaube, ich sollte Ihnen die logische Entwicklung unserer These gezeigelt: um eine europäische Gemeinschaft zu schaffen, müssen die Hilfsquellen, die bisher nur zur Kriegsvorbereitung benutzt wurden, neutralisiert und für ganz Europa ausgebeutet werden anstatt für Deutschland allein. Eine solche Verteilung ist unmöglich, ja sogar unvorstellbar, wenn nicht die Hauptquellen, nämlich die des Ruhrgebiets, einer internationalen Behörde unterstellt werden.

Es dürfte schwierig sein, dieses Argument zu widerlegen. Wenn Sie mir gestatten, ganz offen zu sein, so möchte ich sich ich habe den Eindruck, daß gewisse wohlmeinende Leute, die die Errichtung einer internationalen Behörde für das Ruhrgebiet fordern, weil sie darin eine Möglichkeit sehen, die Sowjet-Union nach dem Westen hinauszuziehen. ‚Die Sowjets sind schon an der Oder und an der Spree‘, sagte einer meiner englischen Bekannten neulich zu mir, ‚warum müßt Ihr sie auch noch an den Rhein holen?‘ Meine Antwort ist, daß man sich mit der endgültigen Aufspaltung der Welt in zwei Blöcke abfindet, wenn man das Problem so stellt oder wenn man es überhaupt nicht stellt. Man nimmt damit das Schlimmste an und gibt jede Hoffnung auf Frieden auf, bevor man überhaupt ernsthaft versucht hat, ihn zu gestalten.

Ich drehe also die Frage um und stelle sie folgendermaßen: ist klar, daß es ohne eine internationale Kontrolle des Ruhrgebiets keine deutsche Entwaffnung gibt. Es ist ebenfalls klar, daß, was die deutsche Abrüstung betrifft, von unmittelbarem Interesse für die Sowjet-Union ebenso wie für Frankreich ist, da sie einmal innerhalb von fünfundsiebenzig Jahren eine Invasion durch die Gebiete wie die Ukraine, die so groß wie ganz Frankreich ist, ausgebrannt, geplündert und verwüstet worden sind. Die Beteiligung der Sowjet-Union an der internationalen Kontrolle des Ruhrgebiets wäre also vollkommen zu rechtfertigen. Diese Beteiligung kann aber auch umgekehrt werden: wenn es fair ist, daß die Sowjet-Union sich mit uns am Ruhrgebiet und Rhein beteiligt, wäre es ebenso fair, daß wir mit den Sowjets an den Produktionen Schlesiens, Sachsens und des Donaugebiets teilnehmen. Ich möchte sogar sagen, daß die Forderung nach Gegenseitigkeit eines der wesentlichsten Verdienste der internationalen Kontrolle der Ruhr ist.

Wollen Sie behaupten, daß diese Gegenseitigkeit unmöglich ist, weil sie niemals angenommen werden würde? Meine Antwort auf ist, daß der Friede selbst unmöglich ist, wenn das der

e. Aber das ist keineswegs meine Überzeugung. Meiner Meinung nach nimmt die Besserung der internationalen Lage, die sich am Ende der Verhandlungen in New York abzeichnete, durch folgenden zwei Phänomene konkrete Formen an: die Sowjetunion hat zugegeben, daß alle Mächte für achtzehn Monate wirtschaftlich gleichberechtigt in Rumänien, Bulgarien und Ungarn mitarbeiten sollen; Moskau hat ferner die Teilnahme der Westmächte an der internationalen Donaukonferenz zugestanden, die sechs Monate nach dem Inkrafttreten der Friedensverträge mit Deutschlands Vasallenstaaten stattfinden wird. Wir wollen diese Gelegenheit ergreifen, den sogenannten eisernen Vorhang sofort mit aller Energie hochzuziehen. Wir haben die Wahl zwischen zwei großen politischen Linien: entweder die Teilung der Welt in zwei Einflußzonen, das heißt zwei Lager hinzunehmen, oder am Betreten unserer Zone zu hindern und uns damit abzugeben, daß andere uns am Betreten ihrer Zone hindern; oder einseitiges Eindringen zuzulassen, anzubahnen und zu organisieren.“ (Vgl. dazu die Reden von Byrnes und Vandenberg vor dem Cleveland Council, Europa-Archiv I/1947.)

Am Ende Januar 1947 schrieb der ehemalige französische Unterstaatssekretär für das Auswärtige, P. O. Lapie, im *Populaire*: Die Ausbeutung der Ruhr ist fortan als eine europäische Angelegenheit zu betrachten. Sie muß im Interesse des Wiederaufbaus aller verwüsteten Länder Europas vorgenommen werden. Sozialisten sehen darin den ersten Versuch der internationalen Verteilung von Rohstoffen, die weder dem Privatkapital noch dem Nationalismus gehören dürfen.“

Auf die Frage: „Was sollen wir mit Deutschland machen?“ antwortete am 4. Februar 1947 vom Pariser Rundfunk Paul Faure mit der folgenden Antwort angeführt:

„Ideal wäre ein in Kleinstaaten aufgeteiltes Deutschland, wie zur Zeit des Westfälischen Friedens war. Leider wäre eine solche Lösung veraltet und undurchführbar. Es wäre unsinnig, das Streben nach Einigung aufhalten zu wollen, das seit dem Westfälischen Frieden in Deutschland geherrscht hat. Müssen wir also mit einem geeinten Deutschland abfinden? Die realistische Sowjet-Union und ihre Anhängerstaaten haben eine solche Lösung keinen Sinn. Die Gefahren sind jedoch groß. So sehr man sich auch der Entnazifizierung bemüht, so fürchte ich doch, daß Deutschland aus einer solchen Zentralisierung eine Kraft erwachsen wird, der wir dann eines Tages wieder zu rechnen haben werden. Zwischen diesen beiden Extremen liegt der Mittelweg, den Frankreich — und in geringerem Ausmaß auch Großbritannien und die

Vereinigten Staaten — einschlagen wollen: Deutschland als Bundesstaat. . . Wie stehen die Aussichten dieser so annehmbar scheinenden Lösung? Das ist wieder eine andere Sache. . . Ich fürchte, der Realismus der Russen und ihrer Nachbarstaaten hat einige Berechtigung, und wir werden uns einem ewig bedrohlichen Deutschland gegenüber auf unsere eigenen Kräfte verlassen müssen und auf den Schutz, den uns die kollektive Sicherheit geben kann.“

In einer Sendung der *Stimme Amerikas* wurden Ende Februar 1947 die Ausführungen dreier französischer Politiker zu den folgenden vom *Christian Science Monitor* aufgeworfenen Fragen wiedergegeben: „Wie stellen sich die Franzosen den kommenden Frieden mit Deutschland vor? Wie wünschen sie sich den künftigen Staatsaufbau Deutschlands?“ André François-Poncet sagte in seiner Antwort:

„Frankreichs Politik gegenüber Deutschland ist nicht auf Haß und Rachsucht gegründet. Es hat nicht den Wunsch, daß 65 Millionen Deutsche eine arbeitslose, hungernde Masse im Zentrum Europas bilden.“

Er fügte jedoch hinzu, daß noch keine überzeugenden Anzeichen für die innere Reform in Deutschland vorliegen, und betonte die Notwendigkeit von Sicherheitsmaßnahmen. Der künftige deutsche Staat solle ein Bundesstaat sein, in dem die Vollmachten der Zentralgewalt so begrenzt wären, daß die einzelnen Länder wirklich lebendige Einheiten darstellen, die je nach ihrer geographischen Lage von sich aus Beziehungen zu außenstehenden Staaten anknüpfen könnten.

„Deutschland kann der Eckstein der Organisation Europas werden. Es kann in dieser Bestimmung seine wirkliche Aufgabe finden.“

Edouard Herriot, der Präsident der französischen Nationalversammlung, setzte sich für eine Bundesregierung nach dem Muster der Schweiz ein, der nicht nur die auswärtigen Angelegenheiten, sondern auch Wirtschaft, Finanzen, Landwirtschaft und Postwesen zu unterstellen wären.

Der stellvertretende Premierminister Henri Teitgen sagte, es sei nicht das Ziel Frankreichs, Deutschland zu bestrafen. Man dürfe aber eine Schwäche in der Mentalität des Deutschen nicht übersehen, die ihn von anderen unterscheide, nämlich, daß es für ihn das höchste Glück sei, in einer mächtigen Gruppe aufzugehen und einem großen, unbekannten Sieg entgegenzumarschieren.

Die sowjetrussischen Pläne

In den beiden großen Erklärungen des sowjetischen Außenministers Molotow auf der Pariser Außenministerkonferenz vom 9. und 10. Juli 1946 (vgl. Europa-Archiv I/182—185) sowie die von Marschall Stalin in verschiedenen Interviews mit britischen und amerikanischen Korrespondenten (vgl. Europa-Archiv I/185—186) vertretenen Auffassungen bezüglich der Einstellung der Sowjet-Union zu deutschen Problemen sind auch in den vergangenen sechs Monaten für die Einstellung der Sowjet-Union gegenüber Deutschland bestimmend geblieben.

Von amtlicher Seite wurden seit dem Stalin-Interview vom 29. Oktober 1946 keine weiteren Erklärungen zum Problem Deutschland abgegeben. Dagegen ist die Politik gegenüber anderen an der Besetzung Deutschlands beteiligten Mächten von der sowjetischen Presse und von verschiedenen Persönlichkeiten der Sowjet-Union vielfach kritisiert worden. Das Europa-Archiv bringt verschiedene sowjetische Stimmgänge, teils in Auszügen, teils im vollen Wortlaut, in denen die Verurteilung gewisser Zustände in Deutschland und die Kritik gegen die Haltung der übrigen Großmächte gegenüber Deutschland zum Teil sehr kraß hervortreten. Die Wiegabe dieser Stimmen erfolgt genau wie in den vorangehenden Beiträgen ohne Kommentierung und trägt dokumentarischen Charakter.

Auf der Konferenz der Stellvertretenden Außenminister in London (vgl. Europa-Archiv I/490—499) von Bessarabien und der Ukraine gemachten Ausführungen ließen sich Rückschlüsse auf die Haltung der Sowjet-Union gegenüber Deutschland zu. Die von diesen beiden Nationen in London überreichten Memoranden enthielten in einigen

Punkten gleichlautende Forderungen. Aus beiden Memoranden geht die Forderung auf ein besonderes Viermächteregime für die Verwaltung des Ruhrgebietes hervor. Das Ruhrgebiet selbst soll innerhalb Deutschlands belassen werden.

Beide Memoranden betonten in Bezug auf die Abrüstung der deutschen Wirtschaft die in Potsdam getroffenen Beschlüsse (vgl. Europa-Archiv I/215—220). Gleichermaßen wurden von der Ukraine und von Bessarabien vollständige Entmilitarisierung, strikte Denazifizierung, Durchführung der Bodenreform und Maßnahmen zur wirklichen Demokratisierung Deutschlands in Einklang mit dem Potsdamer Abkommen gefordert.

Das Organ der Kommunistischen Partei in der Sowjet-Union, die *Prawda*, schrieb am 12. Januar 1947:

„Auf Grund der Potsdamer Beschlüsse muß das Schicksal Deutschlands von den vier Großmächten gemeinsam entschieden werden. Die Aufgabe der Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands soll bei allen Beschlüssen und Vorgängen als Grundlage dienen.“

Man muß nicht rückwärts, sondern vorwärts schauen, und es muß dafür gesorgt werden, daß aus Deutschland ein demokratischer, friedliebender Staat wird mit einer entwickelten Industrie, Landwirtschaft und Außenhandel, daß ihm aber die Möglichkeit genommen wird, von neuem zu einer aggressiven Macht heranzuwachsen.“

Am 30. Januar 1947 nahm die *Prawda* erneut Stellung zur deutschen Frage:

„Die Lösung des Deutschland-Problems muß mit der militärischen, wirtschaftlichen und geistigen Entwaffnung Deutschlands beginnen und im Laufe einer langen Zeitdauer durch die Kontroll-

organe der Alliierten durchgeführt und überwacht werden. Die politische Einheit Deutschlands soll jedoch gewahrt bleiben, da eine Vernichtung derselben nicht dem Ziel der Alliierten entspricht. Die Liquidation Preußens als der treibenden aggressiven Kraft muß restlos geschehen.

Der Umfang der Industriereparationen soll unverzüglich festgestellt werden, der Rest der Handelsflotte, ebenso das deutsche Eigentum in der westlichen Zone Deutschlands sofort für Reparationszwecke verwendet werden. Alle während der deutschen Besetzung weggeschleppten Gegenstände von kultureller, historischer und künstlerischer Bedeutung müssen aufgesucht und zurückgeführt werden.

Die dringendsten Bedürfnisse der zerstörten Länder sind durch die Reparationszahlungen aus der laufenden Industrieproduktion Deutschlands zu decken.

Die Durchführung des Programms der Reparationen ist noch nicht einmal begonnen worden, obwohl die Reparationszahlungen den Eckpfeiler der ganzen wirtschaftlichen Politik der Alliierten gegenüber dem besiegten Deutschland bilden.

Die Besatzungsbehörden des westlichen Deutschlands ziehen die Übergabe der Industrieobjekte für den Reparationszweck hinaus. Die bis jetzt durchgeführte Verteilung beträgt noch nicht einmal ein Prozent desjenigen Betrages, welcher den achtzehn Staaten, die Reparationen zu erhalten haben, zukommt.

Diejenigen Länder, die Reparationszahlungen von Deutschland erwarten, wissen nichts über das Schicksal der ausländischen Guthaben Deutschlands. In den Finanzkreisen der Alliierten und Neutralen herrscht eine starke Tendenz, die im Ausland befindlichen, außerordentlich bedeutenden Kapitalien Deutschlands zu verheimlichen und zu maskieren.

Durchaus nicht besser steht es mit der deutschen Industrieproduktion. Die Ruhrkohle und andere Waren, auf die Frankreich ein gesetzliches Recht hatte, sind von den Besatzungsbehörden aufgebraucht worden.

Eine solche Politik erscheint als eine Unterstützung der wirtschaftlichen und industriellen Wiedergeburt Deutschlands, die stets mit dem Kriegspotential eng verbunden war. Und solches geschieht zum Nachteil des Wiederaufbaus der durch die deutsche Aggression zerstörten Länder.

Deutschland darf nicht von den Reparationszahlungen befreit werden, und es ist klar, daß eine Wiedergeburt und führende Stellung der deutschen Industrie in Europa keinesfalls mit dem Plan der Reparationszahlungen zu vereinbaren ist. Wir sehen jedoch, daß die jetzt in Westdeutschland durchgeführte Finanzierung der deutschen Industrie im direkten Widerspruch zum Programm der Reparationszahlungen sowie der industriellen Entwicklung Deutschlands steht.

Eine solche Politik entspricht weder den Interessen und der Sicherheit der zerstörten Gebiete noch der Unabhängigkeit des Volkes.

Die sowjetrussische politische Zeitschrift *Nowoje Wremja* forderte in ihrer ersten Februar-Nummer die Beteiligung der Sowjet-Union an der Kontrolle über das Ruhrgebiet, dem eine über die Zonen reichende Wichtigkeit beizumessen sei. Die Aufgabe der Wiederherstellung des Ruhrgebiets als Grundlage der deutschen Friedenswirtschaft und im Interesse der europäischen Länder, die Ruhrkohle verbrauchten, fordere dringend die Gründung einer internationalen Kontrollbehörde durch die vier Großmächte. Die Zeitschrift fuhr fort:

„Das Problem des Ruhrgebiets kann nicht vom Standpunkt der Besatzungszonen aus gelöst werden. Das Ruhrgebiet gehört zur deutschen Wirtschaft in ihrer Gesamtheit. Andererseits darf Deutschland nicht um zwei Jahrhunderte zurückgeworfen und zu einem Agrarland werden.“

In der Nummer 6 vom 7. Februar 1947 brachte die im Verlag des Gewerkschaftsorgans *Trud* in Moskau erscheinende Wochenschrift *Neue Zeit* einen Beitrag „zur Frage der staatlichen Einheit Deutschlands“ von L. Besymenskij. Dieser Beitrag fand in der Auslandspresse große Beachtung. Die *New York Times* bezeichnete die Ausführungen Besymenskij als die bisher wichtigste Erklärung zur Frage der künftigen Gestaltung Deutschlands. Der Moskauer Korrespondent der *New York Times* schrieb am 10. Februar, daß die Ansichten Besymenskij einen bedeutenden Fortschritt in der sowjetischen Haltung gegenüber Deutschland zeigen, einen Fortschritt, der jedoch nicht von den früheren Reden und Schriften sowjetischer Führer abweiche.

Wir bringen nachstehend den vollen Wortlaut der Ausführungen Besymenskij:

„Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Erörterung deutschen Frage im Außenministerrat rückt das Problem Staatsstruktur, die Deutschland erhalten soll, natürlich in mehr in den Brennpunkt des Interesses, zumal da in gewissen politischen und amerikanischen Kreisen die Zerstückelung Deutschlands in autonome Staaten, die Umwandlung des Landes in Föderation sowie die Lostrennung des Ruhrgebietes und an Landesteile immer nachdrücklicher propagiert werden. In Westzonen versucht man bereits, diese Ideen praktisch zu verwirklichen und einige Provinzen und Bezirke als selbständige Staaten gebilde herauszuschneiden.“

Bekanntlich hat Deutschland gegenwärtig keine Zentralregierung. Die Einheit der Verwaltung des Landes durch Vertreter der vier verbündeten Mächte ist jedoch in den Beschlüssen Europäischen Konsultativausschusses über die Bildung des Alliierten Kontrollrats festgelegt, zu dessen Funktionen unter anderen gehören:

1. die Koordinierung der Maßnahmen der Besatzungsbehörden in ihren Besatzungszonen; 2. die Ausarbeitung von Plänen und die Erzielung koordinierter Beschlüsse in den wichtigsten militärischen, politischen, ökonomischen und anderen ganz Deutschland betreffenden Fragen, und zwar auf der Grundlage der Instruktionen, die jeder Oberbefehlshaber von seiner Regierung erhält.

Leider muß festgestellt werden, daß die britischen, amerikanischen und französischen Vertreter im Kontrollrat wieder von diesen Prinzipien abgewichen sind. In den auf die Umgestaltung Deutschlands in eine Föderation gerichteten Maßnahmen hat das seinen augenfälligsten Ausdruck gefunden.

Über die künftige Staatsstruktur Deutschlands liegt noch kein koordinierter Beschluß der Großmächte vor. Die Ansichten der Staatsmänner über diese Frage sind jedoch bereits bekannt. In den Juni vorigen Jahres der britische Außenminister *Bevin* und im September der Staatssekretär der Vereinigten Staaten *Byrnes* für eine Umwandlung Deutschlands in einen föderativen Staat ausgesprochen. Diese Erklärungen haben in Deutschland große Erregung ausgelöst. In demokratischen Kreisen ist die Idee einer solchen Umwandlung Deutschlands, die Idee der Rückkehr auf eine historisch längst überwundene Entwicklungsstufe, entschieden Widerspruch hervor. Die deutschen Reparatoren hingegen billigen und unterstützen solche Bestrebungen.

Bald zeigte sich jedoch, daß man nicht bei Erklärungen stehen geblieben ist. Die Besatzungsbehörden der britischen und amerikanischen Zone haben eine Reihe nicht mit den übrigen Mitgliedern des Alliierten Kontrollrats vereinbar Maßnahmen getroffen, die direkt darauf abzielen, die Entscheidung über die künftige Staatsform Deutschlands eigenmächtig vorwegzunehmen.

Die amerikanische Militärregierung hat im Sommer 1946 ihrer Zone drei separate Länder geschaffen: Großhessen, bestehend aus der früheren preußischen Provinz Hessen-Nassau und dem Land Hessen), Württemberg-Baden und Bayern. Darauf, im Oktober desselben Jahres, wurde in der Zone eine koordinierende Körperschaft, der Länderrat, aus den Mitgliedern der drei Länder gebildet. Im Sommer vorigen Jahres wurden Wahlen zu verfassungsgebenden Versammlungen durchgeführt, und diese begannen auf Anweisung der amerikanischen Behörden im Eiltempo mit der Ausarbeitung von Verfassungen für die drei Länder, die inzwischen von der amerikanischen Militärregierung bestätigt worden sind.

In der britischen Zone haben die Besatzungsbehörden im Sommer 1946 die Verwaltungsstruktur einschneidend reorganisiert. Aus vier preußischen Provinzen und vier Ländern wurden neue Länder gebildet, Nordrhein-Westfalen, das das ganze nördlich-westfälische Industriegebiet umfaßt, ferner Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Zwar sind in den neugebildeten Ländern noch keine Wahlen zu den führenden Körperschaften der Länder Selbstverwaltung durchgeführt worden, die britische Militärregierung hat jedoch verfügt, daß jedes Land seine Verfassung erhalten soll.

In allen aufgezählten Fällen wurden diese für die künftige Umgestaltung Deutschlands zweifellos hochbedeutsamen Maßnahmen durchgeführt, ohne daß im Kontrollrat irgendwelche Verhandlungen getroffen worden waren.

Die britischen und die amerikanischen Behörden sind bestrebt, die von ihnen erdachte neue föderative Struktur in allen deutschen Ländern möglichst rasch in die Praxis umzusetzen.

Bemerkenswert ist, daß in keiner der erwähnten Westzonen Ausarbeitung einer Verfassung für ganz Deutschland vorberuht wird. Nur in der sowjetischen Besatzungszone hat die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands eine solche Verfassung entworfen und sie den demokratischen Parteien sowie der gesamten Öffentlichkeit zur Erörterung unterbreitet.

der Sowjetzone wurden im Jahre 1945 Organe der Selbstverwaltung in den Ländern Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen sowie in den Provinzen Brandenburg und Pommern geschaffen. Gemäß dem von der Berliner Konferenz aufgestellten Programm wurden alle Maßnahmen ergriffen, um die Freiheit der demokratischen Parteien zur Entfaltung zu bringen. Diese Grundlage wurden im Herbst 1946 Gemeinde- und Landtagswahlen durchgeführt. Die sowjetischen Besatzungsbehörden bestrebt, die deutsche Verwaltung auszubauen und zu stärken, sie ziehen die historischen Besonderheiten des Landes in Betracht und haben daher die Umwandlung der Provinzverwaltungen in Regierungen gestattet. Die gewählten Landtage haben die Ausarbeitung von Verfassungen für die Länder und Provinzen begonnen, wobei sie sich vor allem von dem Prinzip der politischen Einheit Deutschlands leiten lassen. Gleichzeitig wird der Entwurf einer Verfassung für die britische Zone der britischen Zone der Öffentlichkeit erörtert.

Verfassungen der einzelnen Länder in den Westzonen sind aus nicht progressiver Natur. Auch ist es kein Zufall, daß die Ausarbeitung in vielen Fällen reaktionären Parteien und Gruppen übertragen wurde.

In den drei durch die amerikanische Militärregierung bestätigten Verfassungen ist nur in der Verfassung für Baden ohne Vorbehalt gesagt, daß Hessen ein Bestandteil der deutschen Republik sei. Die Verfassung für Württemberg-Baden enthält sich darüber zurückhaltender aus, in der bayrischen Verfassung aber heißt es nur, man sei bereit, „einem künftigen deutschen Bundesstaat“ beizutreten, jedoch mit dem Vorbehalt, dieser zukünftige Staat beruhen soll

auf einem freiwilligen Zusammenschluß der deutschen Einzelstaaten . . ., deren staatsrechtliches Eigenleben zu sichern ist.

Die von der reaktionären Christlich-Sozialen Union ausgetragene bayrische Verfassung ist ausgesprochen separatistisch und antidemokratisch. Der Ministerpräsident besitzt beinahe diktatorische Gewalt. Er ist unabhängig vom Landtag und vertritt ihn nach außen. Es wurde eine zweite Kammer, der Senat, errichtet, ferner ein Verfassungsgerichtshof (etwas Ähnliches wie der oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten) eingesetzt. Parteien bei den Wahlen weniger als 10 Prozent der Stimmen erhalten, können keine Regierungsvertreter stellen.

Bayern war von jeher ein Herd des Separatismus. Der Partikularismus war früher ein spezifischer Wesenszug der Politik der bayerischen Großgrundbesitzer und Großbourgeois. Gleichzeitig ist es ein Nest der Reaktion, die Geburtsstätte des deutschen Separatismus. Vom Münchener „Braunen Haus“ aus verbreiteten die Hitlerischen Wahnideen über ganz Deutschland. Auch in Bayern der Sammelpunkt und die Zufluchtsstätte der Separatisten. Es ist ihnen sogar gelungen, sich der politischen Entwicklung zu bemächtigen. Was Wunder also, wenn in München, dem Tummelplatz der Hitlerfaschisten, von 50 000 gerichtlich verurteilten Nazis nur sage und schreibe 8 als exponierte Faschisten, 54 als „Mitläufer“ bezeichnet, die übrigen aber rehabilitiert wurden. Diese rehabilitierten Faschisten hatten natürlich nichts davon, daß ihr bayrischer Zufluchtsort mit konstitutionellen Garantien ausgestattet wird. Sie wissen, daß eine Verfassung für Deutschland ihnen nicht so umfangreiche legale Möglichkeiten bieten würde wie eine bayrische Verfassung, die von ihren Freunden und Gönnern ausgearbeitet ist und von denselben auch in die Praxis umgesetzt wird.

Die Potsdamer Beschlüsse der drei Großmächte verlangen eine umfassende Demokratisierung des öffentlichen Lebens in ganz Deutschland. Unbedingte Voraussetzung hierfür wäre eine allseitige Förderung der demokratischen Parteien, der Gewerkschaften und der anderen antifaschistischen Organisationen, die Verstärkung ihrer Tätigkeit und ihre Zusammenfassung über ganz Deutschland. Nimmt man Kurs auf eine Zerstückelung Deutschlands und fördert die separatistischen Tendenzen, so ist das einer dieser Aufgaben abträglich. In einzelnen Ländern schieben reaktionäre Parteien und Gruppen wie Pilze aus der Erde. Um sie zu vernichten, die reaktionären Elemente. Sie predigen alle möglichen, antidemokratischen Ideen, angefangen von den „Hilfslosen Vereinigten Staaten von Europa“ bis zu offenen Separatforderungen. In der politischen Arena ganz Deutschlands werden diese Parteien sofort entlarvt und bloßgestellt, sie hätten Öffentlichkeit gegen sich und würden zweifellos unschädlich gemacht werden. In den stillen Winkeln der einzelnen Länder vergiften sie die Gemüter und widersetzen sich aktiv den Bemühungen, Deutschland auf den Weg einer demokratischen Entwicklung zu führen. In Kreisen der deutschen Öffentlichkeit weiß man sehr wohl, mit welchen Gefahren der Partikularismus die demokratische Entwicklung Deutschlands bedroht.

Stuttgarter Zeitung schneidet zum Beispiel die Frage

einer Vereinigung aller demokratischen Kräfte gegen die Feinde der Demokratie an, denn von einem Kampf gegen den Nazismus oder gar gegen den Militarismus könne keine Rede sein, wenn die Probleme des Kampfes vom Landesmaßstab in den Ortsmaßstab übertragen werden.

Greift man, statt ganz Deutschland demokratisch umzugestalten, zu örtlich eng begrenzten Kombinationen, so erhalten die reaktionären Elemente die Möglichkeit, ihre Positionen vor allem im Verwaltungsapparat und in den Organen der Wirtschaftsverwaltung zu unterbauen. Das reaktionäre Beamtentum behält unter der Obhut von Verfassungen wie der bayrischen seine führenden Posten und setzt sich noch zäher auf ihnen fest.

In den Westzonen Deutschlands werden eingefleischte Reaktionäre auf Verwaltungsposten gesetzt. Die Leitung des Zentralamts für Ernährung und Landwirtschaft in der britischen Zone liegt in Händen des Reichsministers a. D. *Schlange-Schöningen*, eines Reaktionärs und Antisemiten. Der Hitlerfaschist *Kieselbach* wurde zum Präsidenten des Zentraljustizamts, der Nazi *Busch* zum Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn der britischen Zone ernannt. Gleichzeitig werden Angehörige der demokratischen Kreise von leitenden Posten geflissentlich verdrängt und davongejagt.

Die Zersplitterung des gesellschaftlichen und politischen Lebens und die Gewaltherrschaft der professionellen Bürokraten setzen die Organe der deutschen Selbstverwaltung in den Westzonen außerstande, die Aufgaben der demokratischen Umgestaltung zu erfüllen. Die politische Säuberung ist dem Ermessen der Beamten in den Ländern überlassen.

In der britischen Zone halten die Behörden die demokratischen Organisationen, namentlich die Gewerkschaften, ganz von der politischen Säuberung der wichtigsten Volkswirtschaftszweige fern. Nachdem die Kohlengruben und die Hüttenindustrie unter britische Kontrolle gestellt worden waren, wurde die Denazifizierung dieser Wirtschaftszweige als automatisch beendet bezeichnet.

Die auf eine Zerstückelung Deutschlands gerichteten Maßnahmen sind natürlich auch der wirtschaftlichen Einheit des Landes hinderlich und verstoßen daher gegen die diesbezüglichen Potsdamer Beschlüsse. Obwohl in der Vereinbarung über den Zusammenschluß der amerikanischen und der britischen Zone die „wirtschaftliche Einheit“ verheißen wird, wird die Wirtschaftsverwaltung in den Ländern der Westzonen den dortigen Regierungen überlassen. Das erschwert den Handel zwischen den einzelnen Gebieten Deutschlands und macht ihn von dem Partikularismus der Beamenschaft dieser Gebiete abhängig. Das Land wird faktisch um 130 Jahre zurückgeworfen, in eine Zeit, als Deutschland aus 38 souveränen Einzelstaaten mit ihren zahlreichen Zolllinien bestand und die buntscheckigsten Zolltarife hatte.

Unter solchen Bedingungen ist natürlich auch eine den wirtschaftlichen Interessen des ganzen Landes entsprechende Verteilung der deutschen Hilfsquellen erschwert, da sich die einzelnen Länder von ihren eigenen Interessen leiten lassen. Die Resultate einer solchen Politik machen sich bereits fühlbar. Selbst der erwähnte *Schlange-Schöningen* erklärte, der unbefriedigende Ernteertrag in der britischen Zone im Jahre 1946 sei zum größten Teil darauf zurückzuführen, daß die einzelnen Länder . . . im einzelnen einen etwas zu großen Egoismus gezeigt haben und nicht gewillt waren, ihre Erzeugnisse der Gesamtheit zur Verfügung zu stellen. Die britischen Behörden aber haben laut Verordnung Nr. 57 die gesamte Leitung der Lebensmittelversorgung den Länderregierungen übertragen.

Es besteht also die unmittelbare Gefahr einer Zersplitterung der Wirtschaft Deutschlands. In ökonomischer Hinsicht sind die Länderregierungen Süddeutschlands übrigens nicht so sehr auf eine Entwicklung des innerdeutschen Handels als vielmehr auf den Außenhandel bedacht. Einige Länder haben bereits Handelsverträge mit anderen Staaten abgeschlossen. Ausländische Geschäftsleute strömen in die Westzonen. Am 15. Oktober vorigen Jahres wurde Bayern allein von 1350 Vertretern von Handelsfirmen verschiedener Länder besucht, deren Reisezweck der Abschluß von Geschäften war.

Die britischen und die amerikanischen Besatzungsbehörden betreiben zwar eine Politik, die auf eine Lostrennung Westdeutschlands abzielt, lassen aber die mit den amerikanischen und englischen Monopolen verbundenen deutschen Truste und Konzerne unangestastet, deren Liquidierung unbedingt zur Entwaffnung und Denazifizierung Deutschlands gehört.

Noch bevor das Abkommen *Byrnes-Bevin* über den wirtschaftlichen Zusammenschluß der amerikanischen und der britischen Zone offiziell unterzeichnet war, wurde in Bremen eine Interzonenkonferenz der deutschen Länderchefs beider Zonen einberufen. Hier wurde ein Beschluß gefaßt, in dem von den alliierten Behörden nicht nur der wirtschaftliche, sondern auch der politische Zusammenschluß der Westzonen, die Schaffung eines „Zweizonen-

parlaments' sowie entsprechende Verwaltungsbehörden gefordert werden. General Clay, der damals stellvertretender Oberbefehlshaber der amerikanischen Besatzungsgruppen in Deutschland war, erklärte eiligst, man halte die politische Einheit der zwei Zonen im Augenblick nicht für opportun, da sie zu Mißverständnissen führen könne.

Durch den Zusammenschluß der beiden Zonen ist die Politik der britischen und der amerikanischen Behörden, die auf die Los-trennung Westdeutschlands und auf eine faktische Zerstückelung Deutschlands hinausläuft, konsequent zu Ende geführt.

Die demokratische Öffentlichkeit Deutschlands protestiert gegen die Propaganda, die von den Befürwortern einer Zerstückelung Deutschlands betrieben wird. Diese rechtfertigen sich damit, daß die Zerstückelung Deutschlands eine wirksame Methode zur Ausrottung des Militarismus sei. Die *Berliner Zeitung* aber schrieb kürzlich, daß

... die Wurzeln des preußischen Militarismus nicht darin zu suchen sind, daß Preußen ein einheitliches, zentral regiertes Staatswesen darstellte, sondern vielmehr in der sozialen Struktur, die seinem politischen Aufbau zugrunde lag ... Wer glaubt, mit der Zerschlagung Preußens in eine Anzahl einzelner Länder in Deutschland den Kern dessen vernichten zu können, was das Wesen des Militarismus und jeder Reaktion überhaupt ausmacht, befindet sich auf einem Irrweg. Diesen Weg zu beschreiten, würde bedeuten, nicht die Reaktion zu vernichten, wohl aber die fortschrittlichen Kräfte in Deutschland, die die eigentlichen Garanten für eine friedliche Entwicklung sind, zu schwächen.

Die fortschrittlichen Schichten der deutschen Bevölkerung in allen Zonen sprechen sich für die demokratische Einheit Deutschlands aus. Nimmt man Kurs auf eine Abkehr von der politischen Einheit Deutschlands, so wirkt sich das ungünstig auf die demokratische Umgestaltung des Landes aus. Die Zerstückelung Deutschlands denken sich manche englische und amerikanischen Kreise so, daß seine westlichen Industriegebiete in einen Vasallenstaat des britischen und amerikanischen Imperialismus, in eine Basis für die Realisierung ihrer Pläne in Europa verwandelt werden sollen. Die Zerstückelung Deutschlands entspricht weder den Interessen des deutschen Volkes noch denen der demokratischen Länder Europas. Über das zukünftige Staatssystem Deutschlands darf nicht entschieden werden, ohne daß das deutsche Volk selbst um seine Meinung befragt wird. In seiner Erklärung auf der Pariser Tagung des Außenministerrats vom 10. Juli vorigen Jahres führte W. M. Molotow folgendes aus:

„Von seiten der alliierten Behörden in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands wird jetzt nicht selten die Idee eines föderalen Staatsaufbaus in Deutschland unterstützt. Die Stellungnahme der Alliierten aber ist eines, ein anderes ist der tatsächliche Wunsch des deutschen Volkes oder zumindest der Wunsch der Bevölkerung des betreffenden Teils des deutschen Territoriums. Wir in der Sowjet-Union halten es für unrichtig, dem deutschen Volk irgendeine Lösung dieser Frage aufzudrängen. Ein solches Aufdrängen wird sowieso zu nichts Gutem führen, sei es auch nur deshalb, weil es nicht von langer Wirkung sein wird.“

Das deutsche Volk muß die Möglichkeit erhalten, eine Staatsstruktur zu schaffen, die ihm eine Demokratisierung seines öffentlichen Lebens und der Wirtschaft seines Landes gewährleistet und für ein Wiederaufleben der chauvinistischen und militaristischen Tendenzen keinen Raum läßt. Eine solche Lösung der Frage liegt nicht nur im Interesse des deutschen Volkes, sondern ist auch für den Frieden und die Sicherheit erforderlich.“

*

Auf Ersuchen der *North American Newspaper Alliance* schrieb der sowjetische Korrespondent der *Prawda* und *Tass* für die New Yorker Außenministerkonferenz, Boris Izakow, einen Artikel, der die Auffassung der Sowjet-Union über die für die Friedensverhandlungen zur Debatte stehenden Probleme bezüglich Deutschlands zum Ausdruck brachte:

„Das Sowjetvolk glaubt, daß das wichtigste Problem unserer Zeit die Deutschlandfrage ist, die auf der kommenden Moskauer Konferenz der Außenminister zur Diskussion stehen wird.“

Die zwei blutigen Kriege, in die der deutsche Imperialismus in seinem Streben nach der Beherrschung anderer Nationen die Welt gestürzt hat, sind uns noch frisch im Gedächtnis. Einen dritten Krieg darf es nicht geben.

Wahrscheinlich haben nicht alle Amerikaner eine deutliche Vorstellung davon, welchen Preis Rußland für die Invasion Hitlers zahlen mußte. Die Wunden, welche die Faschisten den sowjetischen Städten und Dörfern zugefügt haben, sind bis zum heutigen Tage noch nicht geheilt. Um sich auch nur annähernd einen

Begriff von den Verwüstungen machen zu können, müßten die Amerikaner einen Tornado vorstellen, der vom Atlantik zum Mississippi über ihr Land dahinfegt und große Ruinen hinter sich zurückläßt.

Unser Volk wird Jahre damit verbringen müssen, den Schaden wieder auszubessern, unter Entbehrung vieler lebenswichtigen Brauchgegenstände. Millionen frischer Gräber werden uns ständig daran erinnern, daß der deutsche Imperialismus ausgerottet werden muß.

Das Sowjetvolk mißt der Lösung des deutschen Problems große Bedeutung bei. Es wünscht eine gerechte und vernünftige Lösung.

Die Grundlage für eine solche Lösung ist in den von den Alliierten gemeinsam getroffenen Beschlüssen der Dreierkonferenz von Potsdam angedeutet. Damals war der Krieg gerade beendet und die Wirkung der gemeinsamen Kriegsanstrengungen und der gemeinsam überstandenen Gefahren war noch nicht abgestumpft. Auf der Konferenz wurde daher der richtige Weg gefunden zur Lösung des deutschen Problems eingeschlagen werden mußte.

In den dort gebilligten Beschlüssen werden eine vollständige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands, eine Ausrottung der deutschen Industrie, soweit sie zur Waffenproduktion dienen könnte, die Ausrottung des deutschen Militarismus und Nazismus und ein späterer Wiederaufbau des deutschen öffentlichen Lebens auf demokratischer und friedlicher Basis gefordert.

Das waren vernünftige und gerechte Beschlüsse, gegen die irgend jemand etwas einzuwenden haben konnte. Dennoch wurden sie jetzt von seiten unserer Alliierten, den Vereinigten Staaten und England, heftig angegriffen. Einige Zeitungen in New York und London bringen die Ansicht zum Ausdruck, daß Potsdam Anfang bis Ende ein Fehler war. Außerdem werden die Potsdamer Beschlüsse täglich von unseren Alliierten verletzt ...

*

In einem Aufsatz über die Lage vor der Tagung des Außenministerrats in Moskau schrieb die *Neue Zeit* in Nummer 10 vom 7. März 1947 unter anderem:

„Die Wichtigkeit der Aufgaben, die vor der in den nächsten Tagen zu eröffnenden Moskauer Tagung des Außenministerrats stehen, liegt auf der Hand. Die Entscheidung über das Schicksal Deutschlands steht unter den mit dem Aufbau der Nachkriegszusammenhängenden Aufgaben an einer der ersten Stellen. Die richtige Lösung des deutschen Problems ist eine notwendige Voraussetzung des dauerhaften Friedens und der Sicherheit in vieler Hinsicht die Entwicklung der internationalen Beziehungen in Europa, ja in der ganzen Welt bestimmen ...“

Was die Sowjetöffentlichkeit anbelangt, so steht sie fest auf dem Standpunkt, daß ein wirklicher Fortschritt in den internationalen Angelegenheiten — also auch bei der Lösung des deutschen Problems — nur möglich ist, wenn man die Zusammenarbeit der verbündeten Großmächte festigt und entwickelt und die Feinde und Störer dieser Zusammenarbeit in die Schranken weist. Das Sowjetvolk unterstützt einmütig die Politik seiner Regierung, die darauf gerichtet ist, die Zusammenarbeit mit den liebenden Nationen zu entwickeln und zu festigen ...“

Die *Neue Zeit* schloß ihre Ausführungen wie folgt:

„Die Völker, die die Hauptlast des Kampfes gegen Hitlerdeutschland getragen haben, können nicht umhin, dem Prozedere der deutschen Reparationen wesentliche Bedeutung beizumessen. Zum Unterschied von den Ländern, die vom Schauplatz der heftigsten Kriege weit ablagen, empfinden die Völker der europäischen Festlands, vor allem der Sowjet-Union, den Schritt und Tritt die schweren Folgen des Krieges. Ihr Gerechtigkeitsgefühl könnte sich niemals mit dem Versuch abfinden, die Wiederherstellung der zerstörten Hilfe zu verzögern, die sie in Form von Reparationen zu erhalten das Recht haben.“

Im deutschen Problem liegt der Weg zum Fortschritt in der konsequenten Erfüllung der in Potsdam proklamierten Prinzipien und der dort gefaßten Beschlüsse. Nur eine solche Richtungs-Politik gegenüber Deutschland kann dem Willen der friedliebenden Völker und ihren grundlegenden Lebensinteressen entsprechen. Denn die Völker — vor allem diejenigen, die die größten Opfer dem Altar des Sieges über Hitlerdeutschland gebracht und bei der Erinnerung dieses Sieges die größte Rolle gespielt haben — mit Leib und Leben daran interessiert, eine Wiederholung der deutschen Aggression unmöglich zu machen. Dieses hohe Ziel lag den Potsdamer Beschlüssen zu Grunde. Dieses Ziel muß auch bei der gesamten weiteren Politik gegenüber Deutschland als Leitstern dienen. Nur eine solche Politik wird den Interessen und Wünschen aller friedliebenden Völker, der großen und kleinen, entsprechen.“

Hermann Ullrich

Der Vertrag von Dünkirchen

Die britisch-französischen Beziehungen von der Jahrhundertwende bis zum Ausbruch des zweiten Weltkriegs

Keim zur Entente cordiale, die die Beziehungen der Mächte vor dem ersten Weltkrieg beherrschte, liegt im britisch-französischen Abkommen vom 21. März 1904. In diesem Abkommen verzichtete Frankreich auf den Sudan — ein Verzicht, der nur das Ergebnis eines Zwischenfalles von Faschoda formell bestätigte. Dort 1898 eine französische Abteilung unter Marchand vor nach der Schlacht von Omdurman heranrückenden Engländern zurückgewichen. Die damit de facto anerkannte Herrschaft Großbritanniens im ägyptischen Sudan wurde am 21. März 1899 auch de jure anerkannt.

In dieser Bereinigung der kolonialen Einflusssphären in Afrika erwuchs die Entente cordiale vom 8. April 1904. Der Vertrag ist im engeren Sinne kein militärisches oder politisches Bündnis, sondern eine Abgrenzung der kolonialen Einflusssphären: Frankreich erkennt darin die britischen Interessen in Ägypten und im Sudan an und erhält dafür die Hand in Marokko. In Siam wird in den westlichen Gebieten der britische, in den östlichen Grenzgebieten der französische Einfluß als vorherrschend anerkannt.

Enthusiasmus, mit dem die Entente cordiale damals aufgenommen wurde, und die Rolle, die sie in der Weltkriege spielte, lassen sich freilich nicht mit diesen Kolonialabmachungen erklären, die alte Spannungen beseitigten. Die Engländer sahen in der von Eduard VII. sehr geschickt getriebenen Ententepolitik eine erste Abkehr von der britischen Politik der *splendid isolation* und erhofften daraus Hilfe in ihren kontinentalen Plänen. Großbritannien im Mittelmeer Kräfte frei, so daß es im Jahre 1905 das Schwergewicht seiner Flotte aus dem Mittelmeer in die Nordsee verlegen konnte.

konkrete Maßnahmen für gemeinsamen militärischen Einmarsch wurden zum ersten Male während der Marokkokrise im Jahre 1905 erwogen: Großbritannien entschloß sich, am Beginn des Jahres 1906 an Generalstabsbesprechungen mit Frankreich und Belgien über gemeinsame Maßnahmen im Fall eines deutschen Durchmarsches durch Belgien zu führen. Diese Besprechungen militärischer Sachverständiger wurden bis zum Jahre 1914 fortgesetzt.

Die Entente cordiale bildete in den folgenden Jahren in steigendem Maße die Grundlage der Außenpolitik der beiden Mächte. Durch die Hereinnahme Rußlands wurde im Jahre 1907 die britisch-französische Entente zum Dreierbündnis, der sogenannten *Tripelentente*, erweitert.

Das Erstarken Deutschlands ließ Großbritannien in den folgenden Jahren sein Augenmerk hauptsächlich auf die Sicherung der Nordsee richten. So schloß es im August 1911 eine Marinekonvention mit Frankreich, in der es sich verpflichtete, den Schutz der französischen Nordküste zu übernehmen, und Frankreich seine Flotte im Mittelmeer zusammenzuziehen.

Einige Monate später, im November 1912, band sich Großbritannien zum ersten Male formell für den Kriegsfall mit Frankreich. In Briefen, die der damalige britische Außenminister, Sir Edward Grey, und der französische Botschafter in London, Cambon, austauschten, wurden die Ausarbeitung eines gemeinsamen Verteidigungsprogramms und gemeinsame Maßnahmen für den Fall einer Gefährdung der europäischen Ordnung vorgesehen. Nur diese in allgemeinen Ausdrücken gehaltene Verpflichtung band Großbritannien und Frankreich vor dem ersten Weltkrieg. Großbritannien hat es nicht wiederholt betont, daß es bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges außer dieser moralischen Verpflichtung aus den Händen frei gehabt habe. Der Besuch des englischen Königs Georg V. und des Außenministers Sir Ed-

ward Grey in Paris im April 1914 steigerte zwar noch das Einverständnis, aber Großbritannien lehnte in diesen Monaten den ausgesprochenen französischen Wunsch nach einem förmlichen Militärbündnis ab und war nur zum Abschluß einer Marinekonvention mit Rußland — ähnlich der mit Frankreich bestehenden — bereit. Obwohl also keine ausdrücklichen Bündnisverpflichtungen vorlagen, trat Großbritannien 1914 ohne Zögern auf Seiten Frankreichs in den Weltkrieg ein.

Um einen ähnlichen Schwebezustand zu verhindern, regte Frankreich nach der siegreichen Beendigung des ersten Weltkrieges förmliche Garantieverträge zwischen Frankreich und Großbritannien und zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten an. Die gleichlautenden Verträge wurden am 28. Juni 1919 in Versailles zusammen mit dem Friedensvertrag unterzeichnet. Die Verträge nehmen ausdrücklich Bezug auf die Artikel 42—44 des Friedensvertrags, in denen die Entmilitarisierung des Rheinlandes festgelegt wird; sie gehen davon aus, daß diese Artikel allein zunächst (bis zur vollen Arbeit des Völkerbunds) keine volle Sicherheit für Frankreich gewährleisten können. Deshalb verpflichteten sich Großbritannien und die Vereinigten Staaten, „Frankreich im Falle eines unprovokierten Angriffs von Seiten Deutschlands“ sofort zu Hilfe zu kommen. Großbritannien macht jedoch in der Präambel seine Hilfe ausdrücklich von der Übernahme der gleichen Verpflichtung durch die Vereinigten Staaten abhängig und behält sich in Artikel 2 in aller Form vor, daß der Garantievertrag nur in Kraft treten soll, wenn die Vereinigten Staaten auch ihren Vertrag ratifiziert haben. Frankreich und Großbritannien ratifizierten den Vertrag und tauschten am 20. November 1919 in Paris die Ratifikationsurkunden aus; da aber die Vereinigten Staaten sich allgemein von europäischen Verpflichtungen zurückzogen und deshalb diesen Vertrag nicht ratifizierten, trat auch der britisch-französische Garantievertrag von 1919 nie in Kraft.

Der Wunsch nach einem Garantievertrag, der Frankreichs Sicherheit gewährleisten sollte, blieb auch in den folgenden Monaten und Jahren wach. Am 12. Januar 1922 überreichte Lloyd George in Cannes Briand den Entwurf eines Garantievertrages zwischen Großbritannien und Frankreich. Unter Bezugnahme auf den vorläufig ungenügenden Schutz der Artikel 42—44 des Friedensvertrags verpflichtet sich Großbritannien zu militärischer Hilfe im Falle eines „direkten und unprovokierten Angriffs Deutschlands auf das Gebiet Frankreichs“, es verpflichtet sich weiter zu Besprechungen für den Fall, daß die militärischen Bestimmungen des Friedensvertrags, vor allem die Artikel 42—44, verletzt werden. Frankreich antwortete am 23. Januar 1922 mit der Vorlage eines eigenen Entwurfs für einen solchen Vertrag, dem eine ausführliche Begründung am 29. Januar 1922 folgte. Frankreich schlägt darin aus Prestigegründen eine gegenseitige Garantie an Stelle der einseitigen Garantie des französischen Besitzes durch Großbritannien vor; es will den Bündnisfall schon bei Angriffshandlungen Deutschlands gegen Frankreich (nicht nur bei einem direkten Angriff auf französisches Gebiet) eintreten lassen und fordert im Falle der Verletzung des Versailler Vertrags automatischen militärischen Beistand, nicht nur Beratungen; Besprechungen zwischen den Generalstäben sollen aufgenommen und eine britisch-französische Entente zur Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Besitzstandes ins Leben gerufen werden; die Laufzeit soll dreißig Jahre betragen. Großbritannien ließ sich jedoch auf so weitgehende Zusagen nicht ein, durch die es in noch nicht übersehbaren Fällen automatisch in einen Krieg hätte gezogen werden können (genaue Begründung der britischen Bedenken im Memorandum von Lord Curzon vom 17. Februar 1922). So kam auch dieses Bündnis nicht zustande.

In weiterem Rahmen erhielt Frankreich die geforderte Garantie endlich am 16. Oktober 1925 im *Locarno-Pakt*: Großbritannien, Belgien, Italien und Deutschland garantieren den Besitzstand im Rheinland, die Unterzeichnermächte verzichten ausdrücklich auf die Anwendung von Gewalt in diesen Fragen (vgl. Europa-Archiv I/165).

Die Abrüstungsverhandlungen der folgenden Jahre zeigten keine greifbaren Erfolge, da die Ansichten der britischen und der französischen Regierung zu verschieden waren (vgl. Europa-Archiv I/166).

Zu Beginn des Jahres 1935 fanden noch einmal in London Besprechungen zwischen der britischen und der französischen Regierung über die „Sicherung des Friedens durch regionale Pakte“ statt. Das darüber ausgegebene *Kommuniqué* vom 3. Februar 1935 schlägt freiwillige Vereinbarungen zwischen Deutschland und den anderen Staaten zur Organisation der Sicherheit in Europa vor. Die Einführung der Wehrpflicht in Deutschland am 16. März 1935 ließ solche Verhandlungen nicht einmal anlaufen. Die gemeinsame Entscheidung Großbritanniens, Frankreichs und Italiens auf der Konferenz von Stresa vom 14. April 1935 stellt fest, daß durch Deutschlands Schritt allen derartigen Verhandlungen der Boden entzogen worden sei.

Als durch den Einmarsch der deutschen Truppen ins Rheinland am 6. März 1936 der Locarno-Vertrag nicht mehr bestand, teilte die britische Regierung am 19. März 1936 der französischen Regierung mit, daß sie die Garantie Frankreichs gegen einen unprovzierten Angriff durch Deutschland aufrecht erhalte (diesmal, wie Frankreich 1922 gefordert hatte, auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit) und daß sofort Generalstabsbesprechungen beginnen sollten. Diese Verpflichtungen wurden in den sogenannten *Londoner Garantiebriefen* vom 1. April 1936 in aller Form wiederholt.

Als die Verhandlungen um einen weitgespannten Westpakt in den folgenden Monaten im Sande verliefen, wurden die britisch-französischen Beziehungen in der Folgezeit zunehmend herzlicher. Außenminister *Eden* erklärte am 29. Oktober 1936 im Unterhaus, sie seien zu keiner Zeit enger gewesen. Solche Versicherungen, zum Teil mit Versprechungen des Beistands für den Kriegsfall verbunden, wurden in den folgenden Jahren oft abgegeben, so am 4. Dezember 1936 von *Delbos*, am 29. April 1938 im *Kommuniqué* über die Besprechungen *Daladiers* und *Bonnets* in London, in der Botschaft *Chamberlains* an *Daladier* vom 1. Oktober 1938, in der Antwort *Daladiers* vom 4. Oktober 1938, im *Kommuniqué* über die Reise *Chamberlains* und *Halifax* nach Paris vom 24. November 1938 und in Erklärungen *Bonnets* vom 14. Dezember 1938 und vom 26. Januar 1939.

Am deutlichsten hat Großbritannien seine Beistandsverpflichtungen gegenüber Frankreich in der Erklärung des Premierministers *Chamberlain* auf eine Anfrage im Unterhaus am 6. Februar 1939 ausgesprochen: im Falle eines Krieges seien „alle Kräfte Großbritanniens zu Frankreichs Verfügung wie auch umgekehrt“. Die Solidarität der Interessen, die Frankreich und Großbritannien verbinden, ist so groß, daß jede Bedrohung der Lebensinteressen Frankreichs, von woher sie auch kommen mag, den sofortigen Beistand Großbritanniens auf den Plan ruft. „Das war — ein halbes Jahr vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges — die offizielle Verkündung eines umfassenden britisch-französischen Bündnisses mit automatischer Hilfeleistung. Trotzdem wurde ein solches Bündnis nie schriftlich als Vertrag fixiert, so daß noch im November 1939 ein hoher Beamter des Foreign Office, O. C. *Harvey*, der britischen Botschaft in Paris zugeteilt wurde, nur um unter Mitarbeit der französischen Stellen die Zusammenfassung aller bisher abgeschlossenen Einzelvereinbarungen zu einem einzigen Beistandspakt vorzubereiten.“

II. Die britisch-französischen Beziehungen im zweiten Weltkrieg

Auf Grund der besprochenen Verpflichtungen war der gemeinsame Kriegseintritt der beiden Mächte selbstverständlich. Im ersten Halbjahr des Kriegs verpflichteten sie sich

überdies, den Krieg auch nur gemeinsam zu beenden. 28. März 1940 wurde im Anschluß an eine Sitzung Obersten Kriegsrats in London eine gemeinsame Erklärung mit folgendem Wortlaut ausgegeben:

„Die Regierung der Französischen Republik und die Regierung seiner Majestät verpflichten sich, während des gegenwärtigen Krieges weder zu verhandeln noch einen Waffenstillstand oder Friedensvertrag ohne beiderseitige Zustimmung abzuschließen.“

Sie verpflichten sich, keine Friedensbedingungen zu eröffnen, ehe sie vollkommene Übereinstimmung über die Voraussetzungen erzielt haben, die nötig sind, um beiden eine wirksame und dauernde Garantie ihrer Sicherheit zu geben.

Endlich verpflichten sie sich, nach dem Friedensschluß so eine Aktionsgemeinschaft aufrecht zu erhalten, wie es nötig ist, um ihre Sicherheit zu gewährleisten, und mit der Hilfe aller Nationen eine internationale Ordnung wiederaufzubauen, welche die Freiheit der Völker, die Achtung vor dem Recht und die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa gewährleistet.“

Als im Sommer 1940 die militärische Lage Frankreichs aussichtslos geworden war, richtete die französische Regierung an Großbritannien einen dringenden Hilferuf. Premierminister *Churchill* beantwortete ihn am 16. Juni mit dem Vorschlag, die beiden Reiche zusammenzulegen, den Krieg gemeinsam fortzuführen. Es sollte in beiden Ländern nur noch eine Staatsangehörigkeit geben, die beiden Parlamente sollten in aller Form vereinigt und ein gemeinsames Kriegskabinett gebildet werden; die so geschaffene Union sollte sich an die Vereinigten Staaten wenden mit der Bitte, „die wirtschaftlichen Hilfsmittel der Alliierten zu stärken und ihre mächtige materielle Hilfe für die gemeinsame Sache einzusetzen“. *Churchills* Angebot wurde jedoch von Frankreich nicht angenommen. Daraufhin erklärte Großbritannien, wenn auch widerstrebend, daß es gegen Waffenstillstandsverhandlungen unter der Bedingung keine Einwände machen werde, daß die französische Flotte in britische Häfen geschickt werde und während der Verhandlungen dort bleibe.

Da diese Bedingung nicht für die gesamte französische Flotte angenommen wurde, übernahmen starke britische Flottenverbände in der Frühe des 3. Juli 1940 die in britischen Gewässern befindlichen französischen Kriegsschiffe (im Hafen von Portsmouth und Plymouth lagen die Schlachtschiffe *„Paris“* und *„Coubert“*, zwei leichte Kreuzer, einige Boote und rund zweihundert kleinere Einheiten) ohne nennenswerten Widerstand. In der Frühe desselben Tages schien ein britisches Geschwader vor Oran in Nordafrika auf, stellte dem französischen Befehlshaber die ultimative Forderung, entweder auf seiten der Briten zu kämpfen, britische oder westindische Häfen anzulaufen oder die eigenen Schiffe zu versenken. Als das Ultimatum von den Franzosen nicht angenommen wurde, kam es zum Kampf. Im Verlauf der Schlacht versenkte die britische Flotte die Schlachtschiffe *„Bretagne“* und *„Provence“* und einige leichte Kreuzer und Zerstörer versenkt oder schwer beschädigt wurden. Der Schlachtkreuzer *„Strasbourg“* und einige kleinere Einheiten kamen nach Toulon. Infolge dieser Ereignisse wurden die offiziellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern gebrochen.

Am 7. August 1940 wurde das Befreiungskomitee *de Gaulle* offiziell von der britischen Regierung anerkannt. Die britische Regierung verpflichtete sich dabei, feindlich nach dem Siege die Unabhängigkeit Frankreichs wiederherzustellen.

Mitte August 1940 sagte die britische Regierung den französischen Gebieten, die sich dem gemeinsamen Kampf gegen Deutschland anschließen, jede wirtschaftliche und militärische Hilfe zu. Im Mittelmeer ergab sich dadurch keine Änderung, doch unterstellten sich einige Kolonien der Führung *de Gaulles*.

Nach der Landung der Alliierten in Nordafrika erklärte Premierminister *Churchill* im Unterhaus am 10. November 1942: „Wir haben keinen anderen Wunsch, als Frankreich frei und stark zu sehen, sein Reich um es geschart, wieder im Besitz von Elsaß-Lothringen. Wir verlangen keinen französischen Besitz. Wir haben keine Erwerbsan-

und keinen Ehrgeiz in Nordafrika oder in irgendeinem anderen Teil der Welt. Wir sind nicht in diesen Krieg eingetreten zum Zweck eines Gewinns oder einer Expansion, sondern nur aus Gründen der Ehre und um unsere Pflicht der Verteidigung des Rechts zu tun.“

Nach der alliierten Landung in Frankreich faßte General *Gaulle* in einer Rede vor der „Vorläufigen Beratenden französischen Versammlung“ am 25. Juli 1944 die britisch-französischen Beziehungen folgendermaßen zusammen: „Ich teile die umfassendsten und offensten Aussprachen mit der britischen Regierung. Es besteht eine ausgesprochene Gemeinschaft zwischen Großbritannien und uns auf dem Gebiet europäischer und der Weltinteressen, eine Gemeinschaft, die nie wieder durch irgendeine überholte Rivalität in irgendeinem Teile der Welt gelöst werden kann“. Seit dem 6. Juni 1944 nannte sich *de Gaulle's* Nationales Befreiungskomitee „Provisorische Französische Regierung“. Ende Oktober 1944 wurde sie als solche von den Alliierten offiziell anerkannt.

III. Die den Vertrag von Dünkirchen vorbereitenden britisch-französischen Abkommen

Am 4. März 1947 der Bündnisvertrag den britisch-französischen Beziehungen eine neue Grundlage gab, wurden in zwei vorbereitenden Abkommen aus der Vergangenheit noch offenstehende Fragen geregelt:

a.) Das britisch-französische Finanzabkommen vom 3. Dezember 1946

Dieses Abkommen soll an die Stelle der vorläufigen Finanzabkommen vom 27. März 1945 und 29. April 1946 treten und die Zahlung der in der Nachkriegszeit aufgelaufenen Schulden endgültig festlegen. Seine wichtigsten Bestimmungen lauten:

1. Vor der Unterzeichnung des vorliegenden Abkommens hat die Französische Regierung in Anwendung des Artikels 2 des Finanzabkommens vom 27. März 1945 Zahlungen in Gold geleistet, die nach einem gemeinsamen Übereinkommen mit 50 Millionen Pfund bewertet wurden; in Anwendung des Abkommens vom 29. April 1946 und seines Anhangs hat die Französische Regierung weiterhin bis einschließlich 16. September 1946 weitere Zahlungen mittels Abtretung beschlagnahmter Mobilien geleistet. Unter Berücksichtigung dieser Zahlungen wird die Schuld der Französischen Regierung gegenüber der Regierung des Vereinigten Königreichs, die aus Vorschüssen besteht, welche nach Artikel 1 des Abkommens vom 27. März 1945 gewährt wurden, auf 99 188 750 Pfund Sterling 1 Schilling und 4 Pence festgesetzt.

Die in Artikel 2 genannte Schuld trägt 0,5 Prozent Zinsen ab dem 1. September 1946 ab. Die für die ersten drei Jahre der Zinsen werden zum Kapital von 99 188 750 Pfund 1 Schilling 4 Pence geschlagen, so daß dieses sich am 1. September 1949 auf 100 676 581 Pfund 6 Schilling 4 Pence beläuft.

Die Rückzahlung dieser Summe und die Zahlung der Zinsen, die für die dem 1. September 1949 folgenden Zeitabschnitte zu werden, werden in zwölf gleichen Jahresraten von je 4 873 Pfund 18 Schilling 2 Pence geleistet, die vom 1. September 1950 bis zum 1. September 1961 zu zahlen sind und am 1. September eines jeden Jahres fällig werden . . .“

In den folgenden Artikeln werden die technischen Einzelheiten der Zahlungen festgelegt, und es wird vorgeordnet, daß die französische Regierung „überschüssiges Eigen- und feste Einrichtungen der britischen Streitkräfte im französischen Frankreich und in Französisch-Nordafrika“ im Gesamtwert von 4,1 Millionen Pfund erwerben kann. Darüber hinaus werden britische Lieferungen an Frankreich im Gesamtwert von 45 Millionen Pfund zugesagt. In einem Zusatzabkommen vom selben Tage verpflichtet sich die französische Regierung, „britischen Staatsangehörigen, Gesellschaften und Vereinen, deren Eigentum in Frankreich durch Kriegshandlungen zerstört oder beschädigt worden ist, die gleiche Entschädigung zu zahlen, wie sie französischen Staatsangehörigen für Verluste derselben Art und desselben Ausmaßes zufließen werden.“ Die britische Regierung übernimmt die entsprechende Verpflichtung französischen Staatsangehörigen gegenüber.

b.) Das britisch-französische Seeabkommen vom 4. Januar 1947

Das Abkommen enthält zuerst eine Regelung der alten Verpflichtungen: die britische Regierung schreibt der französischen Regierung den Betrag von fünfzehn Millionen Pfund gut. Dafür verzichtet die französische Regierung auf jeden Anspruch gegenüber der britischen Regierung oder den britischen Dominien bezüglich der seit dem 2. September 1939 von den britischen Behörden beschlagnahmten oder in Dienst gestellten Schiffe ebenso wie auf die Schiffe, die durch die Treuhänderschaft für Feindgut verkauft worden sind. Die französische Regierung schreibt ihrerseits der britischen Regierung drei Millionen Pfund gut. Dafür verzichtet die britische Regierung auf jeden Anspruch gegenüber der französischen Regierung bezüglich der Beschlagnahme, der Havarien und Verluste von britischen Schiffen, die nach dem Waffenstillstand von 1940 in Frankreich zurückgehalten worden sind.

Weiterhin zeigt Großbritannien Frankreich großes Entgegenkommen beim Bau neuer Schiffe für Frankreich auf englischen Werften. Der Transfer der zu zahlenden Summen wird erleichtert; in dieser Richtung wirkt auch die oben skizzierte Regelung der alten Verpflichtungen. Zur Zeit werden mehr als 200 000 Tonnen Schiffsraum in Großbritannien für Frankreich gebaut.

IV. Der Bündnisvertrag von Dünkirchen

Während der Verhandlungen zu den erwähnten Abkommen wurde der Besuch des damaligen Ministerpräsidenten *Blum* in London für Mitte Januar 1947 vorbereitet. Das Datum des Besuchs — wenige Tage vor dem nicht erwarteten Rücktritt *Blums* — zeigt schon, daß *Blum* sein persönliches Ansehen und das Gewicht seiner Persönlichkeit für den erst in einigen Monaten abzuschließenden Bündnisvertrag einsetzen wollte. Die Einzelbesprechungen vor der Unterzeichnung nahmen noch den Rest des Januar und den ganzen Februar in Anspruch. Am 4. März 1947 unterzeichneten die Außenminister der beiden Mächte in Dünkirchen folgenden Vertrag:

Bündnis- und Beistandsvertrag zwischen dem Vereinigten Königreich und der Französischen Republik

Seine Majestät der König von Großbritannien, Irland und den britischen Überseegebieten, Kaiser von Indien, und der Präsident der Französischen Republik,

von dem Wunsche beseelt, die herzliche Freundschaft und enge Interessenverbundenheit zwischen Frankreich und dem Vereinigten Königreich durch einen Bündnisvertrag zu besiegeln,

in der Überzeugung, daß der Abschluß eines solchen Vertrags die Regelung aller Fragen, die sich zwischen den beiden Ländern ergeben können, in einem Geist gegenseitigen Verständnisses erleichtern kann,

entschlossen, aufs engste miteinander sowie mit allen anderen Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten, um den Frieden zu wahren und sich jedem Angriff zu widersetzen gemäß der Charta der Vereinten Nationen, insbesondere ihren Artikeln 49, 51, 52, 53 und 107,

in der Absicht, sich gegenseitig gegen jede Wiederaufnahme einer deutschen Angriffspolitik Beistand zu leisten, wobei sie es für höchst wünschenswert halten, daß zwischen allen Staaten, die Deutschland gegenüber eine Verpflichtung zum Handeln haben, ein Vertrag mit dem Ziele abgeschlossen würde, dieses Land nicht wieder zu einer Gefahr für den Frieden werden zu lassen,

unter Berücksichtigung der von ihnen beiden mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken abgeschlossenen Bündnis- und Beistandsverträge,

bewogen von dem Willen, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zum gegenseitigen Vorteil und im Interesse des allgemeinen Wohlstandes enger zu gestalten,

haben beschlossen, zu diesem Zweck einen Vertrag zu schließen, und deshalb zu bevollmächtigten Vertretern bestellt:

Seine Majestät der König von Großbritannien, Irland und den britischen Überseegebieten, Kaiser von Indien, für das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland

den sehr ehrenwerten Herrn *Ernest Bevin*,

Mitglied des Parlaments, Ersten Staatssekretär Seiner Majestät für die Auswärtigen Angelegenheiten, und

den sehr ehrenwerten Herrn Alfred Duff Cooper,
Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter Seiner
Majestät in Paris;
der Präsident der Französischen Republik
für die Französische Republik
Seine Exzellenz Herrn Georges Bidault,
Minister der Auswärtigen Angelegenheiten, und
Seine Exzellenz Herrn René Massigli,
Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafter der
Französischen Republik in London,
welche nach Prüfung ihrer Vollmachten, die sie in Ordnung
befanden, die folgenden Abmachungen getroffen haben:

Artikel I

Unbeschadet der Bestimmungen jeglichen Vertrags, der zwischen den Mächten abgeschlossen werden könnte, die gemäß Artikel 107 der Charta der Vereinten Nationen zuständig sind, Deutschland gegenüber in einer Weise zu handeln, die es hindern soll, seine Abrüstungs- und Entmilitarisierungsverpflichtungen zu verletzen, und ganz allgemein zu vermeiden, daß Deutschland wieder eine Gefahr für den Frieden werden kann, werden die Hohen Vertragsschließenden Parteien, falls die Sicherheit einer von ihnen dadurch bedroht würde, daß Deutschland eine Angriffspolitik einschlägt oder irgendeine Initiative ergreift, die eine solche Politik möglich macht, gemeinsam nach gegenseitigen Besprechungen und, falls nötig, nach Beratungen mit den anderen Mächten, die Deutschland gegenüber eine Verpflichtung zum Handeln haben, diejenigen Maßnahmen treffen, die am geeignetsten sind, einer solchen Bedrohung ein Ende zu bereiten, und zwar entsprechend dem Artikel 107 der Charta, solange dieser Artikel in Kraft bleibt.

Artikel II

Für den Fall, daß eine der Hohen Vertragsschließenden Parteien abwärts in Feindseligkeiten mit Deutschland verwickelt wird, sei es als Folge eines bewaffneten Angriffs von seiten Deutschlands gegen diese Hohe Vertragsschließende Partei im Sinne des Artikels 51 der Charta der Vereinten Nationen, sei es infolge eines in Anwendung des Artikels I des vorliegenden Vertrags gemeinsam beschlossenen Vorgehens gegen Deutschland, sei es infolge von Zwangsmaßnahmen, die der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gegen Deutschland beschlossen hat, wird ihr der andere Teil unverzüglich zu Hilfe kommen und mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln militärischen oder anderen Beistand leisten.

Artikel III

Für den Fall, daß eine der Hohen Vertragsschließenden Parteien unter einer Verfehlung Deutschlands gegen irgendeine der ihm kraft der Kapitulationserklärung oder kraft irgendeiner späteren Regelung auferlegten Verpflichtungen wirtschaftlicher Art zu leiden hat, werden die Hohen Vertragsschließenden Parteien sich gegenseitig zu Rate ziehen und, wenn dies angezeigt ist, sich mit den anderen Mächten beraten, die gegenüber Deutschland eine Verpflichtung zum Handeln haben, um nach gemeinsamer Vereinbarung diejenigen Maßnahmen zu treffen, welche die Lage erfordert.

Artikel IV

Unter Berücksichtigung der Interessen der anderen Vereinten Nationen werden sich die Hohen Vertragsschließenden Parteien ständig über alle Fragen in Verbindung halten, die ihre wirtschaftlichen Beziehungen betreffen, und alle notwendigen Maßnahmen zur Steigerung der Wohlfahrt und zur Gewährleistung der wirtschaftlichen Sicherheit der beiden Länder treffen; dadurch werden sie imstande sein, die Aufgaben wirksamer zu erfüllen, die sich die Vereinten Nationen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet gestellt haben.

Artikel V

(1) Keine Bestimmung des vorliegenden Vertrags soll in dem Sinne ausgelegt werden, als beeinträchtigt sie die Verpflichtungen, die sich für die Hohen Vertragsschließenden Parteien aus den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen oder aus allen Sonderabkommen ergeben, die auf Grund des Artikels 43 der angeführten Charta geschlossen worden sind.

(2) Die Hohen Vertragsschließenden Parteien werden keinerlei Bündnis eingehen und an keiner Koalition teilnehmen, die gegen eine der beiden Parteien gerichtet sind, und werden keine wie immer geartete Verpflichtung eingehen, die mit den Bestimmungen des vorliegenden Vertrags unvereinbar wäre.

Artikel VI

(1) Der vorliegende Vertrag wird ratifiziert, die Ratifikationsurkunden werden in London so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Er tritt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und bleibt auf die Dauer von fünfzig Jahren gültig.

(3) Wenn er nicht mindestens ein Jahr vor Ablauf dieser Zeit von einer der beiden Hohen Vertragsschließenden Parteien schriftlich gekündigt wird, so bleibt er ohne Begrenzung der Zeitdauer weiter in Kraft, doch kann ihn dann jeder der beiden Hohen Vertragsschließenden Teile durch eine diesbezügliche schriftliche Erklärung mit einer Frist von einem Jahre kündigen.

(4) Zur Beglaubigung dessen haben die obenbezeichneten vollmächtigen Vertreter den vorliegenden Vertrag unterzeichnet und ihre Siegel daruntergesetzt.

Ausgefertigt zu Dünkirchen, den 4. März 1947, in Exemplaren in englischer und französischer Sprache, die beide gleichermaßen authentisch sind.

Anlässlich der Unterzeichnung des Bündnisvertrags haben die britische und die französische Regierung folgendes Kommuniqué veröffentlicht:

„Der englisch-französische Bündnis- und Beistandsvertrag definiert die zwischen den beiden Mächten ausgearbeiteten Regelungen, um auf einer festen Grundlage und im Rahmen der kollektiven Sicherheit, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen niedergelegt wurde, die gegenseitigen und besonderen Garantien zu errichten, die sie für nötig halten, um die Wiederkehr der deutschen Drohung zu vermeiden. Bei Gelegenheit der Unterzeichnung dieses Vertrags haben die Außenminister Großbritanniens und Frankreichs der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß diese Garantien bald durch den Abschluß eines Viererpaktes ergänzt werden, der die Bedingungen und die Modalitäten der Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands festlegt.“

Die Auswirkungen des Vertrags

Über die politische Tragweite des Bündnisses gewährt ein Blick auf die oben skizzierten Verhandlungen aus der Zeit zwischen den beiden Kriegen Klarheit: 1919 konnte kein Vertrag zustande kommen, da Amerika keine Garantien übernehmen wollte, und bis zum Vertrag von Locarno dauerte es sieben Jahre. Im Jahre 1922 zerschlugen sich die Verhandlungen, weil Großbritannien automatische militärische Hilfeleistung ablehnte und den Bündnisfall von einem Angriff auf französisches Gebiet abhängig machte. Alle damaligen Forderungen Frankreichs sind in dem jetzigen Pakt erfüllt, darüber hinaus werden Beratungen schon für den Fall vorgesehen, daß Deutschland irgendwelche eine Angriffspolitik ermöglichenden Handlungen begeht.

Weit umfassender als alle Bündnispläne der zwanziger Jahre wird der diesjährige Vertrag durch die Aufnahme wirtschaftlicher Klauseln (Artikel IV). Zur praktischen Durchführung der vorgesehenen Beratungen ist bereits ein Ständiger Englisch-Französischer Wirtschaftsausschuß gebildet worden. Aber es herrscht noch Ungewißheit darüber, welches die Auswirkungen der wirtschaftlichen Bestimmungen des Bündnisses sein werden. Nach einer Meldung des *Economist* ist der Wirtschaftsausschuß bei Festlegung der gemeinsamen Wirtschaftspolitik auf beträchtliche Schwierigkeiten gestoßen. Die *Yorkshire Herald* erwartet „eine ständig wachsende wirtschaftliche Angleichung der beiden Länder“. Andere Stimmen rechnen sogar mit einer völligen Fusion der englischen und der französischen Wirtschaft und sehen einen ersten Schritt dazu in der Abordnung britischer Wirtschaftler nach Paris, die den *Monnet-Plan* in seinen möglichen Auswirkungen auf die englische Wirtschaft studieren sollen. Die *Financial Times* greift speziell das Problem des Arbeitseinsatzes heraus und glaubt, daß die militärische Allianz wesentliche Einsparungen auf militärischem Gebiet ermögliche (weil nämlich Überschneidungen vermieden werden können) und daß die so dringend benötigten Arbeitskräfte freistellen werden.

Die militärischen Verpflichtungen des Pakts sind klar umgrenzt. Die nahe Zukunft wird zeigen, welche praktischen Maßnahmen jetzt schon für einen späteren Eventualfall getroffen werden. Jedenfalls darf eine Verlautbarung vom 6. März 1947 als erstes Ergebnis gewertet werden. Großbritannien liefert Frankreich die Ausrüstung einer Luftlandedivision von etwa 16 000 Mann. Dagegen bestritt Sprecher des Foreign Office und der französischen Botschaft das Gerücht, daß Frankreich und Großbritannien in Waffen standardisieren wollten, wie es kürzlich zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien geschah.

Dr. Heinz Fischer-Wollper

Die Landesverfassungen in der sowjetischen Besatzungszone

Von Professor Dr. Hans Peters

Die Länder der Ostzone

bereits vor Erlaß des Kontrollratsgesetzes Nr. 46 über Auflösung Preußens vom 25. Februar 1947 war für früheren preußischen Provinzen der Sowjetzone — so wie für die ehemals selbständigen Freistaaten Mecklenburg, Thüringen und Mecklenburg — der Status als „Länder“ anerkannt worden. Freilich bedeutet diese Feststellung auf dem politischen Hintergrunde Ostdeutschlands nicht ohne weiteres dasselbe wie im Westen und Süden; denn im Osten finden die Ideen des Föderalismus und des Bundesstaats sehr viel weniger Anklang als im übrigen Deutschland. Von den drei großen Parteien — die SPD ist in der Sowjetzone nicht zugelassen — sind die Sozialistische Einheitspartei und die Liberaldemokratische Partei scharf einseitig eingestellt und lehnen jede Art von Föderalismus ab, während sich in der Christlich-Demokratischen Partei neben prinzipiell mehr unitarisch eingestellten Wählergruppen auch gemäßigte Föderalisten finden, die vielfach diese ihre Einstellung nicht mit eigenen Argumenten, sondern ausschließlich mit den Bedürfnissen West- und Süddeutschlands begründen. Da die SED in einigen der fünf Länder der Sowjetzone allein, in den übrigen gemeinsam mit der CDU die absolute Mehrheit besitzt, geht das ganze Verfassungswerk im Osten von der stillschweigend als selbstverständlich unterstellten Voraussetzung aus, daß die Länder keine Staaten sind und daß man statt von „Verfassungen“ eigentlich besser von „Landesordnungen“ spräche. Überhin hat sich aber doch die Bezeichnung „Verfassung“ allgemein durchgesetzt, ohne daß damit die genannten politischen Parteien ihren grundsätzlichen Standpunkt aufgegeben hätten.

Im Westen, nachdem in der Sowjetzone, zu der — wie ausdrücklich festgestellt werden muß — das von vier Mächten geteilte Kommandantur gemeinsam verwaltete „Land“ nicht gehört (Berlin besitzt noch keine von demokratischen Organen selbstgeschaffene, sondern nur eine von den Alliierten erlassene „Vorläufige Verfassung“ von 1946), im Oktober 1946 die Landtage in den einzelnen Landesteilen gewählt worden waren, brachte die Sozialistische Einheitspartei in den Landtagen der fünf Länder Thüringen, Mecklenburg, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg-Pommern fast gleichlautende Entwürfe von Verfassungen ein. Während die Liberaldemokratische Partei, wie sie durch den Mund ihres Parteiführers, des Reichsministers Dr. Külz, wiederholt erklären ließ, im Hinblick auf die Ablehnung der bundesstaatlichen Struktur des künftigen Deutschlands den ostdeutschen Landesverfassungen sehr untergeordnete Bedeutung beizumessen gewillt war, erklärte die CDU sich verpflichtet, um den aus ihrer Grundhaltung erwachsenden politischen Anschauungen und damit auch der Ablehnung des Entwurfs der SED genügenden Nachdruck zu verleihen, eigene Verfassungsentwürfe aus ihrer eigenen Ideologie heraus entgegenstellen zu sollen. Außer in Thüringen, wo infolge postalischer Verzögerung die Urgebühren verspätet eintrafen und wo deshalb geschäftsordnungsähnlich die von der CDU für erforderlich gehaltenen Änderungen nur in der Form von Abänderungsvorschlägen zu den einzelnen Paragraphen beziehungsweise Artikeln

des SED-Verfassungsentwurfs vorgeschlagen werden konnten, gelangten auf diese Weise in die von sämtlichen Landtagen eingesetzten Verfassungsausschüsse zwei Verfassungsentwürfe: einer der SED und ein davon stark abweichender der CDU. Man könnte nun vielleicht annehmen, daß in den Ländern, in denen die SED eine absolute Mehrheit besitzt, der SED-Entwurf im wesentlichen unverändert angenommen worden wäre; doch erweist sich eine solche Vermutung als Irrtum. Denn einmal war allen Parteien, insbesondere auch der SED, an einer möglichst einstimmigen Annahme der Verfassungen gelegen, und deshalb waren sie bereit, zur Erreichung dieses Ziels einander Zugeständnisse zu machen. Darüber hinaus bestand bei den Zentralen der drei antifaschistischen Parteien der Ostzone der aus verschiedenen Erwägungen stammende Wunsch, sich über die grundsätzlichen Fragen für alle Länder vorweg zu einigen. Die CDU hoffte, dadurch wenigstens einen Teil ihrer Grundsätze in sämtlichen Ländern, auch dort, wo sie stark in der Minderheit war, durchzusetzen, während die SED aus den verschiedensten Gründen das Scheitern des Verfassungswerks auch nur in einem Lande für untragbar und für mit ihrem Prestige unvereinbar hielt. So wurden in oft recht schwierigen, aber sachlichen Verhandlungen der Parteiführer, an denen der Verfasser teilzunehmen Gelegenheit hatte, die Grundfragen der neuen Landesverfassungen erörtert, um mit einer Einigung im Prinzipiellen den Fraktionen der einzelnen Landtage die Arbeit zu erleichtern und ihnen sachlich fundierte Vorschläge zu machen. Dabei lag der Schwerpunkt der Auseinandersetzungen und Kämpfe bei der SED und der CDU, von denen jede ihren Entwurf verteidigte, bis schließlich in den meisten Punkten durch beiderseitiges Nachgeben eine gemeinsame Basis gefunden war, auf der dann die Diskussion in den Parlamenten mit kaum verminderter Lebendigkeit fortgesetzt werden konnte. Die Rechte der einzelnen Landtage sind also durch die Vorverhandlungen der Parteien nicht geschmälert, vielmehr sind vielen weniger sachverständigen Landtagsabgeordneten wertvolle Dienste geleistet worden. Das endgültige Gesamtergebnis, in dem zwar die Minderheit einzelne wichtige Forderungen nicht durchzusetzen vermochte, wird unter Berücksichtigung der wirklichen Mehrheitsverhältnisse von allen Parteien als einigermaßen befriedigend bezeichnet. Damit hat man einen Beweis dafür geliefert, daß bei sehr großen Meinungsverschiedenheiten in gegenseitiger sachlicher Aussprache die Gegensätze gemildert werden können und Reden, wie es dem Begriff des Parlaments (von „parler“) entspricht, zu fruchtbarem Ausgleich führen können. Andererseits erklären sich damit die zahlreichen Gemeinsamkeiten der fünf Verfassungen. Einmütig erfolgten in der gesamten Ostzone die Ablehnung eines Staatspräsidenten und die jeder zweiten Kammer. Die Verfassungsberatungen wurden zwar nicht überstürzt, jedoch mit großer Beschleunigung durchgeführt, so daß Thüringen als erstes Land der Ostzone bereits am 20. Dezember 1946, also zwei Monate nach der Wahl des Landtags, seine Verfassung erhielt, während die anderen Länder im Januar und Februar 1947 folgten.

Grundrechte und Grundpflichten

Im Aufbau unterscheiden sich die fünf Verfassungen der sowjetischen Besatzungszone äußerlich nur dadurch, daß die beiden Sachsen und Mecklenburg einen längeren Abschnitt mit Grundrechten und Grundpflichten enthalten, während Thüringen und Brandenburg die wichtigsten Grundrechte lediglich in einem einzigen Artikel (Thüringen: Art. 2 Abs. 6; Brandenburg: Art. 6) zusammengefaßt sichern. Dabei ist wieder Thüringen am wenigsten ausführlich. Entsprechend der Konzeption der CDU, daß die Staatsgewalt kraft Naturrechts ihre Grenzen hat, sind die Grundrechte gerade von diesem Gesichtspunkte aus und damit sekundär zur Begründung der Freiheit der Person aufgezählt. Dagegen finden sich die Vorschriften, die die Grundlagen des Wirtschafts- und Kulturlebens behandeln, nicht — wie unter der Weimarer Reichsverfassung — unter dem Abschnitt „Grundrechte“, sondern in besonderen Teilen an anderen Stellen der Verfassungen.

Unter den Grundrechten sind allgemein anerkannt die Freiheit der Person, die Glaubens- und Gewissensfreiheit und die Freiheit der Meinungsäußerung. Im übrigen sind in mehreren Verfassungen noch genannt die Freiheit der Wissenschaft und Lehre (Thüringen), die Wahl- und Stimmfreiheit, die Freizügigkeit, die Freiheit des Streikrechts, die Vereins- und Versammlungsfreiheit (Brandenburg), das Briefgeheimnis und das Recht auf freie Berufswahl (Sachsen-Anhalt). Nur einige wenige Rechte — freie Berufswahl, Recht auf Erholung, Streikrecht — sind seit der Weimarer Reichsverfassung neu hinzugekommen. Dagegen haben manche Verfassungsgesetzgeber wenig seit der Weimarer Epoche hinzulernt; so wissen auch sie nicht immer klar zwischen subjektiven öffentlichen Rechten und Programmsätzen zu unterscheiden und werden bestimmt noch eine Fülle von rechtlichen Zweifeln zur Lösung aufgeben; oder sie haben — wie übrigens auch Landesverfassungen in Süddeutschland — unbekümmert um ihre Tragweite kritiklos alte Formulierungen übernommen.

Unter den Grundrechten findet sich auch durchweg der Gleichheitssatz. Die Gleichheit aller Bürger „vor dem Gesetz“ wird ausdrücklich festgelegt — in Thüringen zum Beispiel mit der Einschränkung: sofern staatsbürgerliche Rechte „nicht auf Grund gesetzlicher Bestimmungen, insbesondere wegen nationalsozialistischer oder militaristischer Betätigung aberkannt worden sind“. Obwohl die alte Streitfrage bekannt war, ob sich der Gleichheitssatz nur an Verwaltung und Gerichte richten soll oder auch an den Gesetzgeber, ist die Antwort durchweg unterblieben, soll allerdings wohl im Sinne der letzten Alternative entschieden werden. Aus dem Gleichheitssatz sind mehrere moderne Folgerungen gezogen, so zum Beispiel das gleiche Recht auf Bildung, das gleiche Recht auf Entlohnung der Frau bei gleicher Leistung (Sachsen-Anhalt). Auch Verbot und Bestrafung der Bekundung nationalen Hasses, religiöser Verfolgung und der Rassenhetze (Mecklenburg-Vorpommern) gehören hierher. Dagegen kann zum Beispiel in Brandenburg und Sachsen wegen Verbreitung und Unterstützung militaristischer und nationalsozialistischer Anschauungen das aktive Wahlrecht entzogen werden oder (mit Zweidrittelmehrheit) der Ausschluß eines Abgeordneten aus dem Parlament erfolgen. Mehrfach finden sich auch grundlegende sozialpolitische Schutzvorschriften für Arbeitende, Frauen und Jugendliche sowie zugunsten der Familie in den Verfassungen. Bemerkenswert ist schließlich eine höchst moderne Vorschrift wie die in der Mark Brandenburg, wonach gegen Gesetze, die gegen Moral und Menschlichkeit verstoßen, ein Widerstandsrecht zugebilligt wird. Fast noch interessanter ist aber, daß der Glaube an die Unfehlbarkeit des Staats und an die Rechtmäßigkeit seiner positiven Gesetze — trotz aller jüngsten Erfahrungen — noch so groß ist, daß die meisten Landesverfassungen die Aufnahme eines Widerstandsrechts bewußt abgelehnt haben.

Berücksichtigt man, daß ursprünglich weithin die Auffassung bestand, Grundrechte gehörten nur in eine gesamt-

deutsche Verfassung, da es keine verschiedenen Grundrechte der Brandenburger, Sachsen, Thüringer und so weiter ge- so bleibt die Anerkennung der Tatsache bemerkenswert, daß man bis zum Erlaß von Grundrechten für ganz Deutschland den Bürger nicht schutzlos der Staatsgewalt preisge- dürfe, so daß zwar zunächst vorsichtig, dann aber in immer stärkerem Maße Grundrechtsbestimmungen in die einzelnen Landesverfassungen aufgenommen wurden, und zwar im verschiedenem Umfange, daß dabei ein fast nicht mehr einheitliches Bild als in Süddeutschland entsteht. Dabei haben manche Länder (so Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern) nicht den Fehler vermieden, der die Grundrechtsbestimmungen der Weimarer Reichsverfassung so stark entwertete, indem sie die Grundrechte der Einschränkung sogar durch den einfachen Landesgesetzgeber preisgegeben haben. Welchen Wert hat dann die Aufnahme in die Verfassung, wenn zum Beispiel Briefgeheimnis, Freiheit der Wohnung, Eigentum, Meinungsfreiheit und Freiheit der Person durch wöhnliche, mit einfacher Mehrheit angenommene Gesetze eingeschränkt oder beseitigt werden können? Thüringen hat die Rechtslage besser erfaßt, wenn es für die Grundrechte nur die Schranken der allgemeinen Gesetze vorsieht, das heißt solcher, die sich unmittelbar nicht gegen einen einzelnen Bürger richten, sondern die andere Ziele (zum Beispiel solche der Strafrechtspflege) verfolgen und dabei nebenher folgeweise einzelne Grundrechte beschränken können. Sachsen sieht den Eingriff in einige ausdrücklich festgelegte Grundrechte angesichts der derzeitigen Notlage bis zum Jahre 1950 vor, fordert aber im übrigen für Einschränkungen der Grundrechte eine Zweidrittelmehrheit im Landtag.

Größere Übereinstimmung als die Behandlung der Grundrechte weisen die grundlegenden Vorschriften über den demokratischen Aufbau der einzelnen Länder auf. Dabei muß man sich zuvor klarmachen, daß eine Verfassung ein Doppeltes zu enthalten pflegt: einmal politische Grundentscheidungen, dann die zu ihrer Durchführung notwendigen Normen. Überall findet sich zu Beginn der Verfassungen ein Bekenntnis zur „Deutschen demokratischen Republik“, das heißt zu Gesamtdeutschland, dessen „Grundgesetze“ die einzelnen Länder werden wollen und dessen künftiger Verfassung sie sich uneingeschränkt einordnen (klarsten Brandenburg). Ihre Rechtsnatur lassen diese Länder offen, insbesondere erklären sie sich nicht zu „Staaten“. Wenn sie auch ihre „Landesfarben“ sämtlich in den Verfassungen festlegen, so kennen sie keine Landesangehörigkeit im Sinne einer Staatsangehörigkeit, sondern nur „Bürger“ und reden stets nur von der „Staatsgewalt“, die vom Volk ausgeht und ihm zu dienen hat, wobei sie offenlassen, ob es sich um eine Staatsgewalt handelt, die vom ganzen deutschen Volk oder nur vom Volk des betreffenden Landes getragen wird. So stellen sie auch alle das demokratische Stimmungsrecht ausübenden „Volksvertretungen“: Landtag — Kreistag — Stadtverordnetenversammlung — Gemeindevertretung in eine Linie. Institutionen wie Volkswirtschaftsräte, Volksbegehren und Volksentscheid sowie Mitwirkung der Verwaltung und Rechtsprechung und Verwaltungskontrollen bilden die weiteren Grundlagen des demokratischen Aufbaus in sämtlichen Landesverfassungen. Dabei werden zum Beispiel in Sachsen (Art. 7, 97) Demokratie und Humanität als unantastbare Grundsätze der Verfassung erklärt. Mecklenburg-Vorpommern hat in die Schlußbestimmungen eine mißbräuchliche Verfassungenanwendung verhindernde Vorschrift (Art. 99) aufgenommen, zu der sich leider die meisten anderen Landesverfassungsgesetzgeber nicht entschließen konnten: „Alle Bestrebungen, die demokratische Staatsform . . . zu beseitigen oder einzuschränken, sind verfassungswidrig und als ein Verbrechen gegen die Verfassung zu bestrafen; auch der Versuch ist strafbar . . . Verfassungswidrige Bestimmungen werden auch nicht durch Anwendung von Formen, die diese Verfassung vorsieht, rechtmäßig.“ Merkwürdig, daß angesichts der Erfahrungen un-

der Weimarer Reichsverfassung eine solche Bestimmung bei den anderen Ländern weniger Anklang gefunden hat und diese bereits mit dem Verbot nationalsozialistischer und militaristischer Bestrebungen die Demokratie genügend geschützt glauben!

Wenn es auch dem Wesen der Demokratie entspricht, daß die Staatsgewalt vom Volke ausgeht, so gibt es doch verschiedene Möglichkeiten, diesen Grundsatz zu verwirklichen. Die SED hält die in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer Wahl zustande gekommene Volksvertretung für den einzigen wahren Repräsentanten des Volkes und gelangt zur Abwandlung von Gedankengängen, die anscheinend auf J. Rousseau zurückgehen, der über die Volonté générale die totalitäre Staatsgewalt des Volkes kommt, zu ihrer Auffassung von der Allmacht des Parlaments und zur Abneigung der Gewaltenteilung als eines politischen Prinzips.

Die Organe der Landesverfassungen

Landtag

Im Mittelpunkt steht der Landtag als das höchste demokratische Organ des Landes; das Volk, das bei Wahlen, Volksbegehren und Abstimmungen sich betätigen kann, wird nicht als „Organ“ des Landes, sondern als „Träger der Staatsgewalt“ angesehen. Der Landtag hat insbesondere die Gesetzgebung — die Bestimmung, daß er sie „ausschließlich“ besitzt, ist in Mecklenburg offenbar unrichtig, auch dort Gesetze durch Volksentscheid verabschiedet werden können —, ferner die oberste Kontrolle über die Verwaltung — in Mecklenburg, Sachsen und Brandenburg auch über die Rechtspflege, in Sachsen-Anhalt nur über die Justizverwaltung — und endlich die Bestellung der Regierung. Der Landtag besteht aus 90 Abgeordneten in Mecklenburg, 100 in Thüringen und Brandenburg und 120 in Sachsen; in Sachsen-Anhalt ist die Zahl in der Verfassung nicht genannt. Die Abgeordneten werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer, geheimer Verhältniswahl von allen mindestens 20 Jahre — in Sachsen 18 Jahre — alten Deutschen für die Dauer von drei Jahren gewählt. Wohnsitz in dem betreffenden Lande für die Gewählten nicht erforderlich; so sind bereits mehrere führende Personen aus anderen Ländern, insbesondere aus Berlin, Mitglieder der Landtage. Während in Brandenburg und Sachsen-Anhalt nur „die zugelassenen antifaschistisch-demokratischen Parteien“ Wahlvorschläge einreichen dürfen, haben in Mecklenburg, Thüringen und Sachsen dieses Recht auch andere Organisationen, die durch das Wahlrecht bestimmt werden, wobei an Bauernhilfe, Kulturbund und so weiter gedacht ist. Zur Wählbarkeit ist ein Mindestalter von 23 Jahren — in Sachsen von 21 Jahren — vorgeschrieben. Wahlfreiheit und Wahlgeheimnis werden gewährleistet. Außer in den Fällen des Todes und der Auflösung des Landtags kann in Sachsen-Anhalt die Abgeordneteneigenschaft durch den Verlust des Mandats bei Übertritt zu einer anderen Partei entzogen werden; es soll damit ein etwa durch Druck herbeigeführter Übertritt eines Abgeordneten zu einer anderen Partei in seinen Konsequenzen illusorisch gemacht werden. Man sieht daraus, daß in der Ostzone die Partei und das Verhältniswahlrecht eine besonders starke Stellung haben. Nationalsozialistische oder militaristische Propaganda hat in Thüringen mit Zweidrittelmehrheitsbeschluß des Landtags den Mandatsverlust zur Folge. Für die Abgeordneten gelten im wesentlichen auf Grund der Landesverfassungen die gleichen Bestimmungen über Immunität, Unverletzlichkeit, Unabsetzbarkeit, Verweigerungsrecht wie nach der Weimarer Verfassung. Man wird meines Erachtens die entsprechenden Vorschriften der Weimarer Reichsverfassung als noch in Kraft befindlich betrachten dürfen und braucht daher nicht die Frage aufzuwerfen, ob der Landesgesetzgeber überhaupt die Abgeordneten von Vorschriften des Strafgesetzbuchs und der Strafprozeßordnung freistellen kann.

Hinsichtlich der Geschäftsführung, der Einrichtung des Präsidiums des Landtags und so weiter ist nichts Außergewöhn-

Demgegenüber vertrat bei allen Verfassungsberatungen die CDU die Auffassung von der natürlichen Begrenztheit der Staatsgewalt, diese mit der christlichen Staatsauffassung begründend, und versuchte den Grundsatz zur Anerkennung zu bringen, daß auch noch andere Organe, zum Beispiel Gerichte, ein Verfassungsgerichtshof, Verwaltungsbehörden und so weiter Träger der demokratischen Gedankenwelt sein können und sollen und daß daher, wie schließlich auch die Beispiele anderer Verfassungen beweisen, die Verwirklichung der Gewaltenteilung durchaus mit den Gedanken der Demokratie vereinbar ist. Aus der Auseinandersetzung über diese Grundfragen, die freilich in den Landesverfassungen nicht so bedeutsam sind wie für eine künftige deutsche Gesamtstaatsverfassung, ergeben sich die jetzt geltenden Bestimmungen über die Organe, die in den fünf Verfassungen sehr ähnlich festgelegt sind.

liches zu berichten: In Thüringen sind auch die Ausschusssitzungen öffentlich. Die Aufstellung von Grundsätzen für die Verwaltung und die Genehmigung des Haushalts obliegen dem Landtag. Regierungsmitglieder haben jederzeit Zutritt zum Landtag, können aber auch stets vom Landtag zum Erscheinen und zu Auskünften herbeigeholt werden. Der Landtag hat in Brandenburg und Mecklenburg das Begnadigungsrecht; in Mecklenburg kann er es auf die Regierung übertragen; in Thüringen und Sachsen obliegt die Ausübung dieses Rechts der Regierung. Der Landtag endet durch Selbstauflösung auf Grund Beschlusses von mindestens der Hälfte — in Mecklenburg und Brandenburg von zwei Dritteln — der gesetzlichen Mitgliederzahl oder durch Volksentscheid. Bis zum Zusammentritt führt in Sachsen-Anhalt das Präsidium, in den anderen Ländern ein ständiger Ausschuß des bisherigen Landtags die Geschäfte. In Thüringen und Brandenburg steht diesem in dringenden Fällen sogar ein vorläufiges Gesetzgebungsrecht (sprich: Notverordnungsrecht) zu.

Landesregierung

Die Landesregierung besteht aus dem Ministerpräsidenten, der vom Landtag gewählt wird, und den vom Ministerpräsidenten zu ernennenden, vom Landtag zu bestätigenden Ministern. Der Ministerpräsident bestimmt nach Maßgabe der vom Landtag aufgestellten Grundsätze die Richtlinien der Regierungspolitik und ist für deren Durchführung dem Landtag verantwortlich. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Minister den ihm anvertrauten Geschäftskreis selbständig unter eigener Verantwortung gegenüber dem Landtag. Bei Stimmengleichheit im Kabinett gibt der Ministerpräsident den Ausschlag. Es herrscht die parlamentarische Regierungsform. Mindestens ein Fünftel der gesetzlichen Mitgliederzahl des Landtags — in Mecklenburg ein Viertel — kann einen Mißtrauensantrag einbringen. Wird durch einen Beschluß, dem mindestens die Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl des Landtags zustimmen muß, einem Minister das Vertrauen entzogen, so muß er zurücktreten. Bei Rücktritt der gesamten Regierung führt in Brandenburg die bisherige Regierung bis zur Amtsübernahme durch die neuen Minister die „laufenden Geschäfte“, in Sachsen-Anhalt alle Geschäfte fort; in den übrigen Ländern fehlen für diesen Fall Bestimmungen, so daß dort die Rechtslage wie in Brandenburg sein dürfte. Jeder Minister darf auch freiwillig zurücktreten. Die Regierung ist als Kollegium zuständig, wo die Gesetze es bestimmen, ferner zur Beschlußfassung über Gesetzentwürfe und bei Meinungsverschiedenheiten über Fragen, die den Geschäftsbereich mehrerer Minister berühren: die „Angestellten“ des Landtages ernannt der Ministerpräsident; Beamte im staatsrechtlichen Sinn gibt es in der Ostzone nicht mehr.

Weitere oberste Organe kennen die Landesverfassungen der Ostzone nicht. Die Wünsche der CDU nach einem Staatsgerichtshof fanden keine Mehrheit. Lediglich

in Thüringen besteht für die Nachprüfung der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen ein Verfassungsprüfungsausschuß, der sich zusammensetzt aus den Vorsitzenden und den drei Vizepräsidenten des Landtags sowie aus je einem Mitglied des Oberlandesgerichts, des Oberverwaltungsgerichts und der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Jena; die drei letzten Mitglieder werden vom Landtag für die Dauer der Wahlperiode gewählt. Die Anrufung des Verfassungsprüfungsausschusses ist nur möglich, wenn ein Drittel der Landtagsmitglieder oder die Landesregierung im Einvernehmen mit dem Rechtsausschuß des Landtags die Verfassungsmäßigkeit anzweifelt. Diese Beschränkung der Aktivlegitimation bedeutet, daß selbst hier eine eigentliche Verfassungsgerichtsbarkeit nicht vorhanden ist. Ein ähnliches Verfahren, dessen Träger hier aber der um drei „Sachverständige“ vermehrte Rechts- und Verfassungsausschuß des Landtags ist und das offenbar auf Anrufung von Gerichten anlässlich schwebender Prozesse eingeleitet werden kann, findet sich in Sachsen-Anhalt. In Sachsen werden entsprechende Fragen vom Landtag entschieden, dem sein Verfassungsausschuß einen Vorschlag zu unterbreiten hat. In den beiden anderen Ländern haben Zweifel über die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen keine Folgen; alle Gesetze binden Richter und Verwaltungsbehörden.

Gesetzesvorlagen werden von der Regierung oder aus der Mitte des Landtags eingebracht und vom Landtag in mindestens zwei Lesungen beraten. Die vom Landtag mit Stimmenmehrheit beschlossenen Gesetze werden vom Landtagspräsidenten ausgefertigt und verkündet. Auf Antrag einer Minderheit des Landtags — zum Beispiel in Sachsen eines Drittels — wird die Verkündung um einen Monat ausgesetzt; ist während dieser Zeit kein Volksbegehren oder kein Volksentscheid eingeleitet, so ist das Gesetz zu verkünden. Verfassungsänderungen bedürfen im Landtag durchweg einer Zweidrittelmehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl, bei Volksentscheiden einer einfachen Mehrheit der Stimmberechtigten. Für Verfassungsänderungen ist in Brandenburg noch ausdrücklich ein Verbot der Antastung der demokratischen Grundgedanken und der republikanisch-parlamentarischen Staatsform erlassen. Hinsichtlich nur materieller Abweichungen von Verfassungsvorschriften in gewöhnlichen Einzelgesetzen ohne Änderung des Verfassungstextes (Verfassungsaushöhlung) verbleibt es bei dem Zustand unter der Weimarer Reichsverfassung, das heißt sie sind zulässig, bedürfen aber der verfassungsändernden Mehrheit. Abgesehen von den oben erwähnten Möglichkeiten zur Anzweiflung der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen sind Richter und Verwaltungsbehörden an die verkündeten Landesgesetze gebunden; eine richterliche Nachprüfung dieser Fragen ist ausgeschlossen worden, weil die SED darin eine Heraushebung des Richters über die Volksvertretung, über das Volk (im Sinne der SED-Auffassung) sieht.

In einzelnen Verfassungen (zum Beispiel in der Brandenburgs) sind ausdrücklich die anerkannten Regeln des Völkerrechts als Bestandteil des Landesrechts anerkannt worden. Gesamtdeutsches Recht bricht überall Landesrecht; gemeint aber ist wohl nur künftiges gesamtdeutsches Recht; denn zu früheren Reichsgesetzen liegen bereits in mehreren Ländern der Ostzone abweichende neue Vorschriften vor.

Rechtspflege

In die Rechtspflege werden (offenbar andere als die früheren Laienrichter) besondere Volksrichter — hier „Laienrichter“ genannt — eingeführt, die auf allen Gebieten und in allen Instanzen zuzuziehen und auf Vorschlag der demokratischen Parteien und Organisationen von den Volksvertretungen (gemeint sind hier zum Beispiel die Kreistage) zu bestellen sind. In Mecklenburg sind für diese Richter besondere juristische Bildungsstätten vorgesehen, damit Angehörigen aller Schichten des Volkes die Möglichkeit gegeben wird die Fähigkeit zum Richteramt zu erlangen. Wie diese Vorschriften mit dem angeblich vorgehenden Reichsrecht (Gerichtsverfassungsgesetz) vereinbar sind, bleibt

offen. Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen, aber nicht unabsetzbar. Staatsanwälte sind Weisungen gebunden. Der Generalstaatsanwalt und Oberlandesgerichtspräsident werden in Sachsen und Mecklenburg vom Landtag gewählt; in Thüringen bedarf es der Einwilligung des Landtags vor Ernennung der Mitglieder der obersten Gerichte des Landes, in Sachsen-Anhalt lediglich der Bestätigung des Generalstaatsanwalts und des Oberlandesgerichtspräsidenten. Wo die Verfassung nicht sagt, werden diese Stellen von der deutschen Justizverwaltung für die Sowjetzone ernannt.

Strafgesetze mit rückwirkender Kraft sind in Mecklenburg nur zulässig, soweit es sich um Kriegsverbrecher und Verbrechen gegen die Menschlichkeit handelt, die bis zum Mai 1945 begangen sind. Eine ähnliche, etwas allgemeinere Vorschrift besteht in Sachsen.

Zum Schutze der Bürger gegen widerrechtliche Anordnungen der Verwaltung dient die Verwaltungsgerichtsbarkeit.

Für die Verfassungen der Ostzone ist einzigartig das in Sachsen festgelegte Asylrecht für Personen, die um Verletzung der in der sächsischen Verfassung niedergelegten Grundrechte „im Ausland“ (gemeint sind hier wohl auch anderen „Länder“ außer Sachsen) verfolgt werden und in Sachsen geflohen sind. Für die Verfassung Brandenburgs noch bemerkenswert, daß hier alle Festgenommenen oder Verhafteten innerhalb vierundzwanzig Stunden dem Richter vorzuführen sind.

Verwaltung

Die Bestimmungen über Verwaltung bezeichnen Kreise und Gemeinden als Selbstverwaltungskörperschaften, die ihre Aufgaben als Selbstverwaltungs- oder Auftragsangelegenheiten durchzuführen haben. Für Sachsen-Anhalt ist noch die — nicht ganz eindeutige — Festlegung getroffen, daß in der Hand der Selbstverwaltungskörperschaften Entscheidung und Durchführung aller öffentlichen Angelegenheiten liegen, die das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben ihres Gebiets betreffen. Was bleibt wörtlicher Auslegung dieses Satzes noch an Aufgaben das Land selbst oder für Sonderbehörden? In der Thüringischen Verfassung findet sich zutreffend die Beschränkung auf den „Rahmen der gesetzlichen Zuständigkeit“. Mecklenburg würdigt noch eine weitere Besonderheit verfassungsrechtlicher Regelung: Grundbesitz und Produktionsstätten, die sich im Eigentum der öffentlichen Hand befinden, dürfen nur mit Zustimmung von zwei Dritteln der gesetzlichen Mitgliederzahl der zuständigen Vertretungskörperschaft (Landtag, Kreistag, Stadtverordnetenversammlung, Gemeindevertretung) veräußert werden.

Organe der Selbstverwaltungskörperschaften sind im Landkreis Kreistag und Kreisrat mit dem Landrat als Vorsitzenden, im Stadtkreis Stadtverordnetenversammlung und Stadtrat mit dem Oberbürgermeister als Vorsitzenden und in der Gemeinde Gemeindevertretung und Gemeinderat mit dem Bürgermeister als Vorsitzenden. Für Kreis-, Stadt- und Gemeinderat gelten die Grundsätze des Parlamentarismus, das heißt ihre Mitglieder müssen auf ein ausdrückliches Mandatsvotum hin zurücktreten. Inzwischen sind die näheren Regelungen hierüber in den einzelnen Ländern durch Kreisordnungen und für die sowjetische Besatzungszone durch eine Gemeindeordnung getroffen.

Wirtschaft

Es bedeutet einen mindestens scheinbaren inneren Widerspruch, daß gerade die gleichen Verfassungsgesetzgeber, ursprünglich die eigene Verfassungsgesetzgebungstätigkeit im Hinblick auf ihren unitarischen Standpunkt nur mit großer Zurückhaltung begonnen haben, nun doch ausführliche Bestimmungen gerade über die Wirtschaft erlassen haben, eines der Gebiete ist, auf welchen dem künftigen Gesamtstaat ein ausgiebiges Gesetzgebungsrecht zukommen dürfte. Aber man hat sich eben damit abgefunden, daß bis zur gesamtdeutschen Regelung nicht mehr alles auf sich beruhen

geben kann. Manche in die neuer Landesverfassungen übernommenen Formulierungen entstammen hier der Weimarer Reichsverfassung, andere sind neu und nur unter besonderen Aspekten der Ostzone verständlich. So gehen zum Beispiel Sachsen-Anhalt und Mecklenburg von der unvollständigen Lenkung der Wirtschaft zur Befriedigung der Bedürfnisse des Volkes und von der Berücksichtigung der Wirtschaftseinheit Deutschlands aus. Während die selbständigen Gewerbetreibenden und Bauern in ihrer privaten Initiative unterstützt werden sollen und die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen gewährleistet wird, werden hier alle privaten Monopolorganisationen wie Kartelle, Syndikate, Konzerne und so weiter verboten. Das Eigentum und das Erbrecht werden im Rahmen der gesetzlichen Schranken gewährleistet; speziell werden das bäuerliche Eigentum und das durch die Bodenreform vom September 1945 erlangte Grundeigentum in allen Verfassungen ausdrücklich geschützt. Für Enteignungen genügt die landesgesetzliche Grundlage; der Regel gibt es dabei angemessene Entschädigung — außer für enteignete Betriebe von aktiven Nationalsozialisten und Kriegsverbrechern; diese letzteren Unternehmungen sollen von der öffentlichen Hand — möglichst vom Lande — als Eigentum übernommen werden. In Thüringen und Sachsen-Anhalt sollen überdies die landeseigenen Betriebe nach Wirtschaftszweigen zusammengefaßt werden. Für Sachsen gelten einige sachlich abweichende Formulierungen; der ist zum Beispiel für Streitigkeiten über die Höhe der Enteignungsentuschädigung ausdrücklich der ordentliche Rechtsweg eröffnet. Die Möglichkeiten wirtschaftlicher Betätigung für die öffentliche Hand sind gegenüber der früheren deutschen Gemeindeordnung wesentlich erweitert. Geistige Arbeit wird geschützt. Bodenverteilung und Bodennutzung werden überwacht. Nach Durchführung der Bodenreform ist die Bildung privaten Großgrundbesitzes von über 100 Hektar verboten. Jedem ist eine Heimstätte zu sichern: Opfer des Faschismus, Umsiedler und Schwerbeschädigte sind zu bevorzugen.

Finanzwesen

Die Bestimmungen über das Finanzwesen enthalten wenig Neues, das nicht bereits Gegenstand der früheren Länderverfassungen gewesen wäre. Soziale Gesichtspunkte für die neuere Gesetzgebung sind vorgesehen, wobei der Mangel an Zuständigkeit der Landesgesetzgebung für die größten Teile des Steuerrechts anscheinend übersehen wird. Für alle Länder außer für Sachsen-Anhalt ist bereits eine unabhängige Rechnungsprüfungsstelle vorgesehen, die nur dem Landtag verantwortlich ist.

Volkshildung

Der Kernpunkt der Vorschriften, über die eine Einigung zwischen der CDU und den beiden anderen Parteien nicht erreicht wurde — und zwar, da LDP und SED hier vielfach zusammengehen, auch dort nicht, wo die beiden anderen Parteien zusammen stärker gewesen wären als die SED —, liegt im Abschnitt Volkshildung. Hieran wäre die Einmütigkeit, mit der die Verfassungen verabschiedet wurden, fast erschreckt. In Thüringen, wo die Verfassung bereits angenommen war, bevor das Ergebnis der überparteilichen Berechnungen in Berlin bekannt war, ist den Forderungen der CDU nur sehr ungenügend Rechnung getragen worden. Hier ist zwar das natürliche Recht der Eltern auf Kindererziehung ausdrücklich anerkannt, aber praktisch auf die Mitwirkung der Eltern bei der schulischen Erziehung beschränkt, und in den anderen Verfassungen wird auf das natürliche Erziehungsrecht der Eltern nicht einmal Bezug genommen. Die gesamte Volkshildung ruht in allen Ländern auf der Volkshildungsschule, die als reine Staatsschule mit Grund-, Ober-, Fach- und Berufsschulen gedacht ist. Es ist gerade kein modern zu nennendes Schulprogramm, wenn die Thüringische Verfassung — und ähnlich die der anderen Länder — vorschreibt: „Die Oberschule vermittelt Wissen und entwickelt Fähigkeiten, die den Besuch der Hochschule ermöglichen“, — ob es nicht die Richtersche Schulreform gegeben hätte und zahlreiche weitere Reformpläne bekannt geworden wären. Anstatt Angehörigen aller Volksschichten einen sorgen-

freien Hochschulbesuch zu ermöglichen, wird hier als Verfassungsideal der — nur ausnahmsweise erfolgversprechende — Weg vorgesehen, „auch ohne Unterbrechung der Berufstätigkeit die zum Studium an einer Hochschule erforderlichen Kenntnisse in Abend- oder Volkshochschulen zu erwerben“. Von „Bildung“ ist nicht mehr die Rede, ebenso wenig von der praktischen Undurchführbarkeit des vorerwähnten Programmes, gerade in einem Zeitpunkt, in dem man in Deutschland vielfach nur mit großen Schwierigkeiten die Professorenstellen an den Hochschulen selbst sachgemäß besetzen kann. An die Grundschule schließt sich die Oberschule, das ist die höhere Schule, oder die Fach- oder Berufsschule an. Nur Grund- und Berufsschule sollen unentgeltlich sein. Das Bildungsideal der Verfassungen ist die Erziehung zu selbständig denkenden und verantwortungsbewußt handelnden Menschen, die bereit und fähig sind, sich in das Leben der Gemeinschaft einzuordnen. Der Geist des friedlichen und freundschaftlichen Zusammenlebens der Völker und einer echten Demokratie sowie wahrer Humanität soll auf der Schule gepflegt werden. Religionsunterricht durch die Kirchen selbst wird überall ausdrücklich gewährleistet; in einzelnen Ländern, wo diese Bestimmung im Abschnitt „Religionsgesellschaften“ steht, wird ausdrücklich eine befriedigende Lösung der Raumfrage für den Religionsunterricht vorgesehen. Zwang zur Teilnahme am Religionsunterricht darf nicht ausgeübt werden. Zweifellos sind die Abschnitte „Volkshildung“ in den einzelnen Verfassungen deren schwächster Teil, der der Vielgestaltigkeit des deutschen Geisteslebens und den Grunderkenntnissen moderner Erziehung meines Erachtens nur wenig entspricht.

Religionsgesellschaften

Im Abschnitt über „Religionsgesellschaften“ stützen sich die Landesverfassungen weitgehend auf die früheren Vorschriften der Weimarer Reichsverfassung. Allgemein wird Religionsfreiheit gewährleistet. Der Mißbrauch kirchlicher Einrichtungen für parteipolitische Zwecke — in Sachsen heißt es unklarer: „politische Zwecke“ — wird verboten. Die Ausübung bürgerlicher oder staatsbürgerlicher Rechte und die Zulassung zum öffentlichen Dienst sind unabhängig vom religiösen Bekenntnis. Niemand darf zu religiösen Übungen oder zur Benutzung einer religiösen Eidesform gezwungen werden.

Gewährleistet ist ferner überall die Freiheit der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften. Diese dürfen ihre Angelegenheiten selbständig ordnen. Sie bleiben Körperschaften des öffentlichen Rechts und dürfen sich untereinander zu solchen zusammenschließen. Vereinigungen zur gemeinschaftlichen Pflege einer Weltanschauung werden den Religionsgesellschaften gleichgestellt.

Nach Maßgabe des Bedürfnisses (Sachsen: „Verlangens“) ist die Vornahme religiöser Handlungen den Religionsgesellschaften in Krankenhäusern, Strafanstalten und so weiter zu ermöglichen. In allen Verfassungen wird das überaus schwierige Gebiet der Ablösung von Staatsleistungen an die Kirchen wieder aufgegriffen. Da der Staat seinerzeit die Subsidien der Kirche sich bei der Säkularisation angeeignet und als Ersatz und Entschädigung dafür die Staatszuschüsse an die Kirchen übernommen hat, beruhen letztere auf alten Rechtstiteln, die nicht immer klar zutage liegen. Deshalb ist heute eine gerechte Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche so schwierig. Einige Verfassungen fordern für die Ablösung dieser Leistungen ein Gesetz.

Nach der brandenburgischen und der sachsen-anhaltischen Verfassung steht vom vollendeten vierzehnten Lebensjahr — in Mecklenburg vom fünfzehnten — den Jugendlichen selbst, vorher ihren Erziehungsberechtigten die Entscheidung über die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft zu. Drei Verfassungen (Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg) regeln die Formen des Kirchenaustritts, der durch Erklärung vor dem Standesamt mündlich oder schriftlich in öffentlich beglaubigter Form zu erfolgen hat.

Im allgemeinen wird man zwar nicht behaupten können,

daß die Bestimmungen über die Religionsgesellschaften neue Perspektiven eröffnen und der verstärkten Verwurzelung des Christentums im deutschen Volk als Folge des jüngsten Zusammenbruchs Rechnung tragen; aber bei Berücksichtigung der Parteiverhältnisse in den einzelnen Ländern stellen sie vermutlich das Höchstmaß des auch vom Standpunkt der Religionsgesellschaften aus Erreichbaren dar.

Vergleicht man die Landesverfassungen der Ostzone mit denen Süddeutschlands, so messen sich erstere selbst weniger Bedeutung bei und wollen in vielen Bestimmungen lediglich den derzeitigen Schwebzustand

überbrücken. Daher sind sie erheblich knapper gefaßt und beschränken sich auf das Wesentliche. Daß ferner in ihr der starke Einfluß der SED zum Ausdruck kommen muß, angesichts der Parteikonstellation im Osten selbstverständlich und zeigt sich weniger in der Organisation als vielmehr in den Grundrechten und den Bestimmungen über Wirtschaft und Kultur. Entscheidend erscheint mir die klare Anerkennung der Forderung, daß überall eine künftige samtdeutsche Lösung nicht verbaut und daß zunächst einmal den augenblicklichen Bedürfnissen unseres Volkes im allgemeinen Rechnung tragende Lösung gefunden ist.

Vergleich der Besteuerung des Arbeitseinkommens in Deutschland, Frankreich und Großbritannien im Jahre 1946

Von Bernhard Skrodzki

Um einen Vergleich durchführen zu können, müssen die in Reichsmark, Franken und Schilling ausgezahlten Arbeits-einkünfte auf einen einheitlichen Nenner gebracht werden. Das geschieht in der Weise, daß die Währungen Frankreichs und Großbritanniens nach ihrer Kaufkraft auf Reichsmark umgerechnet werden, und zwar nach den Verhältnissen im Laufe des Jahres 1946.

Eine Verwendung von Devisenkursen für die Berechnungen ist nicht möglich, da offizielle Devisennotierungen nicht erfolgen. Der im Rahmen der Besatzungskosten angewandte Umrechnungsschlüssel von 1 Reichsmark = 12 Franken beziehungsweise 1 Pfund Sterling = 40 Reichsmark entspricht in keiner Weise der tatsächlichen Kaufkraftparität.

Auch die Umrechnung nach Kaufkraftparitäten stößt auf erhebliche Schwierigkeiten. Der Lebenshaltungsindex, der die natürliche Grundlage für Berechnungen über eine Besteuerung des Arbeitseinkommens bildet, liegt für Großbritannien vor; in Frankreich sind die Verhältnisse infolge der inflationistischen Preisentwicklung, die sprunghaft das ganze Jahr 1946 angehalten hat, und bei der großen Ausdehnung des Schwarzen Marktes aber sehr undurchsichtig. Noch schwieriger ist die Lage in Deutschland. Ein offizieller Lebenshaltungsindex für ganz Deutschland besteht nicht, und die Berechnungen, die sich auf die offiziellen Zuteilungen stützen, sind wegen ihrer begrenzten Reichweite auch nur von begrenztem Wert.

Wenn die Ziffern, die der Berechnung zugrunde gelegt werden, unter diesen Umständen nicht den einwandfreien Charakter tragen, wie man ihn für wissenschaftliche Berechnungen unter normalen Umständen fordert, so sind andererseits doch die möglichen Fehlerquellen nicht so umfangreich, daß den Ergebnissen ein Erkenntniswert abzusprechen wäre. Mit gewissen Einschränkungen wird man davon ausgehen können, daß die Ergebnisse ein Bild der vorliegenden Verhältnisse geben.

Für die Berechnung des Umrechnungsschlüssels wurde in folgender Weise vorgegangen:

Ausgangspunkt der Berechnung bilden die Verhältnisse vor dem ersten Weltkrieg, wobei unterstellt wird, daß die Friedens-Goldparität der Kaufkraft entspricht.

In Deutschland ist der Lebenshaltungsindex gegenüber der Zeit vor dem ersten Weltkrieg bis zum Ausbruch des zweiten Weltkrieges auf etwa 126 Prozent gestiegen. Für 1946 wird eine Steigerung der Lebenshaltungskosten auf 180—190 Prozent gegenüber den Verhältnissen zu Beginn des Krieges angenommen.

In Großbritannien stieg der Lebenshaltungsindex bis 1938 auf 156 Prozent des Standes von 1914. Auf der Basis 1938 = 100 ergibt sich eine weitere Steigerung auf 132 Prozent für 1946.

In Frankreich stieg der Lebenshaltungsindex bis zum Jahre 1938 auf fast das Siebenfache des Standes vom Jahre 1914.

Lebenshaltungsindizes für das Jahr 1946 liegen nicht vor. Bekannt sind jedoch die Indizes für Groß- und Kleinhandelspreise. Danach hat sich noch im Laufe des Jahres 1946 eine sehr stürmische Aufwärtsentwicklung ergeben. Da der Lebenshaltungsindex neben den Kleinhandelspreisen eine Reihe von anderen Elementen — wie Wohnungskosten und Dienstleistungen — enthält, die geringere Steigerungen aufweisen, wird man für den Durchschnitt des Jahres 1946 eine Steigerung auf das Sechs- bis Siebenfache gegenüber 1914 annehmen können.

Unter Zugrundelegung dieser Ziffern errechnet sich für Frankreich ein Umrechnungsschlüssel von 1 Reichsmark = etwa 24 Franken und für Großbritannien von 1 Pfund Sterling = etwa 18 Reichsmark.

Für den Vergleich einer Besteuerung der Einkünfte aus Arbeit sind in Frankreich der „Impôt sur les traitements salaires“ und der „Impôt général sur les revenus“ heranzuziehen, in Deutschland die Einkommensteuer in Form des Steuerabzuges vom Arbeitslohn und für die Einkünfte über 24 000 Reichsmark die veranlagte Einkommensteuer, in Großbritannien „Income tax“ und „Supertax“ (für die Einkünfte über 2000 Pfund Sterling).

Dabei ist zu berücksichtigen, daß Unterschiede in der grundsätzlichen Definition des Einkommensbegriffes die Höhe der steuerlichen Belastung ebenso beeinflussen wie die Verschiedenheit der Steuertarife. Soweit ersichtlich, sind wesentliche Unterschiede in der grundsätzlichen Definition des Einkommensbegriffes in Deutschland, Frankreich und Großbritannien nicht vorhanden. Die vom Roheinkommen abzugsfähigen Beträge zur Ermittlung des steuerbaren Einkommens zeigen jedoch gewisse Verschiedenheiten. So dürfen vor allem sowohl der Impôt sur les traitements et salaires als auch der Impôt général sur les revenus von den Roheinkünften bei der Berechnung des Impôt général sur les revenus in Abzug gebracht werden, was bei der deutschen Einkommensteuer nicht der Fall ist. Im übrigen bestehen noch verschiedene kleinere Differenzen, die für die Berechnung im Hinblick auf bestehende Globalabzüge zur Abgeltung von Werbungskosten aber vernachlässigt werden können.

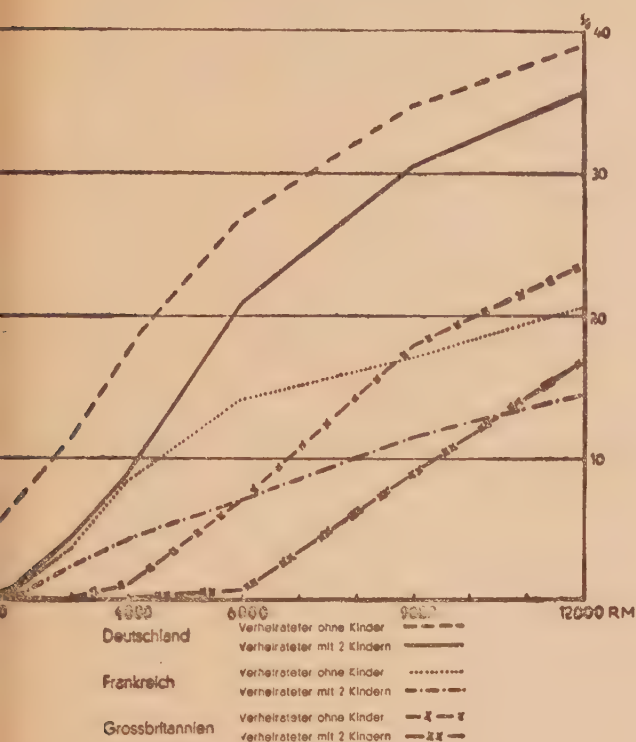
Für die Berechnung werden zugrunde gelegt Jahreseinkünfte von 1500, 2000, 3000, 4000, 6000, 9000, 12 000, 24 000 Reichsmark oder die diesen Reichsmarkbeträgen entsprechenden Franken beziehungsweise Pfund-Sterling-Einkünfte.

Die gewählten Werte geben einen Querschnitt durch die niederen, mittleren und gehobenen Einkommenschichten. Aus der Verfolgung der Besteuerung bei Rieseneinkommen wurde bewusst verzichtet; sie kommen im wirklichen Leben so selten vor, daß Folgerungen daraus mehr theoretischen oder propagandistischen als praktischen Erkenntniswert haben.

betrachtet wird die Lage bei Verheirateten ohne Kinder mit 1—5 Kindern.

Die Ergebnisse veranschaulichen die Tabellen 1—3 und die graphischen Darstellungen.

Die Besteuerung des Arbeitseinkommens in Deutschland, Frankreich und Großbritannien in Prozenten des Einkommens im Jahre 1946



Als Gesamtergebnis kann man — an Hand der Tabelle 3 und der graphischen Darstellungen — feststellen, daß sowohl die französische und noch stärker die britische Besteuerung stets nur einen Bruchteil der deutschen Besteuerung ausmachen. Sowohl die französische wie vor allem die deutsche Besteuerung setzen erst bei höheren Einkünften ein, als die deutsche Besteuerung und gehen mit den Einkommensklassen ansteigend im allgemeinen nur ungefähr bis zur Hälfte der deutschen Besteuerung.

Geht man von der Familie mit zwei Kindern als Normalfall aus, so zeigt sich — vgl. Tabelle 3 —, daß bei einem Jahreseinkommen von 3000 RM die französische Besteuerung nur die Hälfte der deutschen beträgt, während in Großbritannien überhaupt noch keine Steuer zu zahlen ist. Bei 6000 RM beträgt die französische Besteuerung ungefähr ein Drittel, die britische liegt unter 5 Prozent der deutschen. Bei 12 000 RM ist die französische auf etwa 40 Prozent der deutschen gestiegen, die britische liegt bei 47 Prozent, geht aber bereits über die französische hinaus und weist damit eine viel schärfere Progression als diese auf. In ähnlicher Weise zeigt sich bei Einkünften von 24 000 RM und 36 000 RM in Frankreich ein Satz von etwa 40 Prozent der deutschen Besteuerung, während die britische weiter auf 50 bis 55 Prozent der deutschen gestiegen ist.

Ein Vergleich der prozentualen Belastung des Einkommens — an Hand der Tabelle 2 und der graphischen Darstellungen — zeigt folgendes Bild:

a) Bei einem Einkommen von 1500 RM ist praktisch noch keine oder jedenfalls keine wesentliche steuerliche Belastung vorhanden. Nur der kinderlos Verheiratete hat in Deutschland eine Steuer von 64 RM oder 4,2 Prozent seines Einkommens zu zahlen.

b) Bei einem Einkommen von 2000 RM, einem typischen Arbeiterlohn, zahlt der kinderlos Verheiratete in Deutschland etwa 7 Prozent Steuern, der Verheiratete mit zwei Kindern

1 Prozent, und erst die größeren Familien sind ganz steuerfrei, während in Frankreich keine nennenswerte und in Großbritannien gar keine Besteuerung zu verzeichnen ist.

c) Bei 3000 RM Einkommen ist nur Großbritannien noch völlig steuerfrei. In Deutschland hat der kinderlos Verheiratete bereits 11,3 Prozent seines Einkommens an Steuern zu zahlen, die Familie mit zwei Kindern 4,4 Prozent, Steuerfreiheit genießt erst die Familie mit vier Kindern. Das letztere gilt auch für Frankreich; im übrigen liegen die Steuerbeträge hier mit 3,6 bis 0,8 Prozent nur bei einem Drittel bis der Hälfte der deutschen Sätze.

d) Bei 6000 RM Einkommen sind in Großbritannien Familien mit drei Kindern noch steuerfrei, in Frankreich mit vier Kindern.

In Deutschland zahlt der kinderlos Verheiratete bereits 26,6 Prozent seines Einkommens an Steuern, die Familie mit zwei Kindern fast 21 Prozent, während in Frankreich nur 14 beziehungsweise 7 Prozent, in Großbritannien nur 7,1 beziehungsweise 0,8 Prozent zu zahlen sind. Praktisch ist in Großbritannien die normale Mittelstandsfamilie, als die man die vierköpfige Familie mit einem monatlichen Einkommen von 500 RM oder einem jährlichen Einkommen von 6000 RM wohl bezeichnen kann, noch steuerfrei, während sie in Deutschland über 1250 RM oder mehr als ein Fünftel des Gehalts als Einkommensteuer abzuführen hat. Selbst die siebenköpfige Familie — der Verheiratete mit fünf Kindern — hat in Deutschland noch 668 RM oder 11 Prozent des Einkommens an Steuern zu entrichten. An diesem Beispiel zeigt sich deutlich die mangelnde soziale Elastizität des deutschen Steuersystems, die auch — oder gerade — ein hartes Steuersystem aufweisen muß, um nicht untragbar und erbitternd zu wirken.

e) Bei der Einkommenstufe von 12 000 RM fällt im Vergleich mit der Einkommenstufe von 6000 RM auf, daß sich im Verhältnis Frankreich—Großbritannien eine Umkehrung vollzogen hat: die britische Besteuerung liegt nicht mehr unter, sondern über der französischen. Bei einem kinderlos Verheirateten ist die Besteuerung in Frankreich von 14 Prozent auf 20,7 Prozent gestiegen, in Großbritannien zeigt sich ein sprunghaftes Ansteigen von 7,1 Prozent auf 23,7 Prozent. Entsprechendes gilt für die übrigen Gruppen dieser Einkommenstufe.

Die geringe soziale Elastizität der deutschen Besteuerung zeigt sich auch hier wieder in der verhältnismäßig geringen Spanne, die zwischen der Besteuerung des kinderlos Verheirateten mit 39 Prozent und derjenigen der siebenköpfigen Familie mit 30,3 Prozent besteht, während die britische Besteuerung einen viel schärferen Abfall von 23,7 Prozent auf 6,8 Prozent des Einkommens, das heißt von etwa 61 Prozent auf etwas weniger als ein Viertel der deutschen Besteuerung, und die französische einen Abfall von 20,7 Prozent auf 3,9 Prozent des Einkommens zeigt oder von etwa 53 Prozent auf sogar nur etwa 13 Prozent der deutschen Besteuerung. Die sozialen Notwendigkeiten, die für das eigene Steuersystem anerkannt werden, sind bei der Umgestaltung der deutschen Besteuerung nicht genügend berücksichtigt worden.

f) Bei einem Einkommen von 24 000 RM liegt die deutsche Besteuerung im allgemeinen über 50 Prozent, die britische zwischen einem Viertel und einem Drittel, die französische im allgemeinen unter einem Viertel bis herab zu 13,6 Prozent des Einkommens.

g) Bei einem Einkommen von 36 000 RM ist die deutsche Besteuerung auf über 60 Prozent bis auf zwei Drittel beim kinderlos Verheirateten gestiegen, während die britische um ein Drittel herum schwankt und die französische noch darunter zwischen etwa 20 bis etwa 28 Prozent liegt.

4. Recht anschaulich für die Beurteilung des Drucks, den die Besteuerung ausübt, ist eine Betrachtung, die nicht die abzuführenden, sondern die dem Steuerpflichtigen verbleibenden Einkommensteile ins Auge faßt. Denn schließlich ist für den Steuerpflichtigen die Summe entscheidend, über die er zur Befriedigung seiner Lebensbedürfnisse nach Abzug

1. Die Besteuerung des Arbeitseinkommens durch Einkommensteuern in Deutschland, Frankreich und Großbritannien im Jahre 1946, umgerechnet in Reichsmark

Jahreseinkommen	2000 RM			3000 RM			4000 RM			6000 RM			9000 RM			12 000 RM			24 000 RM			36 000 RM		
Land ²⁾	D.	F.	G.	D.	F.	G.	D.	F.	G.	D.	F.	G.	D.	F.	G.	D.	F.	G.	D.	F.	G.	D.	F.	G.
Verheirateter ohne Kinder	136	11	—	340	110	—	742	333	45	1597	841	428	3097	1528	1624	4680	2487	2840	13 195	6307	7700	24 052	9897	12 560
Verheirateter mit 1 Kind	48	7	—	174	84	—	508	206	—	1444	584	203	2944	1232	1220	4507	1941	2435	12 923	5558	7295	23 692	9393	12 155
Verheirateter mit 2 Kindern	20	3	—	133	69	—	359	170	—	1255	418	45	2755	1033	814	4298	1741	2030	12 616	5126	6390	23 332	8973	11 750
Verheirateter mit 3 Kindern	—	—	—	71	24	—	230	61	—	1045	149	—	2545	609	428	4068	1317	1625	12 283	4609	6485	22 972	8328	11 345
Verheirateter mit 4 Kindern	—	—	—	—	—	—	154	—	—	850	—	—	2300	154	202	3853	894	1220	11 969	3781	5980	22 612	7704	10 945
Verheirateter mit 5 Kindern	—	—	—	—	—	—	67	—	—	668	—	—	2148	76	45	3642	471	815	11 648	3270	5675	22 252	7075	10 540

2. Die Besteuerung des Arbeitseinkommens durch Einkommensteuern in Deutschland, Frankreich und Großbritannien im Jahre 1946, in Hundertsätzen des Einkommens

Jahreseinkommen	2000 RM			3000 RM			4000 RM			6000 RM			9000 RM			12 000 RM			24 000 RM			36 000 RM		
Land ^{a)}	D.	F.	G.	D.	F.	G.	D.	F.	G.	D.	F.	G.	D.	F.	G.	D.	F.	G.	D.	F.	G.	D.	F.	G.
Verheirateter ohne Kinder	6,8	0,5	—	11,3	3,6	—	18,6	8,3	1,1	26,6	14,0	7,1	34,4	17,0	18,0	39,0	20,7	23,7	55,0	26,3	32,1	66,8	27,5	34,9
Verheirateter mit 1 Kind	2,4	0,3	—	5,8	2,8	—	12,7	5,1	—	24,1	9,7	3,4	32,7	13,7	13,6	37,5	16,2	20,3	53,8	23,2	30,4	65,8	26,1	33,8
Verheirateter mit 2 Kindern	1,0	0,015	—	4,4	2,3	—	9,0	4,2	—	20,9	7,0	0,8	30,6	11,5	9,0	33,8	14,5	16,9	52,5	21,4	28,7	64,8	24,4	32,6
Verheirateter mit 3 Kindern	—	—	—	2,4	0,8	—	5,8	1,5	—	17,4	2,5	—	28,3	6,8	4,8	33,9	11,0	13,5	51,1	19,2	27,0	63,8	23,1	31,5
Verheirateter mit 4 Kindern	—	—	—	—	—	—	3,9	—	—	14,2	—	—	26,1	1,7	2,2	32,1	7,4	10,2	49,8	15,8	24,9	62,8	21,4	30,4
Verheirateter mit 5 Kindern	—	—	—	—	—	—	1,7	—	—	11,1	—	—	23,9	0,8	0,5	30,3	3,9	6,8	48,5	13,6	23,7	61,8	19,7	26,5

3. Die französische und die britische Besteuerung des Arbeitseinkommens durch Einkommensteuern in Hundertsätzen der deutschen Besteuerung im Jahre 1946

Jahreseinkommen	2000 RM			3000 RM			4000 RM			6000 RM			9000 RM			12 000 RM			24 000 RM			36 000 RM		
Land*)	D.	F.	G.	D.	F.	G.	D.	F.	G.	D.	F.	G.	D.	F.	G.	D.	F.	G.	D.	F.	G.	D.	F.	G.
Verheirateter ohne Kinder	100	8,1	—	100	32,1	—	100	44,8	6,1	100	52,6	26,8	100	49,3	52,4	100	53,1	60,7	100	47,8	58,4	100	41,4	52,2
Verheirateter mit 1 Kind	100	14,6	—	100	48,0	—	100	40,6	—	100	40,4	14,0	100	41,8	41,4	100	43,1	54,0	100	43,0	56,5	100	39,6	51,3
Verheirateter mit 2 Kindern	100	15,0	—	100	52,0	—	100	47,4	—	100	33,3	3,6	100	37,5	29,5	100	40,5	47,2	100	40,6	54,6	100	38,4	50,4
Verheirateter mit 3 Kindern	—	—	—	100	34,3	—	100	26,5	—	100	14,2	—	100	23,9	16,8	100	32,0	39,9	100	37,6	52,8	100	36,2	49,4
Verheirateter mit 4 Kindern	—	—	—	100	—	—	100	—	—	100	—	—	100	6,6	8,6	100	23,2	31,9	100	31,6	50,0	100	34,1	48,4
Verheirateter mit 5 Kindern	—	—	—	100	—	—	100	—	—	100	—	—	100	3,5	2,1	100	12,9	22,4	100	28,0	48,7	100	31,8	47,4

*) D. = Deutschland, F. = Frankreich, G. = Großbritannien.

Steuern verfügen kann. Die Frage der Sozialversicherungsbeiträge und der Verbrauchsbesteuerung, die gerade bei der solchen Betrachtung wichtig ist, konnte — worauf im nächsten Abschnitt noch eingegangen wird — im Rahmen der Ausarbeitung leider keine Berücksichtigung finden.

Übersicht über die der „Normalfamilie“ — Verheirateter mit zwei Kindern — nach Abzug der Steuer verbleibenden Einkommensteile

Monats-einkommen RM	Verbleibender Einkommensteile		
	Deutschland RM	Frankreich RM	Groß-britannien RM
250	239	244	250
500	395	465	496
1000	642	855	831
2000	949	1573	1426
3000	1056	2252	2021

Ganz allgemein läßt sich — sowohl gemessen an der deutschen wie auch an der französischen Besteuerung — feststellen, daß die britische Besteuerung zwar erst später einsetzt, dann aber eine schärfere relative Progression auf-

weist, ohne allerdings, wie bereits unter Ziffer 1 betont wurde, je auch nur entfernt die deutschen Sätze zu erreichen.

6. Die hohen Kinderermäßigungen, die Frankreich vom dritten Kind an gewährt, wirken sich in einem scharfen Abfall der französischen Besteuerung im Verhältnis zur deutschen und britischen aus. Sowohl in Deutschland — nach der letzten Einkommensteuernovelle — wie in Großbritannien sind die Kinderabzüge gleich. Vorher kannte auch das deutsche Steuersystem eine wenn auch andersgeartete Staffelung.

Als Beispiel sei auf die Prozentzahlen der Tabelle 3 verwiesen. In Frankreich: 32,1 Prozent, 48 Prozent, 52 Prozent, dann 34,3 Prozent bei 3000 RM; entsprechend bei 6000 RM 52,6 Prozent, 40,4 Prozent, 33,3 Prozent, dann 14,2 Prozent — also stets ein scharfer Abfall der Besteuerung beim Verheirateten mit drei Kindern. Bei einem Jahreseinkommen von 24 000 RM dagegen ist der Verlauf viel gleichmäßiger (47,8 Prozent, 43 Prozent, 40,6 Prozent, 37,6 Prozent, 31,6 Prozent, 28 Prozent). Entsprechendes gilt für das Jahreseinkommen von 36 000 RM. Der Grund liegt darin, daß der Kinderabzug auf 9000 Franken begrenzt ist, während sich vorher die prozentualen Abschläge auswirken.

In Großbritannien führt die gleichmäßige Ermäßigung von 50 Pfund Sterling für jedes Kind zu einem entsprechend gleichmäßig abfallenden Verlauf der Besteuerung bei wachsender Kinderzahl.

*

Die französische und die britische Besteuerung des Arbeitseinkommens durch Einkommensteuern in Hundertsätzen der deutschen Besteuerung im Jahre 1946



Die Untersuchung hat sich nur auf die steuerliche Belastung des Arbeitseinkommens erstreckt. Neben den Steuern, Lohn und Gehalt stellen aber auch die Zwangsbeiträge zur Sozialversicherung eine erhebliche Belastung des Arbeitnehmers dar. Die Berücksichtigung der Zwangsbeiträge zur Sozialversicherung konnte im Rahmen der vorliegenden Untersuchung nicht erfolgen, da einmal die Entwicklung in den deutschen und in den östlichen Besatzungszonen Deutschlands sich nicht einheitlich und gleichmäßig vollzogen hat, da andererseits die entsprechenden Unterlagen für Frankreich und Großbritannien nicht vorliegen. Man kann davon ausgehen, daß die deutsche Sozialversicherungsbelastung weit höher als die britische und die französische ist. Die Einbeziehung der Sozialversicherungsbeiträge würde

die deutsche Einkommensbelastung also weiterhin verschärfen und zeigen, daß der deutsche Lohn- und Gehaltsempfänger noch schlechter dasteht, als es eine auf die Einkommensbesteuerung beschränkte Untersuchung zeigt.

Schließlich müßte auch die Vermögensseite ins Auge gefaßt werden. Es leuchtet ohne weiteres ein, daß ein Arbeitnehmer, der über Vermögenswerte verfügen kann, besser dasteht als ein Arbeitnehmer ohne Vermögen. Betrachtet man die Zerstörungen, Wertverluste und Belastungen, die der Krieg für die deutsche Bevölkerung gebracht hat und noch bringen wird, so wird man den deutschen Arbeitnehmer im Durchschnitt als vermögenslos bezeichnen können. Das wird weder für die französische noch für die britische Bevölkerung in gleichem Maße gesagt werden können.

Last not least: auch die Verbrauchsbesteuerung müßte in den Kreis der Betrachtung gezogen werden, um das Bild abzurunden. Auch hier liegt die Besteuerung in Deutschland besonders nach den neuen Kontrollratsgesetzen sehr viel höher als in Großbritannien und Frankreich. Tabak, Bier, Spirituosen sind so allgemein verbreitete Genußmittel, daß ihre Besteuerung auch als allgemeine Belastung wirkt. Im Endergebnis kommt es für den einzelnen weniger darauf an, unter welchem Titel eine Besteuerung von ihm verlangt wird, als auf die Gesamtlast dieser Besteuerung, möge sie sich nun in direkten oder indirekten Formen vollziehen. Entscheidend für den Steuerpflichtigen ist letzten Endes, welcher Teil seines Einkommens ihm als von öffentlichen

Lasten freies Resteinkommen zur Bestreitung seiner Lebensbedürfnisse verbleibt. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der deutsche Einkommensbezieher weit schlechter steht, als es in Frankreich und Großbritannien bei den gleichen Bruttoeinkünften der Fall ist.

Selbst bei verhältnismäßig günstigen Einkünften wird der deutsche Steuerpflichtige durch die Last der Besteuerung in die Zone des Existenzminimums gedrückt. Das zeigt deutlich, wenn man von den unter Ziffer 4 errechneten Resteinkünften noch die Sozialversicherungsbeiträge in Zug bringt, die Belastung durch indirekte Steuern in Betracht zieht und weiterhin die Steigerung der Lebenshaltungskosten berücksichtigt.

Leistungsvergleich der früheren Großbetriebe (über 100 Hektar) und bäuerlichen Betriebe (5-20 Hektar) im Osten Deutschlands

Das bisherige Verhältnis zwischen Betrieben über 100 Hektar und solchen von 5 bis 20 Hektar im Osten Deutschlands

Ein Vergleich der Produktionsleistungen der früheren Großbetriebe über 100 Hektar im Gebiet der russischen Besatzungszone und der entsprechend gelegenen bäuerlichen Betriebe zwischen 5 und 20 Hektar kann, wie die Dinge liegen, nicht in erster Linie dazu dienen, eine Urteilsgrundlage darüber zu gewinnen, ob eine Bodenreform in Ostdeutschland notwendig war oder nicht. Für diese sprechen bekanntlich viele Gründe, die sich nicht auf einen betriebswirtschaftlichen Nenner bringen lassen. Der Vergleich wird vielmehr die Voraussetzungen für ein Urteil darüber schaffen können, wie voraussichtlich die Rückwirkungen der Bodenreform in den nächsten Jahren auf Höhe und Art der landwirtschaftlichen Erträge sein werden und welches die Richtung ist, nach der hin die Produktion der Neubauernbetriebe vor allem zu fördern ist, um den Ausfall der Großbetriebe wieder auszugleichen. Auch insoweit freilich kann ein Vergleich nur bedingt erfolgen, da niemand genau sagen kann, wie sich die Produktion von Großbetrieben unter den heute obwaltenden Umständen entwickelt haben würde. Immerhin kann unterstellt werden, daß das Leistungsverhältnis zwischen Großbetrieben und bäuerlichen Betrieben trotz aller äußeren Wandlungen nicht völlig innerhalb weniger Jahre verändert werden kann. Natürlich besagt ein Vergleich nichts über den absoluten Umfang der Produktion, der erzielt worden wäre, wenn Großbetriebe bestehen geblieben wären. Nur über das wahrscheinliche Verhältnis gegenüber den kleineren Betrieben vermag er einen gewissen Aufschluß zu geben. Je mehr Jahre seit der Bodenreform dahingehen, je stärker sich die Verhältnisse normalisieren und je ausgeprägter sich die allgemeine Agrarpolitik auf die Förderung derjenigen wirtschaftlichen Gegebenheiten auswirkt, die für die Entwicklung kleinbäuerlicher Betriebe zu voller Leistungsfähigkeit wichtig sind, um so sichtbarer vermag sich vielleicht das alte Leistungsverhältnis zwischen Großbetrieben und kleinbäuerlichen Betrieben zugunsten der letzteren zu verändern. Zunächst aber wird man weitgehend noch mit den alten Gegebenheiten zu rechnen haben.

Der nachfolgende Flächenvergleich zwischen den Betrieben von 5 bis 20 Hektar und über 100 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche in der russischen Besatzungszone zeigt, daß die größeren Wirtschaften diejenigen Fruchtarten relativ stärker anbauten, bei denen höhere Flächenerträge erzielt werden.

Nach der Betriebszählung vom 17. Mai 1939 entfielen in der russischen Besatzungszone von der jeweiligen Gesamtfläche auf:

1. die Betriebe von 5 bis 20 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche

an landwirtschaftlicher Nutzfläche	32,0%
an Ackerland	31,7%
an Dauergrünland	33,9%

Es lagen:

a) über dem Prozentanteil des Ackers (31,7):

Futterhackfrüchte	41,4%
Roggen	37,0%
Feldfutterbau	36,0%
Hafer	35,6%
Getreide zusammen	32,5%
Schwarzbrache	32,5%
Flachs (Lein)	32,2%

b) unter dem Prozentanteil des Ackers (31,7):

Gemüse und Gartengewächse	31,6%
Kartoffeln	31,2%
Hackfrucht zusammen	29,9%
Sommergerste	29,0%
Wintergerste	24,3%
Weizen	24,2%
Mais	20,3%
Hülsenfrüchte	18,1%
Zuckerrüben	13,2%
Raps	2,1%

2. die Betriebe über 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche

an landwirtschaftlicher Nutzfläche	32,0%
an Ackerland	31,7%
an Dauergrünland	33,9%

Es lagen:

a) über dem Prozentanteil des Ackers (29,1):

Raps	41,4%
Zuckerrüben	37,0%
Hülsenfrüchte	36,0%
Mais	35,6%
Wintergerste	32,5%
Weizen	32,5%
Flachs (Lein)	32,2%
Sommergerste	29,9%
Hackfrucht zusammen	29,0%
Kartoffeln	24,3%

b) unter dem Prozentanteil des Ackers (29,1):

Getreide zusammen	32,5%
Hafer	31,7%
Feldfutterbau	31,6%
Gemüse und Gartengewächse	31,2%
Schwarzbrache	29,9%
Roggen	29,0%
Futterhackfrüchte	24,3%

Der Hackfruchtbau und der als Fettlieferant unüberbittene Ölfruchtbau wurden durch Großbetriebe vermehrt gepflegt. Aber auch innerhalb der Hauptfruchtgruppen war bei den Großbetrieben die jeweils ergiebigeren Ölfrucht stärker vertreten. So wurden im Getreidebau Mais, Weizen und Gerste, bei letzterer wieder Wintergerste relativ mehr angebaut, das heißt Getreidearten, deren Hektarerträge höher liegen als bei Roggen und Hafer. Im Hackfrucht überlagerte sich demgegenüber beim Vergleich der Flächenanteile die Zuckerrübe als eine Fruchtart, mit deren Hilfe überhaupt die höchsten Bodenleistungen erzielt werden können. Schließlich zeigt der Flächenanteil bei Raps als dem Hauptvertreter unter den Ölfrüchten, daß der Ölfruchtbau eine Domäne der großen Betriebe war. Lediglich Gemüse und Gartengewächse wurden wegen ihres starken Bedarfs an Handarbeit in kleinerem Maße angebaut.

Neben einem günstigeren Anbauverhältnis wiesen die Großbetriebe über 100 Hektar bekanntlich höhere Hektarerträge auf. Aus den Feststellungen einer sehr umfangreichen Buchführungsstatistik, bei der bis zu 44 Betriebsgruppen zu Ertragsvergleichen verarbeitet wurden, geht hervor,

Vergleich der Marktleistungen von Kleinbauern- und Großbetrieben
je 100 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche im Durchschnitt der Jahre 1934 bis 1936

Produkte	Pommern		Kurmark		Mecklenburg		Sachsen-Anhalt ¹⁾		Thüringen ²⁾		Sachsen		Schlesien		Ostpreußen	
	5-20 ha	über 100 ha	5-20 ha	über 100 ha	5-20 ha	über 100 ha	5-20 ha	über 100 ha	5-20 ha	über 100 ha	5-20 ha	über 100 ha	5-20 ha	über 100 ha	5-20 ha	über 100 ha
	I	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16
Absolute Werte																
Roggen . . . dz	151	218	178	231	213	181	114	78	102	88	231	164	181	169	134	131
Weizen . . . dz	22	204	27	191	53	280	176	530	152	451	130	352	92	282	30	100
Gerste . . . dz	4	91	6	123	6	105	37	198	31	168	4	93	22	161	14	82
Hafer . . . dz	22	104	6	24	20	93	6	14	8	40	15	25	12	27	16	43
Getreide zus.: dz	199	617	217	569	292	659	333	820	293	747	380	634	307	639	194	356
Kartoffeln . . dz	256	1 310	298	1 746	173	524	264	879	156	416	198	1 090	195	1 028	50	343
Zuckerrüben . dz	55	667	39	660	—	641	963	3 294	91	1 283	27	828	391	2 027	24	91
Milch . . . Liter	57 400	35 673	48 000	28 456	66 700	39 630	65 300	34 199	57 100	45 133	95 700	61 475	65 700	42 525	54 800	52 398
Rinder . . . Stück	10	7	15	7	13	8	18	10	16	8	15	11	16	11	11	9
Kälber . . . Stück	15	4,6	13	4	13	6	13	6	22	10	36	14	19	8	14	5
Schafe . . . Stück	1	16	0,6	19	0,2	21	1,8	55	2,5	35	0,5	25	0,12	11	0,6	4
Schweine . . Stück	78	32	65	24	76	32	88	23	66	35	73	43	67	25	52	26
Doppelzentner Stäbewart																
Roggen	108	155	127	165	152	129	81	56	73	63	165	117	129	120	96	93
Weizen	16	145	19	136	38	200	125	378	108	322	93	251	66	201	21	71
Gerste	3	64	4	86	4	74	26	139	22	118	8	65	15	113	10	57
Hafer	13	62	4	14	12	56	4	8	5	24	9	15	7	16	10	26
Getreide zus.: .	140	426	154	401	206	459	236	581	208	527	270	448	217	450	137	247
Kartoffeln . . .	50	258	59	344	34	103	52	173	31	82	39	215	38	203	10	68
Zuckerrüben . .	9	105	6	104	—	101	152	520	14	203	4	131	62	320	4	14
Pflanzl. Produkte:	199	789	219	849	240	663	440	1 274	253	812	313	794	317	973	151	329
Milch } Rinder } Kälber } Schafe } Schweine }	132 275 50 3 351	82 193 15 44 144	110 413 43 2 293	65 193 13 52 108	153 358 43 1 342	91 220 20 58 144	150 495 43 5 396	79 275 20 151 104	131 440 73 7 297	104 220 33 96 158	220 413 119 1 329	141 303 46 69 194	151 303 63 — 302	98 303 26 30 113	126 303 46 2 234	121 248 17 11 117
Tier. Produkte:	811	478	861	431	897	533	1 089	629	948	611	1 082	753	956	570	711	514
Insgesamt:	1 010	1 267	1 080	1 280	1 137	1 196	1 529	1 903	1 201	1 423	1 395	1 547	1 273	1 543	862	843
Über 100 ha in v. H.	100	125,4	100	118,5	100	105,2	100	124,5	100	118,5	100	110,9	100	121,2	100	97,8

) einschließlich Braunschweig; 2) einschließlich Kurhessen. Erläuterungen siehe Fußnote Seite 650.

daß in der russischen Zone für die Betriebe über 100 Hektar gegenüber den Betrieben von 5 bis 20 Hektar zu rechnen war:

bei Weizen	im arithmetischen Mittel aus 44 Vergleichsgruppen	+ 15,5 %
„ Roggen	„ „ 44 „	+ 15,6 %
„ Winter-Gerste	„ „ 37 „	+ 17,5 %
„ Sommer-Gerste	„ „ 42 „	+ 11,7 %
„ Hafer	„ „ 44 „	+ 13,1 %
„ Getreide zusammen	„ „ 44 „	+ 15,8 %
„ Kartoffeln	„ „ 44 „	+ 8,1 %
„ Zuckerrüben	„ „ 14 „	+ 5,7 %

Der Anteil der Flächensumme aus Getreide, Kartoffeln und Zuckerrüben jeweils an der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche schwankte bei den bäuerlichen Betrieben zwischen 55 und 70 % bei den Betrieben über 100 Hektar zwischen 58 und 73 % Da der Getreideanbau weit überwiegt, wird man die bisherige durchschnittliche Überlegenheit der größeren Wirtschaften gegenüber den Kleinbauern hin-

sichtlich der Hektarerträge auf mindestens Prozent einschätzen müssen. In der Viehhaltung war der Kleinbauer von je zahlenmäßig überlegen. Er verwertete den größten Teil der Bodenerzeugnisse über den Tiernagen. Die höhere Milchergiebigkeit je Kuh erzielten indessen die Betriebe über 100 Hektar. Hier übertrafen sie in der russischen Zone Kleinbauern um über 30 Prozent. Auch das Lebendgewicht der Kühe lag, wie die nachstehende Übersicht zeigt, um bis 15 Prozent höher als bei den Kleinbetrieben:

Landesbauernschaft	Betriebsgrößenklasse in Hektar					
	5—20	20—50	50—100	100—200	200—400	über 400
A) Doppelzentner Lebendgewicht						
Pommern	4,6	4,7	4,9	5,2	5,4	5,4
Kurmark	4,7	5,1	5,3	5,3	5,4	5,4
Mecklenburg	4,6	4,8	4,8	4,9	4,9	4,9
Sachsen-Anhalt	5,2	5,2	5,5	5,6	5,6	5,6
Sachsen	4,9	5,4	5,5	5,6	5,7	—
Thüringen/Kurhessen	5,2	5,4	5,5	5,6	5,6	—
B) In Hundertsätzen des Höchstgewichtes						
Pommern	85	87	91	96	100	100
Kurmark	87	94	98	98	100	100
Mecklenburg	94	98	98	100	100	100
Sachsen-Anhalt	93	93	98	100	100	100
Sachsen	86	95	96	98	100	—
Thüringen/Kurhessen	93	93	98	100	100	—

Ein Vergleich der Marktleistungen zwischen Großbetrieben und kleinbäuerlichen Betrieben ist heute in einer Beziehung weniger bedeutsam als in früheren Zeiten, da es auch wichtig ist, einen möglichst großen Teil der Bevölkerung auf dem Lande unterzubringen. Die höhere Abhängigkeit des bäuerlichen Betriebes von der menschlichen Arbeitskraft kann gegenwärtig nur als Vorzug des bäuerlichen Betriebes angesehen werden. Immerhin bleibt auch unter den neuen Verhältnissen wichtig, was die Betriebe an den Markt

bringen. Dabei darf auch nicht die Gefahr übersehen werden, die darin liegt, daß der Eigenverbrauch in bäuerlichen Betrieben leicht einen Ausmaß annimmt, das angesichts der allgemeinen Knappheit an Nahrungsmitteln unerwünscht ist. Eine Vorstellung über die Unterschiede in der beiderseitigen Marktleistung läßt sich durch Umrechnung aller Verkaufsprodukte auf einen einheitlichen Nenner gewinnen. der folgenden Übersicht ist das im Wege der Umrechnung auf den Stärkewert geschehen.

Bemerkungen: Bei der Umrechnung auf Stärkewert (Stw) wurden in Ansatz gebracht für: 1 dz Roggen oder Weizen 71,3 kg, 1 dz Gerste 70 kg, 1 dz Hafer 59,7 kg, 1 dz Kartoffeln 19,7 kg und für 1 dz Zuckerrüben 15,8 kg Stw. Als Futteraufwand zur Erzeugung von 1 Rind 10 dz Lebendgewicht wurden eingesetzt 25,0 dz Stw + 10 Prozent Aufschlag = insgesamt 27,5 dz Stw bewertet. Das Futteräquivalent für ein Marktschwein von 125 kg Lebendgewicht beträgt 4,1 dz + 10 Prozent Aufschlag. = 4,5 dz Stw. Für die Erzeugung von 1 Liter Milch sind schließlich 250 g Stw notwendig. Unberücksichtigt blieben:

- a) der Verkauf von Mais, Menggetreide, Ölfrüchten, Hülsenfrüchten, Heu und Stroh, der in erster Linie eine Marktleistung der Großbetriebe darstellt;
- b) der Verkauf von Gemüse, Obst, Wein, Tabak und Hopfen, der im russischen Okkupationsgebiet nur relativ gering ist, ferner der Verkauf von Produkten der Geflügelhaltung und Bienenzucht, das heißt

Produkten, die vorwiegend aus kleinbäuerlichen Betrieben an Markt gelangen;

- c) das durchschnittlich höhere Lebendgewicht in der Viehhaltung größerer Wirtschaften, vor allem bei Rindern, wahrscheinlich auch bei Schafen;
- d) die Tatsache, daß die Aufwendungen der Kleinbauern für den Kauf von Futtermitteln nicht unbedeutend höher liegen, und schließlich
- e) die im Eigenverbrauch der Großbetriebe fälschlicherweise noch enthaltene Marktleistung der Deputanten (Schweine, Kälber, Lämmer und Produkte der Geflügelhaltung).

Die volle Einbeziehung der nicht berücksichtigten Momente würde das Übergewicht der Großbetriebe in der Marktleistung nicht nur nicht wesentlich erhöhen, sondern wahrscheinlich auch zu gewissen Verschiebungen der regionalen Unterschiede führen.

Quelle: Grundzahlen aus „Eigenverbrauch und Marktleistung der deutschen Landwirtschaft“.

Vergleich der Marktleistungen von Kleinbauern- und Großbetrieben in Doppelzentner Stärkewert je 100 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche

Gebiet	Betriebsgrößen- klasse	Pflanzliche Produkte	Tierische Produkte	Insgesamt:	
				absolut	über 100 ha in v. H. 5—20 ha
Pommern	5—20 ha über 100 ha	199 789	811 478	1010 1267	100,0 125,4
Kurmark	5—20 ha über 100 ha	219 849	861 431	1080 1280	100,0 118,5
Mecklenburg	5—20 ha über 100 ha	240 663	897 533	1137 1196	100,0 105,2
Sachsen-Anhalt und Braunschweig . . .	5—20 ha über 100 ha	440 1274	1089 629	1529 1903	100,0 124,5
Thüringen und Kurhessen	5—20 ha über 100 ha	253 812	948 611	1201 1423	100,0 118,5
Sachsen	5—20 ha über 100 ha	313 794	1082 753	1395 1547	100,0 110,9
Schlesien	5—20 ha über 100 ha	317 973	956 570	1273 1543	100,0 121,2
Ostpreußen	5—20 ha über 100 ha	151 329	711 514	862 843	100,0 97,8

Die Tragweite der gemachten Feststellungen für die Ent-
wicklung der landwirtschaftlichen Produktion in der russi-
schen Besatzungszone folgt aus einer Gegenüberstellung der
Entwicklung, die als Folge der Bodenreform im Verhältnis

zwischen Großbetrieben und kleinbäuerlichen Betrieben ein-
getreten ist. Ein Vergleich der Betriebsklassen zwischen 1939
und 1946 zeigt für die russische Besatzungszone folgendes
Bild:

Betriebsgrößen- klassen nach der Landw. Nutzfläche ha	1939		1946			
			Zahl der Betriebe		Landw. Nutzfläche	
	Zahl der Betriebe	Landw. Nutzfläche ha	absolut	Zu- oder Abnahme gegen 1939 in v. H.	ha	Zu- oder Abnahme gegen 1939 in v. H.
0,5—5	334 190	579 700	332 026	— 0,6	587 077	+ 1,3
5—20	191 704	2 056 900	353 613	+84,5	3 242 035	+57,6
20—50	49 484	1 458 800	50 926	+ 2,9	1 460 458	+ 0,1
50—100	8 154	537 000	7 618	— 6,6	469 222	—12,6
0,5—100	583 532	4 632 400	744 183	+27,5	5 758 792	+24,3
über 100	6 216	1 788 400	1 260	—79,7	312 684	—82,5
Insgesamt:	589 748	6 420 800	745 443	+26,4	6 071 476	— 5,4

Die Organisation der gewerblichen Wirtschaft in der französischen Besatzungszone

Entwurf zu: „Die Entwicklung der Organisation der ge-
werblichen Wirtschaft in Deutschland seit Kriegsende 1945“
(vgl. Europa-Archiv I/299—302).

Staatliche Organisation und Institutionen

Nach der Neubildung des Landes Rhein-Pfalz aus den
selbständigen Provinzen der Pfalz und des Rhein-
landes und nach Ausschluß des zuvor vergrößerten Saarge-
bietes aus der vorherigen Wirtschaftseinheit der nördlichen
Zone gliedert sich nunmehr das französische Besatzungsge-
biet in drei Länder. Im Süden haben die Länder Württem-
berg und Baden je eine eigene Regierung und einen selbst-
ständigen Staatskörper aufgebaut. Für die Behandlung der
Wirtschaftsprobleme und die Lösung der wirtschaftlichen
Fragen haben sich die Regierungen in Tübingen und Freiburg

je ein Landeswirtschaftsrat beigegeben. Der Verwaltungs-
aufbau des Landes Rhein-Pfalz ist noch im Gange. Der Sitz
der Regierung befindet sich in Koblenz mit je einer Außen-
stelle in Neustadt und Mainz; er soll schließlich endgültig
nach Mainz verlegt werden. Die Regierung, die von dem Mi-
nisterpräsidenten Dr. Boden geleitet wird, bereitet die Ver-
fassung und den Wirtschaftsaufbau des Landes vor. Auch hier
ist ein Landeswirtschaftsrat vorgesehen, der der Regierung in
wirtschaftlichen Fragen beratend zur Seite stehen soll.

Für die gleichmäßige Ausrichtung der Wirtschaftspolitik
in den drei Ländern steht kein deutsches Zonenamt wie
der „Länderrat“ für die amerikanische Zone, das „Zentral-
amt für Wirtschaft“ für die vereinigte britisch-amerikani-
sche Zone in Minden zur Verfügung. Lediglich bestimmte
Spezialfragen und Spezialzweige der Wirtschaft der fran-

zösischen Zone werden von Zentralaussschüssen behandelt beziehungsweise verwaltet. So befindet sich der *Zentralaussschuß für Ernährung* in Baden-Baden, der *Zentralaussschuß für Preispolitik* in Bietigheim bei Baden-Baden, der *Finanzausschuß* und die *Verkehrsverwaltung für die Eisenbahn* in Speyer, die *Zentralstelle für die Textilindustrie* in Badenweiler, die *Zonenverwaltung für Post und Fernmeldewesen* in Rastatt.

Die französische Militärregierung in Baden-Baden hat sich eine eigene Zonenverwaltung in der *Generaldirektion für Wirtschaft und Finanzen* geschaffen, die eine direkte und indirekte Kontrolle über die deutsche Wirtschaft ausübt. In den Ländern wird die Generaldirektion der Militärregierung beim Regional-Gouverneur vertreten. Ebenso, wie die Länderregierungen bestrebt sind, ihre Selbständigkeit zu bewahren, sind den Gouverneuren auf wirtschaftlichem Gebiet größere Vollmachten zuerkannt. Von Zeit zu Zeit werden die Regierungschefs der deutschen Länderregierungen mit ihren Ressortministern nach Baden-Baden gerufen, um wichtige Wirtschaftsfragen mit der Militärregierung zu besprechen. Diese Ministertagungen verfügen über kein eigenes Sekretariat.

Die französische Militärregierung hat jedoch für die allgemeinen Fragen der Wirtschaftspolitik deutsche Beraterstäbe geschaffen, die der Generaldirektion für Wirtschaft und Finanzen in Baden-Baden für die Lösung der aktuellen Wirtschaftsprobleme zur Verfügung stehen. Das kürzlich wieder aufgelöste „*Zentralamt für Wirtschaft und Arbeit*“ (Centre d'Organisation Economique et Sociale) in Forbach bei Baden-Baden war eine solche Beratungsstelle. Zwecks Behandlung wichtiger Wirtschaftsfragen werden von Fall zu Fall Fachausschüsse gebildet, die sich aus Sachverständigen und Vertretern der Länder zusammensetzen. Ein Informationsaustausch findet mit den zentralen Wirtschaftsstellen der amerikanischen und der britischen Zone statt.

Die Industrie- und Handelskammern

Hinsichtlich der mehr oder minder selbstverwaltenden Organisation der gewerblichen Wirtschaft spielt in der französischen Zone das Problem der Beteiligung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft und Wirtschaftsverwaltung eine vordringliche Rolle. Auch hier ist diese Fragestellung ganz besonders von seiten der Militärregierung in den Vordergrund gerückt worden. In den westlichen Zonen findet sich dieselbe Tendenz vorerst allenfalls in der britischen Zone, wo die britische Militärregierung den Vorstoß der Gewerkschaften hinsichtlich einer Beteiligung an den Industrie- und Handelskammern durch Vorschläge für die Wahlverfahren in den Kammern unterstützte. Hierin heißt es unter Punkt 1:

„Die Mitgliedschaft zu den Kammern kann erweitert werden, so daß sie die Vertreter der Arbeitnehmerschaft in gleicher Anzahl wie die Arbeitgeber umfaßt.“

Nach diesem Vorschlag hätten die Firmen, die nach den preußischen Gesetzen auf Grund ihrer Rechtspersönlichkeit und Ansässigkeit im Bezirk an den Wahlen von Kammermitgliedern teilnehmen können, Anspruch auf je zwei Stimmen, eine für die Wahl der Arbeitgebervertreter und die zweite für die Arbeitnehmervertreter. Die Arbeitnehmerstimme, auf die jede Firma auf Grund ihrer Beiträge zur Kammer Anspruch hat, würde von einem von den Arbeitern gewählten Vertreter für die Arbeitnehmerschaft ausgeübt. Die Arbeitnehmermitglieder hätten in allen Kammerfragen die gleiche Stellung und die gleichen Rechte wie die Arbeitgebermitglieder, sie könnten in jeden Ausschuß sowie zum Präsidenten oder Vizepräsidenten der Kammer gewählt werden.

Diesen konkreten Vorschlägen in der britischen Besatzungszone entsprechen die Anforderungen um deutsche Vorschläge in der französischen Zone und weitgehende Versuche der Arbeitnehmerbeteiligung in den wirtschaftlichen Unternehmen selbst. Jedoch ist auch in der heutigen Form der Industrie- und Handelskammern, die sich sonst grundsätzlich aus Vertretern der Unternehmungen zusammen-

setzen, die Hinzuziehung der Gewerkschaften zu bestimmten Arbeitsausschüssen möglich. Im übrigen sind die Industrie- und Handelskammern in der französischen Besatzungszone durchweg Körperschaften des öffentlichen Rechts und beruhen nach anfänglich anderer Regelung auf der Zwangsgliedschaft. Die Kammern müssen auch hier nach demokratischen Grundsätzen aufgebaut sein, doch wird der Prääsident von der Militärregierung auf Vorschlag des Wirtschaftsdirektoriums ernannt.

Das Verbandswesen

Im Verbandswesen lagen die Verhältnisse in der französischen Zone zunächst nicht wesentlich anders als in den beiden anderen westlichen Zonen. Jedoch machte der Unterschied in der Gesamtbehandlung der Zone sich in den Regelungen für die verschiedenen Glieder der Zone stark bemerkbar. Während es in dem französisch besetzten Baden, Württemberg und Hessen-Pfalz zur Bildung von Fachvereinigungen beziehungsweise Fachverbänden kam, nebeneinanderstehen, wurde in Rheinland-Hessen-Nassau der Hauptwirtschaftsverband mit elf Wirtschaftsverbänden durch einen Erlass vom 17. Juni 1946 gebildet. Es handelt hierbei um eine Gruppe öffentlichrechtlicher Körperschaften mit Zwangsmitgliedschaft, als deren Aufgabe die Durchführung staatlicher Lenkungs- und Planungsaufgaben bezeichnet wird. Es ist dies in Rheinland-Hessen-Nassau von den übrigen Ländern der französischen Zone stark abweichende Organisationsform.

Die Fachvereinigungen in Baden, die durch Anordnung des badischen Wirtschaftsministeriums vom 25. Juli 1946 gebildet wurden, beruhen auf freiwilliger Mitgliedschaft umfassen Unternehmer, Angestellte und Arbeiter. Es besteht demnach in Baden keine Arbeitgeberverbände, wie sie in Rheinland-Hessen-Nassau zu errichten plante. Die Aufgaben der Fachvereinigungen in Baden sind beratende und berichtende Tätigkeit sowie die allgemeine Vertretung der Branchinteressen. Neben diesen frei gebildeten Fachvereinigungen stehen ebensoviel Fachkommissionen, die mit der gleichen Anordnung zwar als Untergliederungen der Fachvereinigungen geschaffen wurden und sich ebenfalls aus Unternehmern, Angestellten und Arbeitern als Mitgliedern zusammensetzen. Die Mitglieder der Kommissionen werden jedoch vom Wirtschaftsministerium — freilich auf Vorschlag der Fachvereinigungen — ernannt. Aufgabe der Fachkommissionen ist die Aufstellung der Produktionsprogramme sowie Vorschlag und Überwachung hinsichtlich Beschaffung und Verteilung von Rohstoffen und dergleichen. Damit besteht in dem französisch besetzten Baden eine organisationsmäßig eigenartige Verflechtung der freiwirtschaftlich konstituierten Vereinigungen mit den mit staatlichen Planungs-, Lenkungs- und Verteilungsaufgaben betrauten Kommissionen.

Etwas anders, doch mit ähnlicher Zielsetzung geschaffen ist die Konstruktion in Württemberg. Hier wurden die Fachverbände durch Anordnung der Landesdirektion der Wirtschaft vom 2. Juli 1946 auf der Basis freiwilliger Mitgliedschaft der Unternehmungen geschaffen. Sie setzen sich lediglich aus Vertretern der Unternehmungen zusammen, und ihre Aufgaben bestehen in fachlicher Betreuung, in Vertretung der Brancheninteressen sowie in allgemein beratender und berichtender Tätigkeit. Entsprechend den etwa sechs- bis zwölfköpfigen Fachkommissionen in Baden wurden zweidreiköpfige Beiräte beim Landeswirtschaftsamt in Württemberg durch die genannte Anordnung des Landesdirektoriums der Wirtschaft vom 2. Juli 1946 gebildet. Diese setzen sich aus Vertretern der Fachverbände und der Gewerkschaften zusammen, so daß damit auch in Württemberg, freilich einer von der badischen abweichenden Konstruktion, die Interessen der Arbeitnehmer in der Branchenzusammenfassung ebenfalls vertreten werden. Aufgabe der Beiräte ist die Beratung des Landeswirtschaftsamtes.

In Hessen-Pfalz wurde die Rechtslage durch die Entscheidung des Oberregierungspräsidiums vom 1. Juli 1946 und vom 20. Juli 1946 und durch Verfügung der Militärregierung vom 3. Juni 1946 geschaffen. Die Fachverbände wurden damit in die Industrie- und Handelskammern eingegliedert.

hier besteht wie in Rheinland-Hessen-Nassau Zwangs-
gliedschaft. Um jedoch auch hier in der Branchenzusam-
fassung den in den Gewerkschaften auch fachlich orga-
nisierten Arbeitnehmern die Arbeitgeber gegenüberstellen
können, wurden bei den Fachverbänden soziale Abtei-
lungen geschaffen, deren Mitgliedschaft unabhängig von der
Gewerkschaftsmitgliedschaft zu den Fachverbänden eine freiwillige
ist. Die Sozialabteilungen setzen sich ausschließlich aus
Arbeitgebern zusammen und bedeuten daher die Konstituierung
von Arbeitgebervertretungen. Als ihre Aufgabe wird
drücklich die Vertretung der Arbeitgeberinteressen gegen-
über den Arbeitnehmerverbänden genannt. Damit bestehen
den noch nicht völlig zusammengewachsenen beiden Tei-
len des Landes Rhein-Pfalz im Norden der Zone keine

Gremien, in denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusam-
mensitzen.

Im übrigen sind die Verhältnisse auch in der französischen
Zone, vorzüglich eben im neugebildeten Land Rhein-Pfalz,
noch im Fluß. Es bleibt abzuwarten, wie weit das Verhält-
nis der Länder zueinander in ihrer Isolierung oder gegen-
seitigen Annäherung innerhalb der Zone zu räumlich weiter-
greifenden Formen der staatlichen oder Eigenverwaltung
der Wirtschaft führen wird. Es bleibt ferner abzuwarten, in
welche Abgrenzung oder Koordinierung nicht zuletzt im
Zusammenhang mit den in der französischen Zone beson-
ders diskutierten Sozialisierungsfragen sich das Verhältnis
Arbeitgeber—Arbeitnehmer auf die Dauer konstituieren
wird.

J. F. Uolrad Deneke

Das italienisch-französische Auswanderungsabkommen

Seit vielen Jahren ist die Übervölkerung ein brennendes Pro-
blem für alle italienischen Regierungen.

Es ist selbstverständlich, daß die gegenwärtige wirtschaftliche
Lage das Problem zu einer bisher nicht gekannten Schärfe gesteigert
hat. Italien hatte im Jahre 1946 durchschnittlich 2 Millionen
arbeitslose. Da die Lösung dieses Problems keinen Aufschub duldet,
in der italienischen Wirtschaft aber in naher Zukunft nicht
viele Arbeitskräfte gebraucht werden, hat die italienische Regie-
rung mit europäischen Staaten in den ersten Monaten des Jah-
res 1947 Einwanderungsabkommen geschlossen.

Die europäischen Staaten suchen in der Hauptsache Arbeiter
für die Bergwerke; sie haben sich bereit erklärt, Italien als Ge-
heimtät eine bestimmte Menge Kohlen zu liefern. Belgien will
100 Bergleute aufnehmen, Polen und die Tschechoslowakei je
50. Außerdem hat sich Großbritannien kürzlich bereit erklärt,
100 italienischen Arbeitern für die metallurgische Industrie die
Einwanderung zu gestatten.

Von den überseeischen Staaten hat Argentinien am 21. Fe-
bruar 1947 mit Italien ein Einwanderungsabkommen geschlossen.
Argentinien braucht eine große Zahl von Arbeitskräften, auch un-
ter, hauptsächlich für Erdarbeiten beim Bau von Bewässerungs-
anlagen und Straßen, die im Fünfjahresplan General Perons
vorgesehen sind. Nach langen Verhandlungen, die fast erfolglos
abgebrochen worden wären, da die italienische Regierung und die
Gewerkschaften mit den Garantien gegen Ausbeutung der Arbeit-
nehmer zufrieden waren, wurde ein Übereinkommen erzielt: es
sollten sich sofort 4000 italienische Arbeiter nach Argentinien
schicken, in den folgenden Monaten je 2000. Die Gesamtzahl
auswanderer ist noch nicht festgelegt, jedoch wird angenommen,
daß in den kommenden fünf Jahren je 60 000 nach Argentinien
auswandern, im ganzen also 300 000 Italiener dort Auf-
nahme finden werden. Die italienischen Einwanderer werden in
Argentinien in sozialer Hinsicht — vor allem in der Arbeitsge-
gebung, dem Versicherungsrecht, den sozialen Errungenschaften
und dem Recht des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses —
argentinischen Arbeitern gleichgestellt. Die argentinische Regie-
rung schießt die Kosten der Überfahrt vor; sie gewährt eine
Rückzahlung von 40 Monaten für die Rückzahlung. Im Gegensatz zu den
europäischen Staaten, die sämtlich Beschränkungen im Transfer
von Arbeitskräften in die Heimat auferlegen, gestattet die argentinische
Regierung die Überweisung des gesamten Betrags nach
Italien, eine Tatsache, die für die italienische Handelsbilanz
sehr wichtig ist, haben doch schon immer die Erträge italienischer
Arbeit im Ausland eine wichtige Rolle in der italienischen
Zahlungsbilanz gespielt.

Das wichtigste der Einwanderungsabkommen ist jedoch zweifellos
das mit Frankreich am 21. März 1947 abgeschlossene,
das in den folgenden im Wortlaut bringen. Es ist für beide Län-
der von gleicher Wichtigkeit. Denn einerseits sind die Franzosen
auf der Durchführung des Monnet-Planes weitgehend auf ausländische
Arbeiter angewiesen, andererseits werden bei der ungeklärten
gegenwärtigen Lage viele Italiener eine Arbeit im benachbarten
Frankreich einer endgültigen Auswanderung nach Übersee vor-
ziehen. Die Größenordnung ist außerdem so — 200 000 Auswan-
derer bereits im ersten Jahr und eine beträchtliche Menge in den
folgenden Jahren —, daß dadurch der italienische Arbeitsmarkt
entlastet, der französische merklich bereichert wird.

Text des Abkommens:

(in Rom am 21. März 1947 unterzeichnet)

Artikel 1. Um sicherzustellen, daß im Jahre 1947 200 000 für die
Landwirtschaft und die Landwirtschaft bestimmte Arbeiter, die sich

nach Frankreich begeben wollen, in Italien angeworben und in
Frankreich zum Arbeitseinsatz gebracht werden, treffen die beiden
Regierungen, jede in ihrem Verantwortungsbereich, die notwen-
digen Maßnahmen, um die Abreise nach Frankreich und den dortigen
Arbeitseinsatz in Höhe von durchschnittlich 17 000 Personen
im Monat durchzuführen.

Artikel 2. Die Anwerbung erfolgt durch die zuständigen italienischen
Stellen in Zusammenarbeit mit dem französischen Nationalen
Einwanderungsbüro.

Artikel 3. Die Voraussetzungen in Bezug auf Alter, Gesundheit
und so weiter, die von den Anzuwerbenden gefordert werden,
werden für die verschiedenen Berufszweige von der in Artikel 26
des vorliegenden Abkommens vorgesehenen Ständigen Technischen
Kommission in Rom festgelegt.

Artikel 4. Die Anzuwerbenden werden in ihren Wohnbezirken
einer ersten ärztlichen Untersuchung durch italienische Gesund-
heitsbehörden unterzogen; dabei werden die Bedingungen durch
die italienischen Stellen unter ausdrücklicher Berücksichtigung der
von der Ständigen Technischen Kommission in Rom aufgestellten
Richtlinien festgelegt.

Artikel 5. In den im Artikel 6 beschriebenen Sammellagern wird
eine berufsmäßige und medizinische Überprüfung nach Normen,
die von der im vorigen Artikel erwähnten Kommission festgelegt
werden, gemeinsam von den Vertretern der zuständigen italienischen
Stellen und dem französischen Nationalen Einwanderungsbüro
durchgeführt. Beiden stehen die Ärzte und Techniker zur
Verfügung, die sie für nötig halten.

Artikel 6. In der Nähe der französisch-italienischen Grenze wer-
den die italienischen Stellen zwei Sammellager errichten, in die
sie die Arbeiter leiten werden.

Artikel 7. Die in den italienischen Sammellagern angenommenen
italienischen Arbeiter werden in die Aufnahme- und Prüfungs-
lager in Frankreich weitergeleitet.

Die Arbeiter erhalten in dem italienischen Sammellager eine
zweisprachige Verpflichtung für den oder die Berufe, in welchen
Arbeitsplätze frei sind und für die der betreffende Arbeiter sich
bewirbt. Diese Verpflichtung enthält insbesondere Angaben über
Beruf, Beschäftigungsbereich, Lohn und, wenn möglich, Lebensbe-
dingungen der Arbeiter.

Dieser Verpflichtung wird der zweisprachige Entwurf eines
Arbeitsvertrages beigelegt, der für diese Kategorie von Arbeitern
Anwendung finden kann. Der eigentliche Arbeitsvertrag wird von
dem Auswanderer in dem französischen Lager unterzeichnet. Dieser
Arbeitsvertrag bestimmt insbesondere die Berufskategorie, das
Unternehmen, den Lohn, die Lebens- und Wohnbedingungen des
betreffenden Arbeiters. In keinem Fall werden die französischen
Unternehmer Zutritt zu diesem Lager haben, da Facharbeiter ihre
Arbeitsverträge bereits in dem italienischen Sammellager erhalten.

Artikel 8. In den Sammellagern beider Länder sind die italienischen
Stellen und die französischen Gewerkschaftsorganisationen vertreten.

Artikel 9. Der Vertreter des Nationalen Einwanderungsbüros in
Rom und der Sachbearbeiter für Auswanderung bei der italienischen
Vertretung in Paris werden die notwendigen Erleichterungen
erhalten, um die Tätigkeit der Sammellager verfolgen zu können.

Artikel 10. Vom Tag ihrer Annahme bis zum Tag ihrer Verpflichtung
werden die Arbeiter vom Nationalen Einwanderungsbüro
betreut. Dieses Büro wird ihnen außerdem für die Dauer des er-
wähnten Zeitraums eine Entschädigung von täglich 80 Franken
auszahlen.

Artikel 11. Das Nationale Einwanderungsbüro erstattet der ita-
lienischen Regierung die Kosten, die durch Anwerbung, Beför-

derung vom Wohnsitz des Arbeiters bis zum italienischen Sammelager, Verpflegung und Unterkunft und die verschiedenen Verwaltungsaufgaben anfallen, auf der Grundlage von 1500 Lire für jeden angenommenen Arbeiter.

Andererseits erstattet das Nationale Einwanderungsbüro der italienischen Regierung für jeden angenommenen Arbeiter die Summe von 1000 Lire für Kosten, die durch den Aufenthalt der erwähnten Arbeiter in dem italienischen Sammelager entstehen. Die Summe von 1000 Lire gilt gleichzeitig die Kosten ab, die dadurch entstehen, daß die italienischen Stellen für das Nationale Einwanderungsbüro die Räume und das Sanitätsmaterial zur Verfügung stellen, welche für die Kontrolle nach Artikel 5 nötig sind.

Die Ständige Technische Kommission in Rom kann nötigenfalls die vorgesehenen Summen unter Berücksichtigung von Veränderungen in den Lebenskosten, die sich während der Durchführung des vorliegenden Abkommens ergeben könnten, überprüfen.

Ausgaben für radiographische Analysen, Aufstellung von Radioapparaten und so weiter werden vom Nationalen Einwanderungsbüro nach dem offiziellen Tarif abgegolten, der in den italienischen Einrichtungen für soziale Unterstützung Anwendung findet; dieser Preis wird in Übereinstimmung mit den genannten Einrichtungen festgelegt.

Artikel 12. Um den einwandernden Arbeitern und ihren in Italien verbliebenen Familien möglichst vorteilhafte Lebensbedingungen zu sichern, die auf einer bevorzugten Behandlung beruhen, wie sie in Frankreich den Angehörigen keines anderen Landes gewährt wird, wurden die folgenden Bedingungen festgelegt:

Die Arbeiter, die sich auf Grund des vorliegenden Abkommens nach Frankreich begeben, und die nach dem 1. März 1946 in Frankreich Eingewanderten, welche die Erlaubnis erhalten haben, dort zu arbeiten, werden für Überweisungen nach Italien der folgenden Regelung unterworfen. Sie können überweisen:

- a) bis zu 20 Prozent des erhaltenen Lohnes, wenn die Familie sich in Frankreich befindet;
- b) bis zu 40 Prozent des erhaltenen Lohnes, wenn die Familie sich in Italien befindet;
- c) bis zu 40 Prozent des erhaltenen Lohnes für Unverheiratete.

Artikel 13. Familienzuzuwendungen, welche durch die französische Gesetzgebung vorgesehen sind, können in voller Höhe nach Italien transferiert werden, wenn die Lage der Familie des betreffenden Arbeiters nachgewiesen ist.

Artikel 14. Die in Artikel 12 und 13 erwähnten Überweisungen können durch die Banken oder durch die Post vorgenommen werden:

- a) auf Ersuchen der italienischen Auswanderer für ihre Ersparnisse,
- b) durch Vermittlung der zuständigen Kassen für die Familienzuzuwendungen.

Artikel 15. Die französische Regierung wird die für die Überweisungen nach Artikel 12 und 13 notwendigen Lirebeträge zur Verfügung stellen. Die Bedingungen, unter denen die französische Regierung sich die Lire beschaffen wird, werden in einem gemeinsamen Abkommen festgelegt.

Artikel 16. Die italienische Regierung wird die notwendigen Maßnahmen treffen, damit die Verwaltungsstellen und besonders die mit der Ausstellung von Pässen beauftragten Ämter die Abreise der Arbeiter in der in Artikel 1 vorgesehenen Höhe durchführen können.

Die französische Regierung wird ihrerseits die notwendigen Maßnahmen treffen, damit die Arbeiter in Frankreich die beste Aufnahme finden, insbesondere bezüglich Transport, Unterbringung, Einrichtung von Kantinen und ärztlicher Betreuung.

Artikel 17. Die französische Regierung gewährt allen Bergarbeitern im Augenblick ihrer Verpflichtung für die Bergwerke einen Anerkennungsbetrag von 2000 französischen Franken oder, wenn der Empfänger es vorzieht, eine vollständige Ausrüstung für Bergleute. Die französische Regierung gewährt andererseits den anderen Arbeitern einen Anerkennungsbetrag von 1000 französischen Franken, sobald sie nach Frankreich einreisen.

Artikel 18. Ein Sonderabkommen wird die Bedingungen festlegen, unter denen die Familien der italienischen Arbeiter sich nach Frankreich begeben können. Die französische Regierung wird sich ihrerseits bemühen, die Einreise dieser Familien in ihr Gebiet zu erleichtern, indem sie einen Teil der anfallenden Kosten übernimmt.

Artikel 19. In einem gemeinsamen Abkommen werden die beiden Regierungen die notwendigen Maßnahmen treffen, um den italienischen Arbeitern in Frankreich, die den Wunsch haben, ihren Urlaub in Italien zu verbringen, die Möglichkeit dazu zu geben.

Artikel 20. Die beiden Regierungen verpflichten sich, in möglichst kurzer Frist ein Abkommen über die soziale Sicherheit auszuhan-

deln. Dieses Abkommen, welches das vom 13. August 1932 setzen wird, wird im selben Geiste geschlossen.

Artikel 21. Wenn infolge einer erneuten Anwendung des französischen Gesetzes vom 10. August 1932 oder anderer ähnlicher Bestimmungen der Prozentsatz der ausländischen Arbeiter in einem Unternehmen niedriger festgesetzt wird, als die Zahl tatsächlich in dem betreffenden Betrieb Beschäftigten auf Grund der neuen Bestimmungen beträgt, können die zu der betreffenden Zeit beschäftigten italienischen Arbeiter weiterhin in diesem Betrieb beschäftigt werden, solange ihre Fremdarbeiterkategorie gültig ist.

Artikel 22. Die Bestimmungen des Arbeitsvertrages vom 30. September 1919, der Abkommen vom 22. Mai und 4. Juni 1924, nicht den Bestimmungen des vorliegenden Abkommens zuwiderlaufen, bleiben in Kraft. Bezüglich der Niederlassung werden die französische und die italienische Regierung den italienischen Staatsangehörigen in Frankreich und den französischen Staatsangehörigen in Italien dieselben Rechte zugestehen, wie sie den Staatsangehörigen der meistbegünstigten Nation auf dem Gebiet der beiden Länder genießen oder genießen werden.

Artikel 23. Die Eröffnung von italienischen Konsulaten in Frankreich, die in Paragraph 4 des französisch-italienischen Briefwechsels vom 17. Mai 1946 vorgesehen ist, wird beschleunigt.

Artikel 24. Die beiden Regierungen werden, jede für ihr Gebiet die notwendigen Maßnahmen treffen, um die heimliche Einwanderung von Arbeitern zu verhindern. Zu diesem Zweck wird eine enge Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Verwaltungen beider Länder ins Leben gerufen.

Artikel 25. Es wird eine Gemischte Kommission geschaffen, welche aus den im Anhang genannten Mitgliedern besteht. Sie berät die beiden Regierungen über die allgemeinen Bedingungen der Durchführung des Abkommens und kann sich mit allen Fragen befassen, die sich auf die italienische Auswanderung in Frankreich beziehen. Sie übt außerdem alle im Artikel 29 erwähnten Befugnisse aus. Die Kommission tritt auf Ersuchen der einen oder der anderen Regierung zusammen.

Artikel 26.

1. Eine Ständige Technische Kommission, die aus Vertretern der zuständigen Verwaltungsstellen und je einem Vertreter der französischen und der italienischen Gewerkschaften besteht, tritt in Rom auf Verlangen der italienischen oder der französischen Delegierten mindestens zweimal im Monat zusammen, um die Durchführung des vorliegenden Abkommens in Italien zu überwachen und insbesondere ein Übereinkommen zu erzielen über:

- a) die Zahl der Anzuwerbenden, die jeder Anwerbebezirk in Italien für eine bestimmte Zeitspanne zu stellen hat;
- b) die Berufskategorien der Arbeiter, welche durch den betreffenden Bezirk zu stellen sind;
- c) die Aufklärungen, die den Auswanderern zur Kenntnis gebracht werden sollen, um ihre Anwerbung zu erleichtern;
- d) die Gründe für Schwierigkeiten, die entstehen können, und die Mittel, mit denen ihnen abgeholfen werden können.

2. Eine Ständige Technische Kommission, die aus Vertretern der zuständigen Verwaltungsstellen und je einem Vertreter der französischen und der italienischen Gewerkschaften besteht, tritt in Paris auf Verlangen der italienischen oder der französischen Stellen zusammen, um die Durchführung des vorliegenden Abkommens in Frankreich zu überwachen und besonders zu versuchen, die Fragen zu lösen, welche die Siedlung und der Arbeitseinsatz der italienischen Arbeiter in Frankreich aufwerfen.

Artikel 27. Das Verfahren bezüglich der Einzelarbeitsverträge wird durch ein besonderes Abkommen geregelt.

Artikel 28. Das vorliegende Abkommen wird für die Dauer eines Jahres geschlossen mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 1, welche nach Ablauf des ersten Jahres neu überprüft werden. Das Abkommen wird durch stillschweigende Übereinkunft von Jahr zu Jahr verlängert, wenn es nicht von einer der Parteien einen Monat vor dem Ablauf gekündigt wird.

In jedem Falle bleiben die Bestimmungen der Artikel 12, 14, 21 und 22 des vorliegenden Abkommens in Kraft.

Artikel 29. Im Falle einer verschiedenen Auslegung bei der Anwendung des vorliegenden Abkommens haben beide Regierungen die Möglichkeit, den sofortigen Zusammentritt der Gemischten Kommission zum Zweck der Vermittlung zu verlangen.

Wenn in der Gemischten Kommission keine Einigung erzielt wird, haben beide Regierungen die Möglichkeit, das vorliegende Abkommen jederzeit mit monatlicher Kündigungsfrist zu beenden.

In jedem Fall bleiben die Bestimmungen der Artikel 12, 14, 21 und 22 des vorliegenden Abkommens in Kraft.

Versuch der Eingliederung Asiens in eine universalgeschichtliche Konzeption

Von Otto Höttsch †

Vorbemerkung

Im dritten Band von Ranks Weltgeschichte befindet sich zur Verlage des Crassus bei Carrhae folgende Bemerkung: „Hier ist die römische Weltherrschaft eine Grenze, welche die späteren Generationen zwar hier und da überschritten, aber doch niemals vollkommen haben durchbrechen können. Das, was wir die Kulturwelt nennen und was die Römer als Orbis terrarum bezeichneten, wurde also nach Ostasien hin gewaltig beschränkt. Damit wurde auch dem griechischen Genius der Orient geschlossen.“ Unzweifelhaft spricht hier Ranke für das Altertum, seine Formulierung ist schwebend. Er setzt die ihn beherrschende Gesamtvorstellung vom abendländisch-mittelmeerischen Kulturkreis mit den Randländern West- und Nordeuropas, aber Osteuropas, als „Kulturwelt“ vom Orient und besonders von Asien im ganzen deutlich ab. Asien, mit Ausnahme von Kleinasien und Südwestasien, spielt in seiner weltgeschichtlichen Konzeption keine Rolle.

Seit der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts, also noch zu Ranke's Lebzeiten, bahnt sich jedoch eine Entwicklung an, deren Kulminationspunkt wir heute erleben und die uns zu einer völligen Lösung von den traditionellen Formen der abendländischen Geschichtsbetrachtung zwingt.

Wir haben versucht, in der Februar-März-Nummer des Europa-Archivs in Einzeldarstellungen Hinweise auf die gewaltigen Veränderungen zu geben, die sich im Verlauf zweier Weltkriege im Osten vollzogen haben. Wir mußten im Rahmen dieser Abmachungen, die in erster Linie der zeitgeschichtlichen Dokumentation dienen sollten, davon Abstand nehmen, große Entwicklungslinien, die sich hier und da abzeichneten, herauszuarbeiten. Eine solche Gesamtschau, die ihrer Natur nach lückenhaft sein muß und der Fülle der Tatsachen, die sich in kein Schema fassen lassen, nicht gerecht werden kann, liegt auch außerhalb der Aufgabe, die einem politischen Archiv gestellt ist. Andererseits

kann kein Zweifel darüber bestehen — und wir dürfen annehmen, daß viele unserer Leser dies mit uns empfunden haben —, daß die Notwendigkeit einer zusammenfassenden Darstellung dieser gewaltigen Veränderungen gerade heute in erhöhtem Maße besteht. Es ist das freilich ihrem inneren Wesen nach keine politische, sondern eine kulturelle Aufgabe, eine zentrale Aufgabe der europäischen Wissenschaft, die — und das ist vielleicht charakteristisch für das Ausmaß der gegenwärtigen Krise — in einem Augenblick gestellt wird, wo die materiellen Hilfsmittel und die geistigen Reserven, die zur Bewältigung einer solchen Aufgabe notwendig wären, nahezu völlig ausgeschöpft sind. Es wird daher auch im günstigsten Falle geraume Zeit dauern, ehe es möglich sein wird, die großen Entwicklungslinien, die sich hier und dort bereits abzeichnen, durch exakte Forschungsergebnisse zu unterbauen. Soll sich aber diese Forschungsarbeit nicht in Einzelheiten verlieren, so wird es immer wieder notwendig sein, trotz aller darin beschlossenen Gefahren den Versuch großer Synthesen zu wagen. Diese Überlegungen haben uns veranlaßt, den nachfolgenden Beitrag aus dem Nachlaß des bekannten Slawisten Otto Höttsch, der 1946 in Berlin verstorben ist, an dieser Stelle zu veröffentlichen. Es ist dies, soweit wir sehen können, der erste Versuch eines deutschen Gelehrten, die neuen universalgeschichtlichen Aspekte, die durch das Ende des zweiten Weltkrieges eröffnet wurden, wenn auch nur skizzenmäßig festzuhalten.

Diese Arbeit ist freilich nicht nur im Hinblick auf Asien, sondern, wie schon Höttsch hervorhebt, auch für den afrikanischen und den amerikanischen Kontinent zu leisten. Immerhin erscheint uns damit der Beweis erbracht, daß es heute schon möglich ist, große Zusammenhänge der neuesten Entwicklung zu erfassen, und daß daher die mühsame Kleinarbeit, der wir uns an anderer Stelle unterziehen, nicht in den leeren Raum gebaut ist. Co.

Versuch einer Gesamtschau

Am Beginn dieser Gesamtbetrachtung des asiatischen Kontinents, für den Europa eigentlich nur eine vorgelagerte Halbinsel ist, soll versucht werden, seine geographische Gliederung zu erfassen. Die Abgrenzung von Europa wird nach allgemeiner Übereinstimmung an den Ural gezogen, den Uralfuß, die Nord- und Ostküste des Kaspischen Meeres, Transkaukasien und die Ostküste Vorderasiens bis zum Suezkanal. Von dort scheiden sich das Rote Meer deutlich Asien und Afrika, obwohl man mit Recht nicht zu Afrika, sondern zum „Orient“ in einem nicht völlig klar umrissenen Begriff — gerechnet. Der Orient wird gerade im Bild der neueren Altertumsforschung in integrierendem Zusammenhang mit der Mittelmeerwelt gesehen und läßt so in Ägypten, Palästina, Kleinasien und Anatolien die an anderer Stelle rein geographische Verbindung der Halbinsel Europa mit Asien zum inneren Zusammenhang werden. Wie weit und tief diese Verbindung nach dem Osten greift (sumerische Kultur, Taurus, Zusammenhänge mythologisch-kultischer Art nach China), diese Frage ist uns erst in letzter Zeit in Ausgrabungen gestellt worden und kann in ihrer vollen Ausdehnung erst geahnt werden.

Im großen gesehen ergeben sich folgende geographische Gruppierungen:

Kleinasien — Syrien und Palästina — Irak — Hedschas — Arabien — Jemen — Nedschd — Hadramaut — Oman; Zentralasien — Afghanistan;

Russisch-Zentralasien — Turkmenistan, Usbekistan — Buchara — Chiwa;

Ost-Uralien, der andere asiatische Teil der Sowjet-Union: Sibirien mit der Abgrenzung nach Süden, die persisch-afghanische Grenze — Hindukusch, Pamir —, die chinesische mit den umstrittenen Grenzmarken Chinas: Ost-Turkestan, Dsungarei, Mongolei, Mandchurei — eine Linie vom Altai zum Süden des Baikalsees, das Jablonoi- und das Stanowoi-Gebirge —, der Amur bis zur Mündung mit Wladiwostok, Sachalin, Kamtschatka;

Vorder- und Hinterindien mit Indonesien;

China als Kerngebiet mit jenen Grenzmarken, zu denen auch Tibet gehört;

die japanischen Inseln und die Philippinen.

Die ethnologische Aufgliederung der 900 Millionen kann nur in höchst allgemeiner Form versucht werden und würde etwa folgende Hauptgruppen ergeben: Iranier (Perser und Inder);

Semiten, das heißt Bewohner Südwestasiens — mit diesem Begriff ist vollends nichts anzufangen;

Mongolen, für die wohl die wenig präzise Scheidung in Mongolen im weiteren und im engeren Sinn doch zweckmäßig verwendet wird: im engeren Sinn die heutigen Ost- und West-Mongolen, im weiteren die Ugro-Finnen an der Wolga und in Finnland — die Turko-Tataren mit den osmanischen Türken — die Magyaren — die (ganz slawisierten) Bulgaren, Chinesen;

die Völkerstämme Nordostsibiriens, soweit sie nicht zu einer der genannten Gruppen gehören;

Japaner;

auf den pazifischen Inseln die Malaiken.

Der Versuch einer sprachlichen Gliederung ergibt folgende Hauptgruppen:

das semitische Sprachgebiet (vor allem Arabisch und Hebräisch);

das Iranische (Indogermanische) — Persisch und Vorderindisch;

das Turanische als ural-altaische Gruppe, darin das Mongolische als agglutinierende Sprache, das heißt Bildung der Deklination und Konjugation durch mechanische Zusammensetzung statt der organischen Bildung in den semitischen und besonders den arischen Sprachen;

das Chinesisch-Hinterindische, das aus einsilbigen Wörtern ohne Flexion besteht, ebenso wie

das Japanische;

die Sprachen der Malaiken-Polynesier;

die Dialekte der für sich stehenden Stämme des Nordostens, die mit der elementaren Gewalt der sowjetischen Erschließung stark vom Russischen überzogen werden.

Für sich stehend das Gebrauchs-, sogenannte Pidgin-Englisch im Fernen Osten, das Englische als Vermittlungs-, zum Teil noch Herrschaftssprache in Indien, das Russische als Vermittlungs- und Herrschaftssprache im sowjetischen Teil, nach der von Stalin vorgezeichneten Synthese.

Für die europäische Geschichtsbetrachtung ist der asiatische Kontinent bis heute im wesentlichen außerhalb jeder universalgeschichtlichen Betrachtung oder gar Einordnung geblieben. Der ausschlaggebende Unterton blieb letzten Endes immer, daß es sich um im eigentlichen Sinne „geschichtslose“ Völker handele, die für die Geschichte der europäischen Ausdehnung und für die Spezialwissenschaften von Interesse sind, jedoch ohne Bedeutung für den Zusammenhang der Menschheitsgeschichte. Man erinnere sich, wie ratlos Europa 1894/95 und in den folgenden Jahren dem japanischen und chinesischen Problem gegenüberstand, wie wenig darüber in wissenschaftlichen Werken zu finden war und wie es bis heute nicht gelungen ist, dazu außer in Spezialwerken der Sinologie oder in Tagesschriften ohne wissenschaftlichen Wert Stellung zu nehmen*).

„Geschichtslos“ sind jedoch von den asiatischen Völkern bis zur Gegenwart höchstens die „Völker ewiger Urzeit“ im Nordosten, denen Breysig eine zähe universalgeschichtliche Arbeit an den Primitiven gewidmet hat. Dagegen liegen Kenntnisse über eine Reihe weit zurückgreifender eigenständiger geschichtlicher Entwicklungen vor. Es sei nur auf die Reichsbildungen hingewiesen, die in China und Indien unter starker Einwirkung der Mongolen erfolgten, auf die alttestamentarischen Großstaaten wie Babylon, Assur, Persien, auf das arabische Reich des vierten nachchristlichen Jahrhunderts, auf die mongolische Reichsbildung vom Gebiet zwischen der Wüste Gobi und dem Baikalsee her mit ihren Ausstrahlungen nach Indien, das Reich der Ilchane und andere.

Vor allem aber hat der Kontinent eine gewaltige religionsgeschöpferische Kraft erwiesen — in Indien Buddha, in Persien Zarathustra, in China Konfuzius — und damit selbständig vom Christentum zur geistigen Befruchtung der Menschheit beigetragen. Auch der Islam und der japanische Shintoismus zeigen eigenständige geistige Kräfte, die als solche allerdings keine universalgeschichtliche Bedeutung gewonnen haben.

Diese gewaltigen geographischen, ethnographischen, sprachlichen, historischen und religiösen Entwicklungen des asiatischen Kontinents verliefen zum überwiegenden Teil unabhängig von europäischen Einwirkungen. Von Europa her erfolgte ein Vorstoß nach Asien zum erstenmal durch Alexander den Großen. Mehr als episodische Bedeutung haben seine Züge für Asien jedoch nicht, wenn man von der Bedeutung des Hellenismus für Vorderasien absieht. Wesentlich ist der Gegenstoß aus Asien durch den Islam

und seine Staatenbildungen und die Mongolen. Die Kreuzzüge haben in diesem Zusammenhang nur periphere Bedeutung. Das arabische Königtum Granada, das Schutkenproblem in Ägypten fallen gleichfalls nicht mehr unter unsere Betrachtungen. Wichtig aber sind die zwei großen Vorstöße der Mongolen und der Türken. Der erstere wurde jahrhundertlang durch Rußland von Europa ferngehalten, ohne daß Europa diese Verteidigung gegen Asien je verfaßt oder anerkannt hätte. Der türkische Vorstoß führte zur Festsetzung eines asiatischen Volkes in Europa, das doch langsam auf seine südwest- und vorderasiatische Machtbasis zurückgedrängt wurde und dessen Geschichte nun — im stärksten Zusammenhang mit den Gegenstößen europäischer Mächte nach Asien — als „orientalische Frage“ in die Gegenwart hineinreicht.

Auf russischer Seite beginnt dieser Vorstoß nach Asien mit dem Vordringen über den Ural nach Sibirien am Ende des 16. Jahrhunderts und führt zur Abrundung eines geschlossenen asiatischen Kolonialreichs vom Kaspischen Meer und Ural zum Hindukusch und Pamir und zu den Mündungen des Amur unter Alexander II.

Der britische Vorstoß setzt mit der Mitte des 18. Jahrhunderts voll ein, nachdem 1757 durch die Schlacht von Plassey die französische Konkurrenz in Ostindien beiseite gedrängt und der Aufbau eines ostindischen Kolonialreiches begonnen worden war. Gestreift sei der Aufbau des niederländischen Kolonialreichs der Inseln seit dem 17. Jahrhundert. Im Gesamtzusammenhang der europäischen Geschichte des 18. und des beginnenden 19. Jahrhunderts tauchte die indische Frage freilich als kaum mehr denn ein Traumbild auf.

Noch ehe sich zwischen dem Kolonial-Imperialismus Großbritanniens und Rußlands wesentliche Differenzen entwickelt hatten, vollzog sich eine in ihren Auswirkungen noch unübersehbare Wandlung im Fernen Osten durch die Versuche, den Fernen Osten für den Handel der europäischen Kolonialmächte und der Vereinigten Staaten zu öffnen: 1839—1842 Opiumkrieg, 1854 Amerika an der japanischen Küste, 1857—1860 englisch-französischer Krieg gegen China, Taiping-Aufstand, Sturz des Shogunats, Japan, Restauration des Mikado mit darauffolgender Emanzipation und Europäisierung. Die damit ausgelöste Bewegung ist bis in die Gegenwart nicht wieder zum Stillstand gekommen.

Am schnellsten verlief die Entwicklung in Japan, das sich, ohne seine seelische und seine feudal-sozialistische Struktur zu ändern, in technischer, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht europäisierte und mit der so gewonnenen Kraft 1894 einen eigenen kolonial-imperialistischen Feldzug zur Eroberung Chinas begann.

Für die anderen Gebiete Asiens war es der britisch-russische Gegensatz, der die Entwicklung vorantrieb: in Afghanistan, in Indien, in den türkisch besetzten vorderasiatischen Gebieten und schließlich in Persien. Langsam rückten diese Teile Asiens, zumal da auch Deutschland sich an ihrer Erschließung zu beteiligen beginnt, in das Licht der entstehenden Weltpolitik und ihrer Spannungen. Etwa ab 1870 laufen die einzelnen Entwicklungslinien immer stärker und drohender zusammen: Boxeraufstand, chinesische Unruhen, Bagdadbahn.

Der europäische Kolonial- und Finanz-Imperialismus scheint sich beherrschend über den ganzen Kontinent gelegt zu wollen. Hat man doch in den neunziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts tatsächlich von der „Aufteilung Chinas“ als einer zu realisierenden Möglichkeit gesprochen. Für den, der die ganze Problematik dieses Kontinents von Smyrna bis Tokio, vom Kap Tscheliuskun*) bis Ceylon überblicken sucht, offenbart sich in der europäischen Politik dieser Jahre ein überraschender Mangel an universalgeschichtlichem Urteil und eine primitive Raubgier, die schließlich an dem ganz anderen Wesen Asiens zerbrechen mußte. Die Hauptexponenten dieser Bewegung waren Groß-

*) Diese Frage soll zu gegebener Zeit einer eingehenden bibliographischen Untersuchung unterzogen werden. Die Redaktion.

*) Das nördlichste Kap der Sowjet-Union.

annien, Rußland und schließlich Japan, mit dem sich n erstenmal die „gelbe Rasse“ die Gleichstellung mit opäischen Mächten erzwang. Daneben wirkten Deutschd, auch Frankreich, weniger noch die Vereinigten Staa, ganz für sich Holland, während die Türkei, Persien, ien und China nur Objekte in einem Kontinent ohne ene weltgeschichtliche Bedeutung zu sein scheinen.

Die asiatische Krise

Über diese asiatische Welt, in der beinahe überall die n europäischen Imperialismus hineingetragenen Elemente alten und ihrerseits außerordentlich starke eigenständige genkräfte erweckten — anders als etwa in Afrika —, ist n die vom ersten Weltkrieg angebahnte und vom zweiten ltkrieg ausgelöste Krise einer Weltrevolution gegangen. Ergebnis ist bei weitem noch nicht zu erfassen. Die vielht kulturell-religiös am tiefsten greifende Auswirkung sind Sturz Japans mit der Beseitigung der Tenno-Legende l des Shintoismus als Staatsreligion, die Unterbrechung kontinuierlichen Entwicklung der Gott-Kaiser-Idee, die schaisches und Hochmodernes seltsam zu vereinigen wußte, l die Einführung demokratischer Formen an ihrer Stelle. Ein vielleicht auf lange Sicht noch tiefer greifender Aufungs- und Regenerationsprozeß wurde mit dem Jahr 14 und der Revolution von 1911 in China eingeleitet, in der Fortentwicklung aber durch den japanischen Eingriff a 1936 ungeheuer erschwert. Hier vollzieht sich ein Rin- zwischen dem Kommunismus und der Kuomintang, die n eigenständig-chinesischen, aber doch schon stark erikanisch beeinflussten Geiste Sun-Jatsen's bestimmt l. China ist nicht durch eigene Kriegserfolge, sondern ch den Willen der vier anderen Großmächte zum Weltat in der Reihe der „Großen Fünf“ geworden. Zwar eint es, als sei das in sich zerrissene Land für seine teren Aufgaben noch bei weitem nicht fähig, jedoch hat für den Übergangsprozeß weit größere geistig-seelische erven als Japan. Es war ein Zeichen des Weltblickes, er in Bezug auf diese gewaltige Entwicklung benötigt d, daß Papst Pius XII. nun zum ersten Mal in der Geichte der Katholischen Kirche einen chinesischen Kardiins Konklave berufen hat.

n diesem Zusammenhang ist auch die Weiterentwicklung n chinesischen Grenzmarken zu betrachten: der Man- hurei, die von 1932—1945 unter japanischem Einfluß ein ständiger Staat war; der mongolischen Volksrepublik, e, seit 1921 selbständig, einen Staat ähnlich der Goldenen rde errichtet hat, der in seinen Produktionsverhältnis- und seiner sozialen Struktur noch auf der Stufe der mäden- und Hirtenwirtschaft verharret; der sogenannten neren Mongolei, die von der Sowjet-Union beherrscht d; Chinesisch-Ostturkestans oder Singkiangs, das einem rken sowjetischen Einfluß ausgesetzt ist; und des ganz rückgetretenen Tibet mit seinem Lamaismus.

Auch die sibirischen Teile der Sowjet-Union, die durch Kriessentwicklung stark berührt wurden und unter den ngenden Notwendigkeiten der Rüstungsindustrie in bis kurzem noch ungeahntem Ausmaß erschlossen worden d, müssen hier in die Betrachtung eingeschlossen werden, nso die Gestaltung der nun unaufhaltsam weitergehen- n indischen Entwicklung, der Drang von 400 Millionen, n sich tief gespalten sind, zu voller Freiheit und Selbst- ierung. Nicht unmittelbar davon abhängig, aber doch in sem Zusammenhang zu betrachten ist die Entwicklung in terindien, Burma, Siam, Indonesien, wo sich weder der nzösische noch der holländische Kolonialbesitz aus der atischen Krise heraushalten konnte, zumal da die Philip- en nun von den Vereinigten Staaten schon völlig frei- geben wurden. Dazu kommen noch die vom Nationalismus l von westlicher Technik schon tief beeinflussten Ent- lungen in Afghanistan, in Persien, im Irak, in Syrien l Libanon, Palästina, das durch den Zionismus zum rd einer weitverzweigten Bewegung wurde, Kleinasien l Anatolien, deren Entwicklung wiederum mit dem Schick- der modernen Türkei zusammenhängt.

Universalgeschichtliche Aspekte

Auch heute noch wird diese gewaltige Krise, die den gan- zen asiatischen Kontinent erfaßt hat, von Europa her unter Aspekten betrachtet, die im wesentlichen durch den alten Kolonialimperialismus bestimmt sind. Dagegen tritt diese Befangenheit in den Vereinigten Staaten weniger zutage. Die Fernostpolitik der Vereinigten Staaten hat sich im wesentlichen auf die Wahrung der „Offenen Tür“ in China und die Erhaltung der chinesischen Integrität beschränkt. Daneben hat nun allerdings die weit ausgreifende Stütz- punktpolitik im Pazifik wachsenden Einfluß gewonnen. Es zeigen sich jedoch wenig Ansätze, die darauf schließen las- sen, daß dieses Interesse am Pazifik sich auch auf den asiatischen Kontinent als Ganzes übertragen würde. Die Gesamtkonzeption einer Asienpolitik der Vereinigten Staa- ten ist jedenfalls noch nicht sichtbar geworden. Es scheint, daß der Schwerpunkt des öffentlichen Interesses doch nach wie vor auf europäische und panamerikanische Probleme gerichtet ist.

Japan und Deutschland sind als Mächte, die einen Einfluß auf die asiatische Entwicklung ausüben könnten, ausge- schaltet worden. Die Rolle Frankreichs und Hollands ist untergeordneter Natur. So verbleiben Großbritannien und die Sowjet-Union als Mächte, deren Konzeption Asiens von universalgeschichtlicher Bedeutung ist. In beiden Mächten wirken noch die alten kolonialpolitischen Tendenzen wei- ter. Jedoch sehen sie heute das asiatische Problem aus einer ganz verschiedenen Grundeinstellung heraus.

Großbritannien hat, soweit heute zu erschen ist, keine eigene Vorstellung hinsichtlich der Entwicklung in China und Japan, jedoch befaßt es sich stark mit dem indischen Problem und scheint von dem ehrlichen Willen gelenkt, die Selbstregierung Indiens zur Wirklichkeit werden zu lassen. Selbst das Ausscheiden Indiens aus dem Verband der britischen Völkergemeinschaft wird von verantwort- lichen Stellen in Betracht gezogen. Dabei spricht sicher der Gedanke mit, daß durch die tiefgreifenden Gegensätze zwis- schen Hindus und Moslems, die eine eigene Staatsbildung so sehr behindern, noch für lange Zeit die Notwendigkeit der britischen Mittlerstellung verbleiben wird. Das Ideen- gut, welches Indien für die eigene Staatsbildung geboten und von ihm ergriffen wurde, ist das der repräsentativen Demokratie und Selbstverwaltung im britischen Sinne auf individualistischer Basis. Ein ernsthafter Widerstand da- gegen von seiten eines sowjetisch geführten Kommunis- mus, mit dem die indische Krise in eine neue Phase ein- treten würde, ist offenbar trotz Agrarnot und sozialer Frage nicht vorhanden. Man scheint auch von sowjetischer Seite den Gedanken einer Beeinflussung Indiens zurückgestellt oder aufgegeben zu haben.

Die Sowjet-Union ihrerseits hat sowohl hinsichtlich der unter ihrer Herrschaft stehenden asiatischen Gebiete wie auch hinsichtlich der Kolonialgebiete und Chinas eine eigene Ideologie entwickelt. Stalin hat seit dem Beginn seiner staatsmännischen Tätigkeit diesen Fragen seine besondere Aufmerksamkeit zugewandt. Zeugnis dafür sind seine Vor- lesungen vor der Universität Swerdlowsk und seine zahl- reichen Referate wie etwa die bekannte Rede über „Marxis- mus und die nationale und koloniale Frage“ von 1934. Stalin hat frühzeitig die prinzipielle Seite dieser Proble- matik ergriffen, die er stets unter beiden Gesichtspunkten, dem nationalen und dem kolonialen, betrachtet. Er leugnet keineswegs das Vorhandensein nationaler Ideen und Kul- turen, sucht aber eine theoretische Synthese zu gewinnen durch die Formel: „Proletarisch nach ihrem Inhalt, national nach ihrer Form, das ist die allmenschheitliche Kultur, zu der der Sozialismus geht.“ Praktisch folgert Stalin daraus die Interessengemeinschaft des russischen Proletariats mit dem von Imperialisten ausgebeuteten Proletariat der Kolo- nialgebiete und der kapitalistischen Einflußsphären, das für die Revolution erweckt und zur Freiheit geführt werden muß.

Ohne Zweifel hat auch Stalin in den Anfängen der rus- sischen Revolution in der Erwartung gelebt, daß diese sich

durch Befreiungskämpfe der unterdrückten Völker auch in Asien zur Weltrevolution ausweiten werde. In dieser Hinsicht stimmte er wohl auch mit *Trozkij* überein. Unter diesem Gesichtspunkt hat er sicherlich auch die chinesische Revolution eingeschätzt, die seit 1894/95, latent seit 1911 im breiten Fluß war. Ihr inneres Wesen war ihm jedoch schwerlich ganz klar. Die ganz eigenartige soziale und Geistesstruktur der Chinesen war ihm wohl fremd wie auch ihre schon seit Jahrzehnten wirksame Beeinflussung durch den amerikanischen Geist. Er sah vor allem die Ausbeutung und Unterdrückung durch fremde Imperialisten und die nun wachgerufene Reaktion der Chinesen dagegen. Entsprechend sind wohl auch von sowjetischer Seite Erwartungen auf die Kuomintang gesetzt worden, die sich dann nicht verwirklicht haben. Stalin unterschied nach seiner distinktiven Art sehr scharf zwischen den Revolutionen der Unterdrückten in den imperialistischen Ländern, wo die Bourgeoisie zugleich Handlanger der Gegenrevolution sei, und den Revolutionen der vom fremden Imperialismus unterdrückten Länder, wo die unterdrückten Massen mit der ebenfalls nach Freiheit strebenden Bourgeoisie und der bürgerlichen Intelligenz eine Strecke zusammengingen. Die Idee der Weltrevolution tritt dabei zurück. Dafür aber wird die proletarische Nationalitätenidee, die gerade Stalin sehr originell und konsequent entwickelt hat, fruchtbar gemacht: sozialistisch im Inhalt, national in der Form, und es wird erwartet, daß sich die Interessengemeinschaft der europäischen Proletarier mit den Proletariern der Sowjet-Union, Chinas, Koreas, Indiens und vielleicht auch Japans sehr aktiv geltend machen würde. Die mit Absicht elastisch gehaltene Form der Sowjetföderation könnte dann die geeignete Form des Anschlusses bieten.

Die Aufgabe der kommunistischen Partei war dabei vornehmlich die der Agitation: das Bewußtsein der Interessengemeinschaft des asiatischen Proletariates gegen Kapitalismus und Imperialismus wachzurufen. Dabei erkannte Stalin, daß die Industrialisierung Chinas für eine Revolution der Arbeiterklasse längst nicht ausreiche, sondern daß es auch hier entscheidend auf die Landbevölkerung ankomme. Deren Erhebung würde auch ohne Verbindung mit der Bourgeoisie und der bürgerlichen Intelligenz den Weg zum Räte-China freimachen. Vom Wesen der agrarischen Struktur Chinas scheinen jedoch in der Sowjet-Union keine klaren Vorstellungen zu bestehen. Der Klarheit des theoretischen Blickes entsprach nicht die reale Kenntnis der Sozialstruktur und der Verhältnisse, auf die man wirken wollte. Dies ist dem Verfasser in Moskau anlässlich eines Besuches der Universität der Völker des Ostens recht klar

geworden. Der Bolschewismus ist so des chinesischen Problems in seiner Tiefe nicht Herr geworden. Er unterstützt wohl die chinesischen Kommunisten; was ihm aber letztes Endes in der Ideologie *Sun-Jatsen's* und in dessen Kampf der heute durch *Tschiang-Kai-Schek* China regiert, entgegentritt, vermag er nicht zu bewältigen. Dazu ist heute sein Interesse mehr Vorderasien und dem Balkan überhaupt Europa zugewandt. Auch in der Sowjet-Union daher eine praktisch programmatische Konzeption des asiatischen Kontinents über die von Stalin angedeuteten Grundlinien hinaus nicht erkenntlich. Stalin hat gesehen, daß China den von ihm theoretisch vorgezeichneten Weg nicht beschritten hat. An Stelle des revolutionären Zentrums Kanton trat Nanking. Schließlich behaupteten Tschiang-Kai-Schek und die Kuomintang sich selbständig in Tschungking, und China rückte neben der Sowjet-Union in den Kreis der Weltmächte und erwarb die Mitgliedschaft im Weltwirtschaftsrat, wenn es wohl auch kaum in der Lage sein dürfte, diese Funktion wahrzunehmen. Heute ist China zu einem Kampffeld, zunächst noch zweiter Ordnung, zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjet-Union geworden, während Großbritannien nicht in der Lage ist, in die Entwicklung einzugreifen. Greifbare Ergebnisse haben die revolutionären Bewegungen Asiens bisher der Sowjet-Union nicht erbracht, weder in China noch in Indien. In letzteren Entscheidungen sind allerdings noch nicht gefallen, und die Grundlinien der Stalinschen Konzeption bleiben bedeutungsvoll und nicht ohne Anziehungskraft auf Randgebiete des Kontinents.

Der in seiner ganzen Ausdehnung, wenn auch in verschiedenen Abstufungen, zum Selbständigkeitswillen erwachte Kontinent, der durch europäisch-amerikanische Technik und Zivilisation aufgewühlt wird, ohne ihnen jedoch letztlich unterworfen zu sein, wird so von der Entwicklung der übrigen Erdteile nicht mehr fernzuhalten sein.

Mit dieser Erkenntnis sei diese Betrachtung abgeschlossen, ohne weitere Ausblicke in eine noch ungewisse Ferne zu versuchen. Gerade bei einem solchen Ausblick würde jedoch klar, wie unhaltbar die Schlagworte von einer Massenaristokratie der weißen Rasse, die sich über die ganze Erde verbreiten wird, wie unhaltbar auch die Forderung nach einem deutschen Anteil und Anspruch in dieser Entwicklung geworden sind. Werden einmal der philosophische Eros des Sokrates und der Eros des Christentums, die zusammen den tiefsten den Begriff des „Abendlandes“ und seine Überlegenheit ausmachten, Kraft und Wirkung in einer Welt behalten, deren universalgeschichtliche Entwicklung in jene neue Phase eingetreten ist, deren erste Umrisse hier angedeutet wurden.

Amerikanische Zeitschriften in Deutschland

Nach einer Zusammenstellung im *Directory of Newspapers and Periodicals 1946* erschienen in den Vereinigten Staaten rund 6000 Zeitschriften, davon allein im Staat New York 1449. Von dieser großen Zahl sind dem deutschen Leser zur Zeit etwas über 150 Blätter zugänglich, die in den zehn amerikanischen Bibliotheken der Zone aufliegen. Das nachstehende Verzeichnis will dem Bibliotheksbenutzer die Orientierung erleichtern und fußt deshalb auf diesen Beständen. (Die statistische Übersicht im *Directory* ist auch in der Amerikanischen Bibliothek, Frankfurt, zugänglich und ermöglicht ein Auffinden der nach Staaten geordneten Veröffentlichungen.)

Im Rahmen dieser zweckgebundenen Auswahl nehmen die den Erziehungsfragen gewidmeten Zeitschriften einen großen Raum ein. Die Landesuniversitäten und größeren Lehrerbildungsanstalten geben ihre Erfahrungen und Vorschläge auf diesem Gebiet in Vierteljahres- oder Monatsschriften heraus, die sich meist nicht nur mit Problemen des Unterrichts und der psychologischen Leitung der Schüler, sondern ebenso eingehend mit Fragen der Schulverwaltung und technischen Verbesserungen des Schulhausbaus und seiner Innenausstattung beschäftigen. („The Educational Record“, „Journal of Educational Research“, „Journal of Higher Education“, „The Nation's Schools“, „Peabody Journal of Education“ und andere.) Daneben erscheinen Veröffentlichungen für Spezialgebiete wie Erwachsenenbildung, Kunsterziehung in der

Schule („School Arts“), psychologische Erziehung („Journal of Educational Psychology“), Negererziehung („Journal of Negro Education“), für Sport und Körperpflege („Journal of Health and Physical Education“). Den Standpunkt der Lehrerschaft findet man in „The Progressive Teacher“, „School Life“; die Verbindungen zwischen Lehrern und Eltern herzustellen bemüht sich das „Parents Magazine“. Der größte Teil dieser Blätter erscheint während der Sommerferien, also nur zwischen September und März.

Bei der Durchsicht der allgemein interessierenden und Unterhaltungsschriften fällt äußerlich ihre gute Ausstattung in Druck, Papier und Illustrationen auf. Die farbigen Bildbeigaben sind reklameartig anreizend, und sie finden sich auch entsprechend. Anzeigenteil, der häufig einen sehr breiten Raum einnimmt. Die photographischen Illustrationen zeigen einen technisch hohen Stand in Aufnahme und Wiedergabe. In vielen Fällen tritt der Begleittext stark in den Hintergrund oder fehlt überhaupt ganz. Zum Beispiel bei Kunst-, Mode- und Frauenzeitschriften („The Art Digest“, „Architectural Records“, „Vogue“, „House and Garden“, „Look“) oder bei den auf die industriellen Bedürfnisse geschnittenen Fachzeitschriften wie „Ceramic Age“, „The Glass Industry“, „Industrial Finishing“, die so auch dem eiligen Praktiker die Möglichkeit bieten, sich zu informieren. Den Kontakt mit dem Leser halten die Blätter vielfach durch Rundfragen und umfassende Veröffentlichung der eingesandten Briefe aus dem

likum aufrecht. Unter den Mitarbeitern literarischer und politischer Zeitschriften wie „Atlantic“, „Free World“, „New Republic“, „Harper's Magazine“, „Yale Review“, „Villiers“, „Virginian Quarterly“, andererseits finden wir Namen prominenter Fachleute, Politiker und Künstler, die aktuelle Themen in sachlicher, einprägsamer und oft unterhaltender Form handeln. Besonders die drei von H. R. Luce ausgegebenen Zeitschriften „Life“, „Fortune“ und „Time“ bieten ein Beispiel hierfür: Sie wenden sich an einen vielseitig orientierten Leserkreis, ohne sich auf besondere Gebiete zu spezialisieren. Der gesunde Menschenverstand bildet den Maßstab für Niveau der Zeitschriften. Dem Durchschnittsgeschmack angepasst sind die komischen Beiträge in den ernsthaften Blättern und durchweg aus Witzen und Grotesken bestehenden humoristischen Zeitschriften wie „The New Yorker“.

Bei der Anordnung der Zeitschriftentitel zu alphabetischer Reihenfolge blieb der Artikel „The“ unberücksichtigt.

ULT EDUCATION BULLETIN. Veröffentlichung der National Education Association of the United States, erscheint sechsmal jährlich. Preis: 25 cts. Herausgeber ist L. P. Bradford. Verlag: 1201 16th Street, N.W., Washington 6, D. C. Empfiehlt Zusammenschluß von Nachbarschaftsgruppen, Aufstellung eines Jugendkodex nach einer Umfrage bei Eltern und Jugendlichen über deren Verhältnis zu Radio, Kino, Polizeistunde, Taschengeld, Rauchen, Trinken, häuslichen Pflichten. Berät in praktischen Fragen, bei Hausbau und Lebensversicherung.

ULT EDUCATION JOURNAL. Vierteljährliche Veröffentlichung der American Association for Adult Education. Herausgeber ist Ed. Glen Burch; sein Stellvertreter Morse Cartwright. Verlag: 525 West 120th Street, New York 27, N. Y. Berichtet von einer einwöchigen Veranstaltung im Marygrove College, Michigan, wobei Eltern und Kinder gemeinsam zur Schule gingen, um Zeit- und Familienfragen zu diskutieren. Empfiehlt Erwachsenenbildung auf psychiatrischer Grundlage zur Verhütung von geistigen Defekten bei besonders gefährdeten Bevölkerungsgruppen: Heimkehrern, Kriegsversehrten, Kriegsbräuten.

RICULTURE IN THE AMERICAS. Monatsschrift des Office of Foreign Agricultural Relations. Verlag: Government Printing Office, Washington 25, D. C. Preis: 10 cts. Behandelt landwirtschaftliche Fragen hauptsächlich der tropischen und subtropischen Zonen Amerikas und deren Produkte: Kautschuk, Mangroven, Yerba Mate, Kaffee, Bananen, Papaya.

ERASIA. Monatsschrift. Herausgeber: Philip Jaffe und Kate L. Mitchell. Preis: 25 cts. Verlag: 225 5th Ave., New York 10, N. Y. Analysiert die politische Entwicklung im Fernen Osten, am Schluß kalendrarische Übersicht.

ERICA. Ein katholisches Wochenblatt, Organ der Gesellschaft Jesu. Herausgeber: John La Farge, Charles Keenan, Harold C. Gardiner. Verlag: America Press, 70 East 45th Street, New York 17, N. Y. Preis: 15 cts. Behandelt innen- und außenpolitische Tagesfragen, ethische Probleme, Reform des Familienlebens.

IE AMERICAN. Magazin mit vielfarbigen Illustrationen und reichillustriertem Anzeigenteil. Herausgeber: Ed. Sumner Blossom, E. Wheeler, Mabel Harding. Verlag: 250 Park Ave., New York 17, N. Y. Erscheint monatlich, Preis: 25 cts. Inhalt: Romane, Kurzgeschichten, Artikel über Politik, Wirtschaft und Allgemeines. Personalnachrichten.

IE AMERICAN ECONOMIC REVIEW. Erscheint fünfmal jährlich als Veröffentlichung der American Economical Association. Herausgeber: Paul T. Homan. Adresse: 450 Ahnaip Street, Menasha, Wisc. Preis: 1,25 Dollar je Heft. Bringt Abhandlungen über Einkommensteuer, Sozialversicherung, Staatsschuld, Inflation, Einfuhrzölle und statistisches Material.

IE AMERICAN GERMAN REVIEW. Zweisprachige Zweimonatszeitschrift der Carl Schurz Memorial Foundation Inc. Herausgeber: Howard W. Elkinton und Wilbur K. Thomas. Verlag: 420 Chestnut Street, Philadelphia 6, Pennsylvania Bd. 13. Behandelt die Wechselbeziehungen der amerikanischen und deutschen Kultur, mit Photos. Preis: 50 cts.

IE AMERICAN GIRL. Monatsschrift für Halbwüchsige. Herausgeber: Esther R. Bien. Verlag: 155 East 44th Street, New York 17, N. Y. Steht der Pfadfinderbewegung nahe und bringt Artikel über Sport, Mode, Unterhaltung, Haushalt, Abenteuer-geschichten und Novellen. Preis: 20 cts.

IE AMERICAN JOURNAL OF HYGIENE. Zweimonatschrift. Preis: 2 Dollar. Herausgeber: K. F. Maxcy, M. Merrell, L. E. Rozeboom, T. B. Turner und A. Wolman. Verlag: Ed. M. Fro-bisher, Jr., 615 North Wolfe Street, Baltimore 5, Md. Fach-zeitschrift der John-Hopkins-Universität, Lancaster, Pa.

THE AMERICAN JOURNAL OF THE MEDICAL SCIENCES. Illustrierte Monatsfachzeitschrift. Herausgeber: E. B. Krumbhaar. Verlag: Lea & Febiger, Philadelphia 6, Pa. Preis des Jahrgangs: 7 Dollar.

AMERICAN JOURNAL OF OBSTETRICS AND GYNECOLOGY. Herausgeber: George W. Kosmak, H. C. Taylor, Jr., W. J. Dieckmann. Verlag: C. V. Mosby Co., 3207 Washington Blvd., St. Louis 3. Enthält neben Artikeln über Fachfragen statistisches Material und viele Anzeigen.

AMERICAN JOURNAL OF OPHTHALMOLOGY. Reichillustrierte Monatsschrift im Verlag der Ophthalmic Publishing Co., 837 Carew Tower, Cincinnati, Ohio.

AMERICAN JOURNAL OF PUBLIC HEALTH. Monatsschrift der American Public Health Association. Herausgeber: Reginald M. Atwater. Verlag: 374 Broadway, Albany 7, N. Y. Ab-handlungen über staatlichen Gesundheitsdienst, vorbeugende Medizin, Unfallverhütung, Bakteriologie, Kinderernährung.

THE AMERICAN JOURNAL OF SOCIOLOGY. Zweimonats-schrift, herausgegeben von Herbert Blumer, E. W. Burgess, E. C. Hughes, L. Wirth. Verlag: University of Chicago Press, Chicago 37, Ill., 5750 Elli Ave. Preis: 5 Dollar jährlich. Be-handelt allgemeine Fragen wie Seelsorge, Organisation der Ge-werkschaften, Beziehungen der Rassen, das Verhältnis von Vorgesetzten und Untergebenen, die Zusammenstellung von Berufsgemeinschaften wie Flugzeugbemannungen und anderes.

AMERICAN JOURNAL OF SURGERY. Monatsschrift im Ver-lag The York Publishing Co., Inc., 49 West 45th Street. New York 19, N. Y. Preis: 10 Dollar jährlich. Herausgeber ist Thurston Scott Welton. Bringt unter anderem Abhandlungen aus den Gebieten der Gynäkologie, Orthopädie, Urologie und Inneren Medizin mit Illustrationen, graphischen Darstellungen und Tabellen.

THE AMERICAN MERCURY. Monatsschrift. Preis: 25 cts. Her-ausgeber: L. E. Spivak, Ch. Angoff. Verlagsadresse: 750 Lexing-ton Ave., New York 22, N. Y. Unter den Mitarbeitern finden wir D. B. Robinson, R. Linton, A. J. Smith, M. Duffield. Wen-det sich an den Common Sense ihrer Leser. Beiträge unter anderen: Children who Drink. The Army's Plans for the Next War. The Vanishing American Negro. Labor's Rise to Power.

THE AMERICAN REVIEW OF TUBERCULOSIS. Monatsschrift der American Trudeau Society. Herausgeber: Max Pinner. Ver-lag: Mount Royal & Guilford Aves., Baltimore 2, Md. Ver-öffentlicht Berichte der National Tuberculosis Association.

THE AMERICAN SCHOLAR. Mit dem Untertitel: Vierteljah-resschrift für den unabhängigen Denker. Herausgeber: H. Haydn, Chr. Gauß. Adresse: 217 Canner Street, New Haven 11, Conn. Behandelt allgemein interessierende Wissensgebiete ohne Bevorzugung einer bestimmten Richtung. Mitarbeiter: M. Ler-ner, L. Stein, A. Guérard, F. Windolph, F. Frost, S. Holbrook.

ANALYTICAL CHEMISTRY. Monatsschrift der American Chem-ical Society at Easton, Pa. Herausgeber: W. J. Murphy. Adresse: 1155 16th Street N.W., Washington 6, D. C.

THE ANNALS OF THE AMERICAN ACADEMY OF POLI-TICAL AND SOCIAL SCIENCE. Erscheint zweimal monat-lich. Herausgeber: Thorsten Sellin, W. Wallace Weaver. Mitarbeiter sind H. R. Crane, Arthur H. Compton, Howard A. Meyerhoff. Themen: Atomphysik, Weltherrschaft, Totaler Krieg.

ARCHITECTURAL RECORDS. Illustrierte Monatsschrift (tech-nisch-kaufmännisch). General Manager: H. Judd Payne. Adr. 119 West 40th Street, Boston, Mass.

THE ART DIGEST. Erscheint vierzehntägig mit Reproduktionen. Preis: 35 cts. Herausgeber: Peyton Boswell, Jr., J. Gibbs, Ben Wolf. Adresse: 116 East 59th Street, New York 22, N. Y. Ab-handlungen über moderne Malerei, Skulptur und Graphik mit Reproduktionen, Berichte von Ausstellungen, kalendrarische Übersichten über Kunstausstellungen und Versteigerungen.

ART NEWS. Monatsschrift. Preis: 60 cts. Herausgeber: Alfred M. Frankfurter. Verlag: 136 East 57th Street, New York 22, N. Y. Behandelt alte und neue Kunst und Kunstgewerbe mit Illustrationen. Mitarbeiter: E. Wind, Aline B. Louchheim, Thomas B. Hess, Stuart Preston, Rosamund Frost und andere.

ARTS AND ARCHITECTURE. Illustrierte Monatsschrift. Preis: 50 cts. Herausgeber: John Entenza. Adresse: 3305 Wilshire Bd., Los Angeles 5. Artikel über Wohnhausbau und Innenausstat-tung. Unter den Mitarbeitern finden wir E. Mendelsohn und Soriano.

THE ATLANTIC. Monatsschrift. Preis: 50 cts. Adresse: 8 Ar-lington Street, Boston 16, Mass. Prominente Mitarbeiter: Carl Sandburg, Nora Waln, J. B. Priestley, Th. K. Finletter, Tho-mas Wolfe, John A. Lommax, Herbert Feis. Abhandlungen

über aktuelle Tagesfragen, Monographien führender Persönlichkeiten, Berichte aus Übersee, Poesie.

THE BOOK LIST. Halbmonatlich. Preis: 25 cts. Herausgeber: Eileen Duggan für die American Library Association. Adresse: 50 E. Huron Street, Chicago 11, Ill. Bringt Bücheranzeigen aus allen Gebieten der Kunst, Wissenschaften, Geschichte, Belletristik, kurze Besprechungen und Index.

BOOK READER. Monatsschrift. Preis: 25 cts. Präsident: Maxwell M. Geffen. Adresse: 76 9th Ave., New York 11, N.Y. Veröffentlicht Romane, Biographien in kondensierter Form.

BOYS' LIFE. Monatsschrift der Boy Scouts of America. Preis: 20 cts. Herausgeber: Irving Crump. Adresse: 2 Park Ave., New York 16, N.Y. Knabenzeitschrift der Pfadfinderbewegung, bringt Abenteuer-, Reise- und Tiergeschichten, Artikel über technische Neuerungen, Erfindungen.

THE BUSINESS EDUCATION WORLD. Monatsschrift in kleinem Format. Preis: 20 cts. Herausgeber: John Robert Gregg. Adresse: 34 North Crystal Street, East Stroudsburg, Pa. Abhandlungen zur Handelsschulbildung.

THE CATHOLIC WORLD. Monatsschrift für Literatur und Wissenschaft. Veröffentlicht durch die Missionary Society of St. Paul the Apostle (Paulist Fathers). Bringt politische Betrachtungen über die Palästinafrage, Spanien, United Nations, Polen, Indien, Gedichte und Besprechungen ausländischer Zeitungen unter Betonung des konfessionellen Standpunkts.

CERAMIC AGE. Herausgeber: Roy W. Allison. Preis: 50 cts. Adresse: 421 Parker Street, Newark 4, N.J. Behandelt Industrie- und kunstgewerbliche Keramik.

CERAMIC INDUSTRY. Monatsschrift für die technische Anwendung von Glas, Email und Irdeware. Herausgeber: Harold H. Rosenberg. Adresse: 59 E. Van Buren Street, Chicago 5, Ill. Preis: 50 cts.

CHEMICAL ABSTRACTS. Halbmonatsschrift der American Chemical Society. Preis: 75 cts. Herausgeber: E. J. Crane. Adresse: 1155 16th Street N.W., Washington 6, D. C. Kondensierte Berichte aus der chemischen Fachliteratur.

CHEMICAL ENGINEERING. Illustrierte Monatsschrift. Preis: 35 cts. Herausgeber: S. D. Kirkpatrick. Adresse: 99—129 North Broadway, Albany 1, N.Y. Bringt Berichte über neue Forschungsergebnisse: Atomenergie, flüssigen Sauerstoff, Vinylharze, Kunststoffe u. a. Mitarbeiter sind: J. G. Henderson, Robert Colborn, Crosby Field.

CHILD LIFE. Illustrierte Kindermonatsschrift. Preis: 25 cts. Herausgeber: Janet Newton. Adresse: 1100 West Broadway, Louisville 1, Ky. Bringt Beschäftigungsanweisungen, Unterhaltungsliteratur, naturkundliche und Handfertigkeitsteile.

CHILD STUDY. Vierteljahresschrift für Elternziehung. Preis: 45 cts. Herausgeber: Ruth Hallay. Auch der weitere Mitarbeiterstab besteht aus Frauen. Adresse: 221 West 57th Street, New York 19, N.Y. Behandelt Ernährung, Erziehung, Hygiene, Entwicklungsschwierigkeiten.

CHILDHOOD EDUCATION. Monatsschrift für Lehrer und Schüler. Preis: 40 cts. Herausgeber: Frances Mayfarth. Weiblicher Redaktionsstab. Adresse: 1201 16th Street N.W., Washington 6, D. C. Propagiert Erziehung zur Arbeit und durch Arbeit.

CHILDREN'S ACTIVITIES. Kindermonatsschrift. Preis: 50 cts. Herausgeber: Frances W. Marks. Veröffentlicht durch Child Training Association, Inc., 1018 S. Wabash Ave., Chicago 5, Ill. Bringt Spiele, Rätsel, Lieder, Bastelanleitungen und Zeichnungen.

THE CLEARING HOUSE. Monatsschrift für die höheren Schulen. Preis: 40 cts. Herausgeber: Forrest E. Long. Adresse: 207 4th Ave., New York 3, N.Y. Behandelt Erziehungsfragen vom Standpunkt des Lehrers. Unter anderem Artikel über die Einrichtung von Schülerbühnen, Rauchen in der Öffentlichkeit.

COLLEGE ENGLISH. Monatsschrift, erscheint nur Oktober bis Mai. Preis: 40 cts. Herausgeber: W. Wilbur Hatfield. Adresse: 5750 Ellis Ave., Chicago, Ill. Veröffentlichung der University of Chicago Press. Beiträge behandeln Lehrerbildung, Literaturunterricht, Aufsatzthemen, Stilistik.

COLLIER'S. Illustrierte Wochenschrift im Großformat. Preis 10 cts. Herausgeber: Walter Davenport. Adresse: Springfield, Ohio. Enthält viele Bildreportagen. Unterhaltungsliteratur und Beiträge über alle aktuellen Fragen. Ausgedehnter Anzeigenteil mit farbigem Bildreklaamen.

COMMONWEAL. Wochenschrift katholischer Prägung. Preis 15 cts. Herausgeber: Edw. Skillin, Jr. Adresse: 386 4th Ave., New York 16, N.Y. Bringt Aufsätze über Politik, Wirtschaft, soziale Fragen; einzelne Proben moderner Dichtung.

THE COSMOPOLITAN. Monatsschrift. Preis: 35 cts. Herausgeber: Arthur Gordon. Verlag: Hearst Magazine, Inc., 57th

St. 8th Ave., New York 19. Illustrierte Unterhaltungszeitschrift, die jeweils einen Roman, eine Kurzgeschichte, Artikel über allgemeine Themen und Bildgeschichten bringt.

EDUCATIONAL LEADERSHIP. Monatsschrift der Association for Supervision and Curriculum Development. Erscheint Oktober bis Mai. Preis: 50 cts. Herausgeber: Gertrude Hanka. Verlag: 1201 16th Street, N.W., Washington 6, D. C. Mitarbeiter sind Schulleiter und Lehrer; die Beiträge behandeln durchweg Schulfragen.

THE EDUCATIONAL RECORD. Vierteljahresschrift des American Council of Education. Preis: 75 cts. Herausgeber: Brumbaugh. Verlag: 744 Jackson Place, Washington 6, D. C. Bringt unter anderem vergleichende Aufsätze über die Erziehung in Deutschland, Italien und Japan, Vorschläge UNESCO für Erziehungsreformen. Mitarbeiter sind Schulleiter und Universitätsprofessoren.

EDUCATIONAL SCREEN. Monatsschrift. Preis: 35 cts. Herausgeber: Melson L. Greene. Verlag: 64 East Lake Street, Chicago, Ill. Propagiert visuelle Erziehung durch Lehrfilme, Filmarchive, visuellen Unterricht.

ELECTRICAL ENGINEERING. Monatsschrift des American Institute of Electrical Engineers. Herausgeber: G. Ross Henniger. Verlag: 33 West 39th Street, New York 18, N.Y. Wendet sich an einen technisch wie kaufmännisch interessierten Leserkreis.

FIELD AND STREAM. Monatsschrift. Preis: 25 cts. Herausgeber: Hugh Grey. Verlag: Field and Stream Publishing Co., Madison Ave., New York 22, N.Y. Zeitschrift für Freizeitsportler. Illustrierte Sport- und Abenteuergeschichten.

FOREIGN AFFAIRS. Vierteljahresschrift. Preis: 1,25 Dollar. Herausgeber: Hamilton Fish Armstrong. Verlag: 58 East 6th Street, New York 21, N.Y. Repräsentative außenpolitische Zeitschrift, die sich bemüht, maßgebliche Persönlichkeiten aller Welt für die innen- und außenpolitischen Probleme ihrer Länder zu Wort kommen zu lassen.

FOREIGN POLICY BULLETIN. Wochenschrift der Foreign Policy Association, Inc. Preis: 25 cts. Herausgeber: Victor M. Micheles Dean. Verlag: 22 East 38th Street, New York 17, N.Y. Bringt auf 4 Seiten kurze Analysen und Kommentare der Tagesereignisse, unter anderem: Washington sucht Unterstützung für die auswärtigen Anleihen; Großmächte sind vorsichtig bei den UN-Debatten über Palästina; Werden die Vereinigten Staaten und die UdSSR zu einem Gleichgewicht der Mächte kommen?

FOREIGN POLICY REPORTS. Erscheint 14tägig. Preis: 25 cts. Veröffentlicht von der gleichen Gesellschaft, demselben Herausgeber und im gleichen Verlag wie oben. Bringt Einzelstudien und Stellungnahmen außenpolitischer Fragen.

FORTUNE. Illustrierte Monatsschrift in gepflegter Ausstattung. Herausgeber: Henry R. Luce (ebenfalls Herausgeber von Life und Time). Verlagsadresse: Time Inc., 160 Maple Street, Jersey City 3, N. J. Preis: 1 Dollar. Wendet sich an einen vielschichtigen interessierten Laienleserkreis, bringt Aufsätze zu vorwiegend wirtschaftlichen Fragen, gibt Informationen und Anregungen, verwertet Rundfragen und gruppiert die Beiträge einer Nummer jeweils um ein Kernproblem, das durch Biographien illustriert und durch statistisches Material belegt wird.

FORUM. Untertitel: The Architectural Magazine of Building. Illustrierte Monatsschrift im Großformat. Preis: 1 Dollar. Herausgeber: Henry Wright. Künstlerische Leitung: Paul Grosz. Verlag: Time Inc., 350 5th Ave., New York 1, N.Y. Architekturmagazin vom technischen und künstlerischen Standpunkt.

FREE WORLD. Untertitel: An International Magazine for United Nations. Preis: 40 cts. Erscheint in 8 verschiedenen sprachlichen Ausgaben, weitere in Vorbereitung. Herausgeber: Louis Dolivet. Verlagsadresse: 144 Bleecker Street, New York 12, N.Y. Themen: UN-Versammlungen, Wahlen, Politik.

GEOGRAPHICAL REVIEW. Vierteljahresschrift der American Geographical Society of New York. Preis: 1,25 Dollar. Herausgeber: G. M. Wrigley. Verlag: Broadway 156th Street, New York 32, N.Y. Bringt neben rein fachlichen Themen: Gletscherforschung, Kartenprojektion auch allgemein interessierende: Der Mensch in seinem Verhältnis zur Pflanzenwelt, Grenzprobleme Italiens; Frühe spanische Stadtsiedlungen der Neuen Welt.

THE GLASS INDUSTRY. Monatsschrift. Preis: 25 cts. Herausgeber: Cyril B. Delgado. Verlag: Ogden Publishing Co., West 42nd Street, New York 18, N.Y. Chemische und technische Abhandlungen zur Glasherstellung und -verwendung, Illustrationen und graphischem Material. Großer Anzeigenteil.

GOOD HOUSEKEEPING. Illustrierte Monatsschrift. Preis: 35 cts. Herausgeber: Herbert R. Mayes, Marg. Cousins, Budd Hershey.

ick. Verlag: Hearst Inc., 57th Street 8th Ave., New York 19, N. Y. Dient der Unterhaltung und Belehrung eines ausgedehnten weiblichen Leserkreises. Bringt Kurzgeschichten, Artikel über aktuelle Themen, Mode, Kosmetik, Handfertigkeit, Wohnungsausschmückung. Schätzungsweise 4 Millionen Leser.

PER'S MAGAZINE. Monatsschrift. Preis: 40 cts. Herausgeber: Fred L. Allan, John Fisher, Katherine Gauss-Jackson, Russell Lynes, Eric Larrabee, Catherine Meyer. Bringt solide Beiträge bekannter Wissenschaftler und Fachleute über Nachkriegsprobleme, Besatzungspolitik, Vergleiche zwischen dem ersten und zweiten Weltkrieg, die Rolle der Wissenschaft bei der Gestaltung der Friedenswelt, spezifisch amerikanische Probleme wie Jazz-Kultur, Broadway-Intelligenz, die Eingliederung der heimkehrenden Soldaten in die Friedenswirtschaft der Heimat und anderes.

HARVARD BUSINESS REVIEW. Vierteljahresschrift der Graduate School of Business Administration, Harvard University. Preis: 1,50 Dollar. Herausgeber: Howard T. Lewis. Verlag: Hattal House, Soldiers Field, Boston 63, Mass. Berichtet über Handelsaussichten, neue Warenzeichen-Gesetze, Streikrecht (vom Arbeiterstandpunkt aus), staatliche Unterstützung für Forschungsarbeit und anderes.

HOUSE AND GARDEN. Illustrierte Zeitschrift in gepflegter Ausstattung. Preis: 35 cts. Verlag: 420 Lexington Ave., New York 17, N. Y. Neuzeitliche Innendekoration und Gartengestaltung. Großer Anzeigenteil.

HEALTH. Untertitel: The Health Magazine. Monatsschrift. Preis: 5 cts. Herausgeber: Morris Fishbein, M. D. Verlag: 535 N. Dearborn Street, Chicago 10, Ill. Bringt allgemein interessierende Themen zur Gesundheitspflege: Wechseljahre, Kinderkrankheiten, Kreislaufstörungen. Die Mitarbeiter sind Ärzte und Hochschulprofessoren.

INDUSTRIAL AND ENGINEERING CHEMISTRY. Monatsschrift mit einer Auflage von 43 100 Exemplaren. Preis: 75 cts. Herausgeber: Walter J. Murphy. Verlag: 1155 16th Street, N. W., Washington 6, D. C. Illustrierte Beiträge aus Technik und Wissenschaft. Reklame- und Anzeigenteil.

INDUSTRIAL FINISHING. Monatsschrift für den Konfektionär. Enthaltene Anzeigen und Reklame.

INDUSTRIAL DESIGN. Untertitel: Industrial Design. Illustrierte Zeitschrift für Architekten, Innenarchitekten und Zeichner. Preis: 50 cts. Herausgeber: Francis D. N. Schroeder. Verlag: Whitney Publications, Inc., 11 East 44th Street, New York 17, N. Y. Bringt Anregungen zu neuzeitlichem Hausbau und Innenausstattungen mit Abbildungen in Großformat, nur wenig Begleittext.

INTERNATIONAL CONCILIATION. Veröffentlichung der Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden. Preis: 5 cts. Verlag: 405 West 117th Street, New York 27, N. Y. Abhandlungen zu Politik, Wirtschaft, sozialen Fragen.

INTERNATIONAL MEDICAL DIGEST. Monatsschrift. Herausgeber: Robert A. Strong. Bringt kondensierte Übersichten aus der medizinischen Fachliteratur.

JOURNAL OF THE AMERICAN MEDICAL ASSOCIATION. Ärztliche Fachzeitschrift. Auflage: 120 000. Preis: 25 cts. Verlag: 535 North Dearborn Street, Chicago 10, Ill.

JOURNAL OF THE AMERICAN STATISTICAL ASSOCIATION. Vierteljahresschrift. Herausgeber: Oscar K. Buros. Verlag: 1603 K. Street N. W., Washington 6, D. C. Bringt Analysen, Statistiken, Tests, Übersichten, Indizes.

JOURNAL OF THE AMERICAN VETERINARY MEDICAL ASSOCIATION. Monatsschrift. Preis: 75 cts. Herausgeber: J. A. Merillat. Verlag: 600 S. Michigan Ave., Chicago, Ill. Offizielles Fachorgan.

JOURNAL OF APPLIED PHYSICS. Monatsschrift. Preis: 1 Dollar. Herausgeber: Elmer Hutchisson. Verlag: Prince and Lemon Street, Lancaster, Pa. Veröffentlicht unter anderem Beiträge zur Strahlungsforschung mit graphischen Darstellungen.

JOURNAL OF DENTAL RESEARCH. Erscheint zweimonatlich. Preis: 1 Dollar. Herausgeber: Hamilton B. G. Robinson. Verlag: Ohio State University, College of Dentistry, Columbus 10, Ohio.

JOURNAL OF EDUCATION. Monatsschrift September bis Mai. Preis: 35 cts. Herausgeber: Anson W. Belding. Verlag: 8 Beacon Street, Boston, Mass. Berichtet über Neuerungen im Schulwesen, Lehrmittel, Schülerbeurteilung.

JOURNAL OF EDUCATIONAL PSYCHOLOGY. Erscheint monatlich September bis Mai. Preis: 90 cts. Herausgeber: H. C. Buchholz. Verlag: 10 E. Centre Street, Baltimore 2, Md. Wissenschaftliche Untersuchungen des Lernens und Lehrens, Messung der psychologischen Entwicklung des Individuums.

Themen: Tests, Examenspsychose, Kunstunterricht, freie Themenwahl im Schulaufsatz. Unter den Mitarbeitern: Miles A. Tinker, Edna Bottorf, Karl J. Holzinger.

JOURNAL OF EDUCATIONAL RESEARCH. Monatsschrift. Preis: 60 cts. Herausgeber: A. S. Barr. Verlag: 114 South Carroll Street, Madison 3, Wisc. Behandelt Schulfragen, Verwaltung und Organisation, Lehrplanaufstellung, psychologische Auswertung einzelner Fächer.

JOURNAL OF EXPERIMENTAL EDUCATION. Vierteljahresschrift der Universität von Wisconsin. Herausgeber: A. S. Barr. Verlag: Universität von Wisconsin, Madison 6, Wisc. Preis: 1,50 Dollar. Bringt Anregungen und Beobachtungen: Einführung von Zeugnissen für Lehrer, Verhältnis zur Disziplin, Helden und Ideale in der kindlichen Vorstellung, Messung der Geläufigkeit beim Schulaufsatz.

JOURNAL OF HEALTH AND PHYSICAL EDUCATION. Erscheint monatlich September bis Juni. Preis: 2,50 Dollar jährlich. Herausgeber: Mary Wibel. Verlag: 1201 16th Street N. W., Washington, D. C. Aufsätze über: Unfallverhütung im Sport, Sport in der militärischen Ausbildung, Körperbehinderte Schulkinder, Gymnastik und Ausdrucksstanz und anderes.

JOURNAL OF HIGHER EDUCATION. Erscheint monatlich Oktober bis Juni. Herausgeber: R. H. Eckelberry. Behandelt Erziehungsfragen an den Colleges, Universitäten und Berufsschulen der Vereinigten Staaten. Beiträge über: Erziehung in Europa, Religion in der Schulerziehung, Schulbüchereien, Amerikanische Universität in Biarritz.

JOURNAL OF HOME ECONOMICS. Monatsschrift. Preis: 35 cts. Herausgeber: Zelta Rodenwald. Verlag: 620 Mills Bldg., Washington 6, D. C. Behandelt Wohnbauprobleme, Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung, Unfälle durch feuergefährliche Kleiderstoffe und anderes.

JOURNAL OF NEGRO EDUCATION. Vierteljahresschrift. Preis: 1 Dollar. Herausgeber: Chas. K. Thompson. Verlag: Howard University Press, Washington 1, D. C. Bringt Kolonisationsvorschläge, Berichte über die Sklaverei, Neger-Colleges und anderes.

JOURNAL OF PEDIATRICS. Monatsschrift. Preis: 75 cts. Herausgeber: Borden S. Veeder, Hugh McCulloch. Verlag: 3207 Washington Blvd., St. Louis 3. Fachorgan für Kinderkrankheiten.

JOURNAL OF POLITICAL ECONOMY. Erscheint zweimonatlich. Preis: 1 Dollar. Herausgeber: William H. Nicholls. Verlag: 5750 Ellis Ave., Chicago 37, Ill. Bringt Artikel zur Weltwirtschaft wie: Chinas Staatseinkünfte; die Australische Zentralbank; Britische Arbeiterpartei und die Reform im Mutterland.

JOURNAL OF SOCIAL HYGIENE. Monatsschrift. Preis: 35 cts. Herausgeber: Ray H. Everett, Vorsitzender der American Social Hygiene Association. Beiträge über Krankheitsvorbeugung, Geschlechtskrankheiten, Eheberatung, Truppenhygiene.

JUNIOR COLLEGE JOURNAL. Erscheint monatlich September bis Mai. Herausgeber: Leonard V. Koos. Preis: 50 cts. Verlag: Department of Education, University of Chicago, 5835 Kimbark Ave., Chicago 37, Ill. Veröffentlichung der American Association of Junior Colleges zu allgemeinen Erziehungsfragen.

LABOR INFORMATION. Monatsschrift. Preis: 10 cts. Herausgeber: Herbert Little. Adresse: Washington 25, D. C., US Department of Labor. Bringt Artikel über Arbeitsgesetze, Versichertenarbeit, Arbeitsprobleme der Zukunft, Lohnfragen, Statistiken über Durchschnittsalter der arbeitenden Bevölkerung.

LADIES' HOME JOURNAL. Bunt illustrierte Monatsschrift. Preis: 3 Dollar jährlich. Verlag: Curtis Publishing Co., Independence Square, Philadelphia 5, Pa. Bringt in unterhaltender Form politische Artikel, allgemein interessierende Tagesereignisse, zusammengefasste Novellen, Gedichte. In jeder Nummer finden sich die Spalten über Hauswirtschaft, Innenausstattung, Mode und kosmetische Ratschläge.

THE LAMP. Zweimonatsschrift der Standard Oil Co., New Jersey. Verlag: 30 Rockefeller Plaza, R 1626, New York 20, N. Y. Behandelt Werksangelegenheiten und Fragen der Petroleumprospektion und -raffinerie.

LIBRARY JOURNAL. Halbmonatsschrift, September bis Juni. Herausgeber: Karl Brown. Verlag: R. R. Bowker Co., 62 West 45th Street, New York 19, N. Y. Abhandlungen zu Bibliotheksfragen. Buchbinderei, Neuerungen wie Film- und Schallplattenarchive.

LIFE. Monatsschrift mit farbigen Illustrationen in geschmackvoller Aufmachung. Herausgeber und Verlag sind die gleichen wie bei Fortune. Bietet Querschnitt durch das kulturelle und gesellschaftliche Leben Amerikas durch photographische Berichte,

- Kunstreproduktionen, Monographien prominenter Persönlichkeiten, Analysen von Zeitgeschehnissen in prägnanter und unterhaltender Form.
- LOOK.** Illustrierte Halbmonatsschrift. Preis: 10 cts. Herausgeber: Gardner Cowles. Verlag: 715 Locust Street, Des Moines 4, Iowa. Bringt wenig Text, dafür Bildberichte über Sport, Mode, Aktualitäten, unter anderem humorvolle Photoreportage: Baby besiegt einen Leichtathleten im Energiewettbewerb.
- MAGAZINE OF ART.** Illustrierte Kunstzeitschrift. Preis: 75 cts. Herausgeber: John D. Morse. Verlag: 22 E. 60th Street, New York City 22. Veröffentlichung der American Federation of Arts. Bringt Abhandlung über alte und neue Malerei, Graphik und Plastik mit Reproduktionen.
- THE MATHEMATICS TEACHER.** Erscheint achtmal jährlich. Preis: 25 cts. Verlag: 525 West 120th Street, New York 27, N.Y. Behandelt Fachfragen und Stellung der Mathematik im allgemeinen Unterricht.
- MENTAL HYGIENE.** Vierteljahresschrift. Preis: 1,25 Dollar. Herausgeber: George S. Stevenson. Verlag: 1790 Broadway New York 19, N.Y. Propagiert allgemeinverständliche medizinische Unterweisung zur Verhütung von Neurosen. Abhandlungen über Schule und seelische Hygiene, Neuropsychiatrie im Heer, Psychotherapie in der Truppenführung und anderes.
- MINING AND METALLURGY.** Illustrierte Monatsschrift. Preis: 50 cts. Herausgeber: A. B. Parsons, Edward H. Robie. Verlag: 29 West 39th Street, New York 18. Berichtet über technische Neuerungen bei der Verhüttung, Legierungen und anderes.
- MODERN LANGUAGE JOURNAL.** Veröffentlichung der National Federation of Modern Language Teachers Association. Verlag: Ohio State University, Columbus 10, Ohio. Herausgeber: W. S. Hendrix. Berichtet über Erfahrungen im Unterricht der modernen Schulsprachen Französisch, Spanisch, Deutsch.
- MODERN MUSIC.** Vierteljahresschrift der League of Composers. Preis: 75 cts. Herausgeber: Minna Lederman. Im Vorstand unter anderem Aaron Copland, Darius Milhaud, Béla Bartók. Bringt Nachrichten über das Musikleben in Amerika und Europa, Analysen neuer Kompositionen, Besprechungen von musikalischen Veranstaltungen.
- MODERN PLASTICS.** Bunt illustrierte Fachschrift für den Techniker und Kaufmann. Preis: 5 Dollar jährlich. Verlag: 122 E. 42nd Street, New York 17, N.Y. Bringt Artikel über neue Kunststoffe, ihre Eigenschaften und technische Verwendbarkeit.
- MONTHLY LABOR REVIEW.** Veröffentlichungen des Bureau of Labor Statistics, Washington 25, D.C., US Department of Labor. Verantwortlich: A. F. Hinrichs. Abhandlungen (ohne Verfasserangabe) über Arbeitsstatistik. Themen unter anderem: Lage auf dem Arbeitsmarkt, Lohnstruktur, Zusammensetzung der Stadtfamilie im Verhältnis zum Einkommen.
- MUSICAL COURIER.** Untertitel: Review of World's Music. Illustrierte Monatsschrift. Preis: 25 cts. Herausgeber: Russell Kerr. Verlag: 119 West 57th Street, New York 19, N.Y. Bringt Konzertbesprechungen, Personalsnachrichten, Voranzeigen musikalischer Veranstaltungen.
- MUSICAL DIGEST.** Monatsschrift. Preis: 50 cts. Herausgeber: Alfred Human. Verlag: 119 W. 57th Street, New York City 19, N.Y. Artikel über Musikerziehung, Musiker-Biographien, Radio- und Schallplattenbesprechungen.
- NATION.** America's Leading Liberal Weekly Since 1865. Preis: 15 cts. Herausgeber: Freda Kirchwey. Verlag: The Nation Associates, Inc. 20 Vesey Street, New York 7, N.Y. Mitarbeiter: Henry Steele Commager, Professor für Geschichte an der Columbia-Universität, J. Alvarez del Vayo, Heinz Eulau, James Hearst, Harold J. Laski, Keith Hutchison, J. Carmichael, Reinhold Niebuhr. In den Leitartikeln und den Abhandlungen zur Außenpolitik werden die imperialistischen Tendenzen und die gegen einzelne Strömungen im Innern gerichteten Maßnahmen der Regierung kritisiert. Buch- und Kunstbesprechungen sowie Einsendungen an die Redaktion nehmen einen breiten Raum ein. Jede Nummer bringt eine Abhandlung aus der Wirtschaft, z. B. Hutchison: America's World Bank; J. Hearst: The Farmer Pays His Debts. Polemische Artikel: Liberals Beware (F. Kirchwey) oder eine Aufklärung über die Palästina-Frage der Zionist Organisation.
- THE NATION'S SCHOOLS.** Monatsschrift für bessere Schulverwaltung. Preis: 35 cts. Verlag: Nation's School Publishing Co., Inc., 919 North Michigan, Chicago 11, Ill. Themen: Lehrfilme für überfüllte Klassen, Ernährung und Schulleistung, Wahlfächer, technische Vervollkommen im Schulhausbau, Spezialfabrikate für Fußböden und Fensterglas und anderes.
- THE NATIONAL GEOGRAPHIC MAGAZINE.** Monatsschrift der National Geographic Society, Washington, D.C. Herausgeber: Gilbert Grosvenor. Bunt illustrierte Landschaftsskizzen, allgemein interessierende erdkundliche Abhandlungen.
- THE NATIONAL WOOLGROWER.** Fachblatt für Schafzüchter. Herausgeber: J. M. Jones, Irene Young. Verlag: 509 E. National Life Building, Salt Lake City 1, Utah. Preis: 5 Dollar jährlich. Bringt Zucht- und Handelsfragen, Gesetze.
- NEA JOURNAL** (Journal of the National Education Association). Monatsschrift, September bis Mai. Preis: 3 Dollar jährlich. Herausgeber: Joy Elmer Morgan. Verlag: 1201 16th N.W., Washington 6, D.C. Themen: Erziehung im vorpflchtigen Alter, Ferienheime, Zusammenarbeit von Eltern und Lehrerschaft; Handfertigkeit im Schulunterricht, Aufsicht über die Beobachtung der Schüler, Lehrerbesoldung, amerikanische Alphabeten (Navaho-Indianer) und anderes.
- NEW MODERN DRUGS.** Vierteljahresschrift für Drogerzeugnisse. Auflage: 102 000. Verlag: 49 West 45th Street, New York 18, N.Y. Statistiken, Reklame.
- NEW REPUBLIC.** Wochenschrift. Preis: 15 cts. Herausgeber: Henry Wallace, Michael Straight. Verlag: Editorial Publications, Inc., 40 East 49th Street, New York 17, N.Y. In den Spalten: News in Focus, Washington Wire, General Articles finden unter anderem Abhandlungen über Griechenlands Befreiung nach dem Zweiten Weltkrieg, Nachkriegshysterie, Geburteneinschränkung; Nachrufe auf Roosevelt und John L. Lewis; Beiträge über Filme, Musik, etc.
- NEWSWEEK.** Illustrierte Wochenschrift. Preis: 10 Dollar jährlich. Herausgeber: Niles W. von Wetberg, Harry B. M. Land. John E. Thomson. Verlag: Weekly Publications, Inc., 350 Dennison Ave., Dayton 1, Ohio.
- THE NEW YORKER.** Wochenschrift. Preis: 15 cts. Verlag: 43rd Street, New York 18, N.Y. Berichtet unterhaltsam über das Leben der Weltstadt, Anekdoten, Witze.
- NORTH CENTRAL ASSOCIATION QUARTERLY.** Vierteljahresschrift für Höhere und Sonntagsschulen. Preis: 75 cts. Herausgeber: Harlan C. Koch. Verlag: George Banta Publishing Co., Menasha, Wisc. Schulstatistiken und Jahresberichte.
- NORTH EASTERN REPORTER.** Verlag: West Publishing Co., 50 Kellogg Bld., St. Paul 2, Minn. Zusammengefasste Prozeduren, Statistische Übersichten aus den Nordost-Staaten.
- OMNIBOOK.** Illustrierte Monatsschrift. Herausgeber: Maxwell Geffen. Verlag: Omnibook, Inc., 76 9th Ave., New York 14, N.Y. Gekürzte Abdrucke der meistgelesenen Romane und Erzählungen.
- PAPER TRADE JOURNAL.** Preis: 15 cts. Herausgeber: W. Cook. Verlag: 15 W 47th Street, New York 19, N.Y. Papierherstellung und -verwendung vom technischen und kaufmännischen Standpunkt.
- PAPERS OF THE BIBLIOGRAPHICAL SOCIETY OF AMERICA.** Vierteljahresschrift. Preis: 1 Dollar. Herausgeber: William A. Wilson. Verlag: 100 Washington Square, New York 11, N.Y. Tätigkeitsberichte der Bibliographischen Gesellschaft, Buchmonographien und -anzeigen.
- PARENTS MAGAZINE.** Monatsschrift. Preis: 30 cts. Herausgeber: Clara Savage Little. Verlag: 52 Vanderbilt University, New York 17, N.Y. Veröffentlichung des Teachers College der Columbia-Universität unter Mitarbeit der Universitäten von Minnesota, Iowa und der Yale-Universität. Erziehungs- und praktische Ratschläge für die Zusammenarbeit von Eltern und Lehrern.
- PEABODY JOURNAL OF EDUCATION.** Preis: 40 cts. Herausgeber: A. L. Crabb. Veröffentlichung des George Peabody College for Teachers, Nashville, Tenn.
- POLITICAL SCIENCE.** Vierteljahresschrift. Preis: 1 Dollar. Verlag: 111 East Chestnut Street, Lancaster, Pa. Veröffentlichung der Academy of Political Science der Columbia University, New York. Unter anderen Beiträgen finden wir: P. C. Jessup: Aggression and International Law; H. Wechsler: Issues in the Nuremberg Trial; G. A. Almond: Resistance and Political Control in Western Europe; Albert Salomon: Hugo Grotius and Social Sciences; T. C. Cochran: Plan for the Study of Business Thinking.
- POPULAR MECHANICS.** Monatsschrift. Preis: 25 cts. Herausgeber: H. H. Windsor, Jr. Verlag: 200 East Ontario Street, Chicago 11, Ill. Allgemeinverständliche Abhandlungen über Motoren, Tests, Handfertigkeit und ähnliches.
- POPULAR PHOTOGRAPHY.** Monatsschrift. Preis: 25 cts. Herausgeber: Frank Fenner, Jr. Fotografische Leitung: W. Steinhard, Arthur Haug. Verlag: 185 North Wabash Street, Chicago 1, Ill. Farbphotos, Bildberichte, Anleitung, Preislisten.
- POPULAR SCIENCE.** Monatsschrift. Preis: 25 cts. Herausgeber: Perry Githens. Verlag: 353 4th Ave., New York 10, N.Y.

haltungsteil und illustrierte, allgemeinverständliche Artikel aus allen Gebieten der Wissenschaft und Technik.

CEEDINGS. Monatliche Veröffentlichung (September bis Juni) der American Society of Civil Engineers. Preis: 1 Dollar. Verlag: Prince and Lemon Street, Lancaster, Pa. Neben anderen Fachberichten finden wir Abhandlungen über Strahlenabweichungen, Einbau von Grundwassertanks, Verhütung von Erdstößen.

PROGRESSIVE TEACHER. Monatsschrift (September bis Mai). Preis: 35 cts. Herausgeber: M. S. Adcock. Verlag: Morrisown, Tenn. Behandelt pädagogische Fragen, praktische Erziehung durch Humor, Bürgerkunde-Unterricht, Orthographie, Drogenmissbrauch der Jugendlichen, Hauswirtschaftsfächer.

ZOOLOGICAL ABSTRACTS. Monatsschrift. Preis: 7 Dollar jährlich. Herausgeber: C. M. Louttit. Verlag: Prince and Lemon Street, Lancaster, Pa. Inhaltsangaben und Buchbesprechungen.

OPINION. Vierteljahresschrift. Preis: 1,25 Dollar. Veröffentlicht von Abstimmungen und Rundfragen. Artikel über Wahlen in New York, Haß-Propaganda in Detroit, Außenpolitik durch Flugblätter, Vorurteile gegen Farbige, Stereotype Urteile bei der Betrachtung der deutschen Verhältnisse, Schwankungen in der „Moral“ der deutschen Wehrmacht und anderes.

LISHER'S WEEKLY. Herausgeber: R. R. Bowker, Fred G. Melcher, Mildred Smith, Alice P. Hackett. Verlag: 62 West 11th Street, New York 19. Veröffentlichungen der Verleger und Buchhändler, Buchanzeigen und Besprechungen.

ARTERLY JOURNAL OF ECONOMICS. Preis: 1,25 Dollar. Herausgeber: Abbott P. Usher, William L. Crum, Alvin H. Hansen, Edward H. Chamberlin, Arthur E. Monroe. Verlag: 12 Littauer Center, Cambridge, Mass. Bringt Artikel über allgemeine Wirtschaftsfragen: Errechnung von Transportkosten, Kartelle und Konkurrenz, Außenhandel und Einkünfte, Lohnsteuer, Sparkassen und anderes.

WAY AGE. Wochenschrift. Preis: 6 Dollar jährlich. Herausgeber: Samuel O. Dunn. Verlag: Publication Corp., 1309 Noble Street, Philadelphia 23, Pa. Behandelt Beamten- und Nachwuchsfragen, Materialausnutzung und ähnliches.

ON TEXTILE. Monatsschrift. Preis: 5 Dollar jährlich. Verlag: 303 5th Ave., New York 16, N. Y. Untertitel: Technische Autorität der Kunstfaser-Industrie. Farbige Illustrationen, viele Anzeigen und Anzeigen.

DER'S DIGEST. Monatsschrift. Preis: 25 cts. Herausgeber: Witt Wallace, Lila Acheson Wallace. Verlag: Reader's Digest Association, Inc., Pleasantville, N. Y. Unterhaltungsblatt, bringt abgekürzte Artikel und Novellen, Anekdoten, Aphorismen, Denkaufgaben, Witze.

ARCH QUARTERLY. Monatsschrift der American Association for Health, Physical Education and Recreation. Preis: 1 Dollar. Herausgeber: Mary Wibbel. Verlag: 1201 16th Street, N. W., Washington 6, D. C. Behandelt Sport als Lehrfach, Fernunterricht für Veteranen-Schüler, Leistungsprüfungen und anderes.

SATURDAY REVIEW OF LITERATURE. Wochenschrift. Preis: 15 cts. Verlag: Saturday Review Associates, Inc., 25 West 11th Street, New York 19, N. Y. Außer einem Hauptartikel bringt das Blatt Bücherbesprechungen und kurze Nachrichten. Unter den Beiträgen finden wir: Rex Warner: Die allegorische Methode, eine stilistische Untersuchung, Leo Lania: Europas schlagene Muse; Dorothy Thompson: Als ich das letzte Mal Berlin sah; Ifor Evans: Die Kunst in England.

OL AND SOCIETY. Wochenschrift. Preis: 15 cts. Herausgeber: I. L. Kandel. Verlag: The Science Press, North Queen Street and McGovern Ave., Lancaster, Pa. Mitarbeiter sind mit folgenden Artikeln vertreten: Howard G. Spalding: Charakteristika und Erziehung; Frederic Lilge: Geschichte der Pädagogik; J. Maaske: Massenstudium und Bildungsniveau; Ordway: Universitätsstudium und das praktische Leben.

OL ARTS. Monatsschrift (September bis Juni). Preis: 50 cts. Herausgeber: Pedro de Lemos, Jane Rehnstrand. Verlag: Davis Press, Inc., Worcester, Mass. Photo-illustrierte Berichte vom Kunstunterricht: Malen, Modellieren, Dekoration, räumliche Entwürfe, nichtgegenständliches Zeichnen, Glasschneiden, Keramik, Kulissen und Figuren für das Schultheater, Finger- und Bürstenmalerei, Buchbinden, neuartige Bücherreklame.

OL BOARD JOURNAL. Monatsschrift. Preis: 35 cts. Zeitschrift für den Schulverwaltungsrat. Verlag: Bruce Publishing Co., 540 Milwaukee Street, Milwaukee 1, Wisc. Bringt neben anderem Berichte über Lehrerstreiks, neue Schulhausbauten, technische Neuerungen, Anreiz zum Lehrberuf, Berufsschulen,

Fremdsprachenunterricht, Erwachsenenbildung, Handelsschulen, Turn- und technischen Unterricht.

THE SCHOOL EXECUTIVE. Monatsschrift. Preis: 25 cts. Herausgeber: Nancy Larrick. Verlag: Publishing Corporation, Orange, Conn. Die Beiträge im 66. Band behandeln die technische Ausstattung der Schulen wie Fußbodenbelag, Temperaturregelung, Beleuchtung, Blendschutz, Pulte und Arbeits-tische, ferner organisatorische Fragen wie Beförderung durch Schulomnibusse, Eignung des Fahrers, seine Ausbildung in erster Hilfeleistung, Belieferung des Lehrer-Restaurants durch die Kuchenschule.

SCHOOL LIFE. Official Journal of the United States Office of Education. Monatsschrift (Oktober bis Juli). Preis: 10 cts. Herausgeber: Olga A. Jones. Verlag: United States Office of Education, Federal Security Agency, Washington 25, D. C. Erstrebt Hebung des Bildungsniveaus, behandelt Lehrerbildung, -austausch und -besoldung, Schülerbeobachtung und -überwachung in Förderschulen, ärztliche und soziale Betreuung der Schüler; unterhält einen Verbindungsmann zur UNESCO: G. J. Kabat.

SCHOOL REVIEW. Verlag: University of Chicago Press, 5750 Ellis Ave., Chicago 37, Ill. Preis: 30 cts. Zeitschrift für die Erziehung an den Höheren Schulen. Bringt Buchbesprechungen, Beiträge über Englisch-Unterricht für ausländische Studenten, Beschäftigung der Schüler außerhalb der Schulzeit und anderes. Mitarbeiter sind L. V. Koos, L. Nordau, B. C. Hansen, P. R. Pierce, Carson McGuire, Russell J. Fornwalt, A. Frazier, St. Corey, S. P. Phelps, H. R. Walpole.

SCIENCE EDUCATION. Erscheint fünfmal jährlich (Februar, März, April, Oktober und Dezember). Preis: 5 cts. Herausgeber: Clarence M. Pruitt. Verlag: 374 Broadway, New York. Zeitschrift für den Unterricht in den Naturwissenschaften (Apparatebau, Elektronenlehre in der allgemeinen Erziehung und anderes).

SCIENCE NEWS LETTER. Wochenblatt. Preis: 15 cts. Herausgeber: Watson Davis. Verlag: Science Service, Inc., 1719 N Street, N. W., Washington 6, D. C. Dient der Popularisierung der Naturwissenschaften. Unter den Mitarbeitern finden wir: Frank Thoms, Jane Stafford, A. C. Monahan, Martha G. Morrow, Ronald Ross, Alexa M. Carroll. Beiträge aus dem Gebiet der Physik, Chemie und Medizin: Radar, hypnotische Wirkung von Rauschgiften, Krebsheilung.

SCIENTIFIC AMERICAN. Monatsschrift. Preis: 35 cts. Herausgeber: Orson D. Munn. Verlag: Munn & Co., Inc., 24 West 40th Street, New York 18, N. Y. Bringt Rückblicke auf die Technik vor 50 und 100 Jahren, Beiträge über Metalle in der Industrie, Elektronenlehre, Kunststoffe, neue Produkte und Verfahren und ähnliches.

SCIENTIFIC MONTHLY. Illustrierte Monatsschrift. Herausgeber: F. L. Campbell. Verlag: Mt. Royal & Guilford Aves., Baltimore 2, Md. Artikel über: Themen aus dem Gebiet der Biologie, Astrologie, Chemie (Reichtum der Meere, Sonnenfinsternis, Enzyme, Vitamine und Hormone, Aminosäuren), Monographien (Edison) und Buchbesprechungen.

SOCIAL EDUCATION. Erscheint monatlich. Oktober bis Mai. Preis: 30 cts. Herausgeber: Erling M. Hunt. Verlag: 612 Fayerweather Hall, Columbia University, New York 27, N. Y. Unter den Mitarbeitern sind: F. H. Gorman, F. Hunsucker, B. Stewart, W. H. Hartley, Claude M. Fuess. Berichte über Tätigkeit der UNESCO, Bürgerkunde-Unterricht, jüdische Schulen und amerikanische Kultur, Welteinheit und soziale Studien, Yankee-Individualismus.

SOIL CONSERVATION. Monatsschrift des Soil Conservation Service, US Department of Agriculture, Washington, D. C. Herausgeber: Wellington Brink. Preis: 10 cts. Landwirtschaftliche Planung, Bepflanzung in dem Terrain angepaßten Kurven zur Verhütung der Auswaschung bei Tropenregen und ähnliches.

SOIL SCIENCE. Monatsschrift. Preis: 1 Dollar. Herausgeber: Firman E. Bear. Verlag: Williams & Wilkins Co., Mt. Royal & Guilford Aves., Baltimore 2, Md. Unter den Beiträgen finden wir: Nährkulturen in Sand und Kies, kolloidaler Lehm, Wirkung von Kalziumfluorid auf den Boden, Manganformen und -reaktionen in der Erde, elektrische Leitfähigkeit in Erdlösungen, Vergleich des Nährwertes von Pflanzen, die mit und ohne Erde gezogen wurden.

STORY PARADE. Magazin für Knaben und Mädchen. Monatsschrift. Preis: 25 cts. Herausgeber: Barbara Nolan. Verlag: Story Parade, Inc., North Road, Poughkeepsie, N. Y. Buntillustrierte Unterhaltungsschrift.

SURVEY GRAPHIC. Monatsschrift. Preis: 40 cts. Herausgeber: Paul Kellogg. Verlag: 34 North Crystal Street, East Stroudsburg, Pa. Aus den Beiträgen: John G. Winant: Freiheit des

Nachrichtenwesens; James T. Shotwell: Menschenrechte; Thomas Sanction: Negerfrage; Charles G. Bolte: Behandlung der Negerveteranen. Weitere Artikel: Einwanderung von DP's in die Vereinigten Staaten und ihre Berufseingliederung; Gesundheit heute und morgen; Krise des Kapitalismus.

TEACHERS COLLEGE RECORD. Erscheint monatlich, Oktober bis Mai. Preis: 45 cts. Herausgeber: Max R. Brunstetter. Verlag: 8 North 6th Street, Richmond 19, Va. Veröffentlichung des Teachers College der Columbia University, New York. Unter anderem Abhandlungen über Lehrplan, Lehrmittel, Pause, Erholung, Einrichtung von Spezialbibliotheken für Lehrer.

TEXTILE WORLD. Preis: 35 cts. Herausgeber: C. W. Bendigo. Verlag: 330 W 42nd Street, New York 18. Auflage: 21 000. Fachzeitschrift für den Erzeuger und Händler. Themen: Garnherstellung, Weberei, Wirkerei, Zurechtstellung von Baumwolle und Kunstfasern. Großer Anzeigenteil.

THEATRE ARTS. Monatsschrift. Preis: 50 cts. Herausgeber: Rosamond Gilder. Verlag: 130 West 56th Street, New York 19, N. Y. Bringt Künstler-Monographien, kurze Nachrichten, Kritiken, Bühnenbilder, Ballett und Solotanz, Film, Radio, Broadway Review mit Illustrationen.

TIME. Illustrierte Wochenschrift. Herausgeber: Henry R. Luce. Verlag: Time, Inc., 540 N Michigan Ave., Chicago 11, Ill. Kurzgefaßte Nachrichten aus allen Wissensgebieten, Querschnitt durch die Weltereignisse der Woche. Ständige Spalten: Nationale Angelegenheiten, Internationale Beziehungen, Personalien, Sport, Kunst, Religion, Musik, Medizin, Radio, Naturwissenschaften, Presse, Geschäftsleben und Finanz, Erziehung, Bücher. Große Verbreitung, mehrere Auslandsausgaben.

THE UNITED NATIONS WORLD. Organ der Vereinten Nationen. Preis: 35 cts. Herausgeber: R. J. Walsh, L. Delivet, Pearl S. Buck, W. L. Shirer, F. Smith. Verlag: United Nations, Inc., 385 Madison Ave., New York 17, N. Y. Mitarbeiter: Thomas Mann, J. Nehru, Vincent Sheean, Lin Yutang, Jan Masaryk, F. Noel-Baker, Leo Lania und andere. Bringt

Sitzungsberichte, Politiker-Monographien (Carlo Sforza, Clement Gottwald, Frau Pandit Nehru), Beiträge zu aktuellen Themen (F. Joliot-Curie: Atomkraft; Fred Smith: Morgenplan) und ähnliches.

THE UNITED STATES NEWS. Wochenblatt. Preis: 15 cts. ausgeber: David Lawrence. Verlag: 24th & N Street, N. Washington 7, D. C. Behandelt nationale Angelegenheiten, Rekordproduktion und Preissenkung, Rußland in Korea, Arbeitsgesetzgebung, Löhne und Preise, Gewerkschaften, Seefahrt und anderes.

THE VIRGINIAN QUARTERLY REVIEW. Literarische Vierteljahresschrift. Preis: 75 cts. Herausgeber: Charlotte K. Verlag: 1 West Range, Charlottesville, Virginia. Unter Beiträgen finden wir: T. V. Smith: Ausdehnungs- und fuhrmöglichkeiten der amerikanischen Demokratie; W. L. Ston Wright, Jr.: Widersprüchliche Außenpolitik im N. Osten; Michael Lindsay: Bürgerkrieg in China; Sartre-Monographie, Literatur und Kunst.

VOGUE. Bunt illustrierte Monatsschrift. Bringt Mode, Kosmetik und Dekoration in sehr gepflegter Aufmachung. Herausgeber: Edna Woolman Chase, Jessica Daves, Bettina Wilson. Verlag: 420 Lexington Ave., New York 17, N. Y.

VOLTA REVIEW. Monatsschrift. Preis: 25 cts. Verlag: 35th Street, N. W. Washington, D. C. Befaßt sich mit stummen-Problemen (Masern als Ursache, Schulen für stumme Kinder, Lippenlesen und anderes).

WILSON LIBRARY BULLETIN. Erscheint monatlich vom 1. September bis Juni. Herausgeber: Marie D. Loizeaux, Verlag: H. W. Wilson Co., 950-972 University Ave., New York 17, N. Y. Preis: 20 cts. Bibliotheksiräger (Einrichtung von Bibliotheksausgaben, Schallplatten-, Film- und Buchbesprechungen).

THE YALE REVIEW. Vierteljahresschrift. Preis: 1 Dollar. ausgeber: Helen MacAfee. Verlag: 8 Harmony Place, Brookline, Vt. Bringt unter anderem allgemein interessierende handlungen zu politischen und literarischen Problemen, veröffentlicht Novellen und Gedichte. Buchbesprechungen.

Deutsche Zeitschriften in der sowjetisch besetzten Zone

Die folgende Zusammenstellung enthält die in der sowjetischen Zone Deutschlands sowie im sowjetischen Sektor Berlins erscheinenden deutschen Zeitschriften und die von Sowjetrußland in der Ostzone vertriebenen russischen Zeitschriften in deutscher Sprache. Angegeben sind der Name der Zeitschrift, der Untertitel, der Ort oder die Orte, an denen sie erscheint, zudem, soweit bekannt oder zu ermitteln, der Verlag, der Herausgeber, die Erscheinungsweise und die Auflagenhöhe.

AMTLICHE MITTEILUNGEN DER EVANGELISCHEN KIRCHE DER ALTPREUSSISCHEN UNION, Berlin, Christlicher Zeitschriften-Verlag.

AMTSBLATT BERLIN.

AMTSBLATT DES KONTROLLRATS IN DEUTSCHLAND, Berlin.

AMTSKALENDER 1946, Berlin, Christlicher Zeitschriften-Verlag.

ARBEIT UND SOZIALFÜRSORGE, amtliches Organ der Deutschen Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge in der sowjetischen Besatzungszone, Berlin, Deutscher Zentralverlag.

AUFBAU, kulturpolitische Monatsschrift, Berlin, Aufbau-Verlag, Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands.

BERLINER HEFTE, Berlin, Wedding-Verlag.

BILDENDE KUNST, Berlin, Verlag Bildende Kunst.

BLÄTTER DES KULTURBUNDES, Jena.

BLÄTTER FÜR STEUERRECHT, SOZIALVERSICHERUNG UND ARBEITSRECHT, Berlin, Luchterhand-Verlag.

BRANDENBURGISCHER BAUERNKALENDER, Berlin.

BÜHNE UND WAHRHEIT, Schriftenreihe für das neue Volkstheater, Berlin, Aufbau-Verlag, Maximilian Vallentin.

COURIER, Mitteilungen der Industriegewerkschaft Handel und Transport im FDGB, Berlin, Verlag Die Freie Gewerkschaft.

DAS BUCHGEWERBE, Fachzeitschrift für das gesamte graphische Gewerbe und seine Lieferindustrien.

DAS DEUTSCHE GESUNDHEITSWESEN, Berlin, das Blatt der Deutschen Zentralverwaltung für das Gesundheitswesen in der sowjetischen Besatzungszone.

DAS SOZIALISTISCHE JAHRHUNDERT, Berlin, Sozialistische Verlagsgesellschaft.

DEMOKRATISCHE ERNEUERUNG, Mitteilungsblatt der Mitglieder und Freunde des Kulturbundes Mecklenburg und Vorpommern, Schwerin.

DEMOKRATISCHER AUFBAU, Monatszeitschrift für den Aufbau der Gemeinden in der Provinz, Berlin, Allgemeiner Deutscher Verlag.

DER BAUERNFREUND, Schriftenreihe der deutschen Vertretung für Land- und Forstwirtschaft, Deutscher Zentralverlag.

DER BAUHELPER, Zeitschrift für das gesamte Bauwesen, Berlin, Verlag Konrad Gubalke K. G.

DER BERGARBEITER, Mitteilungsblatt für Funktionäre der Industriegewerkschaft Bergbau im FDGB, Berlin, Verlag Die Freie Gewerkschaft.

DER BERLINER ANGESTELLTE, Berlin, Verlag Die Freie Gewerkschaft.

DER FREIE ANGESTELLTE, Mitteilungsblatt für Funktionäre der Gewerkschaft der Angestellten im FDGB, Berlin, Verlag Die Freie Gewerkschaft.

DER FREIE BAUER, Organ der Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft, Dresden (wöchentl.); Halle (wöchentl.) 200 000; Schwerin (wöchentl.) 100 000; Weimar (wöchentl.) 200 000. Deutscher Bauern-Verlag.

DER GROSSE KREIS, das Blatt für jede Frau, Leipzig.

DER JUNGE DEMOKRAT, Schriftenreihe für Bildung und Erziehung, Berlin, Berliner Verlag.

DER LAND- UND FORSTARBEITER, Mitteilungsblatt der Industriegewerkschaft Land- und Forstwirtschaft im FDGB, Berlin, Verlag Die Freie Gewerkschaft.

DER METALLARBEITER, Mitteilungsblatt für Funktionäre der Industriegewerkschaft Metall im FDGB, Berlin, Verlag Die Freie Gewerkschaft.

DER RUNDFUNK, Berlin, wöchentl.

DER SCHUH, Zeitschrift für die Schuh- u. Lederwirtschaft, Berlin.

DER TEXTILARBEITER, Mitteilungen der Industriegewerkschaft Textil im FDGB Groß-Berlin, Berlin, Verlag Die Freie Gewerkschaft.

DER VOLKSbibliothekar, Zeitschrift für Volksbibliothekpraxis, Berlin-Leipzig, Verlag Volk und Wissen.

DER VOLKSLEHRER, Mitteilungsblatt für Funktionäre der Gewerkschaft der Lehrer und Erzieher im FDGB der sowjetischen Besatzungszone, Berlin, Verlag Die Freie Gewerkschaft.

DEUTSCHE BAUERNTECHNIK, eine landtechnische Monatszeitschrift, Berlin, Deutscher Zentralverlag.

TSCHKE LITERATUR AUS ALLEN ZONEN, eine Folge von Wochenberichten und Gesprächen im Berliner Rundfunk der Stimme des Kulturbundes, Berlin.

TSCHKE NATIONALBIBLIOGRAPHIE, Leipzig, Verlag des Börsenvereins der deutschen Buchhändler, Reihe A: Neuerscheinungen des Buchhandels, Reihe B: Neuerscheinungen außerhalb des Buchhandels.

TSCHKE WIRTSCHAFTSBLATT, Berlin, wöchentl., 100 000.

AUSSPRACHE, Mitteilungsblatt für die Mitglieder und Freunde des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, Aufbau-Verlag.

BLAUEN HEFTE, Berlin, Verlag Neues Leben.

DEUTSCHE LANDWIRTSCHAFT, Zeitschrift der deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone, Berlin, Deutscher Zentralverlag.

FRAU VON HEUTE, Organ der Frauenausschüsse, Berlin, Deutscher Verlag.

GEWERKSCHAFT, Mitteilungsblatt der Industrie-Gewerkschaft Öffentliche Betriebe und Verwaltungen im FDGB, Berlin, Verlag Die Freie Gewerkschaft.

NATURWISSENSCHAFTEN, Berlin, Springer-Verlag.

NEUE SCHULE, Blätter für demokratische Erneuerung in Unterricht und Erziehung, Berlin, Verlag Volk und Wissen.

RUNDFUNK-ILLUSTRIERTE, Wochenschrift mit Funkprogramm.

SCHULPOST, Berlin, Verlag Volk und Wissen.

SOWJETFRAU, Zeitschrift für gesellschaftliches Leben und Politik, Literatur und Kunst, Moskau.

STADTVERWALTUNG, Berlin, halbmonatl., 12 000.

TECHNIK, Berlin, Verlag Technik, Kammer der Technik.

VERSORGUNG, amtliches Organ für die gesamte Ernährungswirtschaft, für Handel, Handwerk und Genossenschaften, Berlin, Deutscher Zentralverlag.

WAAGE, Fachzeitschrift für die gesamte Nahrungs- und Genussmittelindustrie, Berlin, Das Neue Berlin Verlagsgesellschaft.

WELTBÜHNE, Zeitschrift für Politik, Kunst, Wirtschaft, Berlin, Ossietzky-Verlag, Maud von Ossietzky.

WIRTSCHAFT, Monatsschrift für Fragen der deutschen Wirtschaft, Berlin, Verlag Die Wirtschaft.

WOCHE IM BILD, Berlin, wöchentl., 400 000.

WWW - WIRTSCHAFTSTECHNISCHEN KURZBRIEFE, Berlin.

ZEICHEN DER ZEIT, evang. Monatsschrift, Berlin, Evangelische Verlagsanstalt.

ZEIT, theoretische Monatsschrift für Sozialismus, Berlin, Verlag Einheit.

ZEITUNG, Mitteilungen der Industrie-Gewerkschaft Nahrungs- und Genussmittel im FDGB, Berlin, Verlag Die Freie Gewerkschaft.

ZUFLÜCHTLINGSSUCHLISTE, Berlin, Flüchtlingssuchstelle Berlin-Landensee.

SCHRITTE DER TECHNIK, Berlin, Siemens-Verlag.

ZEITUNG, Zeitschrift für das geistige Leben an den deutschen Hochschulen, Berlin-Leipzig, Verlag Volk und Wissen.

JENHILFE, Berlin, monatl., 20 000.

SCHER WIND, Berlin, Dresden (halbmon.), Erfurt (halbmon.), Schwerin (wöchentl.) 100 000.

DICH, Berlin, Deutscher Frauen-Verlag, 350 000.

STADT- UND VERORDNUNGSBLATT DER PROVINZIALVERWALTUNG MARK BRANDENBURG, Potsdam.

STADTBLATT DER PROVINZ SACHSEN-ANHALT, Halle, Mitteldeutsche Verlagsanstalt.

STADT, BEFEHLE, VERORDNUNGEN, BEKANNTMACHUNGEN DER LANDESVERWALTUNG SACHSEN, Dresden.

HEIMAT UND HEIMAT, evang. Sonntagsblatt für Thüringen, Naumburg.

STEINE, Mitteilungsblatt für Funktionäre der Industrie-Gewerkschaft Bau, Berlin, Verlag Die Freie Gewerkschaft.

BUCH FÜR DAS GRAPHISCHE GEWERBE, Berlin, Bielefeld-Verlag.

STADT UND WOHNUNG, Zeitschrift für das Grundstücks- und Wohnungswesen, Berlin, Verlag Hans Gubalke K. G.

STADT DER BESINNUNG, Berlin, Christlicher Zeitschriften-Verlag.

STADTIERTE RUNDSCHAU, Berlin, Verlag Tägliche Rundschau (halbmon.) 300 000.

STADTIERTE UMSCHAU, illustrierte Zeitschrift, Berlin (halbmon.).

STADTIERTER TELEGRAF, Berlin (wöchentl.) 400 000.

STADT INFORMATION, Berlin.

JEDERMANN, Berlin, Verlag Buch und Bild (monatl.) 250 000.

JUNGE WELT, die Zeitung der Jugend, Berlin, Verlag Neues Leben.

KARTEIKURZBERICHTE FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT, Erfurt.

KIRCHLICHE HOCHSCHULE, Berlin.

KORRESPONDENT, Mitteilungsblatt für die Funktionäre der Industriegewerkschaft Graphisches Gewerbe im FDGB, Berlin, Verlag Die Freie Gewerkschaft.

KRAFT UND KOHLE, Berlin (monatl.) 5000.

MITTEILUNGEN DES THÜRINGISCHEN LANDESAMTES FÜR VOLKSBILDUNG, Weimar.

MITTEILUNGSBLATT FÜR FUNKTIONÄRE UND GEWERKSCHAFTLER IN DEN KAUFMÄNNISCHEN BÜROS, Berlin, Verlag Die Freie Gewerkschaft.

MITTELDEUTSCHE ILLUSTRIERTE, Halle.

NACHRICHTEN FÜR HANDEL UND GEWERBE, Berlin.

NATUR UND TECHNIK, Berlin, Wedding-Verlag.

NEUE BERLINER ILLUSTRIERTE, Berlin, Deutscher Verlag.

NEUE JUSTIZ, Zeitschrift für Recht und Rechtswissenschaft, Berlin, Deutscher Zentral-Verlag.

NEUE NACHRICHTEN FÜR AUSSENHANDEL, Berlin, Verlag Wirtschaftlicher Informationen.

NEUE TEXTILZEITUNG, Berlin.

NEUE WELT, Halbmonatsschrift, Berlin, Verlag der Täglichen Rundschau.

NEUE ZEIT, Moskau, Verlag der Zeitung Trud (wöchentl.).

NEUER WEG, Monatsschrift für aktuelle Grundfragen der Arbeiterbewegung, Berlin, Verlag Neuer Weg.

NEUES BERLIN, Zeitschrift für Aufbau und Wirtschaft (halbmon.) Berlin, Das Neue Berlin Verlagsgesellschaft.

NEUES LEBEN, Zeitschrift der freien deutschen Jugend, Berlin, Verlag Neues Leben.

PÄDAGOGIK, Beiträge zur Erziehungswissenschaft, Berlin-Leipzig, Verlag Volk und Wissen.

REGIERUNGSBLATT FÜR DAS LAND THÜRINGEN, Weimar, Landesverlag Thüringen.

REGIERUNGSBLATT FÜR MECKLENBURG-SCHWERIN, Schwerin.

REVUE, Berlin, FKK-Verlag.

SACHSENPOST, Leipzig.

SCHRIFTEN ZUR IDEOLOGISCHEN UND KULTURELLEN ARBEIT DER FRAUENAUSSCHÜSSE, Berlin-Leipzig, Verlag Volk und Wissen.

SONNTAG, eine Wochenzeitung für Kulturpolitik, Kunst, Unterhaltung, Berlin, Aufbau-Verlag.

SOWJETLITERATUR, Moskau, Verlag für fremdsprachige Literatur.

SOZIALISTISCHE BILDUNGSHEFTE, Berlin, Verlag Einheit.

SOZIALISTISCHE SCHULUNGSHEFTE, Berlin, Verlag Einheit.

SOZIALISTISCHE TRIBÜNE, Thüringen, Volks-Verlag Weimar.

SOZIALPOLITIK, Schriftenreihe der deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Berlin, Deutscher Zentral-Verlag.

START, illustriertes Blatt der jungen Generation, Berlin, Berliner Verlag.

STATISTISCHE PRAXIS, Monatszeitschrift des Statistischen Zentralamtes, Berlin, Deutscher Zentral-Verlag.

SUCHDIENST, Suchdienst für vermisste Deutsche in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Berlin, Deutscher Zentral-Verlag.

THEATER DER ZEIT, Blätter für Bühne, Film und Musik, Berlin, Hentschel & Sohn, (monatl.) 5000.

THEATERDIENST, Informationsblätter für Bühne, Film und Musik, Berlin, Hentschel & Sohn.

THÜRINGER VOLKSWIRTSCHAFT, Weimar, Volksverlag, im Landesvorstand der SED Thüringen.

VERORDNUNGSBLATT DER STADT BERLIN, Berlin, Das Neue Berlin Verlagsgesellschaft.

WEGE IN DIE NEUE ZEIT, Berlin, Unions-Verlag.

WELTSPIEGEL, Berlin, wöchentl. 450 000.

WEITTRIBÜNE, Berlin, monatl. 75 000.

WILLE UND WEG, Funktionärorgan der SED, Berlin, Vorwärts-Verlag.

WOCHEENZEITUNG DES FDGB, Berlin, 250 000.

ZEIT IM BILD, die aktuelle Illustrierte, Dresden, Sachsenverlag.

ZEITSCHRIFT FÜR KUNST, Vierteljahresshäfte für künstlerische Gestaltung, Malerei, Plastik, Architektur, Kunsthandwerk, Leipzig, E. A. Seemann Verlag.

ZEITSCHRIFT FÜR METEOROLOGIE, Berlin, Deutscher Zentral-Verlag, v. Syring.

ZEITSCHRIFT FÜR SPIRITUSINDUSTRIE, Berlin, wöchentl.

ZUCKERINDUSTRIE, Berlin.

1. MAI 1947:

Beginn der Verhandlungen zur Begleichung der sowjetrussischen Leih- und Pachtschulden an die Vereinigten Staaten in Höhe von elf Milliarden Dollar. Die Besprechungen werden in Washington geführt; amerikanischer Delegierter ist Unterstaatssekretär William Thorp.

Außenminister Bevin teilt im Unterhaus mit, daß Ägypten auf die britische Militärmission verzichtet hat und diese am 31. Dezember 1947 zurückgezogen werden wird.

2. MAI 1947:

Eröffnungssitzung der neuen *Wirtschaftskommission für Europa* in Genf. Ziel dieses Ausschusses der Vereinten Nationen ist der Wiederaufbau Europas. Nach einem Befehl General *McArthurs* darf ab sofort wieder die japanische Flagge gehißt werden.

3. MAI 1947:

Außenminister *Marshall* richtet eine zweite Note an Außenminister *Molotow*, in der er den Abschluß eines zweiseitigen Übereinkommens über Korea fordert.

Die *Prawda* kritisiert das Dreimächte-Kohlenabkommen, da es ohne Mitwirkung der Sowjet-Union abgeschlossen worden sei. Anhalten der Kämpfe in Paraguay zwischen Regierungstruppen und Aufständischen; letztere wollen eine liberale und verfassungsmäßige Regierung verhindern.

4. MAI 1947:

Nach Abgabe einer Regierungserklärung des Ministerpräsidenten *Ramadier* spricht ihm die französische Nationalversammlung mit 360 gegen 186 Stimmen das Vertrauen aus. Die Kommunisten stimmen samt ihren Ministern gegen *Ramadier*.

Die britische Regierung beschließt, das britisch-polnische Finanzabkommen zu ratifizieren.

Die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein ergeben eine Stimmenmehrheit für die SPD; ihr folgen die Christlich-Demokratische Union und die Südschleswigsche Vereinigung.

5. MAI 1947:

Die amerikanische Regierung übermittelt Panama den Entwurf eines Abkommens, das die Errichtung einer Anzahl von Verteidigungsstützpunkten außerhalb der Kanalzone in Friedenszeiten vorsieht.

6. MAI 1947:

Die kommunistischen Minister, die dem französischen Regierungskurs ihre Zustimmung versagt haben, scheiden aus dem Kabinett aus.

Der Politische Ausschuß der Vereinten Nationen faßt den Beschluß, sowohl die Jewish Agency als auch den Höheren Exekutivrat der Araber Palästinas anzuhören.

Der ehemalige deutsche Generalfeldmarschall *Albert Kesselring* wird von dem britischen Militärgerichtshof in Venedig zum Tode durch Erschießen verurteilt.

7. MAI 1947:

Der Nationalrat der Sozialistischen Partei Frankreichs billigt den Entschluß des sozialistischen Ministerpräsidenten *Ramadier*, im Amt zu bleiben und ohne Kommunisten, die aus dem Kabinett ausgeschlossen wurden, weiterzuregieren.

250 Millionen Dollar werden als erste Rate der Weltbankleihe für Frankreich zur Verfügung gestellt.

Die italienische Regierung ersucht bei den Vereinten Nationen um Aufnahme Italiens als Mitgliedstaat.

Der britische Schatzkanzler *Dalton* setzt sich in einer Rede für eine Verminderung der britischen Kriegsschulden bei den Gläubigermächten Großbritanniens ein. *Churchill* begrüßt diesen Vorschlag *Daltons*.

Auf Grund eines Beschlusses des obersten brasilianischen Gerichtshofes wird die kommunistische Partei in Brasilien verboten.

8. MAI 1947:

In einer Rede tritt der stellvertretende amerikanische Außenminister *Dean Acheson* für eine Fortsetzung des amerikanischen Hilfsprogramms ein und erklärt, die Vereinigten Staaten sollten so viel wie möglich importieren, damit auf diese Weise ein finanzieller Ausgleich zwischen den Bedürfnissen der Welt und ihrer Zahlungsfähigkeit geschaffen werden könnte. Er fordert unter anderem den Wiederaufbau Deutschlands und Japans mit Hilfe der Vereinigten Staaten.

Die sowjetrussische Regierung entschließt sich, der chinesischen Zentralregierung das Recht zu geben, Truppen in Dairen zu stationieren. Der Vizepräsident der chinesischen Republik erklärt in

diesem Zusammenhang, damit habe die Sowjet-Union die Souveränität der chinesischen Zentralregierung über Dairen erkannt.

Die Sowjetregierung fordert von Ungarn über die ihr gemäß Friedensvertrag zustehenden Reparationen hinaus weitere zweihundert Millionen Dollar.

Die Sowjet-Union verlangt von Rumänien die Lieferung von zweihundert Güterwagen weißen Mehls.

9. MAI 1947:

Der sowjetische Vertreter beim Politischen Ausschuß der Vereinten Nationen, *Gromyko*, fordert die Behandlung der Frage sofortigen Unabhängigkeit Palästinas.

In der Sowjet-Union wird eine neue Staatsanleihe in Höhe zwanzig Milliarden Rubel aufgelegt.

10. MAI 1947:

Außenminister *Molotow* nimmt den Vorschlag *Marshall*s an, gemeinsamen Beratungen zur Errichtung einer provisorischen Regierung in Korea wieder aufzunehmen.

In einem Interview fordert der Kaiser von Abessinien, *Haile Selassie*, Erythräa und Somaliland für Abessinien.

Deutsche Kriegsgefangene, die auf Grund ihrer politischen Stellung zur baldigen Heimführung vorgesehen sind, können landwirtschaftliche Arbeiter vorläufig in Großbritannien bleiben. Sie arbeiten unter denselben Bedingungen wie die britischen Landarbeiter.

11. MAI 1947:

Unter der Führung der chinesischen kommunistischen Verwaltung der Mandschurei wird in Wang-Jehmiao, 400 Kilometer westlich von Chabin, die Regierung der autonomen Republik Innere Mandschurei errichtet.

Die Indonesische Republik lehnt die holländischen Vorschläge für eine „gemeinsame Regulierung des Handels, der Zölle und ausländischen Devisen“ ab.

12. MAI 1947:

Die *Kommission für den österreichischen Staatsvertrag* in Wien, die sich aus Vertretern der vier Besatzungsmächte zusammensetzt, beginnt mit ihren Sitzungen. Sie soll in den Punkten, über die Moskau keine Einigung erzielt werden konnte, eine Verständigung herbeiführen. Chef der britischen Delegation ist Sir George *Robertson*, der der amerikanischen Vertretung *Joseph D. Parnell* ist. Die Sowjet-Union wird durch den russischen Botschafter *Nikolai Novikov* vertreten und Frankreich durch General *Cherrier*.

Nach dem Rücktritt des stellvertretenden amerikanischen Außenministers *Dean Acheson* ernannt Präsident *Truman* den New Yorker Bankier und ehemaligen Unterstaatssekretär im Kriegsministerium *Robert A. Lovett* zum Nachfolger.

13. MAI 1947:

Der italienische Ministerpräsident *de Gasperi* reicht bei dem Präsidenten der Republik, *de Nicola*, seinen Rücktritt ein.

Spanien wird aus der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation ICAO ausgeschlossen. Die Organisation faßt den Beschluß, die Vereinten Nationen anzuschließen.

Die beiden Oberbefehlshaber der britischen und der amerikanischen Zone, Generalleutnant *Robertson* und General *Clay*, treten angesichts der deutschen Ernährungskrise an den Zonenversorgungsausschuß in Washington eine dringende Bitte um erhöhte Getreidelieferungen nach Deutschland.

Lord *Pakenham* befürwortet zur Überwindung der Schwierigkeiten in Deutschland als ersten Schritt die wesentliche und schnelle Erhöhung der deutschen Industriekapazität.

Der ehemalige deutsche Reichsbankpräsident und Reichswirtschaftsminister Dr. *Hjalmar Schacht* wird von der Stuttgarter Spruchkammer in die Gruppe der Hauptschuldigen eingereiht und zu acht Jahren Arbeitslager verurteilt.

14. MAI 1947:

Außenminister *Bidault* erklärt vor der französischen Nationalversammlung über die Moskauer Konferenz, daß sich Frankreich gegenüber Deutschland in Moskau nicht geändert hat. Er spricht sich für die Möglichkeit des Abschlusses von Sonntagsfriedensverträgen mit Deutschland aus.

15. MAI 1947:

In einer außenpolitischen Debatte im britischen Unterhaus richtet Außenminister *Bevin* über die Ergebnisse der Moskauer Konferenz und bezeichnet die Außenministerkonferenz im Herbst 1947 als die wichtigste Konferenz der Weltgeschichte. Für Deutschland gibt *Bevin* bekannt, daß die Zweizonenämter in Zukunft

de Entschlüsse fassen können. — Anthony Eden antwortet Opposition.

nnische Regierungskrise kann als beigelegt betrachtet werden. Die Koalitionsregierung *Pekkala* bis zu den Neuwahlen bleibt.

UN-Vollversammlung der Sondertagung für Palästina besteht, einen Untersuchungsausschuss von elf neutralen Staaten, der Ausschluss der fünf Großmächte — zu bilden, der die Verhältnisse in Palästina überprüfen und der für Herbst 1947 eine neue Vollversammlung Bericht erstatten soll.

16. MAI 1947:

Präsident *Truman* kündigt an, daß er vom Kongreß eine stärkere Unterstützung von Heimatlosen nach den Vereinigten Staaten einfordert.

Molito Douglas, *Sir William Strang*, *General Robertson* und *Walter Weir* weilen in London zu Besprechungen über den Zustand der deutschen Ernährungslage.

17. MAI 1947:

Bayrische Ministerpräsident *Hans Ehard* lädt alle deutschen Ministerpräsidenten zu einer Konferenz nach München ein.

18. MAI 1947:

Landtagswahlen in der französischen Zone Deutschlands. Die CDU mit großer Mehrheit vor den übrigen Parteien. In Baden, Württemberg-Hohenzollern und Rheinland-Pfalz werden gleichzeitig die neuen Verfassungen angenommen. Die französische Regierung fordert in einem Schreiben an *Molotow* die Rückgabe des persischen Goldes von der Sowjet-Union.

19. MAI 1947:

Britische Vizekönig, Lord *Mountbatten*, trifft in Großbritannien ein, um Besprechungen mit den Indien-Sachverständigen des britischen Kabinetts zu führen.

Eröffnung einer amerikanischen Militärmission in Ankara, der die Durchführung des amerikanischen Hilfsprogramms für die Türkei anvertraut wird.

Fortsetzung der britisch-amerikanischen Verhandlungen in Berlin, die von *Sir Brian Robertson* und *General Clay* geführt werden, die engere Zusammenarbeit der beiden westlichen Besatzungszonen und über die Machtbefugnisse des Wirtschaftsrats.

Die dreitägige Konferenz der sozialdemokratischen Parteien in Donauländer. Vertreter aus Österreich, Bulgarien, Rumänien, Ungarn, der Tschechoslowakei und Ungarn erörtern politische, wirtschaftliche und kulturelle Probleme von gemeinsamem Interesse. Jugoslawische Vertreter sind nicht anwesend.

Die Notwendigkeit der Wiederherholung Deutschlands und die Absicht der amerikanischen Handelsminister *W. A. Harriman* wird diskutiert.

In einer Rede in Barcelona tritt *General Franco* für eine weitestmögliche Selbstverwaltung der Provinzen ein.

20. MAI 1947:

Die Fernostkommission, der außer Großbritannien, der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten noch acht weitere Nationen angehören, faßt einen Beschluß über die Verteilung der japanischen Reparationen, der dem alliierten Oberbefehlshaber in Japan, *General MacArthur*, unterbreitet werden wird.

Die japanische Kabinettsunterministerpräsident *Ito Hirofumi* tritt in den Rücktritt ein, um einer Koalitionsregierung Platz zu machen. Der ehemalige stellvertretende amerikanische Außenminister *Walter Welles* tritt für eine wirtschaftliche Hilfeleistung der Vereinigten Staaten zugunsten Italiens ein, um damit eine „drohende Machtergreifung der italienischen Kommunisten“ zu verhindern. Er fordert ferner einen Aufschub der Ratifizierung des amerikanischen Friedensvertrages.

Die zonalen Ämter sollen auf Grund eines Beschlusses der britischen und der amerikanischen Militärregierung in Deutschland in Frankfurt am Main verlegt werden.

Die Annäherung zwischen den Präsidenten Argentiniens und Brasiliens, *General Peron* und *General Dutra*.

21. MAI 1947:

Die amerikanische Repräsentantenhaus und der amerikanische Senat billigen die von Präsident *Truman* geforderte 250-Millionen-Dollar-Anleihe für kriegsverwüstete Gebiete in Europa und China. In Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten erklärt sich die griechische Regierung mit einer Amnestie in Griechenland einverstanden.

Der französische Sozialistenführer *Léon Blum* lehnt den Vorsitz einer französischen Organisation für die Vereinigten Staaten in Europa nach den von *Churchill* festgelegten Grundlinien ab. *Gold Stassen* spricht sich für ein Zehnjahres-Hilfsprogramm der Vereinigten Staaten zur Stabilisierung des Weltfriedens aus.

Die „Nationale Einheitsfront“ Indochinas hat eine Proklamation erlassen, die von sieben politischen Parteien Vietnams unterzeichnet ist und sich gegen eine angebliche totalitäre kommunistische Herrschaft der Regierung *Ho-Tschin-Minh* wendet.

In London wird amtlich erklärt, Großbritannien habe keine neuen Kreditwünsche an die Vereinigten Staaten, dagegen sei ein breiter Wirtschaftskredit für die Sowjet-Union möglich.

22. MAI 1947:

Das Unterhaus nimmt das britische Dienstpflichtgesetz an, das die Wehrpflicht von achtzehn auf zwölf Monate herabsetzt.

Präsident *Truman* unterzeichnet die Gesetze über die Finanzhilfe von 400 Millionen Dollar an Griechenland und die Türkei und über die amerikanische Anleihe von 350 Millionen Dollar an kriegsverwüstete Länder.

Zwischen Frankreich und den britisch-amerikanischen Besatzungszonen wird in Paris ein Handelsabkommen abgeschlossen.

23. MAI 1947:

Lord *Mountbatten*s Plan für die Übertragung der Regierungsvollmachten an die Indier wird auf einer Sondersitzung des britischen Gesamtkabinetts gebilligt.

Abschluß der Arbeit des Balkanuntersuchungsausschusses der UN mit der Unterzeichnung des Berichtes durch die elf Mitglieder über die Tätigkeit des Ausschusses und die Ergebnisse seiner Untersuchungen. Die Sowjet-Union und Polen unterzeichnen nicht.

24. MAI 1947:

Der bisherige italienische Ministerpräsident *de Gasperi* wird zum vierten Mal mit der Kabinettsbildung beauftragt, nachdem es den liberalen Politikern *Nitti* und *Orlando* nicht gelungen ist, eine neue Regierung zu bilden.

Abschluß eines Zahlungs- und Handelsabkommens zwischen der niederländischen Regierung und der sowjetrussischen Besatzungszone in Deutschland.

Admiral *Conolly*, der Befehlshaber der amerikanischen Seestreitkräfte im Ostatlantik und im Mittelmeer, führt im Auftrag seiner Regierung Besprechungen in Teheran und Ankara.

26. MAI 1947:

Eröffnung der Jahreskonferenz der britischen Labour-Partei in Margate.

Präsident *Truman* leitet dem Kongreß eine Gesetzesvorlage über eine umfassende militärische Zusammenarbeit mit den lateinamerikanischen Ländern zu.

27. MAI 1947:

Die Sowjet-Union stimmt der Entsendung eines Delegierten zur Londoner Konferenz der am künftigen Schicksal der ehemaligen italienischen Kolonien interessierten Mächte zu.

Herbert *Hoover* setzt sich bei dem republikanischen Vorsitzenden des Bewilligungsausschusses des amerikanischen Abgeordnetenhauses für einen sofortigen Sonderfrieden mit Japan und für einen Sonderfrieden mit Deutschland ein, falls die nächste Konferenz der Außenminister über den deutschen Friedensvertrag ergebnislos bleibt.

Die britische Regierung hebt ihre Entscheidung auf, den Verkauf von Waffen und Rüstungsmaterial nach Argentinien zu untersagen. Abschaffung der Todesstrafe für die Dauer des Friedens in der Sowjet-Union.

28. MAI 1947:

De Gasperi findet einen Ausweg aus der italienischen Regierungskrise in der Bildung eines christlich-demokratischen Kabinetts.

Der Befehlshaber der amerikanischen Luftstreitkräfte, *General Carl Spaatz*, fordert vor dem Bewilligungsausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses den Aufbau einer arktischen Front für die Verteidigung der Vereinigten Staaten.

Der australische Ministerpräsident und Außenminister *Herbert Evatt* bezeichnet die kommunistische Partei Australiens als eine „Bedrohung“.

Der südafrikanische Premierminister *Jan Smuts* spricht sich für eine Teilung Palästinas aus.

29. MAI 1947:

Das britisch-amerikanische Abkommen über Schaffung eines Deutschen Wirtschaftsrates in den beiden westlichen Zonen wird von *Clay* und *Robertson* unterzeichnet.

Die Vertreter auf dem Labour-Partei-Kongreß in Margate befürworten einstimmig die von *Ernest Bevin* geführte Außenpolitik. Die Sowjet-Union sucht bei Großbritannien in Vorschlägen um einen größeren Kredit nach und gibt zu verstehen, daß die Annahme eines dieser Vorschläge nötig sei, bevor ein neues britisch-sowjetrussisches Handelsabkommen abgeschlossen werden könne.

30. MAI 1947:

Der ungarische Ministerpräsident *Ferenc Nagy* reicht von der Schweiz aus seinen Rücktritt ein.

Der bayrische Ministerpräsident *Ehard* lehnt die von den fünf Ministerpräsidenten der sowjetrussischen Zone übermittelte Aufforderung, die Ministerpräsidenten-Konferenz unter Einbeziehung der Vertreter der Parteien und Gewerkschaften in Berlin durchzuführen, ab.

31. MAI 1947:

Nach dem Rücktritt der ungarischen Regierung bildet *General Lajos Dinnyes*, der ehemalige ungarische Kriegsminister, als Mitglied des linken Flügels der Partei der Kleinen Landwirte ein neues ungarisches Kabinett.

Bildung eines japanischen Drei-Parteien-Kabinetts unter der Präsidentschaft des Sozialisten *Tetsu Takajama*.

INHALT

POLITISCHES ARCHIV

Probleme der europäischen Friedensordnung:

<i>Die Weltmächte vor der Deutschen Frage 1946—1947 (Archivbericht)</i>	621
<i>Die französischen Pläne</i>	621
<i>Die sowjetrussischen Pläne</i>	631
<i>Der Vertrag von Dünkirchen (Archivbericht)</i>	635

ARCHIV FÜR VERWALTUNG UND WIRTSCHAFTSAUFBAU

Probleme der europäischen Friedensordnung:

<i>Die Landesverfassungen in der sowjetrussischen Besatzungszone (Archivbericht)</i>	639
--	-----

Finanzwesen:

<i>Vergleich der Besteuerung des Arbeitseinkommens in Deutschland, Frankreich und Großbritannien im Jahre 1946 (Archivbericht)</i>	644
--	-----

Ernährungswirtschaft:

<i>Leistungsvergleich der früheren Großbetriebe (über 100 Hektar) und bäuerlichen Betriebe (5 bis 20 Hektar) im Osten Deutschlands (Archivbericht)</i>	648
--	-----

Wirtschaftliche Entwicklung:

<i>Die Organisation der gewerblichen Wirtschaft in der französischen Besatzungszone (Archivbericht)</i>	651
---	-----

Auswanderungsprobleme:

<i>Das italienisch-französische Auswanderungsabkommen</i>	653
---	-----

KULTUR-ARCHIV

Geschichtsauffassung:

<i>Versuch der Eingliederung Asiens in eine universalgeschichtliche Konzeption (Archivbericht)</i>	655
--	-----

Vereinigte Staaten:

<i>Amerikanische Zeitschriften in Deutschland</i>	658
---	-----

Deutschland:

<i>Deutsche Zeitschriften in der sowjetrussisch besetzten Zone</i>	664
--	-----

ZEITREGISTER

<i>Mai 1947</i>	666
-----------------	-----

Nachdruck nur bei Quellenangabe „Europa-Archiv“ gestattet. Mit „Archivbericht“ gekennzeichnete Beiträge dürfen nur mit Genehmigung des Herausgebers wiedergegeben werden.

AN DIESER FOLGE ARBEITETEN MIT:

Gertrud Becker, Frankfurt am Main, geb. 27. August 1918	Professor Otto Hoetzsch, † 27. August 1946
Wilhelm Cornides, Oberursel (Taunus), geb. 27. Juli 1920	Professor Dr. Hans Peters, Berlin (Geburtsdatum wird nachgeteilt)
Dr. Heinz Fischer-Wollpert, Oberursel (Taunus), geb. 15. August 1910	Dr. Bernhard Skrodzki, Berlin, geb. 23. Februar 1902.
Dr. Luise Götz, Frankfurt am Main, geb. 2. Dezember 1905	Hermann Volle, Oberursel (Taunus), geb. 8. April 1917

REDAKTIONELLE ANMERKUNG

Der für die Juni-Folge angekündigte Beitrag über die Moskauer Konferenz erscheint mit Rücksicht auf seinen Umfang in der Folge des Europa-Archivs.

BERICHTIGUNGEN

- Seite 299 rechte Spalte, 18. Zeile von unten, statt 20. Februar 1944: 20. April 1942.
 Seite 392 linke Spalte, Zeittafel, statt Juni 1933: 1934 Verkauf der Ostchinesischen Eisenbahn.
 Seite 570 rechte Spalte, 10. Zeile von unten, Dr. Gebhard Seelos, nicht Dr. Anton Seelos.
 Seite 574 linke Spalte, 10. Zeile von oben, statt Zonal Advising Council: Zonal Advisory Council und 13. Zeile, statt Hans E. Blankenhorn: Herbert Blankenhorn.
 Seite 604 linke Spalte, 4. Zeile von unten, lies: Hesse-Bibliographie.

Schriftleitung: Wilhelm Cornides, Hermann Volle, Gertrud Becker.

Verlag: Europa-Archiv (Lizenz US-W 2007), Oberursel (Taunus) bei Frankfurt am Main.

Adresse des Verlags und der Redaktion: Oberursel (Taunus), Gartenstraße 12, Telefon 239.

Redaktion des Kulturarchivs: Frankfurt am Main, Kettenhofweg 113, Telefon 73907.

Das Europa-Archiv erscheint monatlich zum Preise von RM 4.-. Preis ausschließlich Zustellgebühren. Die Auslieferung des Europa-Archivs erfolgt durch die Firma R. Oldenbourg, München, Lotzbeckstraße 2b. Bestellungen und Abbestellungen sind nur nach München zu richten. Die Berechnung erfolgt vierteljährlich. Die Abnahme des ersten Heftes verpflichtet zur jeweiligen Abnahme aller in einem Vierteljahr erscheinenden Hefte. Lieferung ist nur über den Buchhändler möglich. Sie erfolgt auf Kosten und Gefahr des Empfängers. Zahlungen sind auf Postscheckkonto R. Oldenbourg, München Nr. 5155, oder an die Bayrische Hypotheken- und Wechselbank (R. Oldenbourg) zu leisten.